SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Globaler Terrorismus - Herausforderung für nationale und internationale Sicherheitspolitik

Jakowatz, Stefan; Lange, Hans-Jürgen; Seiwert, Jasmin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Jakowatz, S., Lange, H.-J., & Seiwert, J. (2009). *Globaler Terrorismus - Herausforderung für nationale und internationale Sicherheitspolitik.* (Recherche Spezial, 11/2009). Bonn: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371902

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

RECHERCHE*spezial* Fachinformationen zu aktuellen Themen

Globaler Terrorismus – Herausforderung für die nationale und internationale Sicherheitspolitik

2009|11

Globaler Terrorismus

-

Herausforderung für die nationale und internationale Sicherheitspolitik

publiziert von

Stefan Jakowatz (GESIS),
Prof. Hans-Jürgen Lange
(Interdisziplinärer Arbeitskreis Innere Sicherheit -AKIS-,
Universität Witten/Herdecke),
Jasmin Seiwert (Universität Witten/Herdecke)

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Dezember 2009

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Stefan Jakowatz, Prof. Hans-Jürgen Lange, Jasmin Seiwert
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2009 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort 7

Sachgebiete

1 Terrorismus - Grundlagen, Entwicklungs- und Erklärungsansätze.....9

2 Exkurs: Geschichte des Terrorismus - der Deutsche Herbst und die Folgen.....41

3 Anti-Terror-Politik als Herausforderung für die Innere Sicherheit in Deutschland.....54

4 Strategien und Allianzen internationaler Sicherheitspolitik.....66

5 Militärische Terrorismusbekämpfung - Ultima Ratio in der Außen- und Sicherheitspolitik?.....85

6 Exkurs: "War on Terrorism" -
Aspekte nationaler und internationaler Sicherheitspolitik der USA.....96

7 Terrorismus und Inszenierung -
Medien zwischen Aufklärung und symbiotischer Beziehung.....106

8 Sicherheit vs. Freiheit -
Erosion von Bürger- und Menschenrechten im Kampf gegen den Terror?.....115

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....129

Personenregister.....131

Sachregister.....135

Institutionenregister.....145

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....149

Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....149

Vorwort

Bereits vor den Terroranschlägen 2001 in den USA, 2004 in Madrid sowie 2005 in London hatte der Terrorismus vor allem in Westeuropa eine herausgehobene Stellung in der sicherheitspolitischen Diskussion. Die zahlreichen Gewaltakte dieses ausgehenden Jahrzehnts, sowohl national begrenzte Aktionen beispielsweise der Terrororganisation Jemaah Islamiyah in Indonesien als auch die weltumspannenden Terroraktivitäten der Al-Qaida deuten an, dass eine differenzierte Vielschichtigkeit an Ursachen und Entwicklungen zum Thema Terrorismus existiert, die von unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen erst seit einigen Jahren dezidiert fachspezifisch und interdisziplinär untersucht wird.

Globalisierung und Transnationalisierung terroristischer Aktivitäten induzieren auf nationaler Ebene einerseits einen grundlegenden Wandel der Ausrichtung und Programmatik politischer, administrativer, legislativer, judikativer und exekutiver Institutionen, andererseits führt die zunehmend globale Vernetzung des Terrorismus zu einer fortschreitenden Internationalisierung staatlicher Sicherheitspolitik.

Die vorliegende Ausgabe der Reihe Recherche Spezial beschäftigt sich im Wesentlichen mit unterschiedlichen Aspekten des internationalen Terrorismus und den darauf bezogenen sicherheitspolitischen Strategien. Ausgeschlossen bleiben jene Phänomene des Terrorismus, die im nationalstaatlichen Kontext endogen Ursprungs sind bzw. dessen Aktivitäten an einen nationalstaatlich-territorialen Raum gebunden sind.

Um die Ursachen, Entwicklungspfade und Gegenstrategien zum Thema Terrorismus verstehen zu können, werden in einem allgemeinen Teil soziale, politische, ökonomische, psychologische und philosophische Grundlagen, Entwicklungs- und Erklärungsansätze präsentiert.
Terrorismus sollte als ein historisches Phänomen aufgefasst werden, das nicht erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts seinen Anfang nahm. In einem Exkurs wird dazu exemplarisch, da in diesem Fall auch von besonderem nationalem Interesse, die Geschichte des Deutschen Herbstes in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts und seine weitreichenden gesellschaftspolitischen Folgen dargestellt. Diese ausnehmend nationale Perspektive rekurriert auf die gegenwärtige Auseinandersetzung in Deutschland um die Bewertung der damaligen sicherheitspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sowie auf die Diskussionen rund um den aktuellen Umgang mit ehemaligen/inhaftierten Mitgliedern der RAF. Nicht zuletzt wird deutlich, dass die historischen Geschehnisse bestimmte Auswirkungen auf die heutigen Herausforderungen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Politik der Inneren Sicherheit zeitigen. Daran anknüpfend werden die mit dem internationalen Terrorismus in Verbindung gebrachten Wandlungsprozesse im Bereich der Inneren Sicherheit in Deutschland nachvollzogen.
Die Erörterung internationaler Sicherheitsallianzen ist Thema des folgenden Abschnitts. Dabei stehen insbesondere die sicherheitspolitischen Maßnahmen im Rahmen der EU überwiegend im Mittelpunkt, aber auch weitere internationale Aktivitäten im Kontext der UNO, NATO, OSZE, G8 oder beispielsweise der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) werden ausführlich behandelt.
Sind militärische Lösungsansätze zur Terrorismusbekämpfung eine adäquate Antwort der nationalen und internationalen Außen- und Sicherheitspolitik? Der sozialwissenschaftliche, juristische und philosophische Diskurs um die Normen und Regeln des internationalen Völkerrechts wird vor dem Hintergrund des selbstpostulierten Rechts der USA auf Selbstverteidigung in einem eigenen Kapitel herausgestellt. Nicht zuletzt die unterschiedlichen Folgen der Militarisierung von Sicherheitspolitik, speziell auch hinsichtlich des Einsatzauftrages der Bundeswehr in Afghanistan, sind Thema unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen.
Ein weiterer Exkurs beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik der USA. Stichworte wie „War on Terrorism“ „Patriot Act“ oder „Guantanamo“ verdeutlichen eine strukturelle Verzahnung von innerer mit äußerer Sicherheit, deren Folgen weit über die Grenzen der USA als ausnehmende Großmacht hinaus wirken.
Die weltweite Wahrnehmung von Terrorismus ist ohne eine entsprechende massenmediale Reflexion nicht vorstellbar. Deshalb finden sich hier wissenschaftliche Ressourcen wieder, die sich mit der Interdependenz von Terrorismus und Medien beschäftigen. Kernfrage ist, inwiefern Medien in dem gegenseiti-

gen Wechselspiel zwischen öffentlicher Aufklärung und symbiotischer Beziehung zum Terrorismus agieren.
In einem letzten Abschnitt beschäftigt sich diese Ausgabe der Recherche Spezial mit den Auswirkungen des internationalen Terrorismus bzw. mit den nationalen und internationalen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung auf die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte. Dabei gilt es, eine möglichst große Spannweite, angefangen bei Maßnahmen nationaler Anti-Terrorpolitik mit freiheitsrechtlichen Implikationen bis hin zu einschneidenden Folgen militärischer Interventionen auf das internationale Völkerrecht, zu berücksichtigen.

Weiterführende Informationen zum Thema Terrorismus als Politikfeld der Inneren Sicherheit in Deutschland befinden sich im Themendossier des sozialwissenschaftlichen Fachportals SOWIPORT der GESIS.

http://www.sowiport.de/themen/inneresicherheit.html

Das Dossier „Innere Sicherheit“ mit ungefähr 2.000 unterschiedlichen Informationsquellen wird von der GESIS in Kooperation mit dem Interdisziplinären Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS) zusammengestellt und fortlaufend ergänzt.

***

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.sowiport.de eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Terrorismus - Grundlagen, Entwicklungs-, und Erklärungsansätze

[1-L] Asmus, Hans-Joachim:
Politischer Extremismus und islamischer Terrrorismus, in: Bernhard Frevel (Hrsg.) ; Hans-Joachim Asmus (Hrsg.) ; Carsten Dams (Hrsg.) ; Hermann Groß (Hrsg.) ; Karlhans Liebl (Hrsg.): Politikwissenschaft : Studienbuch für die Polizei, Hilden: Verl. Dt. Polizeiliteratur, 2006, S. 145-187, ISBN: 978-3-8011-0537-2 (Standort: ULB Düssledorf(61)-pflc7110)

INHALT: Der Beitrag betrachtet die Analyseansätze zum Themenfeld Extremismus, Radikalismus und Terrorismus. Dabei werden die gesellschaftlichen Ursachen des politischen Extremismus und Terrorismus verdeutlicht und die Bedeutung einer klaren und entschiedenen Politik gegen den Extremismus für die Bürger und die Kontrollinstanzen wird betont. Vor diesem Hintergrund werden ferner die politischen und polizeilichen Umgangsstrategien mit der politisch motivierten Devianz betrachtet. Dabei gliedern sich die Ausführungen in zwei Kapitel: Der erste Abschnitt befasst sich mit dem Phänomen des politischen Extremismus und thematisiert folgende Punkte: (1) Rechts- und (2) linksextremistische Ideologie, (3) die Entwicklung der extremistischen Straftaten sowie (4) das Wahl- und Personenpotential im Rechts- und Linksextremismus. Der zweite Abschnitt beleuchtet nach einer Begriffsbestimmung den islamischen Terrorismus hinsichtlich seiner geschichtlichen Entwicklung und am Beispiel der Al-Quaida. (ICG2)

[2-L] Bader, Erwin (Hrsg.):
Terrorismus: eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 205 S., ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: "Terrorismus ist eine Erscheinung, die für unsere Zeit charakteristisch zu sein scheint. Überall in der Welt erzeugen und verbreiten Terroristen Zerstörung und Angst. Wie soll man dem Phänomen am besten begegnen? Kann man die Spirale der Gewalt durchbrechen? Wie wirkt der Waffeneinsatz angesichts der Bereitschaft zum Selbstmord? Wie reagiert der Westen auf den Anschlag vom 11. September 2001? Welche Art von Aufmerksamkeit für den Terrorismus ist angebracht, damit sich der Terrorismus nicht noch mehr zu Werbezwecken verbreitet? Spielt die Religion eine Rolle, und wenn, welche? Es empfiehlt sich, den Terrorismus mit den Methoden unterschiedlicher Wissenschaften zu erforschen, damit man geeignetere Reaktionen als bisher planen kann. Angeregt durch die Kooperationsgruppe Friedensforschung an der Universität Wien beschäftigten sich mehrere Autoren aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Fachrichtungen mit dem Problem des Terrorismus." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Erwin Bader: Terror und Terrorismus als Thema (13-34); Franz Kernic: Islamisch-fundamentalistischer Jihad und Terrorismus als Herausforderung (35-63); Steven Jacob et al.: United debate on unilateralism and treatment of terrorists (65-74); Astrid Kircher: Suizidterrorismus (75-97); Eva Maria Maier: Überforderung des Rechtsstaats? Terrorbekämpfung zwischen Strafrecht und Kriegszustand (99-115); Brigitte Marschall: Terrorismus, künstlerischer Aktivismus und die Ästhetik der Destruktion (117-130); Gerhard Pretzmann: Zur Bedeutung der primären Motivation für den Terrorismus (131-136); Ulrike Davis-Sulikowski: "Read the Message": Sozialanthropologische Perspektiven zu Terrorismus und Politik (137-145); Martin Jäggle: Unterentwicklung und Terrorismus (147-153); Ralf Bredel: Zur ökonomischen Theorie des Terrorismus. Gegen einen ethischen Realismus in der Konfliktpräventation (155-170); John Bechara: Wie können die drei großen monotheistischen Religionen den Frieden im Nahen Osten stiften? (171-191); Herbert Pribyl: Terrorismus und katholische Sozialethik (193-204).

[3-L] Bader, Erwin:
Terror und Terrorismus als Thema, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 13-34, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich aus philosophischer Sicht mit den Begriffen Terror bzw. Terrorismus und berücksichtigt dabei die fachliche Vielschichtigkeit des Problems. In diesem Kontext werden

folgende Aspekte erörtert: (1) Terrorismus, Ethik und Vernunft, (2) das Grundproblem des Terrors, (3) Terrorismus und die Öffentlichkeit, (4) das Terrorismusverständnis, (5) die Entwicklung vom Krieg zum Terrorismus, (6) die Ursachen des aktuellen Terrorismus, (7) die Selbstmordattentate als neue Dimension des Terrorismus, (8) die Abgrenzungskriterien des Terrorismus, (9) die Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung, (10) mit Vernunft gegen den Terror sowie (11) Terror und/oder Dialog. Wenn es zur terroristischen Konfrontation kommt, treten Furcht und Angst auf, und diese allein sind schlechte Ratgeber, sie verwirren den Verstand. Mit Wissenschaft, also Vernunft und Verstand betrachtet, kann der Terrorismus aber entblättert werden. Der Mensch kann Klarheit erlangen, wenn er die realen Gegenstände näher untersucht und erkennt, was und wie sie wirklich sind. (ICG2)

[4-L] Baecker, Dirk:
Die Gewalt des Terrorismus, in: Jens Aderhold (Hrsg.) ; Olaf Kranz (Hrsg.): Intention und Funktion : Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 219-229, ISBN: 978-3-531-15183-0

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass die Soziologie den Terrorismus lange Zeit als historisches und gesellschaftliches Phänomen vernachlässigt hat. Um einen aufgeklärten Umgang mit der Gewalt des Terrorismus zu entwickeln, sollte die Soziologie zunächst die systemische Intelligenz des Phänomens verstehen und im Rückgriff des Terrorismus auf Gewalt eine politische Option erkennen. Denn der Terrorismus fungiert als eine Negationsformel der Politik und tritt damit die Nachfolge der Utopie als "Nullstelle" (Luhmann) des politischen Systems an. Das Phänomen des Terrorismus kann daher auch als ein Aspekt des Verhältnisses von Politik und Gesellschaft im Zuge des Wandels der "Weltkultur der Weltgesellschaft" verstanden werden. Erst auf der Grundlage dieser genaueren Funktionsbestimmung des Phänomens Terrorismus kann die Soziologie der Politik Vorschläge unterbreiten, wie auf gewalttätige Terrorakte reagiert werden kann. Die gegenwärtigen politischen Reaktionen tragen nach Ansicht des Autors letztlich nur zur Reproduktion des Phänomens bei, indem sie an die vermuteten Motive terroristischer Gewalt anknüpfen. Der Autor plädiert vor diesem Hintergrund dafür, durch Ambiguitäts- oder soziale Umwegstrategien den Forcierungsversuch der Handlungsattribution zu unterlaufen und die gewohnten Attributionsspielräume der Kommunikation wiederherzustellen. (ICI2)

[5-F] Bangert, Dennis, Dipl.-Sozialwirt (Bearbeitung):
Die Internationalisierung terroristischer Gewalt - Ursachen und Bedingungen

INHALT: Das Promotionsvorhaben beschäftigt sich mit den Ursachen für die Internationalisierung terroristischer Gewalt. Es soll untersucht werden, welche Bedingungen terroristische Organisationen dazu veranlassen, terroristische Gewalt über die Grenzen des ursprünglichen Konfliktlandes hinaus zu tragen bzw. welche Einflussfaktoren dazu beitragen, dass der Fokus terroristischer Anschläge auf Bürger prinzipiell unbeteiligter Drittstaaten gelegt wird. In diesem Zusammenhang soll in der Untersuchung auch auf die Frage eingegangen werden, warum - abhängig von der zugrunde gelegten Definition - lediglich jeder achte Terroranschlag ein internationaler Anschlag ist. Besondere Beachtung sollen dabei die Faktoren mediale Aufmerksamkeit, staatliche Antiterrormaßnahmen und die Machtasymmetrie zwischen Staat und Terrororganisation finden.
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-866077-0, Fax: 040-8663615,
e-mail: dennis.bangert@googlemail.com)

[6-L] Bauer, Michael:
Reflexive Moderne und neuer Terrorismus, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 227-254, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor weist ausgehend von der Theorie reflexiver Modernisierung auf die Pluralisierung der Kriegsformen in der Gegenwartsgesellschaft hin, die sich nicht mehr mit dem Nationalstaatsparadigma fassen lassen. In der Zweiten Moderne hat sich eine besondere Form der Kriegsführung und ein neuer Terrorismus entwickelt, der spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 mit der Organisation Al-Qaida verbunden wird. Der Autor beschreibt zunächst den Kriegsbegriff der Ersten Moderne und zeigt dessen Diversifizierung auf. Er definiert den Terrorismus allgemein als Strategie der Kriegsführung und unterscheidet zwischen verschiedenen Idealtypen, um eine nähere Abgrenzung zwischen altem und neuem Terrorismus vornehmen zu können. Er geht anschließend auf die organisatorischen Besonderheiten Al-Qaidas als einem Prototyp der Vertreter des neuen Terrorismus ein, die seiner Meinung nach vor allem in der geographischen Entgrenzung, der operativen Enthemmung sowie im umfassenden Zugriff auf die Ressourcen und Möglichkeiten der Globalisierung zum Ausdruck kommen. Er kommentiert ferner die internationalen Reaktionen auf die Attentate des 11. September und den "Krieg gegen den Terror", wobei er betont, dass auf die Entgrenzung des Krieges durch den neuen Terrorismus bis heute weitgehend mit verschärften und präventiv gewendeten sicherheitspolitischen Instrumenten der Ersten Moderne reagiert wurde. (ICI2)

[7-F] Beestermöller, Gerhard, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Zur argumentativen Struktur von (Anti-)Terrorismus-Ethiken bzw. -Politikansätzen

INHALT: Die Bekämpfung des Terrorismus wirft eine Fülle von Fragen auf, die bis in die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens in den Staaten und zwischen ihnen reicht. Daher verwundert es nicht, daß die politischen Ansä:tze zu seiner Bekämpfung weit streuen. Das Projekt verfolgt sechs Ziele. Erstens sollen Grundtypen von Anti-Terrorismus-Ethiken diesseits und jenseits des Atlantiks identifiziert werden. Zweitens sollen sie in ihrer argumentativen Struktur in das formale Muster eines praktischen Syllogismus gebracht werden. So wird drittens die argumentative Struktur der Konzepte beginnend mit friedensethischen Grundpositionen hin zu konkreten Empfehlungen transparent. Auf dieser Grundlage wird es viertens möglich, diese Konzepte miteinander ins Gespräch unter der Fragestellung zu bringen, wo sie sich ergänzen, an welchen Stellen sie voneinder abweichen und wo sie sich direkt entgegenstehen. Erst auf diesem Hintergrund kann fünftens ein wechselseitig befruchtender Dialog mit den friedensethischen Orientierungen der kirchlichen Lehre - nicht zuletzt auch im Blick auf eine Fortentwicklung dieser Lehre - geführt werden. Damit schließlich sechstens der innerwestliche Dialog nicht in sich abgeschlossen bleibt, sollen auch Rechtfertigungsmuster für Terrorismus aus der islamischen Welt von Wissenschaftlern eingebracht werden, die sprachlichen Zugang zu den Orginaldokumenten besitzen. Auf diese Weise - formales Ordnungsmuster eines praktischen Syllogismus, Offenheit über den innerwestlichen Dialog hinaus - soll eine möglichst unverstellte Perspektive gewonnen werden. Weiterer Kooperationspartner: Joan B. Kroq Institute for International Peace Studies (University of Notre Dame, USA).
ART: *AUFTRAGGEBER:* Deutsche Bischofskonferenz *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Institut für Theologie und Frieden (Herrengraben 4, 20459 Hamburg); Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie (Im Dünningsbruch 9, 58084 Hagen)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: beestermoeller@ithf.de)

[8-L] Bergesen, Albert J.; Lizardo, Omar:
Internationaler Terrorismus und das Weltsystem, in: Thorsten Bonacker (Hrsg.) ; Christoph Weller (Hrsg.): Konflikte der Weltgesellschaft : Akteure - Strukturen - Dynamiken, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2006, S. 253-278, ISBN: 3-593-38226-1

INHALT: Der Beitrag entwickelt einen theoretischen Rahmen für das Verständnis terroristischer Aktivitäten innerhalb globaler Dynamiken. Zunächst werden einige Definitionen verschiedener sozialer Gruppierungen und Formen von Terrorismus vorgestellt. Schwerpunkt der Betrachtung ist der Terro-

rismus durch subnationale oder transnationale nichtstaatliche Gruppen, wobei hier Terrorismus als auf eine größeres Publikum gerichtete vorsätzliche Gewaltanwendung durch eine nicht-staatliche Gruppe verstanden wird, die durch Verbreitung von Furcht oder Einschüchterung ein politisches, religiöses oder soziales Ziel zu erreichen versucht. Die Autoren beschäftigen sich mit internationalem Terrorismus, bei dem die Täter, die Zielgruppe oder der nationale Schauplatz des Geschehens mindestens zwei unterschiedliche Länder umfassen. Da der transnationale, internationale oder globale Terrorismus zwei oder mehrere Länder einbezieht, macht es Sinn, ihn aus der Perspektive des Weltsystems oder innerhalb eines globalen Rahmens zu betrachten. Der methodologische Punkt hier liegt analog zu Durkheims klassischem Verständnis sozialer Erscheinungen als eindeutige kollektive Realitäten, die als soziale Fakten sui generis existieren. Internationaler oder globaler Terrorismus ist in diesem Sinne eine globale Tatsache und muss daher global erklärt werden. In einem abschließenden Fazit wird betont, dass wie auch andere gewalttätige Ereignisse, Terrorismus eher endogen als exogen zu sein scheint, d.h. er ist durch das Weltsystem selbst erzeugt. Wie Kriege, Unruhen, Streiks und andere Formen politischer Gewalt scheint auch Terrorismus ein wesentlicher Bestandteil der globalen Welt zu sein, in der wir leben. Vor diesem Hintergrund muss es uns heute darum gehen, die Entstehung des Terrorismus mit Hilfe der strukturellen Eigenschaften seiner sozialen Umwelt zu erklären. (ICH2)

[9-F] Blumentrath, Hendrik (Bearbeitung):
Terrorismus. Erscheinungen. Codierungen terroristischer Gewalt im 20./21. Jahrhundert

INHALT: Terroristische Gewalt entzieht sich den Beschreibungsinstrumentarien klassischer Konflikte - es existiert kein gegnerisches Heer, kein feindlicher Nationalstaat, selbst ein identifizierbarer Adressat für eine Kriegserklärung ("War on Terrorism") fehlt. Die Vorstellung eines klar benennbaren Feinds, der die eigene, als geschlossen imaginierte Nation von außen bedroht, wird konfrontiert mit dem Bild eines Gegners, der ebenso wenig außerhalb des eigenen Territoriums zu verorten ist wie das Kriegsgeschehen, das sich zunehmend in die Gesellschaften hinein verlagert. Das Verhältnis von Territorium und Terror hat sich (nicht zuletzt durch Prozesse der Globalisierung bzw. mondialisation -Derrida-) verändert, und die Frage zu stellen, welcher Gefahr man denn (gegenüber stehe, heißt bereits, in Raumstrukturen zu denken, die als solche kaum mehr gegeben sind. Eben ein "Gegenüber" wird jedoch zur Setzung der eigenen Identität benötigt - der Entzug der Dichotomie sowie die Versuche ihrer Konstruktion hinterlassen eine Spur, die sowohl den terroristischen Selbstinszenierungen als auch den Darstellungen terroristischer Gewalt und ihrer Bekämpfung eingeschrieben bleibt. Das Projekt untersucht die Bilder der jeweiligen Freund/ Feind-Codierung unter den Bedingungen verschiedener Fahndungs- und Überwachungsmedien, der Einführung neuer Identifizierungsverfahren (gerade im Anschluss an die Anschläge vom 11. September) und des Wandels der für den Terrorismus konstitutiven medialen Verbreitung. Dominante Topoi der Terrorismus-Darstellungen bzw. seiner Selbstinszenierungen werden hinsichtlich ihrer diskursiven Funktionen und ihrer Genealogien analysiert. Besonders auffällig ist dabei die Rhetorik des Gespenstischen: Sie findet sich in Konzeptualisierungen des Terrorismus als "Geist", "Gespenst", "Phantom" oder "Unwesen"; in der Selbstbeschreibung als "unsichtbarer Gegner", der "phantomhaft" erscheint und verschwindet; in Bildern von "Schläfern" oder "Ghost Soldiers" und schließlich in der Inszenierung des Attentäters als "Virus", das als eine beunruhigende Grenzfigur zwischen Leben und Tod den kollektiven "Körper" der Nation bedroht. *ZEITRAUM:* 20./21. Jahrhundert
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Graduiertenkolleg "Codierung von Gewalt im medialen Wandel" (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)
KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: Hendrik.Blumentrath@web.de)

[10-L] Boff, Leonardo:
Fundamentalismus und Terrorismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, 85 S., ISBN: 978-3-525-56443-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9910)

INHALT: Der Verfasser setzt sich einleitend mit dem Zusammenhang zwischen Fundamentalismus, Globalisierung und der Zukunft der Menschheit auseinander. In diesem Kontext wird hervorgehoben,

dass das Ziel der Studie nicht nur die phänomenologische Beschreibung von Fundamentalismus, sondern auch die Analyse der ethischen und politischen Dimensionen des Fundamentalismus ist. Diese sind, so der Autor, unmittelbar mit der Zukunft der Menschheit verbunden, da wir alle Gefahr laufen, dem Krieg zwischen verschiedenen Fundamentalismen zum Opfer zu fallen. Vor diesem Hintergrund werden der Begriff 'Fundamentalismus' sowie einzelne Erscheinungsformen des Phänomens wie der protestantische und der katholische Fundamentalismus analysiert. Eigene Schwerpunkte der Untersuchung stellen der islamische, der neoliberale und der technisch-wissenschaftliche Fundamentalismus sowie der politische Fundamentalismus von Bush und Bin Laden dar. Der Verfasser betrachtet die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und des Finanzwesens als einen wichtigen Auslöser der Fundamentalismus in der ganzen Welt und die Globalisierung des Feindes als eine neue Gefahr für die Menschheit. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle der Religionen in der Weltpolitik thematisiert und den Fragen nachgegangen, wie man mit dem Fundamentalismus leben kann und wie in unserem von ökonomischen und materialistischen Strukturen belasteten Alltag sich die geistigen Ideale effektiv umsetzen können. Als Sonderfall wird Brasilien mit seinem Projekt 'Land der Zukunft' in der neuen Weltkonstellation analysiert. (ICG2)

[11-L] Forsberg, Ole J.:
Terrorism and nationalism: theory, causes and causers, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, XII, 219 S., ISBN: 978-3-8364-1592-7 (Standort: ULB Darmstadt(17)-OM07MD8920F732)

INHALT: "This study seeks to determine which factors affect an ethnonational group's decision to utilize terrorism. Current political theories have proposed several answers, but the theoretical underpinnings of those answers are both disparate and weak. Thus, in answering this question, a new model of terrorism is necessary, one which spans the four primary levels of analysis but grounds it all in the actor: the individual. The book first examines the existing literature concerning the causes of terrorism. These threads are then woven into a single theorybased an the individual-explaining why the known correlates of terrorism increase the chance that an ethnic group will resort to terrorism: The Pressure Model. Several derivative hypotheses are then tested using modern statistical methods, including complementary log-log cross-sectional time-series regression. Finally, the book discusses several recommendations from the theory that should inform policy in both international and domestic spheres." (author's abstract)|

[12-L] Frey, Bruno S.:
Terrorism from the rational choice point of view, in: Andreas Diekmann (Hrsg.) ; Klaus Eichner (Hrsg.) ; Peter Schmidt (Hrsg.) ; Thomas Voss (Hrsg.) ; Karl-Dieter Opp (Adressat): Rational Choice: theoretische Analysen und empirische Resultate : Festschrift für Karl-Dieter Opp zum 70. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 211-222, ISBN: 978-3-531-15545-6

INHALT: "Section I presents a simple rational choice model of terrorism, based on the notion of equilibrium in a demand and supply framework. The following section focuses on the supply side, the marginal cost of undertaking terrorist acts. Section III looks at the benefits of terrorist acts from the point of view of prospective terrorists. The next section discusses anti-terrorist policy. Section V notes that deterrence policy may be counterproductive and concludes that decentralisation of the policy and the economy is the most effective and desirable antidote against terrorism." (author's abstract)|

[13-L] Gehl, Günter (Hrsg.):
Terrorismus - Krieg des 21. Jahrhunderts?, (Forum: Politik, 23), Weimar: Bertuch 2006, 127 S., ISBN: 3-937601-35-X (Standort: FHB villingen-Schwenningen(1019)-PB14-125)

INHALT: "Die Anschläge gegen die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam im August 1998 und vor allem der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 dokumentieren eine neue Dimension in der Entwicklung des Terrorismus. Dieser neue Terrorismus entstand sukzessive in der neunziger Jahren und stellt eine Weiterentwicklung des herkömmlichen nationalen/internen Terrorismus sowie des international operierenden Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre

dar. Erst dieser neue, transnationale Terrorismus, paradigmatisch verkörpert durch das islamistische Netzwerk Al-Qaida, erreicht ein globales Gefährdungspotential. Dieser neue, transnationale Terrorismus gleicht einem "multinationalen Unternehmen", verfügt über mehrere legale oder illegale Finanzquellen und nutzt zahlreiche Finanzierungswege. Vorrangig wird er durch schwer greifbare nichtstaatliche Förderer unterstützt (Ulrich Schneckener). Ist also der Terrorismus der Krieg des 21. Jahrhunderts? Mit Beiträgen namhafter Experten nimmt sich diese Publikation dieser Thematik an und versucht Antworten unter anderem auf die folgenden Fragen zu geben: Wie kam es überhaupt zu der Entstehung dieses neuen Terrorismus? Welche Ziele werden verfolgt? Wie sind Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus? Wie ist sein Bedrohungspotential insgesamt einzuschätzen? Besteht eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland? Welche Bekämpfungsstrategien sind zu ergreifen, auch angesichts der Tatsache, dass Tätergruppen dem Umfeld der Organisierten Kriminalität und Wirtschaftskriminalität entstammen? Bestehen Perspektiven der Bekämpfung und Eindämmung des neuen internationalen Terrorismus? Müssen bei der Terrorismusbekämpfung trotz alledem dennoch nicht auch rechtsstaatliche Grenzen gezogen werden, damit die Terroristen ihr Ziel der Freiheitsbeschränkung durch die "rechtsstaatliche Hintertür" nicht doch noch erreichen?" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Günter Gehl: Vorwort (7-8); Roland Eckert: Islamismus, Kulturkonflikt, Terrorismus - Was sind die Bedingungen von Eskalation und Deeskalation? (9-18); Ulrich Schneckener: Transnationaler Terrorismus (19-40); Hans-Heiner Kühne: Unzeitgemäße Betrachtungen zum Problem des Terrorismus (41-48); Maria Angeles Catalina Benavente: Spanien im Kampf gegen den ETA-Terrorismus: Ein Überblick über die letzten und bezeichnendsten politischen, polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen (49-68); André Vandoren: Komplementaritäten zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus? Belgische Erfahrungen (69-74); Ernest Backes: Finanzen des internationalen Terrorismus: Bekannte Fakten (75-86); Michael Kilchling: Rechtliche Instrumente zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung im internationalen Vergleich (87-114); Wolfgang Hetzer: Rechtsstaatliche Grenzen bei der Terrorismusbekämpfung (115-126).

[14-L] Giesen, Bernhard:
Terrorismus als Performanz, in: Herbert Willems: Theatralisierung der Gesellschaft : Bd. 1, Soziologische Theorie und Zeitdiagnose, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 615-621

INHALT: Im Zeitalter asymmetrischer Konflikte hat sich die Natur militärischer Auseinandersetzungen verändert. Dies zeigt sich besonders deutlich in den kulturellen und symbolischen Dimensionen des heutigen Terrorismus, der dem Terrorismus vergangener Jahrzehnte zwar ähnlich ist, sich aber auch in vielerlei Hinsicht von diesem unterscheidet. Der Terrorakt ist nach Auffassung des Autors zunehmend zu einer öffentlichen, theatralischen Darbietung geworden, der eine publikumswirksame Bedeutung zukommt. Gleichzeitig verlieren hierarchische Strukturen innerhalb terroristischer Organisationen an Bedeutung, was deren effektive Bekämpfung erschwert. Nach einleitenden Überlegungen zur sozialen Verortung der Terroristen betrachtet der Autor näher ihre spezielle weltanschauliche Situation, die eine klare Zweiteilung der Welt in "Gut" und "Böse" beinhaltet und als Legitimationsgrundlage für den bewaffneten Kampf gegen eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung fungiert. Er lenkt hierbei zugleich auch den Blick auf jene Mythen, Skripte und Narrative gelenkt, derer sich die Terroristen bedienen. (ICI2)

[15-L] Görgen, Thomas; Schröder, Detlef:
Organisierte Kriminalität und Terrorismus: unvereinbare Phänomene oder gefährliche Allianzen?, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst : Kriminalsoziologie und Rechtssoziologie, 2008, Bd. 1, S. 9-25
(www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Kriminalsoz___Rechtssoziologie_2008-1_01.pdf)

INHALT: "In den letzten Jahren, zunehmend seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, sind immer wieder Aussagen zu hören oder zu lesen - teils als Prognosen formuliert, meist aber auf aktuelle Zustände und Prozesse bezogen -, denen zufolge die Grenzen zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus fließend seien, es zu Allianzen zwischen beiden Kriminalitäts-

formen komme und hieraus für Strafverfolgungsinstanzen wie für Gesellschaften insgesamt neuartige Herausforderungen und Bedrohungen erwüchsen. Von 'Bündnispartnern Terrorismus und organisiertes Verbrechen' (Thamm, 1999), von 'symbiotischem Terrorismus' (Lange, 1998) ist die Rede. Zugleich werden Zweifel an solchen Szenarien geäußert; diese nehmen vor allem auf die mangelnde empirische Absicherung und auf die zumindest idealtypisch kaum zu vereinbarenden Motivlagen von Akteuren aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus Bezug. Der folgende Beitrag greift die Diskussion um eine mögliche Annäherung oder gar Verschmelzung von Organisierter Kriminalität und Terrorismus auf und zieht eine Bilanz des gegenwärtigen Erkenntnisstandes. Er beschränkt sich auf die Nutzung frei verfügbarer Quellen, bezieht also keine nicht öffentlichen Informationen von Polizei oder Nachrichtendiensten mit ein." (Autorenreferat)

[16-CSA] Hassan, Riaz:
Global Rise of Suicide Terrorism: An Overview, , in: Southeast Asian Journal of Social Science 2008, 36, 2, 271-291., 2008, ISSN: 0303-8246

INHALT: Suicide attacks are the targeted use of self-destructing humans against a perceived enemy for political ends. After reviewing terrorism and suicide terrorism trends between 1980 and 2003 the paper shows that suicide attacks have increased dramatically between 2004 and 2005 and have become a global phenomenon. Three main sites of suicide terrorism namely, Iraq, Israel and Sri Lanka are examined in some detail including information about the main terrorist groups responsible for sponsoring suicide attacks and some profiles of individuals involved. The paper then examines the main sociological explanations of suicide attacks, including a description of the strategic logic behind these atrocities, and the notion of life being a weapon. It concludes with an overview of the recommendations emerging from studies that seek to prevent suicide terrorism.

[17-L] Hauninger, Anthony:
Moderner Terrorismus: Definition, Motive, Rechtfertigungen, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 85 S., ISBN: 978-3-8364-0582-9 (Standort: Villingen/Schwenningen, StB(748)-PB 14 133)

INHALT: "In der Spannung von Freiheit und Gewalt ist Terrorismus als Begriff in das Blickfeld der Philosophie geraten. Die Schwierigkeiten dieses Begriffs versucht der Autor zu durchleuchten und ihn als Form politischer Gewalt auf seinen Inhalt zu untersuchen. Neben einer historischen Einordnung wird versucht, Terrorismus als spezifische Gewalt im Unterschied und im Verhältnis zu den verschiedenen Formen des Krieges darzustellen. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Herausarbeitung der Motive und des Zieles von Terrorismus und seines Verhältnisses zur Moral. Dabei werden nicht nur die Hintergründe terroristischer Tätigkeiten herausgearbeitet, sondern auch die Perspektive des Opfers wie des Täters in Betracht gezogen." (Autorenreferat)

[18-L] Heller, Daniel:
Moderner Terrorismus zwischen religiösen, politischen und sozialrevolutionären Motiven: das Beispiel AlQaida, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 435-454

INHALT: Am Realtypus AlQaida scheitert die idealtypische Klassifizierung terroristischer Organisationen. AlQaida selbst steht in einem Spannungsfeld religiöser und politischer Ziele, transzendentaler und säkularer Motive. Sozialrevolutionäre Motive sind in Gestalt von Kritik am Imperialismus, Antikolonialismus, Staats- und Gesellschaftskritik, Internationalismus, Avantgardegedanken und Kapitalismuskritik zu finden und gehen auf soziale und psychologische Ausgangspunkte zurück. AlQaidas Ideologie bietet ein Sammelsurium verschiedenartiger Kritikpunkte, die in der muslimischen Welt äußerst populär sind und vor allem bei jungen Muslimen auf großen Zuspruch treffen. (ICE2)

[19-L] Hess, Henner:
Die neue Herausforderung: von der RAF zu Al-Qaida, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 103-122

INHALT: Der Terrorismus der RAF, der Roten Brigaden, der Weathermen usw. war, so der Verfasser, provinziell, auch wenn er sich mit weltpolitischen und weltrevolutionären Floskeln schmückte. Die Ideale der Akteure waren, wenn auch in verschrobener Variation, letztlich noch die Ideale der Aufklärung: Fortschritt, Freiheit, Gleichheit. Die Akteure versuchten, ihre Ziele mit möglichst geringen Kollateralschäden zu erreichen, weil sie Rücksicht auf die von ihnen zu mobilisierenden "Massen" nehmen mussten. Die Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, waren sehr begrenzt. Entsprechend begrenzt waren die tatsächlichen Gefahren, die von ihnen ausgingen. Ihrer Herausforderung konnte begegnet werden, ohne dass man die Errungenschaften des Rechtsstaats aufgeben musste. Der heutige islamistische Terrorismus ist eine globale Erscheinung, verständlich nur als Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung. Seine Ideale sind voraufklärerisch, ein Rückfall in religiösen Fundamentalismus. Diese Ideologie legitimiert Blutbäder und Selbstmordattentate mit Paradiesverheißung. Das potenzielle Täterreservoir ist wesentlich größer und wächst weltweit rapide an: die ökonomisch und sexuell frustrierte junge männliche Bevölkerung, die zum Teil im Milieu der "Neuen Kriege", d. h. mit Kampferfahrung, sozialisiert wurde, zum Teil in den Migranten-Ghettos westlicher Großstädte, d. h. mit Exklusionserfahrung und Bedürfnis nach Sinnstiftung, aufgewachsen ist. Weit größer ist auch das Sympathisanten- und Unterstützerpotenzial, mobilisiert durch traditionale Kommunikationsmittel wie Moscheen, Koranschulen und Wohlfahrtsorganisationen, aber auch durch ultramoderne wie das Internet und einige arabische Fernsehsender, die sich im "Krieg der Kulturen" wähnen. Vor dem Hintergrund mit der Analyse der Spielarten und der Strategien des Terrorismus wird die These vertreten, dass ein "Sieg" über diesen neuen Terrorismus, so die These, nicht abzusehen ist. Wegen der kolossalen möglichen Schäden muss die geheimdienstliche, polizeiliche und militärische Bekämpfung ganz auf Prävention abgestellt sein, und zwar auf eine Prävention, die - darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben - kaum ohne einen Abbau bürgerlicher Freiheiten und rechtsstaatlicher Sicherungen auskommen wird. (ICF2)

[20-L] Heym, Franziska:
Das advokatorische Handeln terroristischer Gruppen: Analyse terroristischer Gewaltkonzepte am Beispiel der Roten Armee Fraktion und der Al Qaida, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 130 S., ISBN: 978-3-8364-3226-9 (Standort: UB Bonn(5)-200712200)

INHALT: Anknüpfend an Bruce Hoffman und Peter Waldmann setzt sich die Verfasserin zunächst auf theoretischer Ebene mit dem Terrorismusphänomen auseinander. Im Mittelpunkt steht dabei das advokatorische Handeln der Terroristen als Rechtfertigung ihrer Gewaltanwendung, also der Terrorist als stellvertretender Akteur und sein Handlungsadressat, der "als interessiert unterstellte Dritte". Die Verfasserin zieht zwei Fallbeispiele heran, den Niedergang der RAF als Vertreterin des "alten" Terrorismus und den Aufstieg von Al Kaida als Vertreterin des "neuen" Terrorismus. Die fehlende Unterstützung der deutschen Bevölkerung und der damit einhergehende Legitimitätsverlust führten letztlich zum Scheitern und zur Selbstauflösung der RAF. Auch der Gewaltadressat der Al Kaida ist, so die Verfasserin, einem Bedeutungsverlust anheim gefallen. Die Ausrichtung des Handlungsrahmens nur noch an den eigenen Interessen hat sich für Al Kaida jedoch offenbar als positiv erwiesen. Das advokatorische Handeln ist im Laufe der Zeit dem Zweck des Selbsterhalts der Gruppe gewichen. Da Al Kaida ihr Handeln nach den selbst interpretierten Vorgaben einer transzendenten Macht ausrichtet, löst sie für sich das Dilemma eines an "als interessiert unterstellten Dritten" gebundenen Aktionsrahmens, der ihr Scheitern bedeuten könnte. (ICE2)

[21-L] Hilker, Thomas:
Terrorismus: Grundwissen, Organisationen, Angriffsmittel, religiöser Fanatismus, Suizidbomber, (Edition Octopus), Münster: Monsenstein u. Vannerdat 2006, 371 S., ISBN: 978-3-86582-323-6 (Standort: HuKB Bonn-Rhein-Sieg(1044)-11PDD1288)

INHALT: "Die Publikation gibt eine umfassende Einführung über den Terrorismus und den islamischen Fundamentalismus. Sie beschreibt nahezu alle bekannten Terrorgruppen des 20. und 21. Jahrhunderts knapp und erläutert die relevantesten ausführlich. Ferner werden wichtige Informationen über ABC-Waffen, die Guerilla, bekannte Terroristen und Terroristenförderer gegeben und Fragen über die Geschichte, Hintergründe, Unterschiede, Ziele und Methoden des Terrorismus und des islamischen Fundamentalismus beantwortet." (Autorenreferat)

[22-L] Hillebrandt, Frank:
Begriff und Praxis des Terrorismus: eine praxistheoretische Annäherung, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 45-58, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Um die Frage zu beantworten, ob die Anschläge vom 11. September 2001 auf eine neue Logik des Terrorismus hindeuten, entwickelt der Autor in Anlehnung an Pierre Bourdieus Habitustheorie einen praxistheoretischen Begriff des Terrorismus. Er zeigt, dass der Terrorismus eine sozial eingebettete Praxisform und das Ergebnis des Zusammenspiels sozialer und mentaler Strukturbildungen ist. Terroristische Anschläge geschehen nach diesem Verständnis nicht spontan oder zufällig, sondern setzen Akteure mit einem terrorbereiten Habitus voraus, der eine Reproduktion des Terrorismus in den Prinzipien einer Logik der physischen Gewalt ermöglicht. Die Bedingungen für die Entstehung von Praktiken und Praxisformen des Terrorismus sind daher nicht nur in den objektivierten Strukturen von politischen Bewegungen, sondern auch in den Akteurstrukturen zu suchen. Im Terroranschlag - so die These des Autors - wird der praktische Sinn in besonders wirkmächtiger Form aktualisiert, weil mit ihm die Ziele der Terrororganisation symbolisch und praktisch zum Ausdruck gebracht werden. In der Relation zwischen dem Kräftefeld der Terrororganisation als objektivierte Sozialität und dem Habitus der Mitglieder als inkorporierte Sozialität entstehen vor allem Strukturen, die sich zur Praxisform des Terroranschlags verketten und in welchem die Logik der Praxis des Terrorismus kulminiert. (ICI2)

[23-L] Hoffman, Bruce:
Terrorismus - der unerklärte Krieg: neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt am Main: S. Fischer 2006, 596 S., ISBN: 3-10-033010-2

INHALT: Der Autor will keine 'neue theoretische Abhandlung oder eine konzeptionelle Reinterpretation' zum Thema vorlegen. Vielmehr geht es ihm darum, 'die hervorstechendsten und wichtigsten Tendenzen im Terrorismus' in den Mittelpunkt zu stellen und zu 'erklären, warum Terroristen 'das tun, was sie tun''. Außerdem will er 'Licht auf zukünftig zu erwartende Muster und Möglichkeiten werfen'. Theorien und Erklärungsmodelle spielen für ihn dabei eine untergeordnete, 'historische Schlüsselthemen' und empirisches Material eine übergeordnete Rolle (9). Der Verfasser beginnt mit der Frage, was Terrorismus eigentlich ist, greift zurück auf die Französische Revolution und beschreibt den Bedeutungswandel, den der Begriff im Laufe der Zeit erfuhr. Anschließend erläutert er die Rolle, die der Terrorismus für die Unabhängigkeitsbestrebungen ehemaliger Kolonien (Algerien, Palästina, Zypern) besaß. Die Internationalisierung des Terrorismus steht im Mittelpunkt des dritten Kapitels, für die der Verfasser die Entführung eines israelischen Verkehrsflugzeugs 1968 durch Palästinenser als besonders herausragendes Ereignis ansieht. Im vierten Kapitel untersucht er die zunehmende Bedeutung der Religion für den Terrorismus. Dabei beschränkt er sich keineswegs auf islamistisch motivierte Taten, sondern untersucht ebenso etwa den Terror religiöser Sekten in den USA oder den jüdischen Terrorismus. Im fünften Kapitel beschäftigt sich der Autor mit den Selbstmordattentätern. Der Zusammenhang zwischen Terrorismus, Medien und öffentlicher Meinung steht im Mittelpunkt des sechsten Kapitels. Hier zeigt der Autor, wie wichtig Publizität für Terroristen ist und wie diese bisweilen (wie bei der Entführung einer TWA-Maschine 1985) in der Lage sind, Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Schließlich widmet er sich der 'Psychologie des modernen Terrorismus: Taktiken, Ziele und Techniken' bevor er im letzten Kapitel ('Terrorismus heute und morgen') Bilanz zieht und Konsequenzen erörtert. (ZPol, NOMOS)

[24-L] Hoogensen, Gunhild:
Non-state based terrorism and security, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.) ; Úrsula Oswald Spring (Hrsg.) ; Czeslaw Mesjasz (Hrsg.) ; John Grin (Hrsg.) ; Pál Dunay (Hrsg.) ; Navnita Chadha Behera (Hrsg.) ; Béchir Chourou (Hrsg.) ; Patricia Kameri-Mbote (Hrsg.) ; P.H. Liotta (Hrsg.) ; Stavros Dimas ; Hans van Ginkel ; Klaus Töpfer ; Jonathan Dean ; Vandana Shiva ; Narcis Serra: Globalization and environmental challenges : reconceptualizing security in the 21st century, Berlin: Springer, 2008, S. 439-447, ISBN: 978-3-540-75976-8 (Standort: UB Erlangen(29)-H00/2008B/296)

INHALT: Terroristische Anschläge gibt es seit den Anfängen der menschlichen Geschichte. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche Gestalt dieses "universale" Phänomen nach dem Ende des Kalten Krieges und den Anschlägen vom 11. September 2001 angenommen hat. Die Autorin zeigt, dass und wie sich das "klassische" Konzept von (nationalstaatlicher) Sicherheit im Zuge der Internationalisierung bzw. Globalisierung des Terrorismus "entgrenzt" und erweitert hat. Obgleich staatlicher Terrorismus nach wie vor ein weltweites Problem darstellt, konzentriert sich die Autorin auf nichtstaatliche Akteure wie terroristische Netzwerke, Zellen und politisch motivierte Einzeltäter. Um dem Phänomen in seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen gerecht zu werden, entwickelt die Autorin einen Mehrebenenansatz, der eine Hierarchie von Analyseebenen (Individuum; Gesellschaft; Region, Nationalstaat; internationale Beziehungen; transnationale Strukturen) unterscheidet. Die Gefahren bzw. Gefährdungen und Bedrohungen der (nationalen) Sicherheit resultieren dann aus der jeweilig gewichteten Kombination dieser Faktoren. (ICA)

[25-L] Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.):
Jahrbuch Terrorismus 2006, Opladen: B. Budrich 2007, 259 S., ISBN: 978-3-86649-132-8

INHALT: Im Jahr 2006 haben terroristische Aktivitäten, sowohl was die Zahl der Anschläge als auch der Opfer betrifft, gravierend zugenommen. Seit dem Ende des Zweiten Golfkriegs im Irak (2003) hat sich die Zahl der weltweiten Anschläge pro Jahr mehr als verdreifacht, die Zahl der Opfer sogar fast versechsfacht. Ausgehend von diesem von Joachim Krause eingangs vorgestellten Befund gibt das Jahrbuch einen Überblick über die aktuellen terroristischen Krisenherde (Irak, Libanon, Tschetschenien, Afghanistan, Pakistan und Sri Lanka) und die Anti-Terrorstrategien der Vereinten Nationen, der USA sowie der wichtigsten europäischen Akteure sowie Israels. Die Grundlagen für die empirischen Auswertungen bilden neben den öffentlich zugänglichen Datenbanken etablierter Forschungsinstitute auch die Datensammlung des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Dieser Fokus auf internationale Krisenherde und die Diskussion des Terrorismus im Kontext regionaler Konflikte wird durch theoretisch-konzeptuelle Beiträge, etwa zur schwierigen Begriffsbestimmung des Terrorismus sowie zur Logik terroristischer Selbstmordanschläge, bereichert. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Joachim Krause: Terrorismus im Jahre 2006: Die Gewalt nimmt zu (13-22); Kristina Eichhorst: Terrorismus - eine schwierige Begriffsbestimmung (23-36); Tödliche Statistik: Terroranschläge und Opfer im Jahr 2006 (37-47); Robin Schroeder: Der Irak als weltweites Zentrum des Terrorismus (49-76); Joachim Krause / Robin Schroeder: Hisbollah und der Krieg im Libanon im Sommer 2006 (77-94); Rolf Hermann: Terrorismus in Tschetschenien: Vermengung ethnischer und religiöser Motive (95-102); Joachim Krause: Die Wiederkehr der Taliban - Terrorismus in Afghanistan (103-112); Diana Witt: Islamistischer Terrorismus in Indien und Pakistan (113-118); Andreas Beyer: Selbstmordanschläge als terroristisches Mittel (119-130); Kristina Eichhorst: Der Konflikt in Sri Lanka: von taktischem zu strategischem Terrorismus? (131-140); Matthias Badenhop: Terroristische Bedrohungen der Produktions- und Liefersysteme der Öl- und Gasindustrie (141-155); Joachim Krause: Die amerikanische Politik der Terrorismusbekämpfung (157-182); Wilhelm Knelangen: Terrorismusbekämpfung in Deutschland (183-198); Simone Wagner: Terrorismusbekämpfung in Großbritannien und Frankreich (199-210); Alexander Bruhne: Der spanische Weg zur Terrorismusbekämpfung (211-216); Patrick Rosenow: Der israelische Weg der Terrorbekämpfung (217-228); Janka Oertel: Die Vereinten Nationen und die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus (229-240); Markus Hellenthal: Sicherheit als Herausforderung: Antworten der Industrie auf eine zunehmend globalisierte Bedrohungsrealität (241-254).

[26-L] Jäggle, Martin:
Unterentwicklung und Terrorismus, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 147-153, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und Terrorismus. Nach einer einführenden Bestimmung der beiden Schlüsselbegriffe werden drei relevante Aspekte behandelt: (1) die Bedeutung der Staatlichkeit, (2) die strukturelle Stabilität sowie (3) die Frage, inwieweit die Entwicklungspolitik ein Mittel zur Terrorismusbekämpfung darstellt. Nach Ansicht des Autors besteht keine monokausale Verbindung zwischen Unterentwicklung und Terrorismus. Aber jeder schwache Staat kann zu einer Brutstätte für bewaffnete Gruppen werden und internationale Terrornetzwerke benötigen schwache Staaten als Vorbereitungsräume und Rückzugsgebiete. (ICG2)

[27-F] Japp, Klaus P., Prof.Dr. (Bearbeitung):
Internationaler Terrorismus

INHALT: keine Angaben
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politik und Gesellschaft Professur für Politische Kommunikation und Risikosoziologie (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0521-106-3867, -3869, e-mail: Klaus.Japp@uni-bielefeld.de)

[28-L] Japp, Klaus P.:
Terrorismus als Konfliktsystem, in: Soziale Systeme : Zeitschrift für soziologische Theorie, Jg. 12/2006, H. 1, S. 6-32 (Standort: USB Köln(38)-M XG 07784; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Aufsatz wendet sich gegen einschlägige Argumentationen zum internationalen Terrorismus, die mit einfachen (Armut) oder auch komplexeren Kausalannahmen (Bildungsdefizit und Armut usw.) arbeiten. Empirische und theoretische Indikatoren weisen darauf hin, dass es sich beim islamistisch geprägten Terrorismus und dem resultierenden 'war on terrorism' um ein parasitäres Konfliktsystem handelt, das eigene, interne Kausalitäten einer Konfliktlogik aufbaut, die sich nicht durch externe Ursachen erklären lassen. Das System verwendet gegenläufige Einheitssemantiken, die die Struktur des Konfliktsystems für seine Umwelten anschlussfähig halten. Aus der stabilen Selbstreferenz der internen Reproduktionsdynamik des Konflikts und aus der Relativierung von Rationalitätsansprüchen der Schemata von politischen Beobachtern (Multilateralität/ Unilateralität) wird eine wenig optimistische Sicht auf dessen 'Auflösung' gefolgert." (Autorenreferat)

[29-L] Junge, Matthias:
Die Souveränität des Terrorismus: Ursachen, Konsequenzen, Bewältigungschancen, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 255-279, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor argumentiert aus einer dekonstruktivistischen Perspektive, dass der transnationale Terrorismus in Hinblick auf die gesellschaftliche Ordnung als "Explosion des eingeschlossenen Ausgeschlossenen" verstanden werden kann. Der Terrorismus reagiert auf die Tatsache, dass Gewalt in der modernen Gesellschaft immer vorhanden ist, aber verschleiert werden muss. Er wiederholt die fundamentale Paradoxie der Konstitution von Ordnung durch Gewalt und lässt sie dadurch offensichtlich werden. Der Autor zeigt anhand verschiedener Dimensionen des fundamentalistischen Terrorismus, die auch den 11. September und die Anschläge von London und Madrid umfassen, das dies die Grundfigur terroristischer Aktivitäten darstellt. Er verdeutlicht seine dekonstruktivistischen Überlegungen anhand der herrschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnung und erörtert abschließend die Bewältigungschancen im Umgang mit dem fundamentalistischen Terrorismus. Diese beziehen sich seines Erachtens vor allem auf (1) das Kommunizieren der paradoxen Konstitutionsbe-

dingungen von Ordnungen, (2) das Beharren auf den Prinzipien liberaler Demokratie in Verbindung mit (3) dem Verweis auf die kulturellen Errungenschaften der Moderne, die auch Toleranz und Anerkennung für andere Formen der Moderne einschließen. (ICI2)

[30-L] Kaschner, Holger:
Neues Risiko Terrorismus: Entgrenzung, Umgangsmöglichkeiten, Alternativen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 318 S., ISBN: 978-3-531-16146-4

INHALT: Im Kontext der Darstellung des Begriffsapparats und der Funktionsweise von Terrorismus werden die Begriffe "Gefahr" und "Risiko" abgegrenzt und die Termini "Neues Risiko" und "Terrorismus" erläutert. Vor diesem Hintergrund wird die Richtigkeit der ersten Hypothese - Terrorismus ist erst seit 9/11 ein Neues Risiko - untersucht. Die Wahrheit der Prämissen und davon abhängend auch die Gültigkeit der Hypothese wird einer empirischen Überprüfung unterzogen. Hierbei wird anhand eines Vergleichs analysiert, ob der spezifische Einzelfall (d. h. Terrorismus) die Kriterien eines Neuen Risikos tatsächlich erfüllt. Dazu wird der Entgrenzungsprozess von Terrorismus anhand der Kriterien von U. Beck für Neue Risiken analysiert, um zu klären, ob (und wenn ja, seit wann) Terrorismus ein Neues Risiko ist. Diese Analyse setzt im Palästina des ersten Jahrhunderts nach Christus an und endet in der Globalität der reflexiven Moderne. Nach dieser Klärung werden verschiedene Möglichkeiten zum Umgang mit Risiken auf den mit modernem Terrorismus am Beispiel des Krisenmanagements deutscher Truppen in Afghanistan nach einem Anschlag aus dem Jahr 2004 reflektiert. Mittels des Beobachtungsverfahrens der Ethnographie und der Strategie der Theorien-Triangulation werden die bis 1960 gängigen Konzepte, das der Risikowahrnehmung und das der Risikokommunikation, auf ihre Nützlichkeit und Erklärungsstärke untersucht. Dies stellt mit Methoden der qualitativen Sozialforschung geführte Feldforschung dar. Hierbei wird gezeigt, dass die synchron zu verschiedenen Risiken entwickelten Konzepte zum Umgang mit ihnen für die gesellschaftlich nachhaltige Bewältigung von Terrorismus nur bedingt hilfreich sind. Auf all diesen Erkenntnissen aufbauend wird innerhalb des theoretischen Rahmens des methodologischen Kosmopolitismus die Entwicklung von Handlungsalternativen unternommen. Hierfür werden die Resultate der Feldforschung - induktiv - gesamtgesellschaftlich verallgemeinert, sodass heuristisch verschiedene Alternativkonzepte entwickelt werden können, die dazu beitragen sollen, Terrorismus gesellschaftlich handhabbar zu machen. Sie alle setzen an der Funktions- und Wirkungsweise von Terrorismus an. Abschließend werden die Erkenntnisse der Studie zusammengefasst. (ICF2)

[31-L] Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.):
Terrorismus und Extremismus: der Zukunft auf der Spur ; Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie, (BKA Polizei und Forschung, Bd. 33), Neuwied: Luchterhand 2006, VIII, 263 S., ISBN: 3-472-06588-5

INHALT: "Die vorliegende Aufsatzsammlung dokumentiert das erste Kolloquium einer interdisziplinären Expertengruppe zum Thema 'Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie'. Die Gruppe namhafter Experten, vornehmlich aus dem Bereich der Terrorismus-/Extremismusforschung, hat sich mit keiner geringeren Frage befasst als derjenigen, ob es gelingen kann in die Zukunft zu schauen. Der hierzu motivierende Gedanke ist denkbar simpel: Das Wissen um künftige Entwicklungen ist die Voraussetzung dafür, sich besser auf das kommende vorbereiten zu können, um prognostiziertes Unheil abwenden oder, im weniger günstigen Falle, mögliche Schäden minimieren zu können. Die Beiträge greifen aus sehr differenten wissenschaftlichen Perspektiven theoretische, methodische sowie konkret phänomenbezogene Aspekte und Fragestellungen auf. Diese stellen sich unweigerlich, wenn es darum gehen soll, in diesem herausfordernden Forschungsfeld der Zukunft auf die Spur zu kommen: Offensichtlich ist es unumgänglich, unsre Bemühungen um interdisziplinäre und systematisch vergleichende Forschungsansätze zu intensivieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe E. Kemmesies: Zukunftsaussagen wagen: Zwischen Verstehen und Erklären - Methodologische und theoretische Notizen zur Prognoseforschung im Phänomenbereich Extremismus/Terrorismus (1-39); Uwe Backes: Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von 'Autonomen', 'Neonationalsozialisten' und 'Skinheads' in der Bundesrepublik Deutsch-

land (41-57); Lorenz Böllinger: Die Entwicklung zu terroristischem Handeln als psychosozialer Prozess (59-70); Roland Eckert: Die Eskalation unregulierter Konflikte - Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Terrorismus (71-84); Horst Entorf: Islamistischer Terrorismus: Analysen, Entwicklungen und Anti-Terrorpolitik aus der Sicht ökonomischer Forschung (85-103); Henner Hess: Terrorismus: Quo vadis? Kurzfristige Prognosen und mittelfristige Orientierungen (105-150); Matthias Horx: Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus (151-161); Franz Liebl: 'Im Auge des Betrachters' - Überlegungen zum Terrorismus aus der Perspektive des Strategischen Marketing (163-177); Herfried Münkler: Der Terror und wir (179-198); Robert Pelzer /Sebastian Scheerer: Terrorismus-Prognosen: Fehlerquellen und Rechtsstaatlichkeit (199-216); Tania Puschnerat: Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen - eine Skizze (217-235); Werner Schiffauer: Verfassungsschutz und islamische Gemeinden (237-254); Peter Waldmann: Zur Erklärung und Prognose von Terrorismus (255-263).

[32-L] Kemmesies, Uwe E.:
Co-Terrorismus: neue Perspektiven für die Terrorismusprävention?, in: Rudolf Egg (Hrsg.): Extremistische Kriminalität : Kriminologie und Prävention, Wiesbaden: Kriminolog. Zentralstelle, 2006, S. 227-244, ISBN: 3-926371-74-9

INHALT: Der Beitrag zur extremistischen Kriminalität und den Strategien bzw. Konzepten zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen befasst sich mit dem Phänomen des Co-Terrorismus. Im ersten Schritt wird zunächst näher ausgewiesen, was unter dem Untersuchungsgegenstand zu verstehen ist. Hierzu wird eine Definition eingeführt, die in einem Folgeabschnitt in einen theoretischen Bezugsrahmen gesetzt wird. So verweist der Begriff auf mögliche Wechselwirkungsbezüge zwischen sozialem Umfeld und terroristischen Akteuren und steht für eine These bzw. phänomenfeldbezogene Theorie mittlerer Reichweite. Im dritten Schritt werden einige empirische Hinweise auf das Phänomen des Co-Terrorismus für den Zeitraum 2004 bis 2005 gegeben. Abschließend werden mögliche Implikationen für die Gestaltung einer phänomengerechten Präventionspraxis zur Diskussion gestellt, indem vor allem auf die möglichen Fallstricke in diesem Handlungsfeld hingewiesen werden. Dazu gehören (1) die Kombattantenfalle, (2) die Stigmatisierungsfalle, (3) die Solidarisierungsfalle sowie (4) Desensibilisierungsfalle. (ICG2)

[33-L] Kernic, Franz:
Islamisch-fundamentalistischer Jihad und Terrorismus als Herausforderung, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 35-63, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage nach dem Zusammenhang von islamischem Fundamentalismus, Jihad und terroristischer Gewalt. Der erste Teil setzt sich zunächst mit den Begriffen islamischer Fundamentalismus, Jihad und Terrorismus auseinander. Dabei geht es nicht nur um eine begriffs- und ideengeschichtliche Darlegung, sondern auch um eine nähere Bestimmung der Beziehung dieser Begriffe zur unmittelbaren Erfahrung terroristischer Gewalt in der heutigen Welt. Der zweite Teil widmet sich einigen heute vorherrschenden Theorieansätzen zur Deutung und Erklärung des religiös motivierten Terrorismus. Die zentrale Frage lautet dabei, welche konkreten Zusammensetzungen diese Theorien vornehmen, wie sie an die Analyse des Terrorismus gehen bzw. auf welche Aspekte sie ihr Hauptargument legen, und schließlich ob bzw. in welcher Weise Setzungen der Theorien selbst wiederum bestimmte gesellschaftliche Vorgänge und Sachverhalte widerspiegeln. Im dritten Teil wird abschließend die Frage nach der konkreten Herausforderung des Phänomens des Terrorismus für die heutige und zukünftige Weltgesellschaft gestellt. Es ist dies zugleich die Frage nach dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen der westlich-abendländlichen Kultur bzw. Gesellschaft und den Phänomenen der terroristischen Gewalt bzw. einer militant-gewaltsamen Verkündigung politischer Ordnungsmodelle im Namen der Religion. Es geht dabei vor allem um das Aufspüren eines Zusammenhangs zwischen dem islamisch-fundamentalistischen Jihad bzw. dem Terrorismus und der Konzeption und Lebenswelt der abendländischen Moderne. Der Autor fragt also, in welcher spezifischen Weise die westliche Welt durch das gesellschaftliche Phänomen des islamisch-religiös motivierten bzw. gerechtfertigten Terrorismus herausgefordert ist. (ICG2)

[34-L] Kircher, Astrid:
Suizidterrorismus, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 75-97, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag zum Terrorismus beschäftigt sich mit dem Instrument des Suizidattentats. Ob es sich nun wirklich um ein Phänomen des 21. Jahrhunderts handelt, oder ob diese Form der Kriegsführung doch noch historisch weiter zurückliegt, zeigt im ersten Schritt der Überblick über die historischen Hintergründe des Suizidattentats. Der zweite Schritt beschreibt sodann die religiösen, nationalistischen und revolutionären Begründungsmuster des Suizidterrorismus. Der dritte Schritt liefert abschließend die psychologischen Motive von Suizidattentätern. Das Problem, das sich bei der Bezeichnung Selbstmordattentat ergibt, ist die Tatsache, dass es sich aus Sicht der Attentäter und deren Kombattanten nicht um Suizid handelt. Der von ihnen absichtlich herbeigeführte Tod - und der von vielen anderen Menschen - ist ein Opfertod und unterscheidet sich laut ihrer Ideologie wesentlich vom Selbstmord an sich. In diesem Zusammenhang ist es ebenso von Bedeutung, den Islam von jenen extremistischen Kräften abzugrenzen, die Terrorismus im Sinn haben. Demnach ist der Islam keine gewaltbereite Form von Religion. Was den Suizidterrorismus betrifft, so ist dieser eine Melange aus Idealismus, religiösem Fanatismus, Fehlinterpretation von Heiligen Schriften sowie gezielter psychischer Manipulation, welche den Selbstmordattentäter zum Märtyrer werden lässt. (ICG2)

[35-L] Kolnberger, Thomas; Six, Clemens (Hrsg.):
Fundamentalismus und Terrorismus: zu Geschichte und Gegenwart radikalisierter Religion, (Expansion, Interaktion, Akkulturation, Bd. 14), Essen: Magnus 2007, 191 S., ISBN: 978-3-88400-604-7 (Standort: UB Stuttgart(93)-58/1175)

INHALT: "Das Verhältnis zwischen religiösem Fundamentalismus und Terrorismus ist in Bezug auf diese hier gesammelten Studien nur in eine Richtung ein zwingendes: Religiöser Terrorismus ist per definitionem eine politische Strategie, die sich aus dem Weltbild des religiösen Fundamentalismus heraus legitimiert. Umgekehrt jedoch kann das Phänomen des religiösen Fundamentalismus nicht auf aktive Gewaltanwendung oder gar Terrorismus reduziert werden. Schon die Tatsache, dass es sich im einen Fall um ein Weltbild und im anderen um eine politische Strategie handelt, lässt eine Gleichsetzung wenig sinnvoll erscheinen. Der vorliegende Band analysiert dieses Wechselverhältnis anhand historischer Fallbeispiele von der Antike bis zur Gegenwart und erklärt Motive der Akteure sowie größere historische und gesellschaftliche Zusammenhänge, die einen fundierten Blick auf die gegenwärtige Aktualität dieses Themas ermöglichen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Thomas Kolnberger: Terror, Terrorismus und der Staat. Eine historische Einordnung (11-38); Ilja Steffelbauer: "War on Brigandage". Rom und der bewaffnete Widerstand in Judäa (39-57); Heinz Halm: Die Assassinen Vorläufer des islamistischen Terrors? (58-69); Sabine Damir-Geilsdorf: Terror als Ermächtigungsstrategie? Palästinensische Fida'iyun und Selbstmordattentäter (70-91); Clemens Six: Südasien zwischen punyabhoomi und dar al-islam: Religiös legitimierte Gewalt und Terrorismus in Indien, Pakistan und Bangladesch (92-117); Dagmar Hellmann-Rajanayagam: Wer und was ist die LTTE? (118-141); Susanne Schröter: Fundamentalismen und religiös motivierte Gewalt in Indonesien (142-167); Daniela Ioana Pisoiu: Von neuer Religiosität zu politischer Gewalt. Religiöse Ursachen für islamische Radikalisierung in Westeuropa (168-187).

[36-L] Kolnberger, Thomas:
Terror, Terrorismus und der Staat: eine historische Einordnung, in: Thomas Kolnberger (Hrsg.) ; Clemens Six (Hrsg.): Fundamentalismus und Terrorismus : zu Geschichte und Gegenwart radikalisierter Religion, Essen: Magnus, 2007, S. 13-38, ISBN: 978-3-88400-604-7 (Standort: UB Stuttgart(93)-58/1175)

INHALT: Terrorismus als politische Taktik wurde in historisch sehr unterschiedlichen Situationen eingesetzt. Als Konstanten können die transitorische Gestalt des Terrorismus sowie seine flexible organisatorische Ausrichtung gelten. In der Moderne lassen sich vier Wellen des Terrorismus unterschei-

den: der Anarchismus, ethno-nationaler und antikolonialer Terrorismus, die Neue Linke und der Fundamentalismus. Das Bedrohliche an der fundamentalistischen Welle des Terrorismus sind der ihr unterstellte "Kampf der Kulturen" sowie die staatliche Reaktion auf den Terrorismus. Grundvoraussetzung für den Terrorismus, der sich begrifflich vom "terreur" der Französischen Revolution ableitet, ist die "Hardware der Moderne", die es dem Einzelnen erlaubt, zur überregional wahrnehmbaren Größe zu werden. (ICE2)

[37-L] Kron, Thomas; Reddig, Melanie (Hrsg.):
Analysen des transnationalen Terrorismus: soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 462 S., ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: "Es ist nun nicht so, als stelle sich die Wissenschaft gar nicht diesem Problem. Die offensichtlich neue Ausprägung des Terrorismus ist in einer inzwischen kaum mehr zu bewältigenden Masse von Analysen untersucht worden. Die Soziologie ist in diesem Konzert problemorientierter, genauer: das 'Problem Terror' in den Blick nehmender Analysen seltsam still, im Vergleich etwa zu den Politik-, Kultur-, Religions-, und Geschichtswissenschaften oder auch gegenüber der Philosophie, obwohl gerade die Soziologie in der Lage sein sollte, die sozialen Konstellationen, Handlungsstrategien, Opportunitätsstrukturen und Ideologien des Terrorismus zu analysieren. Einzelne soziologische Stimmen sind zwar zu vernehmen, aber es fehlt weitgehend an Versuchen, diese zusammenzuführen, zu bündeln und letztlich aus den Analysen heraus Einsichten zu produzieren, die vielleicht sogar politik- bzw. gesellschaftsberatend eingesetzt werden könnten. Zu diesem Zweck wurde vom 21.-23.06.2006 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf eine Tagung durchgeführt, mit der Beiträge der Soziologie zur Analyse des transnationalen Terrorismus gebündelt und miteinander ins Gespräch gebracht werden sollten. Im Zentrum der Tagung stand die Frage: Wie kann man mit Hilfe soziologischer Theorien den transnationalen Terrorismus analysieren und erklären?" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Thomas Kron, Melanie Reddig: Einleitung (7-13); Daniel Witte: Zur Rational-Choice-Analyse des transnationalen Terrorismus: Potenziale und Grenzen ökonomischer Erklärungsansätze (17-44); Frank Hillebrandt: Begriff und Praxis des Terrorismus. Eine praxistheoretische Annäherung (45-58); Cornelia Beyer: Anmerkungen zur Terrorismusbekämpfung (59-83); Thomas Kron: Fuzz-Terrorism - Zur Strategie-Evolution des transnationalen Terrorismus (84-121); Wolfgang Ludwig Schneider: Religio-politischer Terrorismus als Parasit (125-165); Klaus P. Japp: Terrorismus als Konfliktsystem (166-193); Ardalan Ibrahim-Kudelich: Transnationaler Terrorismus als periphere Organisation des politischen Systems? - Zur systemtheoretischen Beobachtbarkeit von Terrorismus (194-224); Michael Bauer: Reflexive Moderne und neuer Terrorismus (227-254); Matthias Junge: Die Souveränität des Terrorismus. Ursachen, Konsequenzen, Bewältigungschancen (255-279); Melanie Reddig: Deprivation, Globalisierung und globaler Dschihad (280-309); Matenia P. Sirseloudi: Zur Prozessdynamik terroristischer Kampagnen (310-333); Jakob Rösel: Schmuggel- und Bildungstradition, Diasporanetzwerke und Globalisierung: Rahmenbedingungen für den Terror der Tamil Tiger (LTTE) (337-373); Roman Langer: Zur Konstitution des Terrorismus (374-422); Jens Aderhold: Netzwerke des Terrors - Strukturelle Umbrüche als Interventionsoption (423-459).

[38-L] Kron, Thomas:
Fuzz-Terrorism - zur Strategie-Evolution des transnationalen Terrorismus, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 84-121, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor zeigt im Rahmen von komplexitätstheoretischen Überlegungen, dass der Terrorismus als komplexes adaptives System und Terroristen als adaptive Agenten verstanden werden können. Der neue transnationale Terrorismus besteht ihm zufolge in einer Strategie-Evolution: Die wechselseitige Anpassung der Akteure USA und Al-Qaida hat bei den Terroristen zu einer strategischen Überwindung von Gegensätzen und Widersprüchen geführt und einen "fuzzy terrorism" entstehen lassen. Die zentralen Elemente dieser Strategieänderung bestehen im terroristischen Lernen und im "Dschihad" und seinen Selbstmordattentaten. Der Autor versucht anhand der Unterscheidungen von Moderne/Anti-Moderne, Differenzierung und Synthese sowie Lokalität/Globalität nachzuweisen, dass die moderne terroristische Strategie darauf ausgerichtet ist, kategorielle Dichotomien zu

überwinden. Aus der Perspektive des "fuzzy terrorism" ist der Terror nicht eindeutig gegen die Moderne gerichtet, sondern ist eher als eine "moderne Anti-Moderne" (Beck) zu verstehen. Der Autor schlägt vor dem Hintergrund der Komplexität und Unberechenbarkeit des Terrorismus folgende Gegenmaßnahmen vor: Anerkennung des neuen Phänomens, Kontextregulierung durch Selbststeuerung sowie Anerkennung und Empathie. (ICI)

[39-L] Kronfeld-Goharani, Ulrike (Hrsg.):
Friedensbedrohung Terrorismus: Ursachen, Folgen und Gegenstrategien, (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 13), Berlin: Lit Verl. 2005, 305 S., ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: "Der Terrorismus der Neuzeit, transnational organisiert und global ausgerichtet, ist zu einer ernsthaften Bedrohung des Weltfriedens geworden. Der vorliegende Sammelband möchte einen Beitrag zur Fortführung der Debatte über die verschiedenen Formen des Terrorismus leisten und befasst sich mit ausgewählten Aspekten des Problems terroristischer Gewalt. Aus dem Blickwinkel verschiedener Disziplinen wird das Phänomen des Terrorismus beschrieben. Es wird nach den Ursachen gefragt und auf Gefahren aufmerksam gemacht. Auswirkungen und Folgen werden betrachtet und Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Georg Meggle: Was ist Terrorismus? (15-36); Ulrich Schneckener: Transnationaler Terrorismus (37-67); Werner Ruf: Die Schaffung neuer Feindbilder: Voraussetzung für den Kampf der Kulturen (71-87); Thomas Scheffler: Islamischer Fundamentalismus und Gewalt (88-111); Volker Ladenthin: Bildung oder Terrorismus: Über die Ursachen des islamischen Terrorismus und die Aufgaben der Bildung (112-131); Wolfgang S. Heinz: Internationale Terrorismusbekämpfung und Einhaltung der Menschenrechte: Eine Zwischenbilanz (135-155); Peter Lock: Globaler Krieg gegen den Terrorismus - Überlebenskampf oder Selbstzerstörung des Westens? (156-169); Götz Neuneck: Die Proliferation von Nuklearwaffen: Wie groß ist die Gefahr für terroristische Anschläge? (173-196); Kathryn Nixdorf: Biologische Waffen und Terrorismus (197-221); Ingo Ruhmann: Cyber-Terrorismus: Panikmache oder reale Gefahr? (222-240); Hans-Joachim Gießmann: Mit Schwertern gegen Windmühlen? Über militärische Mittel gegen Terrorismus (243-263); Christopher Daase: Strategien gegen den Terror. Intendierte und nicht-intendierte Konsequenzen des Kampfes gegen den Terrorismus (264-283); John Carsten Krumm: Was kann und darf gegen Krieg und Terrorismus getan werden? Eine Anfrage an die Kirchen und ihre Friedensethik (284-297).

[40-L] Krumweide, Heinrich-W.:
Ursachen des Terrorismus, in: Peter Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2005, S. 29-84, ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit den Faktoren auseinander, die Terrorismus erzeugen und am Leben erhalten. Da werden Rahmenbedingungen, die terroristische Gruppen hervorbringen, von Prozessbedingungen, die ihre weitere Entwicklung beeinflussen, unterschieden. Die Rahmenbedingungen unterteilt der Verfasser in Push-Faktoren, Pull-Faktoren und Ermöglichungsfaktoren. Terrorismus wird von anderen politischen Gewaltformen wie Guerilla-Krieg, Bürgerkrieg und Revolution abgegrenzt und es wird betont, dass reiner Terrorismus auf die Erste Welt beschränkt ist. Dagegen überwiegen in den Transformations- und Entwicklungsländern die kombinierten und gemischten Gewaltformen. Der Verfasser begründet dies damit, dass nur in der Ersten Welt die erforderlichen Bedingungen vorlägen, die einem überraschenden Gewaltanschlag eine maximale Schockwirkung und öffentliche Resonanz sicherten. (ICG2)

[41-CSA] Lizardo, Omar:
Defining and Theorizing Terrorism: A Global Actor-Centered Approach, , in: Journal of World-Systems Research http://csf.colorado.edu/jwsr/archive/index.shtml 2008, 14, 2, 91., 2008, ISSN: 1076-156X

INHALT: Arriving at a consensual definition of the phenomenon of terrorism has been a particularly difficult undertaking. Some definitions are either too specific or too vague, concentrating on some essential 'terrorist' aspect of the actions, strategies, or types of non-state organizations that engage in terrorism. In this paper I draw on global approaches from international relations and world systems theories to propose a definition of terrorism that skirts these issues by concentrating on terrorist actors rather than terrorist behavior. I argue that this approach has several advantages, including the dissolution of several empirical and analytical problems produced by more essentialist definitions, and the location of terrorism within a two dimensional continuum of collective-violence phenomena in the international system which discloses important theoretical insights. I proceed to examine the characteristics of terrorism by comparing it with other forms of violence in the international system. I propose that terrorism may be part of the cycles and trends of unrest in the world system, responding to the same broad families of global dynamics as other forms of system-level conflict.

[42-L] Lübbe, Hermann:
Ein effizienter Unkrieg: zur Existenz des internationalen Terrors, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 6 = Nr. 463, S. 25-30 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_13900-544-1-30.pdf)

INHALT: Die in der internationalen Politik verbreitete Bereitschaft, die Frage nach der Legitimität der Motive des Terrors zuzulassen, gehört nach Meinung des Autors zu den Faktoren seiner eminenten politischen Wirksamkeit und auch noch in der Neigung, seine binnenpolitischen Folgen zu bagatellisieren, spiegelt sich dessen Effizienz. Die Existenz des internationalen Terrors löst den Unterschied von Krieg und Frieden, der im klassischen neuzeitlichen Völkerrecht so klar gezeichnet zu sein schien, partiell auf und bringt zugleich die traditionelle Unterscheidung von polizeilicher und militärischer Sicherheitsgewährleistung ins Wanken. Der neue sicherheitspolitische Normalzustand scheint die Zugehörigkeit von Ausnahmezuständlichkeiten zur Normallage einzuschließen - und zwar nicht als Potenzialität, sondern als eine auf Dauer gestellte Realität. Der internationale Terror hat nach der These des Autors die Elemente einer Ausnahmelage von vorläufig unabsehbarer Dauer zu realen Bestandteilen des Normalzustands werden lassen. Das neue Luftsicherheitsgesetz ist keine geeignete Antwort auf diese Herausforderung, wie der Autor in seinen kritischen Kommentaren begründet. Die Abwehr des internationalen Terrors verlangt seines Erachtens weitaus mehr, als polizeirechtlich gebundene Maßnahmen zu leisten vermögen. Die Politik einschließlich ihrer militärischen Komponente ist auf nationaler und bündnispraktischer, technischer und strategischer sowie verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Ebene herausgefordert. (ICI2)

[43-CSA] Masters, Daniel:
The Origin of Terrorist Threats: Religious, Separatist, or Something Else?, , in: Terrorism and Political Violence 2008, 20, 3, July, 396-414., 2008, ISSN: 0954-6553

INHALT: Recent studies indicate that the number of terrorist incidents is declining while their lethality is increasing. This trend in casualty rates has raised the rhetoric on terrorism, leading to claims that a new form of terrorism has emerged over the last thirty years. The new terrorism is defined by a tendency towards maximum destruction and a pronounced religious motivation. The question is whether or not the new terrorism is actually driving current trends in terrorist violence? This study examines casualty rates by terrorist groups categorized by their ideologies and finds that trends in terrorist violence are not being driven by the new terrorism per se. Instead, all forms of terrorism are more violent generally, and variations of ethno-national terrorism are the most violent specifically.

[44-L] Meggle, Georg:
Was ist Terrorismus?, in: Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.): Friedensbedrohung Terrorismus : Ursachen, Folgen und Gegenstrategien, Münster: Lit Verl., 2005, S. 15-36, ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: Der Text leistet einen Beitrag zur Bestimmung des Begriffs 'Terrorismus', indem analysiert wird, was unter Terrorismus und was unter einem terroristischen Akt zu verstehen ist und wer als Terrorist gelten kann. Dabei lesen sich die Ausführungen als Entwicklung der entsprechenden Semantik, gegliedert in drei Abschnitte: (1) Definition(en) von Terrorismus, (2) Terrorismus-Explikation anhand eines Beispiels und seiner Elemente wie 'Aktion', 'Akteur' usw. sowie (3) Terrorismus-Akte (Gewalt-Adressaten, Zurechenbarkeit usw.). (ICG2)

[45-L] Möllers, Martin H.W. (Hrsg.):
Politischer Extremismus: Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, (Die Blaue Reihe : Studienbücher für die Polizei, Politikwissenschaft), Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss. 2007, 494 S., ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: "Der politische Extremismus bleibt eine der zentralen Herausforderungen pluralistischer Demokratien. Voraussetzung für die Auseinandersetzung ist eine Bestandsaufnahme seiner Formen und aktuellen Entwicklungen. Im Band 2 der als Reader konzipierten Studienausgabe werden die aktuellen Entwicklungen des Terrorismus, die Probleme seiner Bekämpfung und die wehrhafte Demokratie behandelt: Terrorismus: Begriff und neue Formen (u.a.: internationale Definition - neue Kriege - Terror auf See - Rechtsterrorismus); Terrorismusbekämpfung I: Freiheit und Sicherheit (u.a.: 11. September - Guantanamo - Staatsrecht und Sicherheit - Freund-Feind-Strafrecht); Terrorismusbekämpfung II: institutionelle Aspekte (u.a.: Terrorismusbekämpfung UN und EU - Sicherheitsarchitektur - Luftsicherheit - Auslandseinsatz Bundespolizei); Wehrhafte Demokratie (u.a.: Parteiverbotsverfahren - NPD-Verbot - Versammlungsfreiheit - Trennungsgebot)." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe Backes: Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition (15-28); Oliver W. Lembcke, Bart Van Klink: Eskalation als modus operandi. Zur Rationalität des modernen Terrors aus politiktheoretischer Sicht (29-44); Sven Bernhard Gareis: Die neuen Gesichter des Krieges - Wesensmerkmale, Reaktionsformen und erforderliche Strategien (45-62); Michael Stehr: Piraterie und Terror auf See (63-87); Armin Pfahl-Traughber: Gibt es eine 'Braune Armee Fraktion'? - Die Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (88-110); Erhard Denninger: Fünf Thesen zur 'Sicherheitsarchitektur', insbesondere nach dem 11. September 2001 (113-125); Hans Peter Bull: Freiheit und Sicherheit angesichts terroristischer Bedrohung Bemerkungen zur rechtspolitischen Diskussion (126-143); Bernhard Schäfer: Sicherheit und Menschenrechte: Menschenrechtsfreies Guantanamo Bay? (144-182); Martin H.W. Möllers: Staatsrecht und Sicherheit: Rechtspolitische Differenzen zur 'Menschenwürde' im Polizeialltag an den Beispielen 'Folter' und 'Lauschangriff' (183-205); Robert Chr. van Doyen: 'Freund-Feind-Recht' und 'Doppelstaat'? Anmerkungen zur Kontroverse um die Thesen des Strafrechtlers Günther Jakobs (206-212); Christian von Buttlar: Zur globalen Antiterrorismus-Strategie der Vereinten Nationen (215-226); Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union und die Bekämpfung des Terrorismus (227-242); Hans-Jürgen Lange: Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik (243-285); Rainer Arnold: Die Diskussion über das neue Weißbuch: Verteidigungsfall auch bei Terroranschlägen? (286-291); Dieter Wiefelspütz: Der Einsatz der Bundespolizei im Ausland (292-299); Martin H.W. Möllers: Antworten auf den internationalen Terrorismus - Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder - Tagungsbericht (310-335); Elmar M. Giemulla: Das Luftsicherheitsgesetz (336-356); Dieter Wiefelspütz: Art. 35 GG nach dem Luftsicherheitsurteil des Bundesverfassungsgerichts - Vorschlag für eine Verfassungsänderung (357-368); Martin H.W. Möllers: Voraussetzungen, Ablauf und Rechtsfolgen von Verfahren, die zu Partei- und Vereinsverboten sowie zur Grundrechtsverwirkung führen (371-418); Robert Chr. van Ooyen: 'Vereinsverbote' gegen 'Scheinparteien' - zum NPD-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (419-429); Hans Peter Bull: Verfehltes Verfahren, Niederlage der abwehrbereiten Demokratie oder Sieg der Toleranz? - Zur Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens (430-452); Martin H.W. Möllers: Aktuelle Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen 'Rechtsprechungstradition', 'Zeitgeist' und Staatsräson' (453-467); Robert Chr. van Ooyen: Polizei, Verfassungsschutz und organisierte Kriminalität: die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Sachsen zum Trennungsgebot (468-478).

[46-CSA] Moskalenko, Sophia; McCauley, Clark:
Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism, , in: Terrorism and Political Violence 2008, 20, 3, July, 415-433., 2008, ISSN: 0954-6553

INHALT: This article conceptualizes political radicalization as a dimension of increasing extremity of beliefs, feelings, and behaviors in support of intergroup conflict and violence. Across individuals, groups, and mass publics, twelve mechanisms of radicalization are distinguished. For ten of these mechanisms, radicalization occurs in a context of group identification and reaction to perceived threat to the ingroup. The variety and strength of reactive mechanisms point to the need to understand radicalization-including the extremes of terrorism-as emerging more from the dynamics of intergroup conflict than from the vicissitudes of individual psychology.

[47-L] Münkler, Herfried:
Die Strategie des Terrorismus und die Abwehrmöglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats, in: WestEnd : neue Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 3/2006, H. 2, S. 86-96

INHALT: Der Beitrag zur psychischen Dimension der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte geht den Verursachern der Ängste nach. Terrorismus ist demnach die Praxis des Gewaltgebrauchs durch Akteure, die ihrem Gegner ressourcenmäßig deutlich unterlegen sind und über die psychischen Effekte physischer Gewalt politische Ziele erreichen wollen. Die terroristische Strategie asymmetrischer Kriegsführung wird von einem Kalkül der systematischen Angsterzeugung in den Bevölkerungen der angegriffenen Gesellschaften bestimmt. Es geht nicht um die Vernichtung bestimmter Personen oder um die Erweckung potentieller interessierter Dritter, die sich mit dem Terroristen solidarisieren sollen, sondern um massenweise Angsterzeugung durch die wahllose Vernichtung beliebiger Opfer. In modernen westlichen Gesellschaften, die postheroische Tugenden kultivieren, steigert sich die psychodynamische Wirkung solcher Anschläge um ein Vielfaches. Ein demokratischer Rechtsstaat, der darauf nicht angemessen reagiert, beschwört gerade die Gefahr hysterischer Überreaktionen herauf. Als Abwehrmöglichkeit evoziert der Autor die staatsbürgerliche Tugend der Gelassenheit, über deren psychologische Voraussetzungen wenig bekannt ist. Ein seine Sicherheitsaufgaben erfüllender Staat durch Polizei, Geheimdienste und Militär ist jedoch eine notwendige Bedingung dafür, dass diese Tugend gedeihen kann. Nachdem lange darüber nachgedacht worden ist, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht bewirken kann, dürfte jetzt mit der Gelassenheit eine weitere Voraussetzung bewusst geworden sein, die durch den prävenierenden Staat zwar gefördert, aber keineswegs garantiert werden kann. (ICG2)

[48-L] Neidhardt, Friedhelm:
Akteure und Interaktionen: zur Soziologie des Terrorismus, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 123-137

INHALT: Das am Terrorismus auch soziologisch Irritierende drückt sich, so der Verfasser, neben allem Sonstigen darin aus, dass das terroristische Handeln sich nicht oder nur ausnahmsweise aus den sozialen Beziehungen der Täter zu ihren unmittelbaren Opfern erklären lässt. Der Anschlag trifft diese wie ein unvermittelter Überfall, sie sind selbst nicht eigentlich gemeint und können damit also auch nicht rechnen. Terroristische Strömungen unterscheiden sich jedoch in der Beliebigkeit des Tötens. Häufig ließen sich in terroristischen Gruppierungen Handlungshemmungen feststellen, die für ihr Verständnis sehr aufschlussreich sind, Handlungshemmungen nicht nur im Hinblick auf die Zahl potenzieller Opfer, sondern auch im Hinblick auf deren sozialen Status. Es entsprach zum Beispiel nicht den politischen Befreiungskonzepten der RAF, wenn "einfache Leute aus dem Volk" zu Schaden kamen, und wo dies doch geschah, gab es scharfe Kritik an den dafür Verantwortlichen. Auch dort, wo Anschlagsziele und Opferkategorien sehr selektiv bestimmt erscheinen, werden diese nicht in der Weise präzisiert, dass sie nachvollziehbar oder von den Betroffenen selbst sogar erwartbar wären. Der Terrorismus bleibt mit der relativen Unbestimmtheit seiner Angriffsziele konspirativ. Die Funktion der terroristischen Unberechenbarkeit ergibt sich nicht nur aus ihren operativen Vorteilen für die Durchführung der Tat, sondern auch im Hinblick auf die Bedingungen ihrer Wirkung: Die relative Beliebigkeit der Opfer sichert die Generalisierbarkeit der Drohung. Die hohe Unbestimmtheit

des jeweiligen Konfliktausgangs liegt nicht nur - wie immer in komplexen Sozialzusammenhängen - an den starken Kontingenzen im Interaktionsfeld des Terrorismus. Besonderheiten ergeben sich daraus, dass es sich bei dem terroristischen Konfliktzentrum um völlig uninstitutionalisierte Konstellationen handelt und dass Klandestinität zu den Operationsbedingungen nicht nur der Terroristen, sondern in erheblichem Maße auch ihrer Verfolger gehört. Man darf die innere Geschlossenheit beider Seiten nicht überschätzen. Da gibt es jeweils harte und weiche Fraktionen, gegenseitig vermittelbare Positionen neben unversöhnlichen Freund/Feind-Antagonismen. Am Beispiel der RAF und ihrer Verfolgung lässt sich auf beiden Seiten das beobachten, was man als "Regression der Zwecke" bezeichnen kann. (ICF2)

[49-L] Nischler, Christiane:
The roots of international Islamist terrorism, (Berichte aus der Politik), Aachen: Shaker 2008, V, V, 179 S., ISBN: 978-3-8322-7719-2

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht der internationale Terrorismus und seine Entwicklung aus den lokalen Formen zu einem Phänomen, dessen Wirkung weit von seinen Wurzeln entfernt ist. Einleitend analysiert die Verfasserin die Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus, wobei sein ideologisches Selbstverständnis eine zentrale Dimension der Untersuchung darstellt. Sie befasst sich sowohl mit den traditionellen Formen des modernen Terrorismus als auch mit dem Wiederaufkommen des religiös inspirierten Terrorismus. In diesem Kontext thematisiert sie auch die Strategie, die organisatorischen Implikationen und die Entwicklungstrend des sog. 'Neuen Terrorismus'. Anschließend werden die Akteure auf der terroristischen Bühne präsentiert. Hier werden staatliche, individuelle und kollektive Akteure auseinandergehalten. Bei den staatlichen Akteuren werden 'Gauner'-Staaten von schwachen Staaten unterschieden. Anhand des Wechselspiels zwischen den individuellen und den kollektiven Akteuren wird verdeutlicht, wie die terroristische Umgebung die Dynamik des Terrorismus beeinflusst. Anschließend wird die ideologische Dimension des Terrorismus unter die Lupe genommen. Hier wird die Religion (der Islam) von der Ideologie (dem Islamismus) unterschieden und die Institutionalisierung des politischen Islam dargestellt. Es wird argumentiert, dass der Terrorismus nicht allein auf soziale und ökonomische Umstände zurückgeführt werden kann: Auf der Basis der Analyse von Biographien einiger Terroristen wird argumentiert, dass viele von ihnen auf einen privilegierten familiären Hintergrund zurückblicken können. Ohne den entscheidenden Einfluss der Ideologie zu berücksichtigen, ist das Phänomen des internationalen Terrorismus nicht zu verstehen. (ICF2)

[50-L] Nitschke, Peter (Hrsg.):
Globaler Terrorismus und Europa: Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, (Studien zur Inneren Sicherheit, Bd. 11), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 219 S., ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: "Im Krieg gegen den Terrorismus steht Europa zunehmend im Zentrum des Konflikts. Der islamistische Fundamentalismus versteht sich in seiner Dschihad-Konzeption gegen den Westen auch als ein dezidiert antieuropäisches Programm. Anders als in den USA ist jedoch die Situation in den Staaten der Europäischen Union durch große Einwanderungsgruppen aus der muslimischen Welt geprägt. Dies führt zu massiven Problemen in der Sicherheitsphilosophie der europäischen Staatengemeinschaft, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Band zeichnet die Sicherheitsdebatten unter der Agenda nationaler wie supranationaler Antiterrorpolitik seit dem 11. September nach und prognostiziert die Entwicklungschancen zukünftiger demokratischer Politik im Zeitalter eines globalen Terrorismus. Die folgenden Beiträge verdanken ihre Genese einem Workshop, den der Herausgeber in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis 'Politikfeld Innere Sicherheit' im November 2005 an der Hochschule Vechta veranstaltet hat." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Peter Nitschke: Globaler Terrorismus - Die neue Dimension (13-34); Mark Feuerle: Die Logik des Terrors - christliche und islamische Wurzeln im Mittelalter (35-60); Andreas Bock: Al-Qaida, Terrorismus und die Frage der Rechtfertigung (61-78); Yehudit Ronen: Der Nexus zwischen Terrorismus und islamischer Immigration: Europas radikale Importe (79-98); Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union: eine "starke Macht" im Kampf gegen den Terrorismus? (99-124); Gisbert van Elsbergen: Die Terroran-

schläge vom 11. September 2001 und 7. Juli 2005 im Spiegel der Presse (125-146); Charles A. von Denkowski: Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Schutz des Staates im asymmetrischen Konflikt (147-170); Simon Dalferth: Europäische Kriminalpolitik und die EU: Freiheit und Sicherheit in der Europäisierung (171-196).

[51-L] Nitschke, Peter:
Globaler Terrorismus: die neue Dimension, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 13-33, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: "Trotz der mannigfachen unterschiedliche Zuordnungsmöglichkeiten in Bezug auf die ideologische Bedeutung des Terrorismus lassen sich für die gegenwärtige Situation im weltweiten Maßstab sieben Phänomene als klar erkennbar diagnostizieren: (1) Die Grenze zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus löst sich auf, Terror und Verbrechen konvergieren. (2) Es gibt kein Links-Rechts-Schema mehr wie in den 1960er Jahren. (3) Seit den 1990er Jahren deutet sich eine Komplexitätsverdichtung in allen Bereichen an, was die Legitimation, die Strukturen, Aktionen, Ziele und Opfer betrifft; Terror wird zum umfassenden ideologischen Programm. (4) Staaten treten auf als Terrorsponsoren für substaatliche Akteure (früher der Irak und Libyen, heute der Iran). (5) Die Unterscheidung zwischen Amateur und Profi verwischt. (6) Die Globalisierung hat die finanziellen Infrastrukturen des Terrorismus verbessert. (7) Der Terrorismus wird (dank Internet) intelligent und global kommunizierbar." (Autorenreferat)

[52-L] Ooyen, Robert Chr. van:
Moderner Terrorismus und politische Religion: zur Rezeption westlicher Ideologien im "Islamismus", in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus : Bd. 1, Formen und aktuelle Entwicklungen, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 342-352, ISBN: 978-3-86676-007-3

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass der islamistische Terrorismus und die westliche Moderne nach wie vor einander schematisch gegenübergestellt werden. Der Islamismus wird - wie zum Teil auch früher der Nationalsozialismus - als ein antimodernes, gegen die säkularisierte und aufgeklärte Moderne des Westens gerichtetes Phänomen angesehen, d. h. als Rückfall in "finstere", "vorzivilisierte" und "irrationale" Zeiten. Dies erleichtert nach Meinung des Autors nicht nur die kritikfreie Eigenwahrnehmung des Westens als vermeintlich höher entwickelte Zivilisation von "Gutmenschen", sondern unterschlägt vor allem auch die "dunkle Seite" der Moderne, wie sie in den Totalitarismustheorien von Hannah Arendt, Eric Voegelin und Jacob Talmon herausgearbeitet und von Theodor Adorno und Max Horkheimer als spezifische Dialektik moderner Aufklärung beschrieben worden ist. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund neuere politikwissenschaftliche Ansätze, zum Beispiel von Paul Berman und John Gray, die die Vereinfachungen eines "Kampfes der Kulturen" zwischen modernem Westen und antimodernem Islamismus durchbrechen, ohne einer konfliktfreien Lesart der "Harmonie der Kulturen" aufzusitzen. (ICI2)

[53-L] Pfahl-Traughber, Armin:
Islamismus - der neue Extremismus, Faschismus, Fundamentalismus und Totalitarismus?: eine Erörterung zu Angemessenheit und Erklärungskraft der Zuordnungen, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 55/2008, H. 1, S. 33-48 (Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Islamismus wird in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion häufig mit den Begriffen 'Extremismus', 'Faschismus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus' belegt. Dabei dient nicht nur den meisten Politikern, sondern auch vielen Wissenschaftlern eine derartige Etikettierung lediglich als pauschale Zuordnung, mangelt es doch meist an einer inhaltlichen Begründung für die getroffene Einschätzung. Konfrontiert man nun das Phänomen des Islamismus mit dem wissenschaftlichen Verständnis der vorgenannten Begriffe, so ergibt sich aber durchaus eine inhaltliche Ange-

messenheit, allerdings nur für die auf formale Merkmale ausgerichteten Bezeichnungen 'Extremismus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus'. Sie beziehen sich auf eine Frontstellung gegen die Grundwerte einer modernen Demokratie, die Absolutsetzung und Dogmatisierung der eigenen Positionen oder die Absicht einer umfassenden Kontrolle der Gesellschaft. Derartige Ausrichtungen von Handlungsweisen oder Strukturen von Ideologien können verschiedene Inhalte annehmen, was es auch erlaubt den Islamismus als Subphänomen oder Teilbereich der erwähnten Sammelbezeichnungen zu deuten. Anders verhält es sich bei den Bezeichnungen 'Faschismus' und 'Rechtsextremismus', die über eine bestimmte inhaltliche Komponente der Ideologie - insbesondere die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit wie Nationalismus und Rassismus - definiert werden. Gerade diese Auffassungen kann den Islamisten aber nicht zugeordnet werden. Insofern stellen Bezeichnungen wie 'Islamo-Faschismus' politische Schlagworte dar, welche aus wissenschaftlicher Sicht unangemessen sind." (Autorenreferat)

[54-L] Prützel-Thomas, Monika:
Neuer Terrorismus?: die Debatte um die Einordnung des Djihadismus, in: Uwe Backes (Hrsg.) ; Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit : extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 477-492, ISBN: 3-525-36905-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3236)

INHALT: Der Text leistet einen Beitrag zur Debatte um die Einordnung des Djihadismus in die Terrorismusdefinitionen. Dabei vertritt die Autorin die These, dass sich der Djihadismus trotz der neuen Risikolage, mit der er die westliche Welt konfrontiert, gut in die Kategorie des klassischen Terrorismus einordnen lässt. Die Erläuterung dieses Standpunktes umfasst eine Darlegung (1) der Definitionsproblematik des Terrorismusbegriffs, (2) des geschichtlichen Abrisses sowie (3) der Wurzeln des Djihadismus und (4) der Frage, ob der Djihadismus ein Produkt der Moderne ist. Demnach teilt der Djihadismus viele Gemeinsamkeiten mit westlichen terroristischen Gruppierungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Djihadismus ist ein Nebenprodukt der Globalisierung und deshalb eindeutig ein Phänomen der Moderne. (ICG2)

[55-CSA] Robinson, Laura:
The Moral Accounting of Terrorism: Competing Interpretations of September 11, 2001, , in: Qualitative Sociology 2008, 31, 3, Sept., 271-285., 2008, ISSN: 0162-0436

INHALT: Drawing on comparative case studies, the research elucidates competing constructions of justice, responsibility, and victimhood articulated in response to September 11, 2001 on three digital discourse fora in Brazil, France, and the United States. The research extracts the moral metaphors through which Brazilian, French, and American participants judge the terrorist acts. It contrasts the underlying moral accounting schemes employed to legitimize or delegitimize the use of terrorism on 9/11. Two contrasting standpoints on political violence and associated moral underpinnings are elucidated: the morality of retribution and the morality of absolute goodness (Lakoff 2002). One ideological faction uses the morality of retribution to hold the US accountable for inciting the terrorists to act. For these individuals, political violence can be seen as a form of action that upholds a binary framing of moral order in which all moral debts must be paid. By contrast, opposing camps employ the morality of absolute goodness to condemn the terrorists by arguing that terrorist violence is inherently unjustifiable, as it necessarily results in human suffering.

[56-L] Rosenzweig, Beate; Eith, Ulrich (Hrsg.):
Islamistischer Terrorismus: Hintergründe und Gegenstrategien, (Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung), Schwalbach: Wochenschau Verl. 2006, 157 S., ISBN: 3-89974301-6

INHALT: "Dieser Band behandelt im ersten Teil Hintergründe, Erscheinungsformen und Konsequenzen des aktuellen islamistischen Terrorismus. Analysiert wird zunächst die Ideologie des Dschihadismus. Darüber hinaus wird auf Modernisierungsherausforderungen innerhalb der islamischen Welt sowie auf kulturelle Identitäten und Gegensätze eingegangen. Im zweiten Teil erfolgt die kritische Reflexion und Diskussion der sicherheitspolitischen Strategien in Deutschland und in den USA gegen den

islamistischen Terrorismus. Als Maßstab hierfür werden die Prinzipien einer freiheitlich-offenen Gesellschaft herangezogen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Eith, Beate Rosenzweig: Islamistischer Terrorismus: Innere und äußere Bedrohung (7-12); Kai Hirschmann: Weltweiter Kampf unter einer gemeinsamen Idee: Die Systematik des Dschihadismus (13-26); Jakob Rösel: Der zeitgenössische Islam unter der Herausforderung politischer und sozialer Modernisierung (27-56); Werner Ruf: Islam, Gewalt und westliche Ängste (57-76); Dierk Walter: 'Krieg' gegen den Terror? (77-95); Josef Braml: Innere (Un)Sicherheit der USA seit dem 11. September (96-118); Oliver Lepsius: Die Terrorismusgesetzgebung und das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Deutschland (119-149); Rolf Tophoven: Guerillataktik gegen konventionelle Streitkräfte - die Irakisierung Afghanistans schreitet voran. Eindrücke einer Reise (150-156).

[57-L] Rost, Sophia:
Ursachen des islamistischen Terrorismus in westlichen Gesellschaften aus der Perspektive der Politischen Theorie, in: Tim Engartner (Hrsg.) ; Diana Kuring (Hrsg.) ; Thorsten Teubl (Hrsg.): Die Transformation des Politischen : Analysen, Deutungen, Perspektiven, Berlin: Dietz, 2006, S. 32-50, ISBN: 978-3-320-02105-4

INHALT: "Die Autorin analysiert die Ursachen des islamistischen Terrorismus in westlichen Gesellschaften aus der Perspektive der Politischen Theorie. Ihr Beitrag geht der Frage nach, warum sich Menschen muslimischen Glaubens derart radikalisieren, dass sie bereit sind, Zivilisten unter Inkaufnahme des eigenen Todes zu töten. Bei der Analyse der bisherigen Anschläge (wie dem 11. September 2001 in den USA und dem 7. Juni 2005 in London) fällt auf, dass sich die jungen Männer nicht fernab ihrer Anschlagsziele radikalisierten, sondern dort, wo sie studierten, arbeiteten und lebten. Die Suche nach den Ursachen des islamistischen Terrorismus konzentriert sich daher in den vorliegenden Ausführungen auf die soziokulturellen Bedingungen sowie die politischen Strukturen in den westlichen Staaten." (Autorenreferat)

[58-CSA] Sageman, Marc:
The Next Generation of Terror., , in: Foreign Policy no 165 37-43, 2008, ISSN: 0015-7228

INHALT: The world's most dangerous jihadists no longer answer to al Qaeda. The terrorists we should fear most are self-recruited wannabes who find purpose in terror and comrades on the Web. This new generation is even more frightening and unpredictable than its predecessors, but its evolution just may reveal the key to its demise.

[59-L] Schneckener, Ulrich:
Transnationaler Terrorismus: Charakter und Hintergründe des 'neuen' Terrorismus, (Edition Suhrkamp, Bd. 2374), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006, 276 S., ISBN: 3-518-12374-2 (Standort: UB Bonn(5)-2006-4611)

INHALT: Ihre destruktive, mediale, operative und weltpolitische Dimension machen die Attentate vom 11. September 2001 zu einem singulären Ereignis. Sie sind das Menetekel des neuen, transnationalen Terrorismus, der sich im Laufe der 1990er Jahre entwickelt hat. Während der "alte" Terrorismus sich wesentlich auf lokale oder regionale Ziele beschränkt, erreicht der transnationale Terrorismus - paradigmatisch verkörpert durch das pan-islamistische Netzwerk Al-Qaida - ein globales Gefährdungspotenzial. Der Verfasser skizziert die allgemeinen Grundlagen des Terrorismus als Form politischer Gewalt, um auf dieser Folie die Besonderheiten des transnationalen Terrorismus sichtbar zu machen. Er analysiert Zerstörungspotenzial, taktisches Vorgehen, Infrastruktur und Umfeld dieser Variante des Terrorismus. Abschließend wird - auch unter kritischem Bezug auf Bushs "Global War on Terror" - nach Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung gefragt. (ICE2)

[60-L] Schneider, Friedrich; Hofer, Bernhard:
Ursachen und Wirkungen des weltweiten Terrorismus: eine Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen und neue Ansätze zum Umgang mit dem Terror, (VS research), Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2008, 169 S., ISBN: 978-3-8350-7028-8 (Standort: UB Bonn(5)-20082738)

INHALT: Die Verfasser skizzieren zunächst die historische Entwicklung des Terrorismus, um diesen dann nach räumlichen Kriterien und dem Kriterium der zugrunde liegenden Motive zu klassifizieren und die "klassischen" Terrororganisationen von den "modernen" abzugrenzen. Die bekanntesten Terrororganisationen werden im Überblick dargestellt. Als wichtigste Motive werden ökonomische, persönliche, soziale, religiöse und hedonistische Beweggründe genannt. Als exemplarisch für den Kampf gegen den Terrorismus werden die Trevi-Kooperation, das Schengener Abkommen, das Haager Programm, das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sowie das deutsche Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum behandelt. Unter der Überschrift "Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft" geht es um Wirkung und Rolle der Medien, die Begriffe "Parallelgesellschaft" und "Euro-Islam" und die Auswirkungen der Terrorismusbekämpfung auf das Alltagsleben ("Sicherheit um jeden Preis"). Angesichts der ökonomischen Auswirkungen des Terrorismus wird ein Forderungskatalog zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität aufgestellt. Bezugnehmend auf die Polarisierung der Gesellschaft als Folge der Spirale des Terrors und in Anlehnung an systemtheoretische Überlegungen wird ein "dialogischer Konsens" als Instrument im Umgang mit dem Terror befürwortet. (ICE2)

[61-L] Schneider, Wolfgang Ludwig:
Religio-politischer Terrorismus als Parasit, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 125-165, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor interpretiert Krieg und Terrorismus aus systemtheoretischer Perspektive als Parasiten der modernen Gesellschaft und insbesondere des politischen Systems. Der Terrorismus ist demzufolge ein Parasit des "informationellen Lärms", der im politischen System durch die Kommunikation von Macht und Gegenmacht-Ansprüchen erzeugt wird. Er unterminiert gleichzeitig die Trennschärfe der kriegerischen Leitdifferenz von Sieg und Niederlage, indem er durch die operative Gestalt des Attentats beabsichtigt, Gewalt auch unter den Bedingungen militärischer Unterlegenheit einzusetzen. Der Autor untersucht am Beispiel des religio-politischen Terrorismus von Al-Qaida vor allem die Freund/Feind-Definition als Basis einer terroristischen Bewegung. Er zeigt, dass bei einem Terrorismus solchen Typs die Unterscheidung von Freund und Feind mit der Differenz von Orthodoxie und Häresie einhergeht. Vor dem Hintergrund der spezifischen Konfliktsituation im Irak droht vor allem eine Depolitisierung und religiös begründete Aufsplitterung der Bewegung. Die unkoordinierte Handhabung der Freund-/Feind-Differenz kann ferner dazu führen, dass der beabsichtigte "Dschihad", der heilige Krieg gegen die Ungläubigen, in die "Fitna", den innerislamischen Kampf der Gläubigen gegeneinander, umschlägt. Aus systemtheoretischer Sicht läuft der terroristische Parasit somit Gefahr, sich selbst aufzuzehren. (ICI2)

[62-L] Schraut, Sylvia:
Terrorismus und Geschlecht, in: Christine Künzel (Hrsg.) ; Gaby Temme (Hrsg.): Täterinnen und/oder Opfer? : Frauen in Gewaltstrukturen, Münster: Lit Verl., 2007, S. 105-123, ISBN: 978-3-8258-8968-5 (Standort: UB Hagen(708)-OGX/KUE)

INHALT: Die Autorin liefert eine erste historische Skizze zur Beteiligung von Frauen an Revolutionen und Terrorakten seit den Einflüssen der Französischen Revolution. Sie geht der Frage nach, welche Rolle das Geschlecht in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Terrorismus spielt, d.h. welche geschlechtsspezifische Konnotationen in ausgewählten historischen Situationen über Terrorismus erkennbar sind und welche Schlussfolgerungen aus diesen Debatten über die geschlechtsspezifische Aufladung politischer Partizipationsrechte gezogen werden können. Sie geht dabei von der These aus, dass immer dann, wenn über Terrorismus unter Berücksichtigung des Geschlechts der Täter debattiert wird, auch immer die politische Teilhabe von Frauen an Politik und Gesellschaft auf dem

Prüfstand steht. Sie verdeutlicht dies anhand von drei Fallbeispielen: dem Terrorismus in der Weimarer Republik, der Baader-Meinhof-Gruppe und der Bewegung 2. Juni während der 1970er Jahre in der Bundesrepublik sowie dem islamistischen Terrorismus, der gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. (ICI2)

[63-L] Schubert, Samuel R.:
The asymmetric power of terrorism, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): Winning the asymmetric war : political, social and military responses, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 153-220

INHALT: Wenn man terroristische Aktionen als Form politischer Gewalt und Taktik der asymmetrischen Waffen betrachtet, ergibt sich ein Verständnis sowohl ihrer Natur als auch ihres Ausmaßes der Bedrohung. Leider ist es unvernünftig, ein schnelles Ende der Gewalt zu erwarten, solange eine konsensuelle Definition des Terrorismus die internationale Gemeinschaft immer noch spaltet. Darüber hinaus ist Terrorismus zur Waffe nicht-staatlicher Akteure geworden und auch terroristische Gruppen wie Al-Quaeda sind nicht mehr isoliert, sondern bestehen aus einem Netzwerk von hochtrainierten Aktivisten, die ihre Aufgabe als weltweiter Befreiungskampf sehen. Dies wird durch die Situation im Irak, unabhängig von einer Verbindung zu Al-Quaeda oder nicht, das als Trainingslager für die nächste Generation von Terroristen dient, noch verstärkt. Gerade für offene Gesellschaften, ohne Ansehen ihrer geopolitischen Lage, bildet Terrorismus die größte vorstellbare Bedrohung, da hier die Illusion von Sicherheit besteht. Die asymmetrische Macht des Terrorismus zeigt sich letztlich im Vermögen, die "Offenheit" zu unterlaufen, nämlich dann, wenn aufgrund von Sicherheitserwägungen Freiheiten der Bürger eingeschränkt werden. (ICBÜbers)

[64-L] Schubert, Samuel R.:
The asymmetry of political violence: terror and the terrorist, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.) ; Edwin Micewski (Hrsg.): Aspekte der Asymmetrie : Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 117-172, ISBN: 3-8329-1762-4 (Standort: UB Bonn(5)-2006/7036)

INHALT: Der Beitrag liefert einen Überblick über das Phänomen des Terrorismus sowie die Motive und mentalen Strukturen der Terroristen, um so die komplexe asymmetrische Natur des politisch-religiösen Kampfes zu erklären. Die Untersuchung basiert auf statistischem Datenmaterial für den Zeitraum von 1998 bis 2004. Nach einer einleitendenden Begriffsherleitung und Geschichte des Terrorismus, gliedern sich die weiteren Ausführungen in folgende Punkte: (1) Charakterisierung des Terrorismus (Verbrechensart, Kriminalitätsdomäne, Kriegsart, staatlicher Terror, allgemeine Definition), (2) Eigenschaften und Motive der Terroristen, (3) säkulare und religiöse Terrorgruppen, (4) die Unterstützungsbasis terroristischer Organisationen und (5) ihre Strukturen, (6) der neue Trend hin zu locker verknüpften Netzwerken unter einer Dachorganisation und (7) die Aktionsformen des Terrorismus (Selbstmord, Entführung usw.). Die Studie zeigt auf, dass Terrorismus eine alte, erprobte Methode der politischen Gewalt ist, die eine deutliche Internationalisierung erfahren hat und insbesondere eine Waffe nichtstaatlicher Akteure ist. Ferner ist zu beobachten, dass der Terrorismus eine zunehmende Bedrohung für die Zivilbevölkerung darstellt. Dies ist einerseits auf die technologische Weiterentwicklung der Waffen und ihre Verfügbarkeit zurückzuführen, andererseits auch mit dem ansteigenden Mix von Religion und Gewalt zu erklären. (ICG2)

[65-L] Schulze, Reinhard:
Islamistischer Terrorismus und die Hermeneutik der Tat, in: Soziale Welt, Sonderband : Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, 2007, Nr. 17, S. 77-109

INHALT: "Dieser Beitrag untersucht das Aufkommen des so genannten neuen Terrorismus. Im Mittelpunkt steht die These, dass das 'Neue' an diesem Terrorismus darin besteht, dass die Tat selbst zum Handlungsziel geworden und hochgradig symbolisch aufgeladen ist. Zum einen kodiert sie einen Zyklus der Ermächtigung, der sich im Leben der Handlungsträger durchgesetzt hat, zum anderen deutet

die Tat selbst die Weltsicht der Handlungsträger. Diese extreme Symbolisierung der Tat definiert so gleichermaßen die Lebenssituation des Täters wie seine Weltsicht. Der Ermächtigungszyklus bildet dabei die Grundlage für die Ausformung eines terroristischen Handlungsziels. Auf diesen Zyklus können religiöse Institutionen einwirken und dem Handelnden plausibel erscheinende Deutungskonventionen anbieten, die zugleich das den Zyklus tragende Ressentiment moralisch aufwerten und standardisieren. Dieser Prozess wird genauer am Beispiel islamistischer Jihadis in Europa untersucht. Zudem wird die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen ein Ermächtigungszyklus erfolgreich ist." (Autorenreferat)

[66-CSA] Schweitzer, Yoram; Shay, Shaul:
The Globalization of Terror: The Challenge of Al-Qaida and the Response of the International Community., , in: 242p, 2008, Transaction Publishers, ISBN: 1412807700

INHALT: This book makes a significant contribution to scholarly and theoretical research dealing with international terror. The authors offer a unique analysis of the Afghan aluni, who had previously fought the Soviet sin the 1980s, within the overall tapestry related to modern international terror.

[67-L] Steinberg, Guido:
Der nahe und der ferne Feind: die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München: Beck 2005, 281 S., ISBN: 3-406-53515-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006-2635)

INHALT: Das vorliegende Buch versucht, ein alternatives Erklärungsmuster anzubieten: Das, was gemeinhin als "islamistischen Terrorismus" bezeichnet wird, hat seine Wurzeln in einer Reihe von innenpolitischen Konflikten in den Ländern der arabischen und islamischen Welt, die seit mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten zwischen islamistischen Bewegungen und den jeweiligen Regierungen ausgetragen werden. Islamistischer Terrorismus ist insofern nur eine besonders gewalttätige Ausprägung militanter islamistischer Gruppierungen. Der Protest islamistischer Bewegungen in der Region richtet sich primär gegen die eigenen Regierungen, die mit dem "neokolonialen Westen" kooperieren. Der islamistische Terrorismus bewegt sich damit in einem komplizierten Spannungsfeld zwischen regionaler Verankerung und globaler Orientierung. Es gibt - wenn überhaupt - nur wenige Terroristen, denen es allein um den Kampf gegen den Westen oder um eine "islamistische Weltherrschaft" geht und die jegliche Beziehung zu ihrem Herkunftsland verloren haben. Die Zielvorstellungen islamistischer Terroristen bewegen sich in einem Kontinuum zwischen der Machtübernahme in einem Heimatland über den "Rückzug" der Amerikaner aus der Region, die Zerstörung Israels, die Rückeroberung ehemals muslimischer Gebiete bis hin zur Errichtung islamistischer Gottesstaaten in einem meist sehr diffusen Rahmen, der von der Einheit der islamischen Welt bis hin zu einem weltumspannenden Kalifat reicht. Oft bleiben die politischen Ordnungsvorstellungen und der geographische Zielrahmen ihrer Aktivitäten jedoch unklar. Nur der Wille zur Machtübernahme und Etablierung eines "islamischen Staates" in ihrem Heimatland ist nachweisbar und konkret. (ICA2)

[68-L] Storck, Sascha B.:
Terrorismus: Erscheinungsformen, Entstehungsbedingungen und Verläufe, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 134 S., ISBN: 978-3-8364-0566-9 (Standort: LB Koblenz(929)-2007/3520)

INHALT: "Seit dem erneuten Aufflammen terroristischer Gewalttaten in den letzten Jahren, deren vorläufigen spektakulären Höhepunkt die Anschläge des 11. September 2001 bildeten, ist das Wort Terrorismus in aller Munde und plötzlich befindet sich die Welt im Krieg. Gegen wen? Den Terrorismus. Was aber genau versteht man unter Terrorismus? Wer sind die Terroristen? Was sind ihre Motive und Ziele? Ist ein 'Krieg', ein Vorgehen gegen Terrorismus mit militärischen Mitteln, überhaupt möglich? Untersucht man das Thema Terrorismus, so ist eines der ersten Hindernisse, auf das man unweigerlich stößt, die Erkenntnis, dass es ein Phänomen wie den Terrorismus schlicht und einfach nicht gibt. Es gibt nicht eine Art von Terrorismus, sondern viele und die Natur dieser unterschiedlichen Ausprägungen ändert sich kontinuierlich im Laufe der Zeit und von Land zu Land. Eine allgemeine Theorie, eine umfassende Erklärung seiner Ursachen zu finden, ist wegen der vielen unter-

schiedlichen Arten kaum möglich. Deshalb widmet sich dieses Buch den verschiedenen Erscheinungsformen des Terrorismus, beleuchtet Ziele und Motive terroristischer Gruppen, untersucht ihre Kampfstrategien, ihre Bindungen an die Gesellschaft und die Dynamik, der terroristische Organisationen als soziale Gruppen unterliegen. Auf dieser Grundlage werden dann Gegenmaßnahmen gegen den Terrorismus aufgezeigt und erläutert." (Autorenreferat)

[69-L] Straßner, Alexander (Hrsg.):
Sozialrevolutionärer Terrorismus: Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 489 S., ISBN: 978-3-531-15578-4

INHALT: "Sozialrevolutionärer Terrorismus in seiner Breite und ideologischen Bezügen ist zu einem Stiefkind der Forschung degeneriert. Waren die relevanten Organisationen der sechziger und siebziger Jahre (RAF, Bewegung 2. Juni, Rote Brigaden, Tupamaros) einst der dominante Faktor der Berichterstattung, so fristen sie heute ein Schattendasein neben dem die Agenda beherrschenden transnationalen Netzwerkterrorismus. Im Mittelpunkt des Sammelbandes steht dabei nicht allein die historische Analyse der wichtigsten europäischen wie überseeischen sozialrevolutionären Gruppierungen, sondern deren ideologischer Bezugsrahmen sowie gemeinsame Entstehungs- und Zerfallsbedingungen. Wie an taktischen und ideologischen Grenzfällen deutlich wird, findet sich aber auch im Terrorismus moderner Prägung sozialrevolutionäres Gedankengut. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der sozialrevolutionär motivierte Terrorismus nicht mit dem Kollaps des real existierenden Sozialismus sein Ende gefunden hat. Angesichts von Negativeffekten der Globalisierung und fortschreitender sozialer Deprivation auch in Industriegesellschaften können sozialrevolutionäre Motive auch zukünftig Motive für Terroristen sein." (Autorenreferat) . Inhaltsverzeichnis: Alexander Straßner: Sozialrevolutionärer Terrorismus: Typologien und Erklärungsansätze (9-33); I. Die Heterogenität sozialrevolutionärer Grundlagen: Benjamin Zeitler: Terrorismus als Revolutionshindernis: Karl Marx und Friedrich Engels (37-46); Nina Huthöfer: Der Katechismus des Revolutionärs: Sergej Nechaev (47-56); Marcus Gerngroß: Anarchismus im Zarenreich: Michail Bakunin und Pjotr Kropotkin (57-68); Ilona Steiler: Die Idee der "Permanenten Revolution": Leo Trotzki (69-76); Johannes Wörle: Die Avantgarde als Keimzelle der Revolution: Vladimir I. Lenin (77-86); Tobias Nerb: Angewandte Guerillatheorie: Mao Tse Tung (87-96); Stephanie Rübenach: Die Theorie der Revolutionsherde: Befreiung der Dritten Welt oder Wegbereiter des Terrorismus? (97-114); Philip Gursch: Gewalt als Widerstandsrecht? Herbert Marcuse (115-124); Daniel Heller: Die Frankfurter Schule - Das Primat der Theorie (125-144); II. Organisationen: A. Klassische sozialrevolutionäre Organisationen: Marcus Gerngroß: Terrorismus im Zarenreich mit Vorbildfunktion: Die "Narodnaya Wolya" (147-158); Ilona Steiler: Bewaffneter Kampf im Mutterland des Imperialismus: Der Weather Underground (159-176); Philip Gursch: Revolution als Tradition: Die Action Directe in Frankreich (177-188); Barbara Fendt und Susanne Schäfer: Orthodoxer Marxismus und Antiimperialismus: Die Belgischen Kommunistischen Zellen (189-208); Alexander Straßner: Perzipierter Weltbürgerkrieg: Rote Armee Fraktion in Deutschland (209-236); Lutz Korndörfer: Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni (237-256); Johannes Wörle: Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland (257-274); Carolin Holzmeier und Natalie Mayer: Erdung durch Arbeiternähe? Die Roten Brigaden Italiens (275-304); Florian Edelmann: Die Schimäre der Weltrevolution: Rote Armee Faktion, Vereinigte Rote Armee und Japanische Rote Armee - Bewaffneter Kampf in Japan und im internationalen Kontext (305-328); Florian Edelmann: Die Phantomguerilla: Revolutionäre Organisation 17. November in Griechenland (329-344); Nina Huthöfer: Erfolgreicher Terrorismus? Die Tupamaros in Uruguay (345-362); B. Strukturelle und ideologische Grenzfälle: Alexandra Bürger: Terrorismus oder Guerilla? Der Sendero Luminoso in Peru (365-386); Franz Kurz: Ein "tragisch-groteskes" Missverständnis: Das Scheitern der argentinischen Montoneros (387-410); Stephanie Rübenach: Die Brasilianische Stadtguerilla: Aktionskonglomerat auf widersprüchlicher Grundlage (411-434); Daniel Heller: Moderner Terrorismus zwischen religiösen, politischen und sozialrevolutionären Motiven: das Beispiel AlQaida (435-456); Folgerungen: Alexander Straßner: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus (457-486).

[70-L] Straßner, Alexander:
Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 457-483

INHALT: Der Verfasser fragt nach den Gründen für die relative Kurzlebigkeit sozialrevolutionärer terroristischer Organisationen. Er sieht diese in der Erfolglosigkeit des terroristischen bewaffneten Kampfes, der nicht auf die Gewinnung von Bevölkerungssympathien oder die Entwicklung einer positiven Systemalternative orientiert ist. Gründe dieser Erfolglosigkeit sieht er zum einen in der "Militanzfalle", zum anderen auf systemischer Ebene als Resultat externer Faktoren (fehlender Rückhalt in der Bevölkerung) und interner Faktoren (Blockierung von Modifikationen der eigenen Vorgehensweise). So entstehen sozialrevolutionären Gruppen sowohl gruppendynamische Hindernisse als auch allgemeine terrorismustheoretische Friktionen, die eine erfolgreiche langfristige Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich machen. Hinzu kommt die eigene Ideologie, die sich als Handicap erweist. Gleichwohl schließt all dies eine Wiederkehr militanter Muster nicht aus. (ICE2)

[71-F] Technische Hochschule Aachen:
Transnationaler Terrorismus

INHALT: Ausgehend von einem mechanismischen Erklärungsmodell soll theoretisch und empirisch erklärt werden, wie der neue Terrorismus vom Typ Al-Qaida entstanden ist. In einem ersten Schritt werden die ökonomischen, politischen, gemeinschaftlichen und kulturellen Bedingungen aufgezeigt, die diesen Terrorismus begünstigt haben. Dann wird, mit Hilfe der Theorie komplexer adaptiver Systeme, analysiert, wie es zu einer terroristischen Strategie-Evolution im handelnden Zusammenwirken mit dem Westen, besonders USA, gekommen ist und woraus die eigentliche terroristische Neuerung besteht. Es wird nachgezeichnet, weshalb sich die Akteure für Terror als Handlungsoption entscheiden und nicht eine andere Handlungswahl treffen.
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie (Eilfschornsteinstr. 7, 52062 Aachen)

[72-F] Universität Hamburg:
Contemporary terrorism

INHALT: This European project will analyse the current, radical Islamic, forms of terrorism in Europe by comparing them to older - revolutionary or separatist - forms of terrorism. By mobilising accumulated knowledge about already well-researched forms of terrorism (violent separatism, revolutionary terrorism, state terrorism, etc.), the terrorist "expressions" of certain radical Islamic organisations, often presented as "original" or new, will be investigated. The project will bring together scholars from various fields (sociology, political science, economics, psychology) and state security officials (police, judiciary and intelligence). Cooperation project with the Institut d'Hautes Études de Sécurité, Paris (INHES).| *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa
ART: *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit
INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Kriminologische Sozialforschung (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)
KONTAKT: Sekretariat (Tel. 040-42838-3329, Fax: 040-42838-2328,
e-mail: astksek@uni-hamburg.de)

[73-L] Urban, Johannes:
Internationaler Islamistischer Terrorismus: Herausforderung für den demokratischen Verfassungsstaat, in: Uwe Backes (Hrsg.) ; Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit : extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 441-476, ISBN: 3-525-36905-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3236)

INHALT: Der Beitrag zum übergeordneten Thema des Niederschlags extremer Ideologien in den Diskursen, Visionen, Programmen und propagandistischen Bemühungen extremistischer Organisationen setzt sich mit dem Internationalen Islamistischen Terrorismus auseinander, der auch in Europa eine Gefahr darstellt. Der Autor geht der Frage nach, welche Gefahren diese Bedrohung hervorrufen und an welchen Merkmalen sie festzumachen sind. Ausgehend von den Erfolgskennzeichen verschiedener Terrorismus-Formen wird ein Analyseraster entwickelt, mit dessen Hilfe die Gefahren des Internationalen Islamistischen Terrorismus beschrieben und ergänzt werden. Die Analyse stellt dabei auf vier Variablen ab: (1) Akteure, (2) Ideologie, (3) Bezugsgruppe und (4) Rahmenbedingungen. Das Ergebnis ist ein Gefahrenbild, das sowohl die Gefahr der Gewalt als auch die der Durchsetzung politischer Forderungen des Islamismus berücksichtigt. Schwerwiegende Gefahren ergeben sich zudem durch die starke Einbindung Deutschlands in europäische, transatlantische und globale Prozesse und Strukturen. Die Bundesrepublik ist herausgefordert, in einem demokratischen Prozess den Werten der Sicherheit und der Freiheit entsprechende Problemlösungsstrategien zu entwickeln. (ICG2)

[74-L] Vollmer, Thomas:
Der militante Islamismus als neuer Totalitarismus: dschihadistischer Terrorismus und westliche Sicherheitsarchitektur, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 147 S., ISBN: 978-3-8364-1146-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6968)

INHALT: Der erste Teil der Untersuchung ist der retrospektiven Vergewisserung des spezifisch Totalitären gewidmet. Zentrale Merkmale des Totalitarismus werden hierzu ebenso aufgearbeitet wie Unterschiede und Gemeinsamkeiten von fundamentalistischen und totalitären Phänomenen, religiös motiviertem Terrorismus und staatlichem Terror totalitärer Diktaturen. Im zweiten Teil seiner Untersuchung konzentriert sich der Verfasser auf die Frage nach den totalitären Elementen des militanten Islamismus, dessen ideologische Grundlagen er bei Hasan al-Banna und Sayyid Qutb findet. Die Entfaltung des islamistisch orientierten Terrorismus zur weltpolitischen Kraft wird beginnend mit der iranischen Revolution 1979 über Afghanistan bis zu al-Qaida dargestellt, um dann den dschihadistischen Totalitarismus mit dem Liberalismus zu konfrontieren. Dabei entsteht das Bild einer neototalitären Massenbewegung, die sich - von charismatischen Führerfiguren geleitet - auf eine antimoderne, militante, außerweltlich legitimierte Ideologie stützt und die fanatische Ausrottung jeglicher Opposition durch totalitären Terror anstrebt. (ICE2)

[75-L] Waldmann, Peter (Hrsg.):
Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2005, 241 S., ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: "Diese Studie richtet den Blick auf die Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen. Wenngleich eine der Ausgangsfragen war, inwieweit Armut, soziale Ungleichheit und Analphabetismus in der Dritten Welt als mögliche Ursachen der Welle religiösen Terrorismus in Frage kämen, die in den Anschlägen vom 11. September 2001 gipfelte, wurden alsbald weitere Erklärungsfaktoren, insbesondere organisationsinterne Determinanten terroristischen Handelns in die Analyse mit einbezogen. Denn man will erfahren, wie es zur Bildung terroristischer Verbände und zur ständigen Neurekrutierung von Mitgliedern für sie kommt, so bleibt einem nichts anderes übrig, als sich auf die Ebene dieser Verbände und der einzelnen Terroristen selbst zu begeben: zur versuchen herauszufinden, aus welchem sozialen Milieu diese stammen, welche sukzessiven Schritte sie zu der Gewaltorganisation führten, aus welchen Motiven sie die Konfrontation mit dem Staat und der Gesellschaft suchen, warum sie die Strapazen eines Lebens im Untergrund auf sich nehmen, sich nicht scheuen, gegebenenfalls auch Unschuldige zu töten oder mit in den Tod zu reißen usf. Kurzum, es geht darum, die Vorstellungs- und Lebenswelt der terroristischen Akteure zu verste-

hen. In den einzelnen Untersuchungen wird prozessualen Aspekten der Vorrang vor einer statischen Analyse eingeräumt; das heißt, der Akzent wird auf sukzessive Entscheidungen der Akteure und Gruppen in Schlüsselsituationen gelegt, die den Gewaltkurs intensivieren oder abschwächen können." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Waldmann: Einleitung: Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen (11-28); Heinrich-W. Krumweide: Ursachen des Terrorismus (29-84); Stefan Malthaner: Terroristische Bewegungen und ihre Bezugsgruppen. Anvisierte Sympathisanten und tatsächliche Unterstützer (85-137); Peter Waldmann: Die zeitliche Dimension des Terrorismus (139-187); Hamed Abdel-Samad: Radikalisierung in der Fremde. Muslime in Deutschland (189-240).

[76-L] Waldmann, Peter:
Die Herausforderung des Terrorismus, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Handbuch der katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker & Humblot, 2008, S. 1061-1070

INHALT: Der Beitrag beschreibt Hauptformen sowie die Entstehung, Entwicklung und Folgen des Terrorismus. Terroristische Gruppen sind definitionsgemäß kleine, allenfalls mittelgroße Gruppen. Es ist nicht gesagt, dass sie repräsentativ für soziale Problemlagen und breitere soziale Schichten sein müssen. Der starke Voluntarismus dieser Gruppen treibt sie eher in eine Entfremdung von der Gesellschaft. Bestimmte Entwicklungen der Moderne haben beigetragen, Terrorismus als Gewaltform attraktiv zu machen: das staatliche Gewaltmonopol, die modernen Großstädte, Gesellschaften im Umbruch mit ihren Integrationsproblemen und das Ausbleiben größerer bewaffneter Konflikte, die als kollektives Drama das durch Einzelanschläge verursachte Leid deutlich in den Schatten stellen. Die Überlebensfähigkeit terroristischer Vereinigungen hängt mit der Herausbildung eines Fachwissens eigener Art zusammen, wozu zählt: eine Organisationsstruktur mit einer Kombination von hierarchischen und dezentralen Elementen, kollektive Führungskader, eingespielte Prozeduren der Anwerbung neuer Mitglieder, ihrer Disziplinierung und Sozialisierung, eine Routinisierung in der Beschaffung von Finanzmitteln durch Zwangsausübung oder moralischen Druck und die Perfektionierung der Geheimhaltungsmethoden. (ICB2)

[77-L] Waldmann, Peter:
Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen, in: Peter Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2005, S. 11-28, ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: Der Autor setzt sich mit Annahmen über den Terrorismus auseinander, die er als irreführend bezeichnet. Diese beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen Terrorismus und Armut, auf das Verständnis vom Terrorismus als Ersatzkrieg gegen den Westen, auf die Betrachtung der Terroristen als psychisch gestörte Menschen, auf den Zusammenhang zwischen dem politischen Entwicklungsstand eines Landes und der Entstehung vom Terrorismus sowie auf die Kausalfaktoren der Entstehung terroristischer Verbände. Anschließend werden konzeptionelle und methodische Fragen bezüglich der Definition vom Terrorismus, der Schwerpunkte wissenschaftlicher Untersuchungen zu diesem Thema und der Einordnung des Terrorismus unter die Gewaltphänomene erörtert. Zum Schluss wird zur Diskussion gestellt, welche Maßnahmen gegen den Terrorismus möglich sind. (ICG)

[78-L] Waldmann, Peter:
Terrorismus: Provokation der Macht, Hamburg: Murmann 2005, 294 S., ISBN: 3-938017-17-1

INHALT: Wofür steht der Begriff 'Terrorismus'? Welche Akteure, Ziele und Hintergründe lassen sich darunter subsumieren? Diesen Fragen widmet sich Waldmanns nicht zu Unrecht als 'Standardwerk' bezeichnete Monografie von 1998, die angesichts der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA und 2004 in Madrid als zweite Auflage vollständig überarbeitet erscheint. Der Autor beschreibt jene 'Provokation der Macht', die er - verkürzt rekapituliert - als planmäßig vorbereitete Gewalttat gegen eine politische Ordnung definiert, die Schrecken verbreiten, aber auch Unterstützungsbereitschaft erzeugen soll. Unter Berücksichtigung verschiedener Ansätze aus Politikwissenschaft und So-

ziologie baut Waldmann dabei auf einer Darstellung geschichtlicher, strukturell-gesellschaftlicher und psychologischer Hintergründe auf, bevor er sich den gebräuchlichen Terrorismus-Typen widmet: sozialrevolutionärem, ethnisch-nationalistischem und rechtsradikalem Terrorismus sowie der religiös motivierten Erscheinungsform, die er besonders ausführlich beschreibt. Als Tendenz wird dabei - veranschaulicht durch übersichtliche Tabellen und Grafiken - für die vergangenen Jahre eine sinkende Zahl der terroristischen Anschläge festgestellt, zugleich steige aber die Anzahl der Todesopfer und die wahrgenommene Brutalität. Obwohl bei den Anschlägen vermehrt religiöse Motive im Vordergrund stünden und moderne Kommunikationsmittel eine dezentrale Organisation förderten, warnt Waldmann davor, Al Kaida als Archetyp für einen modernen, netzwerk-orientierten und religiös-fanatischen Terrorismus zu sehen. Da der Autor Terrorismus primär als Kommunikationsstrategie mit hoher symbolischer Funktion betrachtet, beschreibt er in weiteren Kapiteln die besondere Rolle der Medien im Kalkül der Attentäter sowie diverse Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von Symptomen und Ursachen des Terrorismus. (ZPol, VS)

[79-L] Wieviorka, Michel:
From classical terrorism to "global" terrorism, in: International journal of conflict and violence, Vol. 1/2007, Iss. 2, S. 92-104 (nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0070-ijcv-2007219)

INHALT: "This article examines the history and the development of terrorism as a research subject for social sciences. It gives an impression of how the subject's theoretical remit has changed over the last decades-explicitly taking into account the characteristics of a modern and global world and their impact on current understandings of terrorism." (author's abstract)|

[80-L] Witte, Daniel:
Zur Rational-Choice-Analyse des transnationalen Terrorismus: Potenziale und Grenzen ökonomischer Erklärungsansätze, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 17-44, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor untersucht den heuristischen Wert von Rational-Choice-Ansätzen zur Erklärung des transnationalen Terrorismus, welchem als eine asymmetrische und primär psychologische Form der Kriegsführung ein gewisses Maß an strategisch-rationaler Logik unterstellt werden kann. Eine nähere Analyse der strategischen Logik terroristischer Netzwerke, der individuellen Logik von Selbstmordattentätern sowie ihrer nicht streng rationalen Dimensionen kann wiederum eine rationale Auseinandersetzung mit dem Phänomen ermöglichen. Der Autor zeigt die Potenziale, aber auch die Grenzen von ökonomischen Modellen auf, die sich mit Selbstmordattentaten befassen. Er diskutiert ferner einige alternative Erklärungsansätze, die sich auf die Stichworte nicht-reziproker Altruismus, Gruppenmechanismen, Identität und Techniken der Selbstbindung beziehen. Auch wenn der gegenwärtige Terrorismus aus der Perspektive der im Hintergrund stehenden Organisationen als eine hoch rationale und potenziell auch erfolgversprechende Strategie verstanden werden kann, scheitert eine strenge Rational-Choice-Logik seiner Meinung nach an der Opferbereitschaft der Attentäter. Diese stellt weder in historischer noch kultureller Hinsicht ein spezifisch islamisches Phänomen dar und kann vor dem Hintergrund der sinnstiftenden Wirkungen von kollektiven Identitäten, Ideologien und Gruppenzugehörigkeiten gedeutet werden. (ICI2)

[81-F] Zimmermann, Ekkart, Prof.Dr. (Leitung):
Economic causes of terrorism

INHALT: keine Angaben
ART: *BEGINN:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Makrosoziologie (01062 Dresden)
KONTAKT: Institution -Sekretariat- (Tel. 0351-463-37043, Fax: 0351-463-37085)

2 Exkurs: Geschichte des Terrorismus - der Deutsche Herbst und die Folgen

[82-L] Beckenbach, Niels:
Der lange Marsch in die Destruktivität: die Geburt der RAF aus dem Wahn, in: Niels Beckenbach (Hrsg.): Wege zur Bürgergesellschaft : Gewalt und Zivilisation in Deutschland Mitte des 20. Jahrhunderts, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 235-264, ISBN: 3-428-11977-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9305)

INHALT: Kern der wahnhaften Idee eines Guerillakrieges in der Bundesrepublik ist das Moment einer eliminatorischen Destruktion - die Bereitschaft, zu töten und den eigenen Tod in Kauf zu nehmen. Der Rubikon der Gewaltfrage wurde mit dem Vietnamsemester an der Freien Universität Berlin im Frühjahr 1968 und den Schüssen auf Rudi Dutschke im April überschritten. Es entstand die "ortlose Guerilla" der RAF, die in einer Zeit, die im Rückblick eher als Vorbote der bürgerschaftlichen Gesellschaft der 1980er Jahre erscheint, den Kampf gegen das "faschistoide Schweinesystem" in der Bundesrepublik aufnahm. Die Briefe der inhaftierten RAF-Mitglieder lassen eine tiefe Verstrickung der Inhaftierten in den kollektiven Wahn der "Pequod-Welt" erkennen. In ihrer gesellschaftliche Isolation und Verblendung erweckt die RAF den seltsamen Eindruck einer "aus der Zeit gefallenen" Gruppe. (ICE)

[83-L] Bude, Heinz:
Erbschaft dieser Zeit: die RAF und die Geschichte der Bundesrepublik, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 1343-1352

INHALT: In der zeitgeschichtlichen Forschung ist, so der Verfasser, die Wiederentdeckung des Narrativs von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik zu beobachten. Man dekliniert die Nachkriegsgeschichte von Periode zu Periode durch und stößt auf sozioökonomische Modernisierung und soziokulturelle Dynamisierung, was alles in eine Richtung weist: auf die liberale, zivile und demokratische Gesellschaft, die heute in der Bundesrepublik existiert. Auffällig an der sukzessiven Entfaltung dieses neueren zeitgeschichtlichen Narrativs ist die Re-Lektüre und Wiederverwendung einst verpönter konservativer Interpretationsmuster. Dieses Reflexionsdefizit in einer jüngeren Generation von Zeitgeschichtlern spricht eigentlich nicht für einen neuen durchgearbeiteten Ansatz in der Zeitgeschichte, sondern eher für eine gewisse Wahllosigkeit im Ausprobieren von Deutungsmustern, was insgesamt die grundlegende Irritation der neueren und neusten Geschichte nach dem Verlust ihres re-education-Auftrags belegt. Die Geschichte der RAF in der Helmut-Schmidt-Ära der 1970er Jahre führte der bundesdeutschen Gesellschaft vor Augen, dass 1968 nicht nur eine Zäsur, sondern auch ein Trauma der Nachkriegsentwicklung darstellt. Wer in der Nachfolge des Nationalsozialismus aufs Ganze geht, endet im politischen Wahnsinn. Hinter der Bewegung zur "Systemveränderung" sind die putschistischen Phantasien wild gewordener Kleinbürger zu entdecken. Es ist nur zu verständlich, dass von dieser Art der politischen Leidenschaft niemand mehr etwas wissen wollte. So wurde dieses gewissermaßen zweite Kapitel in der Geschichte der Leidenschaften nach 1945 abgeschlossen: Nach der Leidenschaft der Sachlichkeit, die die Stabilisierung in den 1950er und frühen 1960er Jahren begleitet hatte, war die Leidenschaft der Weltveränderung in der Phase von Partizipation, Demokratie und sozialer Bewegung gekommen. (ICF2)

[84-L] Colin, Nicole; Graaf, Beatrice de; Pekelder, Jacco; Umlauf, Joachim (Hrsg.):
Der 'Deutsche Herbst' und die RAF in Politik, Medien und Kunst: nationale und internationale Perspektiven, (Histoire), Bielefeld: transcript Verl. 2008, 231 S., ISBN: 978-3-89942-963-3

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Nicole Colin, Beatrice de Graaf, Jacco Pekelder, Joachim Umlauf: Einleitung: "Terrorismus" als soziale Konstruktion (7-15); Jacco Pekelder: Herbst in Holland. Die RAF in den Niederlanden 1970-1980 (17-35); Beatrice de Graaf: Die Bekämpfung politischer Gewalt: Versuch eines internationalen Strukturvergleichs (36-56); Ingrid Gilcher-Holtey: Vis Ludens (57-66);

Nicole Colin: Mensch oder Schwein? Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin auf Besuch in Hamburg und Paris (67-82); Bob de Graaff: Die RAF im Lichte von 9/11. Ein Vergleich (83-90); Janneke Martens: "Polizei und Justiz drehen völlig durch." Die Rote Armee Fraktion in den niederländischen Medien (91-107); Klaus Weinhauer: Terrorismus und Kommunikation: Forschungsstand und -perspektiven zum bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre (109-123); Klaus-Michael Bogdal: Verändern oder Sterben: Imperative der Revolte (124-130); Rolf Sachsse: Pentagramm hinter deutscher Maschinenpistole unter Russisch Brot. Zur Semiosphäre der Erinnerung an die Rote Armee Fraktion (131-140); Martin Jander: Isolation oder Isolationsfolter. Die Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge (141-155); Angelika Ibrügger: Die unfreiwillige Selbstbespiegelung einer lernenden Demokratie. Heinrich Böll als Intellektueller zu Beginn der Terrorismusdiskussion (156-169); Hanno Balz: Gesellschaftsformierungen. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren (170-185); Nicole Colin: Täter- versus Opferdiskurs: Eine andere Geschichte des deutschen Terrorismus? (187-194); Michael Buback: Recht auf Klärung. Reflexionen eines Betroffenen (195-207); Joachim Lampe: Straftaten müssen aufgeklärt werden. Reflexionen eines deutschen Staatsanwaltes (208-215); Wilhelm van Bennekom: Was bleibt von der RAF? Reflexionen eines niederländischen Rechtsanwalts (216-228).

[85-L] Daase, Christopher:
Die RAF und der internationale Terrorismus: zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 905-929

INHALT: Die internationalen Beziehungen und transnationalen Kontakte haben der RAF eine überdurchschnittlich lange Existenz und eine unverhältnismäßig hohe Schlagkraft verliehen. Gleichzeitig hat die Kooperation mit internationalen Akteuren aber auch die Widersprüche der RAF verschärft und damit langfristig zu ihrem Niedergang beigetragen. Ohne die symbolische Kooperation mit Staaten wie Kuba oder Vietnam, Befreiungsbewegungen wie der PLO oder dem Vietkong und europäischen Terrorgruppen wie der Action Directe oder den Brigate Rosse hätte die RAF nie das internationalistische Bewusstsein entwickeln können, das für ihre organisatorische Stabilität die ideologische Begründung lieferte. Die Gewissheit, Fraktion, Teil eines weltweiten Klassenkampfes zu sein, diente gleichzeitig als Rechtfertigung revolutionärer Gewalt "in den Metropolen" und als Verpflichtung, auch nach Niederlagen den bewaffneten Kampf nicht aufzugeben. Insofern förderten die internationalen Solidaritätsbekundungen, die Rechtfertigungen der Handlungen anderer Terrorgruppen und das Handeln im Namen einer internationalistischen Bewegung die Gruppenkohäsion der RAF. Andererseits hat die symbolische Kooperation aber auch Erwartungen geschürt, die von der RAF nicht eingelöst werden konnten. Die Verpflichtung zu internationaler Solidarität hat etwa die RAF dazu verleitet, die Aktionen des Schwarzen September zu rechtfertigen, die ihrem eigenen Konzept der Stadtguerilla eigentlich widersprachen. Zudem entfernte sich die zweite Generation von ihren internationalistischen Ambitionen, indem sie sich auf das Ziel der Gefangenenbefreiung konzentrierte, und akzentuierte damit den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität des revolutionären Kampfes. (ICF2)

[86-L] Dahlke, Matthias:
Das Wischnewski-Protokoll: zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 57/2009, H. 2, S. 201-215 (Standort: USB Köln(38)-FHM EP67; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; dx.doi.org/10.1524/vfzg.2009.0041)

INHALT: "Das 'Wischnewski-Protokoll' ist das Wortlautzeugnis einer bemerkenswerten Zusammenkunft, die im Herbst 1977 in Wien stattfand. Am Tisch saßen der österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, im Auftrag der deutschen Bundesregierung ein Vertrauter Hans-Jürgen Wischnewskis und zwei höchstrangige palästinensischen Terroristen, darunter einer der Drahtzieher des Anschlags auf die Olympischen Spiele 1972 in München, Ali Hassan Salameh. Kurz nach der Ermordung Hanns Martin Schleyers und der Entführung der 'Landshut' nach Mogadischu diskutierten die ungleichen Partner über ein Ende des Terrorismus in Europa, das die Palästinenser durch ihre inti-

men Kenntnisse der terroristischen Netzwerke herbeiführen wollten. Die verlangte Gegenleistung: Politische Anerkennung der PLO, die nicht zuletzt durch das öffentliche Treffen Jassir Arafats mit Willy Brandt und Bruno Kreisky 1979 in Wien erreicht wurde. Die Motivationen der Teilnehmer waren höchst unterschiedlich, jedoch soweit kongruent, dass mindestens im Falle Österreichs 'Vereinbarungen' getroffen wurden. Auch wenn ein Großteil der offenbar langjährig betriebenen Geheimdiplomatie nicht den Weg ins Archiv gefunden haben dürfte, zeigt dieser seltene Fund, dass auch unkonventionellen Wege in der westeuropäischen Antiterrorismuspolitik der 1970er Jahre beschritten wurden." (Autorenreferat)

[87-L] Deiß, Marina:
Gnade für Gnadenlose?: 30 Jahre Deutscher Herbst und die "Begnadigungsdebatte" in den Medien, (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Medienwissenschaften, Bd. 3), Marburg: Tectum Verl. 2008, 96, XXXVI S.

INHALT: "Rund drei lange Jahrzehnte bedrohte die Rote Armee Fraktion (RAF) die Bundesrepublik und ihre Repräsentanten in Politik und Wirtschaft. Ihr brutales Vorgehen hinterließ tiefe Wunden. Das Vertrauen in die Allmacht des Staates wurde ebenso erschüttert wie der Glaube an gerechten Protest. Auch zehn Jahre nach ihrer Selbstauflösung lastet der Schatten der RAF über Deutschland. Eine neutrale Diskussion über die vorzeitige Entlassung von Brigitte Mohnhaupt und die Begnadigung von Christian Klar war deshalb nicht möglich. Emotional bis hysterisch streitet Deutschland: Gilt das Primat der Resozialisierung auch für brutale Terroristen. Haben gnadenlose Mörder ihr Recht auf Gnade verspielt? Auch die Massenmedien verhielten sich zu der Thematik keineswegs objektiv, zeigt Marina Deiß in ihrer Studie. Der von Zeitungen und Fernsehen geprägte Begriff 'Begnadigungsdebatte' bestimmte die Berichterstattung. Sachlich blieb er unscharf. Die mögliche Begnadigung Klars durch den Bundespräsidenten wurde der juristisch formellen Begnadigung Mohnhaupts gleichgesetzt. Leser und Zuschauer wurden dadurch verwirrt, die Meinungsbildung wenigstens unbewusst manipuliert. Anhand des Beispielfalls RAF zeigt dieses Buch: Eine ausgewogene, neutrale und sachliche Berichterstattung in den Medien ist lebenswichtig für die Demokratie als Ganzes." (Autorenreferat)

[88-L] Eberhardt, Kim:
"Stark genug, den Krieg zu erklären?": die Rote Armee Fraktion (RAF) im Spiegel der bundesdeutschen Presse (1972-1977), Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 188 S., ISBN: 978-3-8364-3186-6

INHALT: "30 Jahre nach dem Deutschen Herbst ist das Thema Rote Armee Fraktion (RAF) aktueller denn je. Lange Zeit spielte es jedoch im öffentlichen Diskurs hierzulande so gut wie gar keine Rolle. Erst seit einigen Jahren, spätestens seit den Anschlägen des 11. September, scheint das Interesse am deutschen Terrorismus wieder zu wachsen. Auffallend an der Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte ist, dass es zwei unterschiedliche Tendenzen gibt. Die einen beschäftigen sich mit dem 'Mythos RAF' und stilisieren diese beispielsweise in Kinofilmen zu romantischen Leinwandhelden aus einer Zeit, in der es noch um etwas ging. Die anderen, vor allem die deutschen Medien, distanzieren sich eher von der RAF. In der Berichterstattung wird diese meist als unpolitische, militante Gruppe dargestellt, die dem Staat einst den Krieg nicht nur erklärt, sondern ihn auch praktiziert hat, wobei auch häufig Vergleiche zur Ideologie des SS-Staates gezogen werden. Woher aber kommen heute diese unterschiedlichen Bilder und Mythen, die sich um die RAF gebildet haben? Die Autorin Kim Eberhardt geht dieser Frage anhand einer Presseanalyse der Jahre 1972-77 auf den Grund. Wie wurde damals über die Ereignisse rund um die RAF berichtet? Welches Bild wurde über sie verbreitet? Welchen Einfluss hatte die Berichterstattung der Medien auf die gesellschaftlichen Meinungen? Und wie wurden andererseits die Medien durch die Hysterie und die allgemeine Panikmache im Land beeinflusst? Grundlage dieser Arbeit bilden die Artikel der beiden überregionalen Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung, sowie des wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazins Der Spiegel. Neben der Analyse der Berichterstattung geht es in dieser Untersuchung aber auch um die Ereignisse der Jahre 1972-77. Wo hatte der deutsche Terrorismus seine ideologischen Wurzeln? Was genau ist in den Jahren bis zur Schleyer-Entführung im Herbst 1977 passiert?" (Autorenreferat)

[89-L] Gehrig, Sebastian:
"Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen": Linksterroristische Gruppen und maoistische Ideologie in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre, in: Sebastian Gehrig (Hrsg.) ; Barbara Mittler (Hrsg.) ; Felix Wemheuer (Hrsg.): Kulturrevolution als Vorbild? : Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main: P. Lang, 2008, S. 153-177, ISBN: 978-3-631-57641-0 (Standort: UB Freiburg (25)-GE2008/6063)

INHALT: Der Verfasser stellt die Entstehung terroristischer Gruppen im "Entmischungsprozess" der Studentenbewegung in Deutschland und die Frühphase der RAF dar. Das maßgeblich von Ulrike Meinhof verfasste "Konzept Stadtguerilla" und die ebenfalls auf Meinhof zurückgehende Schrift "Dem Volk dienen" spiegelten in der Wahl prominenter Mao-Lehrsätze die Konjunktur maoistischen Gedankenguts in den Zerfallsgruppen der Studentenbewegung wider. Ein alternatives, aber ebenfalls am Maoismus orientiertes Konzept formulierte Horst Mahler in seiner Schrift "Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa". Ideologische Differenzen zwischen beiden bestanden in Bezug auf das vorhandene revolutionäre Potenzial in der Bundesrepublik. Mao spielte als Vater des modernen Guerillakrieges in den frühen offiziellen Argumentationen der RAF 1971/72 eine überragende Rolle. Die westdeutschen Terrorgruppen der Jahre 1969 bis 1972 waren vor allem auf die Organisationsmodelle südamerikanischer Guerillaeinheiten fixiert. (ICE2)

[90-F] Hürter, Johannes, Priv.Doz. Dr. (Leitung):
Die Anti-Terrorismus-Politik der sozialliberalen Koalition 1969-1982

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 1969-1982 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
VERÖFFENTLICHUNGEN: Hürter, Johannes: Die Anti-Terrorismus-Politik der sozialliberalen Koalition 1969-1982 (geplant)
ART: *BEGINN:* 2006-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Zeitgeschichte -IfZ- (Leonrodstr. 46b, 80636 München)
KONTAKT: Leiter (Tel. 089-12688-175, e-mail: huerter@ifz-muenchen.de)

[91-L] Jesse, Eckhard:
Die Ursachen des RAF-Terrorismus und sein Scheitern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 40/41, S. 15-23 (www.bpb.de/files/WG0V7W.pdf)

INHALT: "Die Hintergründe für den terroristischen "Aufstand im Schlaraffenland" sind so vielfältig wie die Ursachen seines Scheiterns. Auch wenn die "Rote Armee Fraktion" nicht mehr besteht, gibt es heute andere terroristische Ansätze, die allerdings "Gewalt gegen Personen" verwerfen." (Autorenreferat)

[92-L] Korndörfer, Lutz:
Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 237-256

INHALT: Im Gegensatz zur RAF war die "Bewegung 2. Juni" eher ein Produkt der Gammler- als der Studentenbewegung. Ein Vorläufer der "Bewegung 2. Juni" waren die "Tupamaros Westberlin/München". Der "Bewegung 2. Juni" hängt das Etikett einer proletarischen Bewegung und einer "Spaßguerilla" an, was beides bei genauerem Hinsehen kaum gerechtfertigt erscheint. Sie entstand am 4. 12. 1971 und löste sich am 2. 6. 1980 offiziell auf. Nach ihrer Auflösung verschwand die "Bewegung 2. Juni" von der politischen Bildfläche, ein Teil der Aktivisten ging in die RAF über. (ICE2)

[93-F] Kraushaar, Wolfgang, Dr.phil. (Bearbeitung):
Die RAF und die Herausforderung der Demokratie (1970-1998)

INHALT: Nicht zuletzt der endlose Streit über die Berliner RAF-Ausstellung hat gezeigt, dass es immer noch an grundlegenden Kenntnissen über die Verlaufsgeschichte und die historischen Zusammenhänge des bundesdeutschen Terrorismus mangelt. Die popkulturelle Besetzung von Personen, Bildern und Emblemen benutzt jedenfalls die ohnehin nur bruchstückartig aufgeklärte Geschichte der "Roten Armee Fraktion" (RAF) wie einen großen Steinbruch, aus dem mit Zielsicherheit all das herausgegriffen wird, was mit dem Odium eines Tabubruchs behaftet ist. Eine derartige Indienstnahme terroristischer Imagines markiert nicht nur eine in vieler Hinsicht fragwürdige Grenzüberschreitung, sondern öffnet zugleich auch einer posthistorischen Beliebigkeit Tür und Tor. Im Schatten dieser Phänomene zeigt sich jedoch auch ein durchaus Ernst zu nehmendes Interesse, ein klareres Bild von den Zusammenhängen und Hintergründen der RAF gewinnen zu wollen. Inzwischen existiert zwar eine Fülle an historisch-dokumentarischer Literatur, dennoch aber sind elementare Orientierungsprobleme manifest geblieben. Wer wissen will, wie es zur RAF gekommen ist, wie der Staat auf die Herausforderung reagiert und sich die Bevölkerung angesichts eines ebenso abschreckenden wie faszinierenden Spektakels verhalten hat, der sucht zumeist ergebnislos. Seitdem die RAF im April 1998 erklärt hat, dass sie den bewaffneten Kampf einstellen werde, erscheint ihre Historisierung grundsätzlich leichter möglich geworden zu sein. Auch wenn die für eine angemessene historische Untersuchung erforderliche Aktenfreigabe nicht für alle Phasen in gleicher Weise reklamiert werden kann, so haben sich die Möglichkeiten einer Quelleneinsichtnahme auch bei staatlichen Behörden in den letzten Jahren qualitativ verbessert. Der hohe Grad an internationaler Vernetzung und Abstimmung der Zielstrategien des Terrorismus macht es notwendig, die mit der RAF und anderen Gruppierungen wie etwa den "Revolutionären Zellen" (RZ) kooperierenden Gruppen zu berücksichtigen. Die Sichtbarmachung dieser transnationalen Dimension macht es möglich, die Frage nach den historischen Wurzeln, den Zielsetzungen und den Eigentümlichkeiten des bundesdeutschen Terrorismus komparativ genauer beantworten zu können. In die Untersuchung sollen die in anderen Industrienationen in einem ähnlichen Kontext - der Radikalisierung von Studentenbewegungen im Zuge einer globalen Opposition zum Vietnamkrieg - entstandenen Parallelorganisationen mit in die Darstellung aufgenommen werden. Insofern ist die Entwicklung von Gruppierungen wie den "Brigate Rosse" in Italien, der "Gauche proletarienne" in Frankreich, den "Weathermen" in den USA, der "Rengo Sekiguren" (Rote Armee) in Japan und ähnlicher Gruppierungen unverzichtbar für eine Spezifizierung der bewaffneten Organisationen in der Bundesrepublik. *ZEITRAUM:* 1970-1998 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)
KONTAKT: Institution (e-mail: his@his-online.de)

[94-L] Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.):
Die RAF und der linke Terrorismus: Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed. 2006, 1415 S., ISBN: 978-3-936096-65-1

INHALT: "Nachrichten von terroristischen Anschlägen beherrschen heute mehr als je zuvor die Schlagzeilen. An die Stelle von Meldungen über Taten, mit denen die Rote Armee Fraktion beinahe drei Jahrzehnte lang die Bundesrepublik in Atem hielt, ist die Berichterstattung über Al-Qaida und andere islamistische Organisationen getreten. Religiös verbrämte Gewalt hat eine sich revolutionär gebärdende fast vollständig verdrängt. Doch je weniger fassbar der 'neue' Terrorismus erscheint, umso klarer treten die Konturen des 'alten' hervor. Es ist deshalb an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Um die RAF und die mit ihr kooperierenden Gruppen besser begreifen zu können, ist es nötig, den Horizont neu abzustecken; denn das bislang existierende Bild vom linken Terrorismus ist aus mehreren Gründen revisionsbedürftig. Es ist auf Einzelpersonen wie auf Organisationsformen fixiert und zudem geopolitisch restringiert. Daher bedarf es einer mehrfachen Erweiterung. Die RAF wird hier in den Kontext der Gewalteskalation innerhalb der 68er-Bewegung wie in den Spannungszusammenhang des Kalten Krieges gestellt, um sie in einem weiteren Schritt mit Parallelorganisationen in anderen Industriestaaten vergleichen zu können. Erst auf diesem Umweg ist es möglich, ihre Spezifika besser erkennen und ihren Stellenwert in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte genauer beurteilen zu können. In

Abwandlung eines Lichtenberg-Wortes sollte es heißen: Wer nur die RAF versteht, versteht auch diese nicht. Die vorliegende Aufsatzsammlung stellt die umfassendste neuere sozialwissenschaftliche Untersuchung zur Geschichte des Linksterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland dar. In mehr als 60 Einzelbeiträgen werden Gründer wie Gruppen, internationale Parallelorganisationen wie deren Netzwerke, Konzepte und Ideologien, Mythen und Phantasmagorien, mediale Multiplikatoren sowie die Grenzen des Rechtsstaates in seiner Reaktion auf die terroristische Herausforderung analysiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis Band 1: Einleitung: Zur Topologie des RAF-Terrorismus (13-63); Rudolf Walther: Terror und Terrorismus - Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze (64-77); Herfried Münkler: Guerillakrieg und Terrorismus - Begriffliche Unklarheit mit politischen Folgen (78-102); Henner Hess: Die neue Herausforderung - Von der RAF zu Al-Qaida (103-122); Friedhelm Neidhardt: Akteure und Interaktionen - Zur Soziologie des Terrorismus (123-139); Wolfgang Kraushaar: Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur - Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf (140-156); Sebastian Haffner: Der neue Krieg - Mao Tse-tung und der Guerillakampf (157-181); Bernhard Gierds: Che Guevara, Régis Debray und die Focustheorie (182-204); Ingo Juchler: Trikontinentale und Studentenbewegung Antiimperialismus als Schibboleth (205-217); Wolfgang Kraushaar: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf (218-247); Bernhard Gierds: Das 'Konzept Stadtguerilla' - Meinhof, Mahler und ihre strategischen Differenzen (248-261); Sabine Kebir: Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF (262-279); Irving Wohlfarth: Entsetzen - Walter Benjamin und die RAF (280-315); Sara Hakemi und Thomas Hecken: Die Warenhausbrandstifter (316-331); Karin Wieland: Andreas Baader (332-349); Jürgen Seifert: Ulrike Meinhof (350-371); Martin Jander: Horst Mahler (372-397); Susanne Bressan und Martin Jander: Gudrun Ensslin (398-429); Karin König: Zwei Ikonen des bewaffneten Kampfes - Leben und Tod Georg von Rauchs und Thomas Weisbeckers (430-471); Tobias Wunschik: Aufstieg und Zerfall - Die zweite Generation der RAF (472-488); Alexander Straßner: Die dritte Generation der RAF (489-511); Wolfgang Kraushaar: Die Tupamaros West-Berlin (512-530); Tobias Wunschik: Die Bewegung 2. Juni (531-561); Martin Klimke: Black Power, die Black-Panther-Solidaritätskomitees und der bewaffnete Kampf (562-582); Wolfgang Kraushaar: Im Schatten der RAF - Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen (583-603); Sara Hakemi: Terrorismus und Avantgarde (604-619); Martin Klimke und Wilfried Mausbach: Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege - Die RAF und der Vietnamkonflikt (620-643); Jörg Herrmann: "Unsere Söhne und Töchter" - Protestantismus und RAF-Terrorismus in den 1970er Jahren (644-656); Gisela Diewald-Kerkmann: Bewaffnete Frauen im Untergrund - Zum Anteil von Frauen in der RAF und der Bewegung 2. Juni (657-675); Wolfgang Kraushaar: Antizionismus als Trojanisches Pferd - Zur antisemitischen Dimension in den Kooperationen von Tupamaros West-Berlin, RAF und RZ mit den Palästinensern (676-695); Martin Jander: Differenzen im antiimperialistischen Kampf - Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus (696-713); Olaf Gäthje: Das 'info'-System der RAF von 1973 bis 1977 in sprachwissenschaftlicher Perspektive (714-733). Inhaltsverzeichnis Band 2: Thomas Fischer: Die Tupamaros in Uruguay - Das Modell der Stadtguerilla (736-750); Wolfgang Kraushaar: Der Vietcong als Mythos des bewaffneten Volksaufstandes (751-767); Ingo Juchler: Die Weathermen (768-781); Michaela Wunderle: Die Roten Brigaden (782-808); Claudia Derichs: Die Japanische Rote Armee (809-287); Thomas Skelton Robinson: Im Netz verheddert - Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969-1980) (828-904); Christopher Daase: Die RAF und der internationale Terrorismus - Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen (905-931); Klaus Weinhauer: "Staat zeigen" - Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre (932-947); Stefan Reinecke: Die linken Anwälte - Eine Typologie (948-956); Klaus Eschen: Das Sozialistische Anwaltskollektiv (957-972); Martin Jander: Isolation - Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen (973-993); Gerd Koenen: Camera Silens - Das Phantasma der "Vernichtungshaft" (994-1010); Wolfgang Kraushaar: Der nicht erklärte Ausnahmezustand - Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes (1011-1025); Carsten Polzin: Kein Austausch! Die verfassungsrechtliche Dimension der Schleyer-Entscheidung (1026-1047); Uwe Wesel: Strafverfahren, Menschenwürde und Rechtsstaatsprinzip - Versuch einer Bilanz der RAF-Prozesse (1048-1059); Andreas Elter: Die RAF und die Medien - Ein Fallbeispiel für terroristische Kommunikation (1060-1074); Wolfgang Kraushaar: Kleinkrieg gegen einen Großverleger - Von der Anti-Springer-Kampagne der APO zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF (1075-1116); Luise Tremel: Literrorisierung - Die RAF in der deutschen Belletristik zwischen 1970 und 2004 (1117-1154); Klaus Kreimeier: Die RAF und der deutsche Film (1155-1170); Andreas Musolff: Bürgerkriegs-Szenarios und ihre Folgen - Die Terro-

rismusdebatte in der Bundesrepublik 1970-1993 (1171-1185); Wolfgang Kraushaar: Mythos RAF - Im Spannungsfeld von terroristischer Herausforderung und populistischer Bedrohungsphantasie (1186-1210); Herfried Münkler: Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand - Die Faszination des Untergrunds und ihre Demontage durch die Strategie des Terrors (1211-1226); Stefan Spiller: Der Sympathisant als Staatsfeind - Die Mescalero-Affäre (1227-1259); Rolf Sachsse: Prada Meinhof: Die RAF als Marke - Ein Versuch in politischer Ikonologie (1260-1271); Dorothea Hauser: Deutschland, Italien und Japan - Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre (1272-1298); Wolfgang Bock: Feuer statt Vermittlung - Phantasmagorien der RAF (1299-1316); Christoph Türcke: Martyrium - Terrorismus als Sinnstiftung (1317-1327); Christian Schneider: Omnipotente Opfer - Die Geburt der Gewalt aus dem Geist des Widerstands (1328-1342); Heinz Bude: Erbschaft dieser Zeit - Die RAF und die Geschichte der Bundesrepublik (1343-1352); Jan Philipp Reemtsma: Was heißt "die Geschichte der RAF verstehen"? (1353-1369); "Die entscheidende Triebkraft besteht in einem unbändigen, alles ausfüllenden Hass" - Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundeskriminalamtes Dr. Horst Herold (1370-1391); "Sie hatten nie eine politische Forderung ..." - Ein Gespräch mit dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger über die Hintergründe der RAF (1392-1412).

[95-L] Kraushaar, Wolfgang:
Achtundsechzig und die Anfänge des westdeutschen Terrorismus, in: Einsichten und Perspektiven : bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 2008, H. 1, o. Sz.
(www.km.bayern.de/blz/eup/01_08/1.asp)

INHALT: Die Überzeugung, dass es eine scharf gezogene Grenze zwischen der 68er-Bewegung und dem Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) gegeben habe, ist in der öffentlichen Meinung immer noch weit verbreitet. Dies hat nicht zuletzt der Streit gezeigt, der vor einiger Zeit um die Frage entbrannte, ob Rudi Dutschke, der zur Personifikation der 68er-Revolte geworden ist, in einem Wirkungszusammenhang anzusiedeln sei, der letztlich in den Terrorismus geführt habe. Wie dieser Zusammenhang jedoch genauer zu bestimmen ist, wird nach Einschätzung des Autors vermutlich noch für längere Zeit in der Faktorenbestimmung, Ausdifferenzierung und Gewichtung umstritten bleiben. Denn im Grunde existieren zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen: Zum einen die Vorstellung, die RAF sei allein aus dem Zusammenbruch der 68er-Bewegung zu erklären, es habe sich um nichts anderes als um eine Inversion, also um eine durch Isolation, Verzweiflung und Depression bedingte Umkehrung, gehandelt; zum anderen die Vorstellung, die 68er-Bewegung sei das Konstitutions- bzw. Kräftefeld gewesen, aus dem die RAF hervorgegangen wäre. Es habe sich demnach um einen gemeinsamen Zusammenhang, d.h. um eine Konstitution gehandelt. Um die Frage zu beantworten, ob von einer Inversion oder einer Konstitution gesprochen werden kann, arbeitet der Autor die Struktur der Beziehung zwischen der 68er-Bewegung und der RAF genauer heraus und unterscheidet dabei zwischen den Ideologien und Theorien, den Akteuren und Akteursgruppen sowie den Aktionsformen. Auf dieser Grundlage versucht er, die Frage nach einer angemessenen historischen Interpunktion zu beantworten. (ICI2)

[96-L] Kraushaar, Wolfgang:
Der nicht erklärte Ausnahmezustand: Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 1011-1025

INHALT: Für die Bezeichnung der terroristischen Angriffe auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 hat sich in den USA die Nennung des Datums "9/11" eingebürgert. Ähnlich ist man in der Bundesrepublik mit einem Ereigniskomplex verfahren, der inzwischen beinahe drei Jahrzehnte zurückliegt - der Entführung des Präsidenten des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer. Die Zeitspanne, die von seiner Entführung am 5. September 1977 bis zur Auffindung seines Leichnams am 18. Oktober dauerte - insgesamt 44 Tage -, schien zu komplex, zu sehr mit massenpsychologischen Phänomenen überdeckt zu sein, als dass sie mit einem unmissverständlichen Begriff treffend hätte benannt werden können. Wenn von dieser dichten, spannungsgeladenen und angstbesetzten Zeitspanne gesprochen wird, ist seitdem zumeist die Rede vom "Deutschen

Herbst". Mit der düsteren Metapher wird einerseits auf die Vielschichtigkeit jener 44 Tage verwiesen, andererseits aber auch vieles offen gelassen. Das suggestive Wort wirkt nicht nur schwermütig-romantisierend, sondern zugleich auch immer noch wie eine Drohung. Es wird argumentiert, dass das im Herbst 1977 zutage getretene Gefahrenpotenzial noch nicht völlig erschöpft ist. Es werden Krisenverlauf und Krisenstruktur analysiert. Dabei stehen die Aktivitäten der Bundesregierung im Mittelpunkt des Interesses. Die Schleyer-Entführung war, so die These, vermutlich die größte innenpolitische Herausforderung, die die alte Bundesrepublik erlebt hat. Sie war jedoch zugleich auch eine Sonde, mit der die Belastbarkeit und Stabilität der zweiten deutschen Republik ausgelotet worden ist. Die im Herbst 1977 durchlebte Krise war eine Art Lackmustest der parlamentarischen Demokratie. Die RAF ist in diesem Zusammenhang der Seismograf und nicht das Erdbeben gewesen, für das sie sich irrtümlicherweise hielt. Während des 44 Tage dauernden Ausnahmezustandes wurde schmerzhaft deutlich, wo die Bundesrepublik im Zweifelsfall stand: mit einem Bein in einem autoritären Regime, das sich nur dadurch von einer Diktatur unterschied, dass es von einer fraktionsübergreifenden Exekutive getragen wurde. (ICF2)

[97-L] Kraushaar, Wolfgang:
Im Schatten der RAF: zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 583-601

INHALT: Nachdem die Gründungsmitglieder der RAF im Juni 1972 verhaftet worden waren, schien die Stadtguerilla in der Bundesrepublik Deutschland bereits gescheitert zu sein. Die politische Auseinandersetzung reduzierte sich zunehmend auf die Frage, wie es gelingen könnte, die RAF-Gefangenen wieder freizubekommen. In dieser Situation ist in den RAF-nahen Kreisen linksradikaler Aktivisten die Idee entstanden, eine schlagkräftigere Gruppe auf die Beine zu stellen. Dadurch sollte künftig verhindert werden, dass deren Kommandos durch den mittlerweile von den bundesdeutschen Behörden geschaffenen Fahndungsapparat so einfach zu schnappen waren. Dabei ist auf eine alte kommunistische Tradition zurückgegriffen worden: Es ist eine Organisation konzipiert worden, die das Risiko der Weitergabe interner Kenntnisse auf ein Minimum reduzieren sollte. Die Grundidee bestand darin, so der Verfasser, ein Geflecht lose miteinander verbundener Zellen aufzubauen, die jeweils nur über ein einziges Mitglied untereinander in Verbindung standen. So konnte die Gefahr, dass bei einer Verhaftung durch Druck oder Erpressung gleich die gesamte Organisationsstruktur preisgegeben würde, gering gehalten werden. Diese Methode ist nicht nur von den während der NS-Zeit im Untergrund operierenden kommunistischen Gruppierungen angewandt worden, sondern auch während des Algerienkrieges von den durch Folter bedrohten Aktivisten der sich terroristischer Mittel bedienenden Unabhängigkeitsbewegung Front de Liberation Nationale (FLN). Es wird argumentiert, dass in dieser sich von der RAF-Struktur gravierend unterscheidenden Konzeption der Hauptgrund lag, warum sich nicht nur die bundesdeutschen Behörden so schwer taten, Licht in die Zusammenhänge der Revolutionären Zellen und ihre internationalen Verflechtungen zu bringen. (ICF2)

[98-L] März, Michael:
Die Machtprobe 1975: wie RAF und Bewegung 2. Juni den Staat erpressten, Leipzig: Forum Verl. Leipzig 2007, 216 S., ISBN: 978-3-931801-22-9

INHALT: Wie soll der Staat reagieren, wenn einige seiner Bürger in die Hände erpresserischer Terroristen geraten? Sollte er den Entführern mit Härte begegnen oder nachgeben und Lösegeld zahlen? Unter dieser Fragestellung untersucht März die Entführung von Peter Lorenz und die Geiselnahme in der westdeutschen Botschaft in Stockholm im Jahre 1975. Darüber hinaus stellt der Autor den Linksterrorismus im Deutschland der 70er-Jahre insgesamt dar. März ordnet das Wechselspiel aus terroristischen Aktionen der Gruppen 2. Juni und RAF sowie die Gegenmaßnahmen des herausgeforderten Rechtsstaates in einen Zyklus der Gewalt ein. Die Lorenz-Entführung und die Botschaftsbesetzung in Stockholm seien Teil eines versuchten Befreiungsschlages aus der defensiven Position gewesen, in der sich die terroristischen Organisationen zu diesem Zeitpunkt befanden. Während sich diese beiden Offensivaktionen an die Gründungsphase des Linksterrorismus angeschlossen hätten, seien sie zu-

gleich Vorläufer des Höhepunktes von Auseinandersetzungen im Jahr 1977 gewesen, so der Autor. (ZPol, NOMOS)

[99-L] Münkler, Herfried:
Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand: die Faszination des Untergrunds und ihre Demontage durch die Strategie des Terrors, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 1211-1226

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die Faszination des Untergrunds und der Illegalität, der Motivkomplex der westdeutschen Terroristen, in den Untergrund zu gehen und daraus wieder zurück zu kommen. Dabei handelt es sich um die Verselbständigung des Terrorismus zu einer Lebensform, die zum Selbstzweck geworden ist, weil sie dem Guerillero die einzige Möglichkeit bietet, seine auf eine Hassbeziehung zum System geschrumpfte Gruppenidentität zu wahren und auszuagieren. Dieser Entwicklungsprozess wird in der Studie anhand von Selbstzeugnissen der Terroristen kritisch nachgezeichnet werden. Dabei dienen neben den politisch-propagandistischen Erklärungen der RAF vor allem die Schriften und Interviews der "ausgestiegenen" Terroristen aus der Bewegung 2. Juni, den Revolutionären Zellen und der RAF als Grundlage. Es wird von der These ausgegangen, dass weder individualpsychologische noch gesellschaftliche, weder ideologische noch taktisch-strategische Faktoren für sich allein genommen eine hinreichende Erklärung des Terrorismus bieten können. Erst die - in den jeweiligen Fällen sicherlich unterschiedlich gewichtete - wechselseitige Beeinflussung dieser Faktoren, ergänzt durch das Moment biografischer Zufälle, kann nachvollziehbar machen, warum jemand in den Untergrund ging, sich einer terroristischen Gruppe anschloss und sich schließlich - in einigen Fällen - von ihr wieder lossagte. Um es, so der Autor, auf eine griffige Formel zu bringen: Der "Einstieg" in den Terrorismus, aber auch die Abwendung davon soll in der Studie nicht "erklärt" oder legitimiert werden: Sie soll ermöglichen, diese Entscheidungen zu "verstehen". (ICF2)

[100-L] Petri, Mario:
Terrorismus und Staat: Versuch einer Definition des Terrorismusphänomens und Analyse zur Existenz einer strategischen Konzeption staatlicher Gegenmaßnahmen am Beispiel der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland, (Forum Politik, 3), München: Meidenbauer 2007, 390 S., ISBN: 978-3-89975-627-2 (Standort: UuStB Köln(38)-35A1226)

INHALT: "Mit dem zu Beginn der siebziger Jahre aufkommenden linksextremistischen Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) wurde die Bundesrepublik Deutschland erstmals seit ihrer Errichtung mit einem politisch motivierten Gewaltphänomen konfrontiert, das sich für mehr als zwei Dekaden zu einer Bedrohung für ihre innere Sicherheit entwickelte. Aufgrund der durch die Medien vermittelten Gefährdung waren die für die innere Sicherheit zuständigen Behörden gezwungen, Gegenmaßnahmen für den Linksterrorismus zu entwickeln. Von den Verantwortlichen konzipierte 'Anti-Terror-Strategien' oder 'Anti-Terror-Pakete' sollten Abhilfe schaffen. Juristische Modifikationen, neue und innovative operative (Fahndungs)Maßnahmen, aber auch Dialogangebote prägten die knapp 28-jährige Auseinandersetzung des Staates mit der RAF. Ziel der Arbeit ist es, die Existenz einer Anti-Terrorismus-Strategie in den Jahren der RAF-Aktivitäten zu analysieren. Hierfür war es notwendig, den Begriff der 'Strategie' grundsätzlich zu hinterfragen sowie das Phänomen des Terror(ismus) hinreichend trennscharf zu definieren und von ähnlichen Erscheinungsformen abzugrenzen. Schließlich wurde eine Untersuchung staatlichen Handelns angestrengt und versucht, dieses im theoretischen Rahmen zu verorten, um die eingangs gestellte Grundsatzfrage zu beantworten." (Autorenreferat)

[101-L] Pohlmann, Friedrich:
Das blutige Band der Sympathie: der deutsche Terrorismus im roten Jahrzehnt, in: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 61/2007, H. 11 = H. 702, S. 1026-1038 (Standort: USB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor beleuchtet die Vorgeschichte des Terrorismus in den späten 1960er Jahren der Bundesrepublik im Hinblick auf politische Ideologien, Gruppenstrukturen und Gewaltpraktiken. Die Studentenbewegung zerfiel im Jahr 1969 in viele heterogene politische Gruppierungen, zu denen auch die "Rote Armee Fraktion" (RAF) und die "Bewegung 2. Juni" zählten und in welchen sich Grundmotive der 68er-Bewegung radikalisiert und gegeneinander ausdifferenziert hatten. Der deutsche Terrorismus wird nach Ansicht des Autors nur dann begreifbar, wenn er als wahnhaft radikalisierte Fortschreibung von Grundmerkmalen dieser Bewegung bzw. als Extremform ihrer Wahnelemente gedeutet wird. Aus der Rückschau wirkt der deutsche Terrorismus wie ein durch eine Ideologiehülle nur notdürftig verdeckter existentialistischer Amoklauf. Aber ohne diese Ideologiehülle wäre er nicht möglich gewesen und mit den politischen Ereignissen, die im "deutschen Herbst" von 1977 kulminierten, erreichte der Wahn im "roten Jahrzehnt" seine extremste Form. Wurde anfangs der Terrorismus noch als Teil eines antiimperialistischen Kampfes propagiert, so bezog er sich nach der Inhaftierung der Kerngruppe der RAF fast nur noch auf diese selbst und verwandelte sich als Mittel zu ihrer Befreiung in ein selbstreferentiell in sich kreisendes Gewaltphänomen. (ICI2)

[102-L] Reemtsma, Jan Philipp:
Was heißt "die Geschichte der RAF verstehen"?, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 1353-1368

INHALT: Bezug nehmend auf die relevante geschichtswissenschaftliche Diskussion und auf die Interpretationsmuster der Geschichte der RAF analysiert der Verfasser die Gründe für die Anziehungskraft der RAF. Man versteht nichts von der Geschichte der RAF, so die These, wenn man nicht insbesondere die Gewaltlockung erkennt, die in der Idee eines nicht entfremdeten, authentischen Lebens liegt. Nur unter dieser Perspektive versteht man, wie es zu einem "Mythos RAF" kommen konnte, wie dieser Gruppe Desperados, die sich in Brutalität und Vulgarität gefielen, die Aura des Rätsels zuwachsen konnte. Sie tendierten dazu, Ikonen der Authentizität zu werden, wie die klassischen Desperados auch, die in der Wirklichkeit, wo sie denn eine hatten, ebenso desperate Gestalten gewesen sein dürften. Wird der Druck der Differenziertheit für den Einzelnen zu groß, vergafft er sich ins Blöde, weil für ihn dort das Geheimnis der Erlösung liegt. Weil der Druck der Vereinzelung für einen solchen Einzelnen zu groß ist, bildet er Gruppen und pflegt solidarische Gemeinschaft. Solidarität respektive Kameradschaft sind für solche Menschen attraktiv, die das bürgerliche Leben nicht aushalten, weil es sie überfordert. Die Gruppe produziert die Umwelt, die sie braucht, um eine Gruppe zu bilden, die nicht komplett wahnsinnig aussieht. Für viele verständnisvolle Außenstehende wird daraus eine Gruppe, die in die Isolation getrieben wird, und so wird der gewaltsame Akt, der die Gruppe bildet, in der idealisierenden Phantasie des Verständnisvollen zur Reaktionsbildung auf eine feindselige Umwelt, gar zur teilweise legitimen. Die Voraussetzung wird zur Folge umgedichtet: ante hoc - propter hoc. (ICF2)

[103-L] Straßner, Alexander:
Das Ende der RAF: Rote Armee Fraktion: der langsame Abschied von den Waffen, in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus : Bd. 1, Formen und aktuelle Entwicklungen, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 65-96, ISBN: 978-3-86676-007-3

INHALT: Die Selbstauflösung der "Roten Armee Fraktion" (RAF) im Jahr 1998 hat dem Autor zufolge mehrere Ursachen, die sowohl außerhalb des Einflussbereichs der Organisation (negative geopolitische Rahmenbedingungen, effektive Terrorismusbekämpfung etc.) lagen als auch interne Problembereiche aufdeckten. Obwohl es vereinzelt noch ein großes öffentliches Interesse an Einzelaspekten der RAF-Geschichte gibt, liegt eine kriminologische Aufarbeitung, insbesondere der Ereignisse der 1980er und 1990er Jahre in weiter Ferne. Dennoch zeigt die kontinuierliche Berichterstattung in den Medien, dass die Thematik noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann. Dies liegt nach Einschätzung des Autors einerseits an den polarisierenden Debatten über die Ursachen und Konsequenzen des Linksterrorismus, andererseits aber auch daran, dass die Klandestinität der Organisation die strafverfolgenden Behörden der Bundesrepublik bis zuletzt vor größere Probleme stellte. Der Autor beschreibt in seinem Beitrag den langsamen Abschied von den Waffen bei der RAF, die Phasen der

Entideologisierung, Isolierung, Professionalisierung und Internationalisierung, die Phase der Agonie bis zur Selbstauflösung, die Auflösungserklärung sowie ungeklärte Fragen über Restkonstanten. (ICI2)

[104-L] Straßner, Alexander:
Die dritte Generation der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 489-510

INHALT: Terrorismus ist, so der Verfasser, unter anderem von Grad und Dauer seiner öffentlichen Wahrnehmung abhängig. Je mehr mediale Aufmerksamkeit den Personen und Aktionen terroristischer Gruppierungen zuteil wird, desto eher ist es wahrscheinlich, dass der beschriebene Terrorismus zu einem dauerhaften Begleitphänomen moderner Gesellschaften wird. Vor diesem Hintergrund hat sich ein nachgerade symbiotisches Verhältnis zwischen Terrorismus und Medien herausgebildet. Wie kaum eine andere westeuropäische terroristische Organisation hat die Rote Armee Fraktion (RAF) von dieser wechselseitigen Austauschlogik profitiert. Auch Jahre nach ihrer Auflösung wird deutlich, dass Motive, Aktionen und Funktionslogik der Organisation noch immer auf ein erhebliches öffentliches Interesse stoßen. Dabei scheint dieses Interesse vor allen Dingen die Gründergeneration der RAF zu betreffen. Die dritte Generation hat aus nur teilweise nachzuvollziehenden Gründen stets im Schatten der Vorgängergenerationen gestanden, was die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit betrifft. Trotz spektakulärer Attentate mit insgesamt neun Todesopfern und der Tatsache, dass die Vielzahl ihrer Anschläge ab 1984 nicht geklärt werden konnte, versank die RAF ab Mitte der 1980er Jahre in der Bedeutungslosigkeit und vermochte nur kurzfristig mit ihren Aktionen öffentlich Aufmerksamkeit zu erregen. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Zum einen krankte der Aktionismus der RAF nach 1984 daran, sich zur Rechenschaft gegenüber ihren Unterstützern nicht mehr verpflichtet zu fühlen. Mehr und mehr kapselte sich die Führungsebene ("Kommandoebene") von den Unterstützerschichten ab und handelte zunehmend brutalisiert und losgelöst von ideologischen Prämissen, doch stets mit dem Selbstverständnis einer aus höherer Einsicht unfehlbaren Kleingruppe. Damit einhergehend gestaltete sich die Vorgehensweise im Gegensatz zu ihren Vorgängern mehr und mehr nach dem Prinzip der Klandestinität. Zum anderen gesellten sich aber auch für die Terroristen negative geopolitische Rahmenbedingungen hinzu. So verlor sich die Berichterstattung über das spektakuläre Bombenattentat auf den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen am 30. November 1989 in den sich überschlagenden Ereignissen nach dem Fall der Mauer. Vor diesem Hintergrund musste die dritte Generation ein "Phantom" bleiben. (ICF2)

[105-L] Straßner, Alexander:
Perzipierter Weltbürgerkrieg: Rote Armee Fraktion in Deutschland, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 209-236

INHALT: Am Anfang des bundesdeutschen Terrorismus stand die Studentenbewegung. Die einzelnen Stationen von der friedlichen Studentenbewegung bis zum Terrorismus lesen sich wie eine sukzessive Aneignung militanter Strategien. Es entstand die RAF, eine klassisch hierarchische Organisation mit einer Kommandoebene an der Spitze, an die sich mehrere nachgeordnete Ebenen von Unterstützern anschlossen. Damit einher ging eine Aufgabendelegierung von der Kommandoebene an untere Ebenen und Sympathisanten. Die RAF entstand am 14. 5. 1970 und löste sich am 20. 4. 1998 offiziell auf. In ihren letzten Jahren ("Dritte Generation") war sie geprägt von Degeneration, Entideologisierung und Entmythisierung. Ansätze einer Historisierung der RAF zeigen sich in ihrem Eingang in die jugendliche Subkultur. (ICE2)

[106-L] Weinhauer, Klaus; Requate, Jörg; Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.):
Terrorismus in der Bundesrepublik: Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, (Historische Studien, Bd. 42), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2006, 408 S., ISBN: 3-593-38037-4
(Standort: LB Speyer(107)-19/12041)

INHALT: "Die Kontroverse um die RAF-Ausstellung in Berlin 2005 hat gezeigt, dass die Wunden, die der Terrorismus der 1970er Jahre in unserer Gesellschaft hinterlassen hat, bis heute nicht verheilt sind. Eine historische Aufarbeitung des Themas hat noch nicht wirklich stattgefunden. Die meisten Auseinandersetzungen damit sind individueller und biographischer Art. In diesem Band wird der bundesdeutsche Linksterrorismus erstmals aus sozial- und kulturhistorischer Perspektive analysiert. Untersucht werden die Subkulturen und Milieus, aus denen der Terrorismus entstanden ist, die staatlichen und institutionellen Reaktionen sowie die öffentliche Beschäftigung mit dem Phänomen. Deutlich wird dabei die zentrale Rolle der Medien, wenn es um die gesellschaftliche Bewertung des Terrorismus und seiner Akteure geht." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Klaus Weinhauer/ Jörg Requate: Einleitung: Die Herausforderung des 'Linksterrorismus' (9-32); Donatella della Porta: Politische Gewalt und Terrorismus: Eine vergleichende und soziologische Perspektive (33-58); Heinz-Gerhard Haupt: Politische Gewalt und Terrorismus: Einige historiographische Anmerkungen (59-73); Detlef Siegfried: Ästhetik des Andersseins: Subkulturen zwischen Hedonismus und Militanz 1965-1970 (76-98); Michael Sturm: Tupamaros München: 'Bewaffneter Kampf', Subkultur und Polizei 1969-1971 (99-133); Cornelia Brink: Psychiatrie und Politik: Zum Sozialistischen Patientenkollektiv in Heidelberg (134-153); Belinda Davis: Jenseits von Terror und Rückzug: Die Suche nach politischem Spielraum und Strategien im Westdeutschland der siebziger Jahre (154-186); Stephan Scheiper: Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren (188-216); Gisela Diewald-Kerkmann: 'Verführt' - 'abhängig' - 'fanatisch': Erklärungsmuster von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten für den Weg in die Illegalität - Das Beispiel der RAF und der Bewegung 2. Juni (1971-1973) (217-243); Klaus Weinhauer: Zwischen 'Partisanenkampf' und 'Kommissar Computer': Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre (244-270); Jörg Requate: 'Terroristenanwälte' und Rechtsstaat: Zur Auseinandersetzung um die Rolle der Verteidiger in den Terroristenverfahren der 1970er Jahre (271-299); Andreas Musolff: Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD: Seine Deutung als Kriegsgeschehen und die Folgen (302-319); Hanno Balz: Der 'Sympathisanten'-Diskurs im Deutschen Herbst (320-350); Martin Steinseifer: Terrorismus als Medienereignis im Herbst 1977: Strategien, Dynamiken, Darstellungen, Deutungen (351-381); Walter Uka: Terrorismus im Film der 70er Jahre: Über die Schwierigkeiten deutscher Filmemacher beim Umgang mit der realen Gegenwart (382-398).

[107-L] Weinhauer, Klaus:
Staatsmacht ohne Grenzen?: innere Sicherheit, "Terrorismus"-Bekämpfung und die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er Jahre, in: Susanne Krasmann (Hrsg.) ; Jürgen Martschukat (Hrsg.): Rationalitäten der Gewalt : staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Bielefeld: transcript Verl., 2007, S. 215-237, ISBN: 978-3-89942-680-9

INHALT: Der Autor zeigt in seinem Beitrag, wie sich das bundesdeutsche Staatsverständnis im Zuge der Terrorismusbekämpfung der 1970er Jahre zwischen polizeilichem Handeln einerseits und bürgerlicher Zustimmung und Widerständigkeit andererseits verändert hat. Er fragt zudem danach, welche gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Reaktionen hiermit verbunden waren und inwiefern der Linksterrorismus als "Verdichtungssymbol" bei der Etablierung eines gesellschaftlichen Gewaltdiskurses fungierte. Er skizziert zunächst die Entstehung des Konzepts Innere Sicherheit und die Rahmenbedingungen polizeilicher Tätigkeit, z.B. den Aspekt der scheinbaren Allmacht der bundesdeutschen Polizei der 1970er Jahre. Im Anschluss daran untersucht er die praktische Bekämpfung des Linksterrorismus in einem bislang kaum erforschten Kräftefeld, das von staatlich-polizeilichem Handeln, medialer Inszenierung und veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmungen geprägt war. Er diskutiert außerdem die innenpolitischen Veränderungen im Jahr 1978, wo als unerwartete Reaktion auf die staatlich-polizeilichen Maßnahmen gegen den Linksterrorismus und deren mediale Inszenierung die staatskritischen Haltungen und die gesellschaftliche Selbstorganisation der Bundesbürger zunahmen. (ICI2)

[108-L] Wörle, Johannes:
Erdung durch Netzwerkstruktur?: Revolutionäre Zellen in Deutschland, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 257-273

INHALT: Wie die RAF hatten die "Revolutionären Zellen" (RZ) ihren Ursprung in der Bewegung des Jahres 1968. Die anfängliche Radikalisierung ihrer Mitglieder erfolgte analog zur RAF. Inhaltlich und organisatorisch wollten die RZ einen Gegenentwurf zur RAF bieten und eine "populäre Guerilla" sein. Organisatorisch setzten die RZ auf eine Aufrechterhaltung der bürgerlichen Existenz als Tarnung und eine Netzwerkstruktur. In Deutschland existierten mindestens elf RZ, deren Aktivitäten - orientiert an der "Focustheorie" - vom Anschlag auf Fahrkartenschalter bis zur Flugzeugentführung gingen. Bemerkenswert ist ein Spagat zwischen nationalem und internationalem Terrorismus. Zum Zerfall der RZ trugen eine Tendenz zum Antisemitismus und zu willkürlicher Gewaltanwendung bei. Ihr Versuch einer alternativen Erdung durch Netzwerkstruktur ist gescheitert. (ICE2)

[109-L] Wunschik, Tobias:
Baader-Meinhof international?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 40/41, S. 23-29 (www.bpb.de/files/WG0V7W.pdf)

INHALT: "Die RAF, die 'Bewegung 2. Juni' und die Revolutionären Zellen verfügten über enge internationale Verbindungen. Palästinensische Gruppen trainierten die deutschen Linksterroristen militärisch. Zudem wurde die RAF Anfang der 1980er Jahre massiv vom MfS der DDR unterstützt." (Autorenreferat)

[110-L] Wunschik, Tobias:
Der West-Berliner Terrorismus in den siebziger Jahren: die Bewegung 2. Juni und die Justiz, in: Recht und Politik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 45/2009, H. 3, S. 157-164 (Standort: USB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Zu Beginn der siebziger Jahre entstanden in West-Berlin zwei linksterroristische Organisationen von Gewicht: Die Rote Armee Fraktion (RAF) hatte hier ihre Wurzeln, verübte ihre Anschläge jedoch hauptsächlich in Westdeutschland. Die Bewegung 2. Juni hingegen blieb im Westen der geteilten Stadt - und stand stets im Schatten der prominenteren RAF. Die späteren Mitglieder der Bewegung 2. Juni protestierten zunächst zusammen mit vielen anderen gegen den Vietnamkrieg, bemängelten die unzureichende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland, kritisierten den Einfluss der Springer-Presse auf die öffentliche Meinung und prangerten die ungleiche Verteilung des Reichtums in der Welt an. Sie identifizierten sich mit den vormaligen Opfern des Holocaust ebenso wie mit den seinerzeitigen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und angeblich unterdrückten Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik. Der Beitrag beschreibt die militanten Aktionen dieser Gruppe. Kaum bekannt geworden ist darüber hinaus, dass die Gruppe, ausgehend von ihrem geographischen Schwerpunkt, zeitweise Verbindungen mit Ost-Berlin unterhielt. Entsprechend ihren geographischen Wurzeln forderte die Bewegung 2. Juni besonders Polizei und Justiz der geteilten Stadt heraus, die hierauf insgesamt besonnen reagierte, ihren Umgang mit der politisch motivierten Gewalt im Laufe der Jahre aber modifizieren musste. (ICA2)

3 Anti-Terror-Politik als Herausforderung für die Innere Sicherheit in Deutschland

[111-L] Albrecht, Hans-Jörg:
Counterterrorism policies in Germany, (forschung aktuell, Nr. 38), Freiburg im Breisgau 2006, 69 S. (Graue Literatur; www.mpicc.de/shared/data/pdf/fa_38_albrecht10_06.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Erfahrungen, die deutsche Behörden und Politik mit dem Terrorismus gemacht haben und stellt die Entwicklung der Terrorismusbekämpfungsstrategien in Deutschland seit 1970 vor. Nach einer kurzen Darstellung der terroristischen Aktivitäten werden die Zeiträume 1970 bis 2000 und nach dem 11. September 2001 in Hinblick auf die Paragraphen im Strafgesetzbuch analysiert, wobei die Paragraphen 129a und 129b StGB besonders berücksichtigt werden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass neben den gesetzlichen Möglichkeiten vor allem politische Initiativen initiiert werden, um das Phänomen Terrorismus im Vorfeld zu bekämpfen. (ICD)

[112-L] Bauer, Michael:
Innere Sicherheit in Zeiten des Terrorismus, (CAP Aktuell, Nr. 9/2007), München 2007, 7 S. (Graue Literatur; www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Aktuell-2007-09.pdf)

INHALT: "Deutschland ist nicht nur Rückzugs- und Planungsraum für islamitische Terroristen, sondern auch ein mögliches Anschlagsziel. Zwei Idealtypen von Terroristen sind dabei zu unterscheiden: Der so genannte 'homegrown terrorist' ist kaum oder gar nicht an die Strukturen des islamitischen Terrorismus angebunden und agiert in der Regel aufgrund individueller Entscheidungen. Hiervon zu unterscheiden ist der ausgebildete und indoktrinierte Terrorist, der im Kontext einer breiter angelegten Strategie operiert. Für die Sicherheitsbehörden liegt der Fokus im Umgang mit beiden Akteurstypen auf der Prävention. Die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang in Deutschland getroffen wurden, sind hinsichtlich ihres Beitrags zur inneren Sicherheit zwar positiv zu bewerten. Mehr politische Aufmerksamkeit muss jedoch der Balance von Freiheit und Sicherheit gewidmet werden." (Autorenreferat)

[113-L] Bruchmüller, Silke:
Terrorismusbekämpfung in der 14. und 15. Legislaturperiode, in: MenschenRechtsMagazin : Informationen, Meinungen, Analysen, Jg. 14/2009, H. 1, S. 57-72 (Standort: USB (Köln)38-XF537; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Deutschland reagierte auf die neue internationale Bedrohungslage nach dem 11. September 2001 unter der rot-grünen Koalition mit dem Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus - Terrorismusbekämpfungsgesetz (TBG), wodurch insgesamt 20 Sicherheitsgesetze und Verordnungen geändert wurden. Exemplarisch kommentiert der vorliegende Beitrag die Erweiterung der Befugnisse und Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes sowie die Einführung des Erfordernisses biometrischer Daten im Passwesen. Doch verbunden mit diesen der inneren Sicherheit dienenden Vorschriften sind auch Eingriffe in die Rechte und Freiheiten eines jeden einzelnen Bürgers verbunden. Kommt es dabei zu einem Konflikt - Sicherheit versus Freiheit? Oder kann die Balance zur Gewährleistung beider Güter gehalten werden? Um diese Fragen zu klären, wird auf einige Vorgänge zur Terrorismusbekämpfung im Bereich der Gesetzgebung und deren Entwicklungen aus der 14. und 15. Legislaturperiode unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingegangen, insbesondere auf das TGB. Es wird weiterhin geklärt, in wieweit der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages an den Vorgängen von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung beteiligt war und wie darauf basierend sein Einfluss im Hinblick auf innere Angelegenheiten bewertet werden kann. (ICA2)

[114-L] Buckow, Sebastian:
Zentralisiert und vernetzt: die neue deutsche Sicherheitsarchitektur, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 47/2008, H. 4 H. 184, S. 93-102 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zur inneren Sicherheit in Deutschland analysiert BKA-Gesetz und Online-Durchsuchung als Elemente einer neuen Architektur der Sicherheitsapparate. So werden hier die vier Säulen dieser Neuordnung seit 2005 dargestellt: (1) Eine verstärkte Kooperation und Vernetzung der Sicherheitsbehörden, (2) eine Neudefinition institutioneller Zuständigkeiten am Beispiel der Bundespolizei, (3) eine horizontale und vertikale Verschiebung im innerstaatlichen Machtgefüge am Beispiel des neuen Bundeskriminalamtes sowie (4) eine Internationalisierung bzw. Europäisierung der Innenpolitik, verbunden mit einer Verlagerung von Entscheidungen in andere politische Arenen. Die aufgezeigten Entwicklungen verdeutlichen, dass sich die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in einem umfassenden Transformationsprozess befinden, der weit über eine schlichte Anpassung an neue Erfordernisse hinausgeht. Es zeigen sich schon heute klare Konturen einer neuen deutschen Sicherheitsarchitektur. Diese ist gekennzeichnet durch eine zunehmende operative und technische Verflechtung der Sicherheitsbehörden. Das Ziel: Eine verstärkte institutionelle, multidimensionale Vernetzung, also der Aufbau eines Daten- und Kooperationsverbundes von Bund, Ländern und internationalen Partnern sowie von Polizeien und Nachrichtendiensten. (ICG2)

[115-L] Coester, Marc; Bott, Klaus; Kerner, Hans-Jürgen:
Prevention of terrorism: core challenges for cities in Germany and Europe, (Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Bd. 13), Tübingen 2007, 40 S. (Graue Literatur; tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/volltexte/2007/2740/pdf/Band_13.pdf)

INHALT: "This report illustrates the output of the forth local seminar - the last one of a series being coordinated by the European Forum for Urban Security within the project 'SecuCities - cities against terrorism' - which was held in Tübingen from 27th to 28th November 2006. Organized by the Institute of Criminology of the University of Tübingen the conference with the topic 'How to deal with terrorist threats? Major problems and handling opportunities for local authorities' was thematically structured in three main topics: Firstly general information about terrorism was provided, which included historical and functional aspects of terrorism in order to get a topic-overview. Furthermore the problems and issues of the logistics, the acquisition of material, the financial structure as well as the techniques of recruitment of terrorist groups were worked out by means of the analysis of a certain terrorist group (PKK) and certain terrorist techniques. Having acquired the basic principles, the participants secondly turned to long-term strategies against terrorist threats. The main focuses of this part were the practical issues in the fight against terrorism, particularly the possibility and the capability of working on confident building measures in order to reach groups with a high potential of terrorist recruitment. Moreover it was amongst others stressed that a co-operation between different institutions - containing elements of psychology, sociology, criminology and Islam science - could become a solving factor in analyzing and preventing terrorism. Thirdly the plenum dealt with counter-terrorism measures from the cities' perspective focusing on concrete measures of both urban terrorism prevention and crisis management in case of a terrorist attack. To name just a few points, safety and security measures at large events, the advantages and disadvantages of CCTV as well as possible reactions to bioterrorism were presented. Finally the plenary discussion provided the opportunity of an unresisted exchange of ideas. Within this discussion the participants agreed that - facing terrorism - an international as well as national and local co-operation of agencies and authorities are of prime importance." (author's abstract)|

[116-L] Deiß, Tanja Kristin:
Herausforderung Terrorismus: wie Deutschland auf den RAF- und Al-Qaida-Terrorismus reagierte, Marburg: Tectum Verl. 2007, 163 S., ISBN: 978-3-8288-9239-2 (Standort: B d. Friedrich-Ebert-Stiftung(B0133)-A07-01857)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit werden die Grundzüge der beiden Terrorgruppen RAF und Al Qaida dargestellt sowie die damit verbundenen innenpolitischen Reaktionen des deutschen Staates untersucht. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen: Worin genau bestehen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Terrorismus von Al Qaida und RAF? Handelt es sich bei einer Gruppierung wie Al Qaida um eine neue Art bzw. neue Qualität des Terrorismus? Wie reagiert der Staat auf Terrorismus? Welche Maßnahmen ergriff und ergreift er, um sich gegen terroristische Angriffe zu schützen? Reagiert der deutsche Staat angemessen und kann durch seine Reaktionen der Terrorismus erfolgreich bekämpft werden? Besteht die Gefahr einer Einschränkung der Bürgerrechte durch die staatlichen Reaktionen? Kommt es durch den Terrorismus der Al Qaida zu einer neuen Qualität der inneren Sicherheit in Deutschland? Reagiert der Staat gegebenenfalls auf beide Terrorgruppen unterschiedlich und wo sind eventuell Gemeinsamkeiten festzustellen? In der Studie wird das Gewicht auf die Maßnahmen und Veränderungen im Bereich von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz in der Bundesrepublik gelegt. Das Forschungsinteresse richtet sich dabei sowohl auf die operativen Maßnahmen des Staates, mit denen bestehende Gruppierungen bekämpft und geplante Anschläge verhindert werden sollen, als auch auf die strukturellen Maßnahmen des Staates, die auf die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus abzielen. (ICI2)

[117-L] Denkowski, Charles A. von:
Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Schutz des Staates im asymmetrischen Konflikt, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 147-170, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: Es wird gezeigt, dass im Rahmen der Föderalismusreform die Kompetenz für Gefahrenermittlungen in Fällen bundesländerübergreifender Gefahr auf das Bundeskriminalamt (BKA) übertragen wurde. In Gestalt einer Befugnis über entgrenzte Vorfeldeingreiffe entsteht ein präventiver Schutz neuer Art. Um seinen Auftrag, den Schutz des tatsächlichen und rechtlichen Bestandes des Staates gegenüber von konspirativen islamistischen Strukturen ausgehenden Gefahren umsetzen zu können, vollzieht der Staatsschutz in Bund und Ländern eine Wandlung hin zu einem polizeilichen Nachrichtendienst. Es wird die These vertreten, dass das Polizeirecht und die organisatorische Gestaltung innerer Sicherheit die Kontinuität des antiliberalen politischen Strafrechts weiterführen. (GB)

[118-L] Hansen, Stefan:
Neue deutsche Sicherheitsarchitektur: ist eine Reform der Kompetenzverteilung zwischen Polizeibehörden, Nachrichtendiensten und den Streitkräften notwendig?, (Analysen zur Sicherheitspolitik, Bd. 3), Frankfurt am Main: P. Lang 2009, 176 S., ISBN: 978-3-631-58535-1

INHALT: "Das Bedrohungspotenzial des transnationalen Terrorismus hat einen enormen Reformschub innerhalb der deutschen Sicherheitsarchitektur ausgelöst, der noch nicht zu einem Abschluss gelangt ist. Die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden wurden erweitert, Polizeibehörden und Nachrichtendienste 'vernetzt' und die Streitkräfte 'transformiert'. Diese Studie stellt die neue Sicherheitsarchitektur ausführlich vor und analysiert sämtliche umstrittenen Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen. So werden etwa die Anti-Terror-Datei, das Terrorismusabwehrzentrum und das Luftsicherheitsgesetz sowie das neue BKA-Gesetz einschließlich der 'Online-Durchsuchung' detailliert untersucht. Auch ein weiterer Reformbedarf, beispielsweise hinsichtlich eines Bundeswehr-Einsatzes im Inneren, des 'Trennungsgebotes' oder des Bundessicherheitsrates, wird unter Beachtung des empfindlichen Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit geprüft." (Autorenreferat)

[119-L] Hanus, Vera:
Counterterrorism compared: a case study of the United States and Germany after September 11, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 105 S., ISBN: 978-3-8364-1423-4 (Standort: Wehrbereichs-Bibliothek VI München()-08/215)

INHALT: "The attacks of 11 September 2001 represented a new terrorist trend which targets liberal Western states. The United States and Germany both interpreted September 11 as a declaration of war and an imminent security threat. However, the two states adopted different counterterrorism concepts in response to the attacks: The U.S. endorsed a 'war' against terrorism, whereas Germany delineated a 'fight' against terrorism. Why do some policy-makers understand terrorism as a war and others as a crime - while facing the same terrorist threat? In this publication the author Vera Hanus examines why the U.S. and Germany recur to diverging counterterrorism strategies after September 11. The analysis first traces the difference to the rhetorical 'frames' and the subsequent 'policy frameworks'. Secondly, three theories of International Relations - Neorealism, Utilitarian Liberalism and Social Constructivist Institutionalism - serve as complex and thorough explanatory framework." (author's abstract)|

[120-L] Knelangen, Wilhelm:
Die deutsche Politik zur Bekämpfung des Terrorismus, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik : Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 173-196, ISBN: 978-3-531-14982-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3693)

INHALT: "Der Beitrag geht der Frage nach, welche Rolle Deutschland beim internationalen Kampf gegen den Terrorismus spielt. Es wird gezeigt, dass terroristische Gewalt in der deutschen Debatte traditionell als eine innenpolitische Herausforderung wahrgenommen wurde, die nur am Rande über Bezüge zur Außen- und Sicherheitspolitik verfügt. Diese Einschätzung ist nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre obsolet geworden. Der entscheidende qualitative Wandel der deutschen Politik der Terrorismusbekämpfung ist in der Bereitschaft zu sehen, die internationale Koalition auch mit militärischen Mitteln zu unterstützen." (Autorenreferat)

[121-L] Lange, Hans-Jürgen:
Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik: Gutachten, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 179-210, ISBN: 978-3-86676-000-4 (Standort: UB Koblenz(KOB7)-PO/M/2007/2558-2006/07)

INHALT: Das Gutachten von 2005 behandelt die maßgeblichen Aspekte zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland, und zwar: (1) die Grundlinien der Sicherheitspolitik (Veränderungen der bisherigen Sicherheitspolitik, die neue Qualität des Terrorismus, die Notwendigkeit einer Defizitanalyse des bestehenden Sicherheitssystems), (2) die Polizeien des Bundes (Bundesgrenzschutz/Bundespolizei, Bundeskriminalamt), (3) Verfassungsschutz (Bundesamt für Verfassungsschutz, militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst), (4) Katastrophenschutz von Bund, Ländern und Kommunen), (5) Koordination der Inneren Sicherheit (Bundesministerium des Inneren, Innenministerkonferenz, Terrorismus-Abwehrzentrum, Nationaler Sicherheitsrat), (6) die parlamentarische Kontrolle der Inneren Sicherheit, (7) das europäische Sicherheitssystem (europäischer Sicherheitsverbund, Europol, Eurojust, europäische Grenzpolizei, europäischer Nachrichtendienst, europäischer Katastrophenschutz), (8) die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs (Bundeswehr, die Erweiterung des Sicherheitsdenkens), (9) die Balance von Sicherheit und Freiheit (Leitlinien einer liberalen Innen- und Rechtspolitik). (ICG2)

[122-CSA] McAdams, A. James:
Spying on Terrorists: Germany in Comparative Perspective, , in: German Politics and Society 2007, 25, 3, Autumn, 70-88., 2007, ISSN: 1045-0300

INHALT: Intelligence and law enforcement agencies in western democracies are turning increasingly to electronic surveillance tools in their efforts to identify and combat new terrorist threats. But this does not mean that they are equally equipped to undertake these measures. As the author shows by comparing surveillance activities in three countries-Great Britain, the United States, and Germany-the Fe-

deral Republic's more restrictive legal norms and institutions provide its government with much less freedom of maneuver than its allies.

[123-L] Mertes, Joachim; Robbers, Gerhard (Hrsg.):
Antworten auf den internationalen Terrorismus: Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Bund und Länder ; Referate und Diskussionen des Workshops zu dem Thema "Antworten auf den Internationalen Terrorismus - Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder" am 13. und 14.09.2006, (Rechtspolitisches Symposium, Bd. 6), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 125 S., ISBN: 978-3-631-57183-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3162)

INHALT: "Der internationale Terrorismus stellt grundlegend neue Anforderungen an die Verantwortlichen der Inneren Sicherheit. Insbesondere die stark föderal geprägte Sicherheitsarchitektur Deutschlands muss geeignete Antworten auf neue Bedrohungen der Inneren Sicherheit finden. In einem zweitägigen Workshop im Plenarsaal des Landtages Rheinland-Pfalz wurden diese neuen Herausforderungen diskutiert. Dieser Band umfasst die Vorträge und die Diskussionen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Rüdiger Freiherr von Fritsch: Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands (11-20); Wolfgang Bosbach: Reformbedarf auf Bundesebene aus der Sicht der Koalitionsparteien (21-26); Dieter Wiefelspütz: Sicherheitsarchitektur heute: Reformbedarf aus der Sicht der Koalitionsparteien (27-49); Manfred Baldus: Nationale und internationale Kooperation in Fragen der Polizeiarbeit (51-66); Heinrich Amadeus Wolff: Die Bundesländer und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit (67-76); Paul Dubois: Kanada im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (87-93); Wolf Plesmann: Gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa (109-116).

[124-L] Meyer, Hendrik:
Terror und innere Sicherheit: Wandel und Kontinuität staatlicher Terrorismusbekämpfung, (PoliThesis - Diskussionspapiere des Instituts für Politikwissenschaft und der Graduate School of Politics GraSP-Münster), Münster: Schüling 2006, 113 S., ISBN: 978-3-86523-054-6 (Standort: UB Münster(6A)-MD8920/251A;
miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-4138/meyer_terror_innere_sicherheit.pdf)

INHALT: Die Anschläge vom 11. September 2001 führten weltweit zu einem sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, der nicht nur im international geführten "war on terror" sichtbar wird, sondern auch in teils weit reichenden innenpolitischen Maßnahmen zahlreicher Länder. Auch Deutschland reagierte mit den so genannten Sicherheitspaketen rasch auf die Anschläge. Dabei wurden auch Erinnerungen an die Anti-Terror-Maßnahmen der 1970er Jahre reaktiviert. Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über die ersten staatlichen Reaktionen auf den Terrorismus und fragt dann danach, ob durch diese Veränderungen im Politikfeld Innere Sicherheit tatsächlich Schritte zur Abschaffung des Rechtsstaates getan wurden, oder ob es sich bei der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus nicht vielmehr um einen Ausbau des Rechtsstaates handelt. Der Autor sieht in der gegenwärtigen Entwicklung eher einen "Ausbau des Rechtsstaats", da der Begriff "Abbau" ein Abwenden von rechtsstaatlichen Prinzipien und damit ein Abwenden von demokratischen Strukturen impliziert. Diese Abwendung findet aber für ihn durch die Terrorismusgesetze nicht statt. Im Gegenteil: Zur Durchsetzung des staatlichen Programms "Terrorbekämpfung" bedient sich die Regierung ihrer Kompetenz zur Rechtssetzung: "Die Veränderung und Modifikation von zahlreichen Paragrafen machen aus der Rechtsordnung ein dem Kampf gegen den Terrorismus angepasstes Instrument". Anders als in den USA, wo der Terroranschlag als kriegerischer Akt bewertet wurde, blieb in Deutschland die Schwelle zwischen Krieg und Terrorismus gewahrt, indem die Angriffe vom 11. September "lediglich" als terroristischer Akt gewertet wurden. (ICA2)

[125-L] Middel, Stefan:
Präventive Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001, in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2009, S. 153-175, ISBN: 978-3-86676-053-0

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen des bundesdeutschen Rechtsstaates hinsichtlich der Wahrung von Sicherheit und Freiheit bei der Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Besondere Bedeutung bei der Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit der Sicherheitsmaßnahmen erlangte das vom BVerfG im Volkszählungsurteil vom 15.12.1983 entwickelte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 I i.V.m. 1 I GG), da die verstärkten Bemühungen zur präventiven Terrorismusbekämpfung mit einer Ausweitung der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat Hand in Hand gehen. Vor diesem Hintergrund werden hier die (verfassungs-)rechtlichen Probleme skizziert. So liefert der erste Schritt zunächst (1) einen Überblick über die präventiv-polizeiliche Rasterfahndung, (2) Kernaussagen der Entscheidung des BVerfG vom 4.4.2006 sowie (3) kritische Anmerkungen zu dieser Entscheidung. Der zweite Schritt befasst sich mit dem Anti-Terror-Paket I und seinen Einzelgesetzen (1) zur Abschaffung des so genannten Religionsprivilegs und zur (2) Änderung des Vereinsgesetzes vom 4.12.2007. Der dritte Schritt widmet sich schließlich dem Anti-Terror-Paket II hinsichtlich (1) der Änderungen im BVerfSchG, (2) der originären Datenerhebungskompetenz für das BKA, (3) dem Einsatz der Bundespolizei als Sky-Marshalls sowie (4) der biometrischen Merkmale in Personaldokumenten. Im Anschluss folgt eine kurze Beschreibung des Vierten Finanzmarktförderungsgesetzes und des Geldwäschebekämpfungsgesetzes, ferner eine Erörterung des Urteils des BVerfG vom 15.2.2006 zu Paragraph 14 III Luftsicherheitsgesetz. Der sechste Schritt betrachtet sodann das Gemeinsame-Daten-Gesetz vom 22.12.2006, das die Errichtung einer zentralen Antiterrordatei beim BKA und die Legalisierung projektbezogener gemeinsamer Daten regelt. Im siebten Schritt wirft der Autor einen Blick auf das Terrorismusbekämpfungsgesetz und merkt im Schlusswort an, dass die Schwierigkeiten des Rechtsstaats, einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit herbeizuführen, Folge seiner Janusköpfigkeit sind: Der Rechtsstaat ist auf die Wahrung grundrechtlicher Freiheiten ausgerichtet, kann diese vor Übergriffen Dritter aber nicht schützen, ohne sie selbst zu beeinträchtigen. (ICG2)

[126-L] Middel, Stefan:
Innere Sicherheit und präventive Terrorismusbekämpfung, (Frankfurter Studien zum Datenschutz : Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Datenschutz an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Bd. 31), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 421 S., ISBN: 978-3-8329-2695-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3945)

INHALT: Die Maßnahmen zur präventiven Terrorismusbekämpfung in Deutschland bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen staatlichem Schutzauftrag und rechtsstaatlich gebotener Distanz, zwischen Sicherheit und Freiheit. Der Verfasser setzt sich mit dieser Thematik in vier Schritten auseinander. Zunächst werden die Verpflichtung des Staates zur Gewährleistung Innerer Sicherheit sowie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erörtert. Im Anschluss daran wird die präventive polizeiliche Rasterfahndung analysiert, bevor die Anti-Terror-Pakete I und II mit ihren Gesetzesänderungen auf dem Gebiet der präventiven Terrorismusbekämpfung behandelt werden. Das Augenmerk gilt hierbei besonders der Beeinträchtigung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Abschließend werden die anhand konkreter Einzelmaßnahmen aufgezeigten Schwierigkeiten des Rechtsstaats, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit herbeizuführen, auf eine abstraktere Ebene transferiert, um so allgemeingültige Aussagen über die verfassungsrechtlichen Fragestellungen bei der Beurteilung präventiver Sicherheitsmaßnahmen zu gewinnen. Hier geht es um die Vorsorgebefugnisse des Staates und um das allgemein zwiespältige Verhältnis von Sicherheit und Freiheit im Rechtsstaat. (ICE2)

[127-L] Niklaus, René:
Zum Abschuss freigegeben?: eine interpretative Mikro-Policy-Analyse des Sicherheitskonzeptes zur Abwehr terroristischer Gefahren aus dem Luftraum, Marburg: Tectum Verl. 2006, 209 S., ISBN: 3-8288-8977-8 (Standort: ZLB Berlin(109)-Pol/217/220)

INHALT: "Die Terroranschläge des 11. September 2001 auf die Vereinigten Staaten und der 'Irrflug' eines Sportflugzeuges über Frankfurt am Main am 5. Januar 2003 veranlassten die Bundesregierung, die Sicherheitsarchitektur im deutschen Luftraum neuartigen Gefahren anzupassen: Das Luftsicherheitsgesetz soll einer veränderten Sicherheitslage im Luftraum Rechnung tragen und so im Extremfall selbst den Abschuss von Passagierflugzeugen ermöglichen, um einem terroristischen Anschlag zu begegnen. Die vorliegende Untersuchung nutzt einen post-positivistischen Ansatz der Policy-Forschung, den interpretativen Ansatz von Dvora Yanow, um die Maßnahme des Abschusses eines von Terroristen entführten Flugzeuges durch die Bundeswehr im deutschen Luftraum zu analysieren. Im Rahmen der Arbeit generiert der Autor multiple Bedeutungsstrukturen und verortet die Maßnahme in ihrem Kontext. Die aktuelle Analyse wurde parallel zum Gesetzgebungsprozess durchgeführt und stützt sich auf Interviews, von denen eine Auswahl beigefügt ist." (Autorenreferat)

[128-L] Normann, Lars:
Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert: streitbare Demokratie und ihre institutionelle Umsetzung durch den Verfassungsschutz, (Akademische Schriftenreihe), München: GRIN-Verl. 2006, 139 S., ISBN: 978-3-638-00005-5 (Standort: B d. Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe(208)-FP1301)

INHALT: "Der islamistische Totalitarismus manifestierte mit seinen Terroranschlägen eine Zäsur für die institutionellen Sicherheitsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland. Der daraufhin implementierte Reformprozess erstreckte sich über die nachfolgenden Jahre und in mannigfaltigen Diskussionen über die innere Sicherheitsstruktur wurden Themen vom 'Kompetenzwirrwarr' bis zum Trennungsgebot erörtert. Diese Studie stellt in einem Theorieteil die Genese und das Konzept des grundlegenden Verfassungsprinzips der BRD, der streitbaren Demokratie und der fdGO, anhand der Sicherheitsinstitutionen dar. Am Beispiel der praktischen Arbeit des administrativen Verfassungsschutzes wird fokussiert, wie dieses Konzept konkret umgesetzt wird. Im empirisch-analytischen Teil werden die aktuellen Reformbemühungen und Diskussionen vor und nach den Terroranschlägen vergleichend anhand einer Zeitungs- und Verfassungsschutzberichtsanalyse bzgl. des Islamismus untersucht. Der Autor mahnt in seinen Schlussfolgerungen u.a. eine ganzheitlichere Reformkonzeption der bundesrepublikanischen Sicherheitsstrukturen an. Explizit das Trennungsgebot und die Kontrollmechanismen sind in die Reformbemühungen nicht adäquat eingebunden worden. Der administrative Verfassungsschutz mit vorverlagerten Ermittlungskompetenzen zeigt in der Auseinandersetzung mit dem Islamismus, dass er ohne die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen als Frühwarneinheit versagt." (Autorenreferat)

[129-F] Schlachetzki, Constantin (Bearbeitung); Sturm, Roland, Prof.Dr.phil.habil. (Betreuung):
Heimatschutz und Sicherheit kritischer Infrastrukturen vor dem Hintergrund potentiellen Marktversagens - eine Analyse staatlicher und privatwirtschaftlicher Maßnahmen zur Terrorabwehr in Deutschland und den Vereinigten Staaten (Arbeitstitel)

INHALT: Spätestens seit dem 11. September 2001 stellt sich Terrorismus von bisher ungekannter Dimension als eine der zentralen strategischen Herausforderungen für die westlichen Industrienationen dar. Ein wesentliches Element der Terrorabwehr und des Heimatschutzes ist dabei die Sicherung kritischer Infrastrukturen - jener essentiellen Systeme und Dienste, die das physische sowie virtuelle Fundament von Gesellschaft und Industrie bilden, was sie wiederum im Rahmen asymmetrischer Kriegsführung zu hochgradig gefährdeten Zielen macht. Eigentümer und Betreiber kritischer Infrastrukturen ist meist nicht der Staat, sondern überwiegend die private Industrie. Vor diesem Hintergrund postulieren die Heimatschutzstrategien Deutschlands und der Vereinigten Staaten auch, dass Marktkräfte bzw. privatwirtschaftliche Akteure selbsttätig dafür Sorge trügen, ein angemessenes Sicherheitsniveau in diesem Teilbereich der nationalen Sicherheit zu garantieren. Aus neoklassisch-ökonomischer Perspektive lässt sich jedoch bezweifeln, ob diese Grundannahme realistisch ist: In der

Theorie müssten schließlich Heimatschutz und die Sicherheit kritischer Infrastrukturen - wie andere "öffentliche Güter" auch - zumindest partiell von Marktversagen betroffen sein, da rationalen privatwirtschaftlichen Akteuren nur sehr begrenzt Anreize zur Partizipation an der Bereitstellung von kollektiv nutzbaren Gütern vorliegen. Zentrales Anliegen dieser Dissertation ist es nun, zuerst unter Heranziehung ökonomischer und spieltheoretischer Konzepte das Verhalten privater Marktkräfte im Kontext der Herausforderung des Heimatschutzes in drei ausgewählten Bereichen kritischer Infrastruktur zu untersuchen, um ggf. auch hier vorliegende wesentliche strukturelle Ursachen von Marktversagen - wie etwa Externalitäten, Informationsassymetrien und Interdependenzen - identifizieren zu können. Als Fallbeispiele dienen dabei der maritime Transportsektor, Hochrisiko-Produktionsanlagen der chemischen Industrie sowie der Terrorversicherungsschutz. Daran anschließend folgt die empirische Analyse von bisher in diesen drei Bereichen jeweils in Deutschland und den Vereinigten Staaten angewandten Instrumenten zur Verbesserung des Heimatschutzes im Spektrum von freiwilliger Kooperation der Marktteilnehmer bis hin zu staatlicher Sicherheitsregulierung. Ziel der Dissertation ist es, ein auf realistischen Grundannahmen basierendes Verständnis der Möglichkeiten ebenso wie der Grenzen des Wirkens freier Marktkräfte und staatlicher Autoritäten zur gemeinsamen Gewährleistung von Heimatschutz und der Sicherheit kritischer Infrastrukturen zu erlangen. Dadurch soll das Aufzeigen von Handlungsoptionen für Regierungs- und privatwirtschaftliche Akteure ermöglicht werden, potentielles Marktversagen zu minimieren sowie die Terrorabwehrfähigkeit und Widerstandskraft gegen Angriffe in Deutschland und den Vereinigten Staaten zu optimieren *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

INSTITUTION: Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" (Innstr. 41, 94032 Passau); Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: constantin.schlachetzki@gmx.de)

[130-L] Schlögel, Martina:
Das Bundeskriminalamt nach der Novelle des BKA-Gesetzes: ein "Deutsches FBI" oder ein neuer Akteur im Rahmen der Terrorismus-Prävention?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 58/2009, H. 1, S. 25-32 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein generelles Problem der Terrorismusbekämpfung seit dem Jahr 2001 ist, dass die tradierten Mittel des Rechtsstaats als für den Schutz der Bürger nicht mehr ausreichend erachtet werden. So findet seit den Anschlägen von New York im September 2001 in vielen westlichen Demokratien ein beispielloser Umbau der Rechtsordnungen statt. Dieser Umbau kollidiert in Deutschland mit Verfassungsprinzipien wie dem Schutz der Menschenwürde, dem Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und dem Trennungsgebot von polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit." (Autorenreferat)

[131-L] Schulte, Philipp H.:
Terrorismus und Anti-Terrorismus-Gesetzgebung: eine rechtssoziologische Analyse, (Kriminologie und Kriminalsoziologie, Bd. 6), Münster: Waxmann 2008, 306 S., ISBN: 978-3-8309-1982-7 (Standort: Karlsruhe BGH(208)-PH87602008003)

INHALT: "Die Arbeit befasst sich mit der Interaktion von Terrorismus und den in Deutschland erlassenen Anti-Terrorismus-Gesetzen. Hierbei handelt es sich um die Gesetze, die der Gesetzgeber seit 1974 in unmittelbarer Reaktion auf terroristische Gewalt erlassen hat. Die Schwerpunkte der Arbeit bilden jeweils das Gesetzgebungsverfahren im historischen Kontext, die inhaltliche Bewertung und schließlich die Klärung, ob das Anti-Terrorismus-Gesetz erfolgreich im Kampf gegen den Terrorismus war bzw. ist. Um diese Fragestellungen umfassend beantworten zu können, werden vorab eine Definition für das Phänomen Terrorismus erarbeitet und die Formen des Terrorismus beleuchtet, die in Deutschland zum Erlass von Anti-Terrorismus-Gesetzen geführt haben." (Autorenreferat)

[132-L] Sinai, Joshua:
Terrorism and Germany: the threat and the response, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 289-302, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde deutlich, dass von Deutschland aus terroristische Aktivitäten eines militanten Islamismus geplant und ausgeführt worden sind. Die Bundesregierung reagierte daher relativ schnell mit einer Reihe von Gesetzen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Im Dezember 2001 wurden 17 Gesetze verabschiedet, die die Sicherheitsarchitektur des Staates grundlegend im Sinne eines "Präventionsstaats" veränderten. Das "Terrorismusbekämpfungsgesetz" setzte seine Bürger massiven Misstrauens- und Überwachungsmaßnahmen aus, um Sicherheitsrisiken durch "Schläfer" zu minimieren. Diese Entwicklung entsprach genau jenem Trend, der auch für die USA identifiziert wurde. Der vorliegende Beitrag erörtert in diesem Kontext die Frage, ob und wie die Schily-Gesetze in ihrer Gesamtheit das Verhältnis des Bürgers zum Staat verändern. So findet so gut wie keine öffentliche Erfolgskontrolle dieser Maßnahmen statt, und sie wird auch von den zuständigen Bundesländern als zu arbeitsintensiv abgelehnt. Einige Gesetzesmaßnahmen, die nach 2001 verabschiedet wurden, verstärken insgesamt diese Tendenz: das Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G-10 Gesetz von 2001), das Finanzmarktförderungsgesetz (2002), das Telekommunikationsgesetz (2004) und das Übereinkommen mit den USA zur Erfassung und Verwendung von EU-Passagierdaten (2005). (ICA)

[133-L] Stern, Klaus:
Keine Freiheit ohne Sicherheit: die Terrorismusbekämpfung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 6 = Nr. 463, S. 40-45 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_13898-544-1-30.pdf)

INHALT: Der politische Wille, den Terrorismus zu bekämpfen, ist in den einzelnen Staaten der Welt unterschiedlich ausgeprägt. Die Europäische Union hat sich seit längerem der Terrorismusgefahr angenommen und mehrere Abkommen zur Intensivierung der Bekämpfung geschlossen. Bei Staaten, die auf der Herrschaft des Rechts aufgebaut sind, wie es für die europäischen Länder der Fall ist, ist das Bekämpfungspotenzial allerdings immer rechtsstaatlich gebunden. Grenzen setzt vor allem das Verfassungsrecht und die Rechtsprechung in Staaten, die wie Deutschland eine ausgeprägte Verfassungsgerichtsbarkeit eingerichtet haben. Diese Rechtsprechung muss die staatliche Sicherheitspolitik in ihr Kalkül einbeziehen und sie hat mittlerweile einen beachtlichen Umfang erreicht, der bereits zur Frage geführt hat, ob der Terrorismusbekämpfung zu enge Fesseln angelegt sind. Im vorliegenden Beitrag wird diese Frage näher diskutiert, indem unter anderem gesetzgeberische Maßnahmen, legislative Sicherheitsaspekte, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Sicherheitsgesetzen sowie die neuen Instrumente gegen neue Gefahren kritisch in den Blick genommen werden. (ICI2)

[134-L] Stock, Jürgen:
Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus aus kriminologischer Sicht, in: Thomas Feltes (Hrsg.) ; Christian Pfeiffer (Hrsg.) ; Gernot Steinhilper (Hrsg.) ; Hans-Dieter Schwind (Adressat): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen : Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag, Heidelberg: C. F. Müller, 2006, S. 741-755, ISBN: 3-8114-5241-X (Standort: LB Stuttgart(24)-55/20752)

INHALT: Der Beitrag beschreibt den internationalen Terrorismus als Untersuchungsgegenstand der Kriminologie mit besonderem Blick auf die Bundesrepublik Deutschland. So werden im ersten Schritt die Rahmenbedingungen zur Erforschung des internationalen Terrorismus dargestellt, und zwar (1) die gewandelte Rolle des Staates zu Beginn des 21. Jahrhunderts und (2) die neue Rolle des Straf-

rechts. Der zweite Schritt liefert bisherige staatliche Ansätze zur Analyse und Bekämpfung dieses Kriminalitätsbereiches. Dazu gehören (1) legislative und (2) repressive Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie (3) Maßnahmen zur Prävention bzw. Frühaufklärung. Die Ausführungen machen deutlich, dass man eine fundierte kriminologische Erforschung des internationalen Terrorismus braucht, will man dieses komplexe Phänomen wirksam bekämpfen. Da Kriminalpolitik ohne gesicherte kriminologische Grundlagen kaum auskommen kann, gehört die anwendungsorientierte kriminologische Forschung zu den natürlichen Anliegen der Kriminalpolitik. (ICG2)

[135-L] Stolle, Peer:
Die aktuellen Terrorismus-Verfahren und ihre Folgen: eine erste Bestandsaufnahme, in: Kriminologisches Journal, Jg. 40/2008, H. 2, S. 123-136 (Standort: USB Köln(38)-XF146; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Teilweise seit Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen verschiedene Personen wegen 'Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung'. Erst aufgrund von Durchsuchungen und Festnahmen im Frühjahr/ Sommer 2007 erhielten die Betroffenen und auch eine breitere Öffentlichkeit Kenntnis von den Verfahren. Die Beschuldigten wurden monate- bzw. jahrelang überwacht und ausgeforscht. Diese umfangreichen Ermittlungen sind einerseits typisches Merkmal von Terrorismus-Verfahren, andererseits sind sie auch Ausdruck einer Risikologik, die immer weitere Teile der staatlichen Kriminalitätskontrolle und Sicherheitspolitik erfasst." (Autorenreferat)

[136-L] Urban, Johannes:
Die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 400 S., ISBN: 3-531-15263-7 (Standort: USB Köln(38)-34A754)

INHALT: "Johannes Urban untersucht die Stärken und Schwächen des deutschen Vorgehens gegen den Internationalen Islamistischen Terrorismus. Mit Hilfe eines "Ziele-Strategien-Modells", das auf dem Instrumentarium der Zweck-Mittel-Analyse beruht, wird der Bekämpfungsansatz der Bundesrepublik charakterisiert und evaluiert. Der Autor ermittelt, mit welchen Strategien welche Ziele erreicht werden sollten - und welche Mittel dabei zum Einsatz kamen. Inwieweit dabei zweckmäßig vorgegangen wurde, zeigt das Verhältnis staatlicher Maßnahmen zu spezifischen Gefahrenmerkmalen des Internationalen Islamistischen Terrorismus, also ob Maßnahmen symmetrisch oder asymmetrisch zu jenen waren bzw. sind. Ausgehend vom so identifizierten Handlungsbedarf - aber auf dem Fundament gültiger normativer Grundlagen und Prinzipien - gibt die Studie Empfehlungen, wie der deutsche Bekämpfungsansatz mit Augenmaß operativ und organisatorisch optimiert werden könnte." (Autorenreferat)

[137-F] Walthelm, Britta (Bearbeitung); Sturm, Roland, Prof.Dr.phil.habil. (Betreuung):
Die Wahrnehmung des Terrorismusrisikos nach dem 11. September 2001 und ihr Einfluss auf die Terrorismusbekämpfungspolitik in Deutschland, Großbritannien und Spanien

INHALT: Seit den terroristischen Anschlägen auf New York und Washington am 11. September 2001 wird ein neuer "Internationaler Terrorismus" in der westlichen Öffentlichkeit als substantielle Bedrohung wahrgenommen. Europäische politische Eliten betonten unisono die Ungeheuerlichkeit des Ereignisses und forderten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der terroristischen Gefahr. Tatsächlich reagierten und reagieren die europäischen Nationalstaaten auf die neu wahrgenommene Herausforderung "Terrorismus" mit teilweise hektischen Regulierungsaktivitäten. Das Dissertationsprojekt soll sich genauer mit Verlauf und Inhalten terrorismuspolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse seit dem 11. Septembers auseinandersetzen. Mit Hilfe eines Vergleichs der Politikprozesse in mehreren europäischen Staaten wird untersucht, inwieweit sich ein einheitliches Reaktionsmuster im Umgang mit der terroristischen Herausforderung herausdestillieren lässt und ob/ warum Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Begründung und Wahl von Maßnahmen bestehen. Als theoretischer Zugang zur Untersuchung wird die Perspektive einer "Risikopolitik" gewählt. In Anlehnung an Ansätze der Risikoforschung, die im Umfeld der populären These der Entstehung

einer "(Welt-)Risikogesellschaft" (Ulrich Beck) verortet werden können, werden die staatlichen Reaktionen auf den 11. September 2001 als Bemühungen der "Risikoregulierung" interpretiert. Risiko wird dabei als ein Konzept zur Erforschung von Politik unter Bedingungen der Unsicherheit verstanden, das stets Abwägungsprozesse über Handlungsoptionen seitens der politischen Akteure enthält. Die Arbeit misst unterschiedlichen Überzeugungen und Situationsdeutungen, die dem Verhalten der politischen Entscheidungsträger unter der Bedingung von Unsicherheit über die Angemessenheit und Folgen politischer Entscheidungen zugrunde lagen, eine besondere Bedeutung bei. Sie untersucht, wie Wahrnehmungen des Terrorismusrisikos in der politischen Diskussion um Terrorismusbekämpfung wirksam wurden und damit Einfluss auf die Politikergebnisse hatten. Die Untersuchung erfolgt in einem Dreischritt: Zunächst wird geklärt, welche risikopolitischen Strategien die Untersuchungsländer verfolgen. Daraufhin rückt die politische Debatte um Terrorismusbekämpfung in den Fokus der Arbeit: Wie definieren am Politikprozess beteiligte Akteure Terrorismus? Welche Reaktionen sehen sie als erforderlich an? Wie werden Positionen in der Diskussion begründet? Mit einer Analyse der Verarbeitung des terroristischen Risikos im politischen Entscheidungsprozess wird die terrorismuspolitische Debatte schließlich an die Akteurs- und Institutionenebene rückgebunden: Inwiefern tragen welche Rahmenbedingungen und Eigenschaften des Politikprozesses zur Erklärung der Politikergebnisse bei? Auf einer allgemeineren Ebene möchte das Projekt zur Weiterentwicklung politikwissenschaftlicher Untersuchungsinstrumente von Politikprozessen beitragen, indem es überprüft, inwiefern die Berücksichtigung von Perzeptionen einen Mehrwert für das Verständnis politischer Prozesses bietet. *ZEITRAUM:* ab 2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Spanien

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

INSTITUTION: Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" (Innstr. 41, 94032 Passau); Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: britta-walthelm@gmx.net)

[138-L] Weigel, Andreas:
Der Beitrag bundesdeutscher Nachrichtendienste zur Abwehr globaler terroristischer Aktivitäten, in: Nikolas Dörr (Hrsg.) ; Till Zimmermann (Hrsg.): Die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland : Beiträge anlässlich einer Tagung von StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vom 23.-27. Januar 2006, Bamberg: WVB-Verl., 2007, S. 35-44, ISBN: 978-3-86573-307-8 (Standort: UB München(12)-8079910)

INHALT: Organisierte Kriminalität, defekte oder kollabierende Staaten, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der global agierende Terrorismus sind neue Herausforderungen für die Nachrichtendienste. Nach der Auflösung des Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr sind der Bundesnachrichtendienst und das neu geschaffene "Gemeinsame Terrorismus Abwehrzentrum" die wichtigsten Akteure in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Strategien zur Terrorismusbekämpfung muss ein erweiterter Sicherheitsbegriff zu Grunde liegen. (ICE2)

[139-CSA] Wiefelsputz, Dieter:
Once Again: Case of Defense by Terrorist Attacks?, , in: Recht und Politik 2007, 43, 1, 3-10., 2007, ISSN: 0344-7871

INHALT: The coalition agreement of 11 November 2005 by CDU, CSU, & SPD states that: because of the threat of international terrorism, internal & external security has become increasingly intertwined. Nonetheless, the basic separation between police & military tasks apply. On 15 February 2006, the Federal Constitutional Court decided that Sec. 14, clause 3 of the German Aviation Security Act adopted on 11 January 2005, is null & void. It does not make sense, to evaluate a grave terrorist attack on the German Federal Republic as a case of defense according to Article 115 clause 1 sub-clause 1 GC (Geneva Convention). Cross-border terrorist attacks on the German Federal Republic can be averted militarily by the Federal Armed Forces according to Article 87a clause 1 sub-clause GG (Basic Constitutional Law) within the framework of defense, if the attacker displays a military operation

& organization structure or the destruction potential is on a warlike scale. No amendment to the constitution is necessary in order to qualify the fending off of such attacks as defense, as the term defense includes the military abatement of such terrorist attacks.

4 Strategien und Allianzen internationaler Sicherheitspolitik

[140-L] Aaron, David L.; Beauchesne, Ann M.; burwell, Frances G.; Nelson, C. Richard; Riley, K. Jack; Zimmer, Brian:
The post 9/11 partnership: transatlantic cooperation against terrorism, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 347-371, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Die strategische Partnerschaft von USA und EU im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus wird nach Einschätzung der Autoren innerhalb der nächsten drei Jahre zu einer Erfolgsgeschichte der transatlantischen Beziehungen führen. Diese Kooperation wird rasch anwachsen und Behörden und Institutionen in den USA und Europa zusammen führen, die bisher noch nie zusammen gearbeitet und sogar teilweise noch nicht existiert hatten. Die Autoren zeichnen in ihrem Beitrag die Anfänge und den Verlauf der internationalen Partnerschaft seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 detailliert nach und zeigen am Beispiel einiger Initiativen und Gesetzesänderungen, wie durch den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus vorhandene Unstimmigkeiten im transatlantischen Verhältnis gelöst werden konnten. Sie diskutieren ferner zukünftige Perspektiven bei der weiteren Ausgestaltung und Vertiefung der Partnerschaft von USA und EU, die sich u.a. auf den Datenschutz, den Schutz der Privatsphäre, die Strafverfolgung und den Schutz von Grenzen und Infrastrukturen im internationalen Rahmen beziehen. (ICI)

[141-L] Bauer, Michael; Algieri, Franco:
Viel erreicht, aber noch viel zu tun: die Vielschichtigkeit europäischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 163-179, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Beitrag gibt zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung der Terrorismusbekämpfung in Europa bis zur Gründung der EU. Im Folgenden wird erläutert, welche Neuerungen sich durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam und die formelle Inkorporation innen- und außenpolitischer Fragen in den europäischen Integrationsprozess im Sinne eines etappenweisen Ausbaus der rechtlichen Grundlagen für eine europäischen Terrorismusbekämpfung ergeben. Sodann werden die politischen, rechtlichen und organisatorischen Entwicklungen diskutiert, die sich seit dem 11. September 2001 und dem 11. März 2004 in den Bereichen "Dritte Säule" und GASP ergeben haben. Abschließend werden die beschriebenen Entwicklungen hinsichtlich ihrer Eignung bewertet, die Sicherheit gegenüber terroristischen Aktivitäten zu erhöhen und den Anforderungen parlamentarischer und justizieller Kontrolle gerecht zu werden. (ICE2)

[142-L] Bendiek, Annegret:
Die Terrorismusbekämpfung der EU: Schritte zu einer kohärenten Netzwerkpolitik, (SWP-Studie, S 21), Berlin 2006, 34 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3229;www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?id=6136)

INHALT: "Mit der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die der Europäische Rat im Dezember 2005 verabschiedet hat, strebt die EU die Vernetzung mitgliedstaatlicher Außen- und Innenpolitiken in der Terrorabwehr an. Der dazugehörige Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung wurde zuletzt im Februar 2006 aktualisiert und enthält mehr als 160 Einzelmaßnahmen in den vier Arbeitsfeldern der EU-Strategie (Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion). Das Hauptziel der EU-Politik ist, 'den Netzwerken des Terrors Netzwerke gegen den Terror' gegenüberzustellen. Die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung treibt die europäische Netzwerkbildung maßgeblich voran, aber nicht im Sinne einer Vergemeinschaftung. Ideen zur Gründung einer europäischen CIA, einer Generaldirektion Homeland Security oder zur Einführung einer supranationalen Polizei und Staatsanwaltschaftsbehörde haben sich nicht durchgesetzt. Die tragenden Säulen in der europäischen Vernetzung bleiben weiter-

hin die Mitgliedstaaten. Es ist davon auszugehen, dass die Kohärenzprobleme bei der Vernetzung europäischer Außen- und Innenpolitiken erst mittel- bis langfristig behoben werden können. Um bereits erzielte Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit zu verstetigen, sollte der Mehrwert einer europäischen Vernetzung für die nationale Politik gesteigert und die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung stärker auf das Arbeitsfeld der Prävention als Querschnittsaufgabe der Außen- und Innenpolitik ausgerichtet werden. In der Arbeit werden konkrete Vorschläge für das achtzehnmonatige Arbeitsprogramm der Teamratspräsidentschaft (Deutschland, Portugal, Slowenien) 2007 bis 2008 unterbreitet." (Autorenreferat)

[143-F] Beyer, Anna Cornelia, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Rittberger, Volker, Prof.Ph.D. (Betreuung):
Participation in global governance - EU and ASEAN counterterrorism (working title)

INHALT: Whereas it could be argued, that Global Governance as such is a necessary result of globalization, participation in Global Governance is not an automatic result of interdependence but has its distinct causes and motivations. By looking at European integration theory as well as compliance theory it was established that participation might be motivated by a variety of systemic as well as domestic factors which deserve further attention. If causal mechanisms of participation in Global Governance are understood, the construction of a working Global Governance system might be facilitated. Regions here are understood as macro-regions, meaning entities that comprise a number of states. Within the concepts of Global Governance - from Rosenau and the Commission on Global Governance to Kahler, Neyer and Zürn for example - regions are only marginally theorized as actors. The ressearcher regards participation as one central feature among others (legitimacy, authority) for defining an entity as an actor. As the selected regions do participate in Counterterrorism, it is possible to establish these regions as the relevant actors for research on causes of participation. Her research focuses on the following questions: 1. How do regions participate in Global Governance? 2. Which factors are causal for participation? And 3. What are the most important factors for participation? As forms of participation (dependent variable) count compliance with United Nations regulations, active participation in multilateral programmes, promotion of counterterrorism, and congruent rhetoric. As possible causes (independent variable) are regarded: endogenous factors as absolute power, experience with integration and thus socialization, the calculation of threat and perception of terrorism (cost-benefit); exogenous factors as relative power, interdependence with other actors and perception of dependency from other actors, complementarities of the elites, external pressure and authority of central institutions and actors (UN and US).| *ZEITRAUM:* 2001-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Euruopa (EU), Südostasien (ASEAN)
VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Beyer, Cornelia: Regional participation in global governance: ASEAN counterterrorism. 13 S.+++Dies.: Participation in global governance - EU and ASEAN counterterrorism. Ursachen regionaler Partizipation an Global Governance im Bereich der Terrorismusbekämpfung.
ART: *BEGINN:* 2005-08 *ENDE:* 2008-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. II Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung (Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 07071-297-6140, e-mail: cornelia.beyer@uni-tuebingen.de)

[144-L] Billen, Christophe:
Ist die OSZE der geeigntete Rahmen für kooperative Terrorismusbekämpfung in Zentralasien?, in: 2005, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 295-314

INHALT: Alle Teilnehmerstaaten der OSZE haben gelobt, so der Verfasser, Terrorismus zu verhüten und zu bekämpfen - in dieser Hinsicht verbindet sie ein gemeinsames Interesse. Damit dies wirklich gelingt, sollte die OSZE in all ihren Gremien und Institutionen, aber auch in ihren Teilnehmerstaaten selbst den eigentlichen Ursachen von Terrorismus auf den Grund gehen. Dazu könnten die Teilnehmerstaaten einen unabhängigen Expertenrat einrichten, dem Fachleute aus allen Subregionen der OSZE angehören. Der Rat könnte untersuchen, was einzelne Menschen oder auch Gruppen dazu bewegt, zu terroristischen Mitteln zu greifen. Dabei sollte er nicht nur regionale Besonderheiten be-

rücksichtigen, sondern sich auch mit staatlicher Politik als Ursache für die Verbitterung vieler Menschen befassen, die sie unter Umständen in die Arme terroristischer Gruppen treibt. Die OSZE könnte auch zu einem Forum werden, in dem die Teilnehmerstaaten nach dem Vorsorgeprinzip ihre Besorgnis angesichts der Politik anderer Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen könnten, da eine bestimmte Politik heftige Gegenreaktionen hervorrufen und so dazu führen kann, dass unschuldige Zivilisten durch terroristische Anschläge ihr Leben verlieren. Was die Kooperation der OSZE mit regionalen und anderen internationalen Organisationen in Zentralasien anbelangt, so könnte sie die Zusammenarbeit mit der GUS, der Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages und der Shanghai-Kooperationsorganisation (SCO) sowohl auf Leitungsebene als auch vor Ort über die Einladung zu Konferenzen und Treffen hinaus verstärken. Auf der Grundlage ihrer jeweiligen Vorteile könnte eine solchermaßen vertiefte Zusammenarbeit eine wirksame, wenn auch nur partielle Antwort auf den latenten Vorwurf der GUS-Länder und insbesondere Russlands sein, die OSZE werde vom Westen instrumentalisiert, um demokratische Werte östlich von Wien zu befördern, wie es in dem Papier der GUS-Mitgliedsländer zur Lage der OSZE zum Ausdruck kommt. (ICF2)

[145-L] Brown, David:
The EU and counter-terrorism: a reliable ally in the 'war on terror'?, in: Franz Eder (Hrsg.) ; Gerhard Mangott (Hrsg.) ; Martin Senn (Hrsg.): Transatlantic discord : combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 121-143, ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: Der von der Bush-Regierung selbsterklärte "Krieg gegen der Terror" bzw. gegen die "Achse des Bösen" mit ihren "Schurkenstaaten" Irak, Iran, Afghanistan, Nordkorea u.a. trat in eine international kritische Phase mit dem nicht von der UNO legitimierten "Präventivkrieg" der USA und seinen "willigen" Verbündeten gegen den Iran 2003. Der vorliegende Beitrag beschreibt, wie die EU vor der Erfahrung einer Verschärfung des Terrorismus durch diese Intervention und einer fortschreitenden politischen Destabilisierung des Nahen und Mittleren Osten eine eigenständige Strategie zur Eindämmung bzw. Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorgelegt hat. Der Autor moniert aus amerikanischer Sicht, dass die Europäer zu lange ignoriert haben und weiter ignorieren, dass Europa nicht mehr nur der "Ruheraum" für "Schläfer" ist, sondern hier eine neue Qualität des internationalen Terrorismus durch kaum mit dem Islamismus vernetzte eigenständige "Zellen" entstanden ist. (ICA)

[146-L] Buttlar, Christian von:
Zur globalen Antiterrorismus-Strategie der Vereinten Nationen, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen: Politischer Extremismus : Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 215-226, ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der spätestens mit den Anschlägen vom 11. September 2001 durch das Netzwerk der AI Qaida in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt ist, sind die Vereinten Nationen bemüht, ihrer Führungsrolle gerecht zu werden, um einen Rahmen für Abwehrmaßnahmen gegen nicht-staatliche Akteure zu schaffen, spezielle Einrichtungen zur zwischenstaatlicher Koordinierung und Kooperation zur Verfügung zu stellen, etwa zum Austausch und zur Weiterbearbeitung von Informationen, und Sanktionen zu verhängen, die weltweit einheitlich gelten und durchgesetzt werden sollen. Sowohl die 192 Mitgliedstaaten zählende Generalversammlung als auch der von fünfzehn Staaten gebildete Sicherheitsrat haben mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog von präventiven wie repressiven Gegenmaßnahmen auf die terroristische Bedrohung reagiert. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass der universal koordinierte wie auch einzelstaatliche Kampf gegen den Terror zu einer ständigen Abwägung im Spannungsverhältnis zwischen individuellen Freiheits- und Menschenrechten einerseits und kollektiven Sicherheitsbedürfnissen auf der anderen Seite zwingt und dass es in der Natur der Sache liegt, dass hier von Land zu Land teilweise unterschiedliche Entscheidungen und Wertungen getroffen werden, wie sie etwa im Zusammenhang mit der Anerkennung des Kriegsgefangenenstatus für Terroristen oder dem Zugang zum ordentlichen Rechtsweg intensiv diskutiert werden. Auf UN-Ebene herrscht in dieser Hinsicht ein eindeutiges und uneingeschränktes Bekenntnis zur strengen Einhaltung der menschenrechtlichen Standards in jeder

Phase des globalen Kampfes gegen den Terrorismus vor. Das gewissermaßen wasserdichte Hauptargument gegen jede Einbuße an menschenrechtlichen Standards lautet, dass die Abwehr des Terrors selbst unmittelbar der Verteidigung der Menschenrechte - ausgedrückt in der Würde des Individuums - dient und folglich die Preisgabe oder auch nur Kompromissbereitschaft schon in sich eine Niederlage gegenüber dem Terrorismus bedeutet. (ICA2)

[147-L] Eder, Franz; Mangott, Gerhard; Senn, Martin (Hrsg.):
Transatlantic discord: combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 253 S., ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: "Focusing on transnational terrorism, nuclear proliferation, and regional crises, this anthology analyzes US and European perspectives on threats, respective countermeasures, and contemporary challenges for US-European relations such as the Iranian nuclear program." (author's abstract). Contents: Franz Eder, Gerhard Mangott, Martin Senn: Understanding Mars and Venus: A Model for Security Policy Analysis (9-30); Matthias Dembinski: Transatlantic Cooperation or Discord: The United States, the European Union and Nuclear Non-Proliferation (31-62); Derek D. Smitha: Vulnerable Superpower: U.S. Strategy Against Weapons of Mass Destruction in the 21st Century (63-94); Anthony Seaboyer, Oliver Thränert: The EU-3 and the Iranian Nuclear Program (95-120); David Brown: The EU and Counter-Terrorism: A Reliable Ally in the 'War on Terror'? (121-144); Jeremy Shapiro Daniel Byman: Bridging the Transatlantic Counterterrorism Gap (145-164); Daniel S. Hamilton: Tackling Terror: A Transatlantic Agenda (165-186); Fraser Cameron: The European Union and Conflict Prevention (187-206); Reinhardt Rummel: The EU's Preference for Prevention - Burden or Boost for the Transatlantic Security Partnership? (207-236); Alice Ackermann: The United States' Perspective on Conflict Prevention (237-248).|

[148-L] Fischer, Susanne:
Terrorismus 'bekriegen'?: Mittel und Wege europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Ronald H. Tuschl (Projektleiter) ; Wilhelm Nolte (Hrsg.): Der Krieg der Armen? : der internationale Terrorismus in der neuen Weltordnung ; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2005, Münster: agenda Verl., 2005, S. 88-106, ISBN: 3-89688-259-7 (Standort: UB Eichstätt(824)-00MK3500S332-48)

INHALT: Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes besteht erstens darin, anhand von theoretischen Überlegungen zu den Merkmalen des Terrorismus darzulegen, dass dieser mit kriegerischen Mitteln nicht effektiv eindämmbar ist. Es wird gezeigt, dass aus den Merkmalen des kriegerischen Akteurs spezifische Strukturen resultieren, die den Einsatz militärischer Mittel - das "Bekriegen" von Terrorismus - ineffektiv werden lassen. Zweitens wird die Genese der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seit der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) auf dem Europäischen Gipfel im Dezember 2003 nachgezeichnet. Eine kritische Analyse macht deutlich, dass vorrangig militärische Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus im Rahmen der ESVP ausgebildet wurden, während die Entwicklung ziviler Fähigkeiten unzureichend vorangetrieben worden ist. Die Mittel und Wege der ESVP zur Eindämmung von Terrorismus lassen somit eine deutliche Präferenz kriegerischer Optionen erkennen. Anhand verschiedener Gipfelbeschlüsse, Deklarationen und Berichte kann ferner nachgewiesen werden, dass innerhalb der ersten und der dritten Säule der EU umfangreiche Instrumente zur Bekämpfung von Terrorismus, z.B. im Kontext von Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung oder Strafverfolgung, entwickelt worden sind. Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Mittel und Wege der ESVP weniger zur Eindämmung von Terrorismus, als für klassische "peace-keeping" oder "peace-enforcement"-Einsätze und für Maßnahmen der Konfliktprävention unter dem Dach der UNO geeignet sind. (ICI2)

[149-L] Glaeßner, Gert-Joachim; Lorenz, Astrid (Hrsg.):
Europäisierung der inneren Sicherheit: eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 300 S., ISBN: 3-531-14518-5 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9162)

INHALT: "Das vorliegende Buch will zwei Lücken in der analytischen Beobachtung von Sicherheitspolitik zu schließen helfen: Erstens mangelte es trotz der reichhaltigen, aber doch zumeist kriminologischen, institutionenzentrierten oder politisch-ideologisch aufgeladenen Arbeiten zur inneren Sicherheit bislang an sozialwissenschaftlichen Beiträgen, die neben formalem Institutionenwandel und materieller Politik auch die entscheidenden Akteure, die öffentliche Debatte sowie die historischen und politisch-kulturellen Hintergründe von Sicherheitspolitik ergründen. Zweitens besteht ein Mangel an systematisch vergleichenden politikwissenschaftlichen Analysen zur inneren Sicherheit, zumal wenn man die beschränkte EU-Binnenperspektive verlassen möchte. Das Buch untersucht, ob und wie stark die besonders 'souveränitätsgeladene' Politik der inneren Sicherheit jeweils auf nationaler Ebene europäisiert ist. Europäisierung wird gemeinhin als Prozess der Verlagerung von politischen Entscheidungen von der nationalen auf die europäische Ebene bezeichnet, der seinerseits Rückwirkungen auf die nationale Politik hat. Unser Ansatz geht darüber hinaus und beleuchtet auch die nichtinstitutionelle Dimension, so die Veränderung von Wahrnehmungen und die Übernahme von Werten. Herunter gebrochen wird das Thema auf folgende Fragen: Welche Auswirkungen hat die zunehmende politische Integration Europas auf den Bereich innerer Sicherheit? Wie integrationsoffen ist er? Wirken sich nationale Spezifika, historisch-kulturelle Eigenheiten auf die politische Debatte sowie auf institutionelle Entwicklungen aus? Und macht die Europäisierung, so sie denn in diesem Feld der Politik erkennbar ist, an den Grenzen der Europäischen Union Halt? Während der erste Teil des Buches dessen analytisches Grundkonzept und die zentralen Begrifflichkeiten erläutert, analysiert der folgende Beitrag zur Ebene der EU zunächst, wie die Mitgliederstaaten sich schrittweise auf eine Annäherung ihrer Politik der inneren Sicherheit einigten und worin sich dies manifestiert. Er bildet den Übergang zu zehn Fallstudien, die jeweils prüfen, inwieweit die Politiken der Länder dem Bild offizieller Dokumente integrierter Sicherheitspolitik entsprechen. Der letzte Abschnitt des Buches resümiert die empirischen Befunde, diskutiert vergleichend den Stand der Europäisierung und problematisiert einzelne Aspekte des Themas, um die weitere Forschung anzuregen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Europäisierung der Politik innerer Sicherheit - Konzept und Begrifflichkeiten (7-20); Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Europa und die Politik der inneren Sicherheit (21-42); Sebastian Bukow: Deutschland: Mit Sicherheit weniger Freiheit über den Umweg Europa (43-62); Mechthild Baumann: Frankreich: Republikanisches Vermächtnis trifft auf moderne Bedrohungen (63-84); Gert-Joachim Glaeßner: Großbritannien: Ein europäischer Sonderweg in der Politik innerer Sicherheit (85-106); Anja C. Baukloh: Italien: Sicherheitskonzepte im Widerstreit politischer Interessen (107-126); Edwin Bakker: Niederlande: Expansives Sicherheitskonzept, moderate Europäisierung (127-146); Gert-Joachim Glaeßner: Spanien: Sicherheitspolitik zwischen Kooperationszwang und nationalem Eigeninteresse (147-164); Claudia Y. Matthes: Polens Politik der inneren Sicherheit: Europäisierung auf der Überholspur (165-184); Carsten Schymik: Norwegens neue Gesellschaftssicherheit: europäisiert wider Willen (185-202); Silvia von Steinsdorff: Türkei: Sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel als Voraussetzung oder Folge des EU-Beitrittswunsches? (203-224); Petra Stykow: Russland: Wandel der Sicherheitspolitik als Funktion der Innen- und Außenpolitik (225-244); Anja C. Baukloh, Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Vergleichende Beobachtungen zur Europäisierung der inneren Sicherheit (245-272).

[150-L] Hamilton, Daniel S.:
Tackling terror: a transatlantic agenda, in: Franz Eder (Hrsg.) ; Gerhard Mangott (Hrsg.) ; Martin Senn (Hrsg.): Transatlantic discord : combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 165-186, ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: Der Beitrag beschreibt aus amerikanischer Sicht den gegenwärtigen Stand der transatlantischen Beziehungen im Bereich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, um daraus einige Vorschläge abzuleiten, wie die existierenden Spannungen in einem gemeinsamen Projekt überwunden werden können. Die gegenwärtigen ad hoc-Bemühungen zu einer Zusammenarbeit sollten zu einem systematischen Programm gebündelt werden, das die verschiedenen Institutionen und Maßnahmen - Geheimdienste, Diplomatie, Polizei, Militär, Abstimmungen im Bankwesen, die Sicherheit der Flug- und Seehäfen, ABC-Abwehr, Katastrophenschutz u.a.m. - auf transnationaler Ebene koordiniert. Die geforderte Reorganisation bzw. "Revolution" in der internationalen Sicherheitspolitik ent-

springt der Notwendigkeit, dass heutzutage die Grenzen zwischen innerer und internationaler Sicherheit, zwischen Kriminalität und Krieg bei den "asymmetrischen Konflikten" verschwinden. (ICA)

[151-F] Hegemann, Hendrik, M.A. (Bearbeitung):
Governing counterterrorism: the fight against transnational terrorism and the role of international institutions

INHALT: Terroranschläge wie die in New York 2001, Madrid 2004 und London 2005 haben die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit in der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus verdeutlicht und zur Entwicklung einer komplexen internationalen Kooperationsstruktur geführt. Die Forschung hat sich bisher entweder auf die Staaten und deren Interessen und Wahrnehmungen konzentriert oder sich lediglich mit den Strategien und Arbeitsweisen internationaler Institutionen beschäftigt. Die Rolle internationaler Institutionen als Akteure innerhalb des Kooperationsprozesses wurde bisher jedoch kaum genauer untersucht. Zudem fehlt es in der Literatur an theoriegestützten Analysen, die eine systematischere Behandlung des Themas ermöglichen könnten. Das Dissertationsprojekt fragt daher, wie und inwieweit internationale Institutionen die zwischenstaatliche Kooperation in der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 ermöglicht, implementiert und weiter entwickelt haben. Dazu wird ein Modell auf der Grundlage verschiedener Theorien der internationalen Beziehungen und deren Annahmen zur Rolle internationaler Institutionen entwickelt. Als Untersuchungsfälle dienen die Europäische Union und die Vereinten Nationen. *ZEITRAUM:* ab dem 11. September 2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union und Vereinte Nationen
ART: *BEGINN:* 2008-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Promotionsstipendium
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-866077-65, e-mail: hegemann@ifsh.de)

[152-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung):
Externe Governance der EU im Bereich der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Das Projekt untersucht die Terrorismusbekämpfungsstrategien der EU gegenüber ihren südlichen und östlichen Nachbarstaaten. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit angesichts neuer Bedrohungslagen und Bedrohungswahrnehmungen zunehmend auflösen. Die EU reagiert auf diese neue Situation, indem sie versucht, ihre Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit jenseits ihrer Grenzen im Rahmen von Kooperationen mit Drittstaaten zu erweitern und zu optimieren. Analysiert wird, wie die EU im Rahmen von externer Governance versucht, kurzfristige (operative) Abwehrstrategien mit langfristigen, strukturbildenden Maßnahmen (soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung) in Einklang zu bringen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Heller, Regina (Dr. Tel. 040-866077-66, Fax: 040-8663615,
e-mail: heller@ifsh.de)

[153-F] Kahl, Martin, Dr.; Heller, Regina, Dipl.-Pol. (Bearbeitung):
Konvergenzen in der Terrorbekämpfung EU, Russland, USA

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Russland, USA
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Kahl, Martin (Dr. Tel. 0251-35704,
e-mail: martinkahl@web.de); Heller, Regina (Tel. 040-866077-64, Fax: 040-8663615, e-mail: regina_heller@web.de)

[154-F] Kahl, Martin, Dr. (Leitung):
Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus

INHALT: Analysiert werden die Strategien und Instrumente, die Institutionen, strafprozessrechtlichen Verfahren und Informationssysteme, die die EU zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus entwickelt (hat). Auf den Binnenbereich der EU bezogen werden Fragen nach dem Vorrang von "Freiheit" und "Sicherheit" bearbeitet, bezogen auf die Politik gegenüber Drittstaaten Fragen nach der Vereinbarkeit von Strategien zur Ursachenbeseitigung mit kurzfristigen Abwehrstrategien. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Problem der Wirksamkeit der Anti-Terrorismuspolitik der EU angesichts des spezifischen Profils und der spezifischen Strategien islamistischer Terroristen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0251-35704, e-mail: martinkahl@web.de)

[155-L] Kahl, Martin:
Nach Madrid und London: die EU im Kampf gegen den Terrorismus, in: Reinhard Mutz (Hrsg.) ; Bruno Schoch (Hrsg.) ; Corinna Hauswedell (Hrsg.) ; Jochen Hippler (Hrsg.) ; Ulrich Ratsch (Hrsg.): Friedensgutachten 2006, Münster: Lit Verl., 2006, S. 237-245, ISBN: 3-8258-9511-4 (Standort: UB Essen(465)-11PEL1850-2006)

INHALT: Die Anschläge von Madrid (März 2004) und London (Juli 2005) haben den Handlungsdruck auf die Europäische Union, wirksame Strategien und Instrumente zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu entwickeln und umzusetzen, deutlich erhöht. Die Problemstruktur des Terrorismus hat aber dazu geführt, dass die Prävention von Anschlägen und die Verfolgung terroristischer Straftäter für die Union ein schwieriges Unterfangen bleibt, denn es stellen sich Fragen nach der Vereinbarkeit von langfristig angelegter Ursachenbeseitigung mit kurzfristigen Abwehrstrategien. Zudem ist die Terrorismus-Politik der EU in ihrer praktischen Umsetzung durch eine Reihe von grundsätzlichen Zielkonflikten und Paradoxien gekennzeichnet, so dass mit ihrer Beseitigung auch auf längere Sicht nicht gerechnet werden kann. Sie betreffen insbesondere Fragen der Verbreitung und Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien und bürgerlicher Freiheitsrechte in ihrem Verhältnis zu Drittstaaten und Drittstaatsangehörigen als auch zu den eigenen Bürgern. Durch die Einführung neuer Informationssysteme und die Intensivierung des Datenaustausches verschärft sich ferner das Spannungsverhältnis von "Freiheit" und "Sicherheit". Mit Blick auf das gegenwärtige Profil terroristischer Akteure muss nach Ansicht des Autors daher die Wirksamkeit der von der EU eingeführten oder geplanten Maßnahmen als problematisch gelten. (ICI2)

[156-L] Kaim, Markus:
Zehn Jahre auf der NATO-Agenda: Terrorismusbekämpfung durch die Nordatlantische Allianz, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 27/2009, H. 2, S. 107-112

INHALT: Seit dem 11. September rechnet die NATO den internationalen Terrorismus zu den größten Bedrohungen des kommenden Jahrzehnts. Seit damals sind die strukturellen Maßnahmen - im Gegensatz zu den operativen Maßnahmen - beschränkt geblieben. Die vier Operationen der NATO zur Terrorismusbekämpfung haben die Erkenntnis gebracht, dass die Instrumente der NATO ineffizient und ihre Ansätze ungeeignet sind. Konfrontiert mit verschiedenen Akteuren und Bedrohungen sehen die USA und einige EU-Staaten die Vergeltungs-Optionen unterschiedlich. Die NATO-Optionen traten in den Hintergrund, da ihre Strategien nur als Duplikate schon vorhandener Pläne gesehen wur-

den. Die Koordinierung auf Ministerialebene durch einen Stellvertretenden Generalsekretär oder ein transatlantisches Beratungsgremium könnten zu einer neuen, multidimensionalen Strategie beitragen. Der Erfolg bleibt jedoch unsicher. (ICEÜbers)

[157-L] Knelangen, Wilhelm:
Die Europäische Union und die Bekämpfung des Terrorismus, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Europäisierung und Internationalisierung der Polizei, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2006, S. 69-80, ISBN: 3-935979-75-4 (Standort: SUB Hamburg(18)-A2006/6779)

INHALT: Die Terroranschläge von New York und Washington bedeuteten für die politische Gestaltung der Zusammenarbeit von Polizeien, Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten in Europa keine "Stunde Null", denn die meisten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung knüpften an bereits zuvor im Rat der Innen- und Justizminister diskutierte Projekte an. Dennoch haben die Staats- und Regierungschefs am 21. September 2001 ihre Absicht erklärt, den Kampf gegen den Terrorismus "mehr denn je zu einem vorrangigen Ziel der Europäischen Union zu machen", und die Ernsthaftigkeit dieses Anliegens mit der Verabschiedung des "Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus" unterstrichen. Neben der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie - nach den Beschlüssen des Europäischen Rates von Sevilla im Juni 2002 - der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt der Schwerpunkt des Aktionsplans auf Maßnahmen und Initiativen aus dem Politikfeld innere Sicherheit, wie der Autor im vorliegenden Beitrag näher ausführt. Er zeigt ferner mit Blick auf die Madrider Anschläge vom 11. März 2004, dass die strukturellen Probleme der innen- und justizpolitischen EU-Kooperation auch durch die neue Herausforderung des transnationalen Terrorismus nicht gelöst worden sind und eine Erneuerung des Aktionsplans notwendig machen. (ICI2)

[158-L] Knop, Katharina von; Neisser, Heinrich; Creveld, Martin van (Hrsg.):
Countering modern terrorism: history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, (International Security Conference "Countering Modern Terrorism: History, Current Issues and Future Threats", 2004), Bielefeld: Bertelsmann 2005, 504 S., ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: "Seit dem 11. September 2001 hat die Frequenz, Komplexität und Internationalität terroristischer Anschläge dramatisch zugenommen. Die Zellen des modernen Terrorismus sind fast über die ganze Welt verteilt, vereinigt durch gemeinsame Ideologien. Das Zusammenfallen dieser konstituierenden Elemente ergibt ein einzigartiges Bedrohungspotenzial und macht eine effiziente Bekämpfung sowie innovative Denkansätze und Handlungsparameter erforderlich. Daher ist es das zentrale Thema der zweiten Internationalen Sicherheitskonferenz, das Phänomen des modernen Terrorismus sowie mögliche Gegenmaßnahmen international und interdisziplinär zu diskutieren. Diese und andere Fragen werden von Regierungsvertretern und Führungskräften der Wirtschaft aus Deutschland, der EU, Amerika, Israel und Russland diskutiert - mit dem Ziel, Lösungsansätze zu erarbeiten." (Autorenreferat). Inhalt: Marc Sageman: Jihadi networks of terror (15-30); Katharina von Knop: The power resources of al-Qaeda and its affiliates (31-68); Michael E.G. Chandler: The intricacies of funding the al-Qaida network (69-70); Eithan Azani: Hizballah terror organization of global reach (71-86); Gabriel Weimann: Terror online: how do terrorists use the Internet? (87-109); Martin van Crefeld: On counterinsurgency (113-130); Bassam Tibi: "Countering terrorism" als Krieg der Weltanschauungen (131-172); Boaz Ganor: Transition from "international cooperation" to a "joint counter-terrorism campaign" (173-180); Peter S. Probst: How to counter the global Jihadists (181-194); Rudolf Adam: Prävention und moderne Terrorismusformen (195-202); Stephan Maninger: Die Rolle von Kultur in der Dynamik und der Bekämpfung von Terrorismus (203-223); Heinrich Neisser: Maßnahmen der Europäischen Union zur Terrorismus-Abwehr (227-238); Thomas H. Johnson, James A. Russell: A hard day's night? The United States and the global war on terrorism (239-272); Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Gefährdet der Terrorismus den liberalen Verfassungsstaat? (273-288); Joshua Sinai: Terrorism and Germany: the threat and the response (289-302); A.S. Kulikov: Russian prospectives, international terrorism today, retaliatory measures (303-312); Aleksandr A. Kovalev: Das Recht auf Selbstverteidigung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (313-320); Ralph Alexander Lorz, Lars Mammen: Die Bedeutung multilateraler Konventionen für das

Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus (321-336); Ernst Uhrlau: Cooperation between national and international security services in countering global terrorism (339-346); August Hanning: Die Rolle des Bundesnachrichtendienstes bei der Aufklärung des Internationalen Terrorismus (347-352); Peter J. Sharfman: Information sharing in support of strategic intelligence (353-358); Yael Shahar: Non-conventional terrorism: challenge & response (361-380); Elisabeth Hauschild: Bedrohungslage biologische Waffen - Identifizierung biologischer Kampfstoffe (381-384); Eric Herren: Tools for countering future terrorism (385-396); Joshua Sinai: Forecasting terrorists' warfare: 'conventional' to CBRN (397-406); Burkhard Theile: Technologies against terrorism (407-416); Matthias Holenstein, Daniel Bircher: Anforderungen an Informationen zum Schutz von kritischen Infrastrukturen (417-422); Martin Dudziak: I3BAT and Nomad EyesTM - modeling the "design of death" and incorporating terrorist thinking into countermethods of sensing and preventive response (423-437); Christoph Rojahn: Internationaler Terrorismus als Herausforderung für die moderne Unternehmenssicherheit (441-452); Günter Lessing: Risikomanagement und Sicherheitsstrategien in der Wirtschaft (453-466); Bruno Gas: Wege zur Versicherung des Terrorrisikos (467-472); U. Fuhrmann: Bekämpfung von großen Schadensereignissen durch kommunale Sicherheitsbehörden im Rahmen der föderalen Struktur Deutschlands (475-486); J. Schmidt: Einsatzkonzept ÜMANV - "MANV überörtlich" (487-490); P. Rechenbach: Sicherheitsmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsanlagen (491-496).

[159-L] Lorz, Ralph Alexander; Mammen, Lars:
Die Bedeutung multilateraler Konventionen für das Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 321-336, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Eine effektive Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus setzt die Zusammenarbeit der Staaten auf internationaler Ebene voraus. Vor allem internationale Konventionen stellen ein wichtiges völkerrechtliches Instrumentarium dar, um gegen die verschiedenen Formen terroristischer Gewalt wirksam vorgehen zu können. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass und warum multilaterale Abkommen nur von begrenzter Bedeutung sind. Terroristische Täter bewegen sich trotz ihrer globalen Organisation und der Nutzung zwischenstaatlicher Verflechtungen auch immer innerhalb einer bestimmten nationalen Rechtsordnung; sie müssen daher zunächst mit Mitteln des innerstaatlichen Rechts bekämpft werden. Aufgrund der transnationalen Struktur terroristischer Organisationen und der damit einhergehenden Ablösung ihres Tätigkeits- und Wirkungsbereiches von nationalstaatlichen Beschränkungen stoßen rein innerstaatliche Regelungen allerdings rasch an ihre Grenzen. An dieser Stelle gewinnen multilaterale Konventionen entscheidende Bedeutung, da sie auf internationaler Ebene einheitliche Regelungen zum Umgang mit den grenzüberschreitend agierenden Akteuren bereitstellen. Insgesamt besteht jedoch bislang kein wirksames internationales Abkommen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus. (ICA2)

[160-CSA] Martinez, Luis Miguel Hinojosa:
The Legislative Role Of The Security Council In Its Fight Against Terrorism: Legal, Political And Practical Limits, , in: International & Comparative Law Quarterly 2008, 57, 2, Apr, 333-359., 2008, ISSN: 0020-5893

INHALT: This article studies the normative activity developed by the Security Council (SC) in recent years, particularly in the fight against terrorism. This legislative activity has aroused a great deal of controversy both among scholars and the States. Is the SC acting ultra vires? Has it revealed a new form of creating of international norms, which overrides definitively States' consent as the only material source of international law? This contribution tries to answer these questions by investigating the scope of the SC powers in the Charter, their historical background and the reaction of UN Member States towards its Resolutions. After this analysis, it is submitted that the SC does have a legislative capacity, but with important legal, political and practical limits.

[161-L] Mészáros, Tarquin:
Terrorismusbekämpfung im Rahmen des UN-Systems - Zu den Schwierigkeiten der globalen Bearbeitung des Terrorismusproblems: eine Untersuchung im Rahmen des Global Governance-Ansatzes, (Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 49), München 2007, 119 S. (Graue Literatur; www.gsi.uni-muenchen.de/lehreinheiten/le_ib/publikationen/arbeitspapier/ap49.pdf)

INHALT: "Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht die Beantwortung der übergeordneten Frage, warum das UN-System als Mechanismus zur Bearbeitung des globalen Terrorismusproblemsnicht hinreichend funktioniert. Einer derart formulierten Fragestellung liegen vier Prämissenzugrunde, die ihrerseits der Begründung und Herleitung bedürfen. So impliziert die Fragestellung erstens, dass Terrorismus ein Globalproblem darstellt, was seine globale Bearbeitung im Rahmen des UN-Systems notwendig macht. Zweitens unterstellt die Fragestellung, dass das UN-System in der gegenwärtigen Form im Hinblick auf die Bearbeitung des Terrorismusproblems tatsächlich dysfunktional ist. Mit anderen Worten: Die Fragestellung suggeriert, dass sich die internationale Staatengemeinschaft in der Tat schwer tut, das Globalproblem des Terrorismus im Rahmen der UNO zu bearbeiten. Die Frage, ob diestatsächlich der Fall ist, muss somit zunächst geklärt werden, und erst anschließend kann -unter der Voraussetzung, dass sie bejaht wurde - die Frage nach dem 'Warum' gestellt werden. In dieser Weise soll in dieser Arbeit vorgegangen werden. Drittens vermeidet die Fragestellung durch die Hinzufügung des Adverbs 'hinreichend' sprachlogisch eine binäre Codierung in: Funktionieren/Nicht-Funktionieren bzw. Funktionalität/Dysfunktionalität. Im empirisch-analytischen Fortgang der vorliegenden Arbeit wird sich nämlich zeigen, dass hinsichtlich der Frage, ob das UN-System funktioniert, Graduierungen zugelassen werden müssen. So ist es durchaus denkbar, dass eine differenzierte Analyse zu dem Ergebnis kommt, dass das UN-System in einigen in ihm angelegten Handlungsfeldern der Terrorismusbekämpfung weniger funktioniert und in anderen mehr - eine Sichtweise also, die eine Formulierung der zentralen Fragestellung mit einer "ja - nein"-Dichotomisierung ausgeschlossen hätte. Und viertens schließlich impliziert die Problemstellung, dass es (a) so etwas wie Global Governance gibt und dass (b) das UN-System in umfassendem Sinne als ein innerhalb des Global Governance-Systems zentral positionierter Mechanismus globaler Problemregulierung aufzufassen ist, der auch im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Terrorismusproblems zur Anwendung gekommen ist. Es wird also unterstellt, dass ein terrorismuspolitisches Global Governance-System existiert. All dies sind Annahmen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit hergeleitet und begründet werden sollen. Bereits angedeutet wurde, dass ein spezifisches Global Governance-Modell die empirisch-analytische Untersuchung der im Rahmen des UN-Systems verfolgten Anti-Terrorismus-Politik anleiten soll. Wie im nächsten Kapitel im Zuge der Konzeptualisierung der Arbeit noch ausführlicher entwickelt wird, basiert dieses theoretische Modell auf einem funktionalistischen Verständnis von Global Governance. Danach wird Global Governance begriffen als ein auf internationaler Ebene institutionalisierter Mechanismus globaler Problembearbeitung. Dieser kommt dann zum Tragen, wenn die funktionalen Erfordernisse eines universellen Normen-, Institutionen- und Diskurssystems erfüllt sind. Im Rahmen eines solchen Global-Governance-Ansatzes lassen sich die zwei Leitfragen dieser Arbeit (die letztlich als Differenzierungen unserer übergeordneten Untersuchungsfrage nach der Funktionsfähigkeit des UN-Systems im Hinblick auf das terroristische Globalproblem angesehen werden können) bearbeiten. Diese lauten: Inwieweit werden die Vereinten Nationen den funktionalen Anforderungen gerecht, die das theoretische Modell globaler Problembearbeitung in Global Governance-Systemen impliziert? Welche Grenzen sind den Vereinten Nationen bei der globalen Bearbeitung des Terrorismusproblems gesetzt? In Anbetracht der zentralen Fragestellung, der theoretischen Konzeptualisierungsvorgaben und der beiden Leitfragen erscheint ein dreiteiliger Aufbau der Arbeit als sinnvoll und angemessen: Im ersten Teil der Arbeit sollen die theoretisch-konzeptuellen Grundlagen geschaffen werden, auf denen die in den beiden Hauptteilen der Arbeit getätigte Untersuchung aufbauen soll. Der zweite Teil der Arbeit widmet sich dem empirischen Fall 'Terrorismusbekämpfung im Rahmen des UN-Systems' und der Frage der Funktionsfähigkeit des UN-Systems als Mechanismus zur Bearbeitung des globalen Terrorismusproblems. In einer zwei Kapitel umfassenden Ursachenanalyse werden im dritten Teil der Arbeit Erklärungen für die diesbezügliche Funktionsunfähigkeit des UN-Systems erörtert." (Textauszug)

[162-L] Monar, Jörg:
EU-Antiterrorismusmaßnahmen und die EMRK: Probleme der Kompatibilität, in: Constance Grewe (Hrsg.) ; Christoph Gusy (Hrsg.): Menschenrechte in der Bewährung : die Rezeption der Europäischen Menschenrechtskonvention in Frankreich und Deutschland im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 223-243, ISBN: 3-8329-1269-X

INHALT: Die EU hat sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA zunehmend zu einem eigenständigen Akteur im Bereich der Terrorismusbekämpfung entwickelt, eine Entwicklung, die durch die Bombenanschläge in Madrid am 11. März 2004 noch weiter vorangetrieben worden ist. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag die Probleme der Kompatibilität hinsichtlich der EU-Antiterrorismusmaßnahmen und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Dabei werden folgende Schwierigkeiten im Rahmen des europäischen Staatenbundes betrachtet: (1) Probleme im Bereich der strafrechtlichen Mindestharmonisierung, (2) Probleme im Bereich der gegenseitigen Anerkennung richterlicher Entscheidungen, (3) Probleme im Bereich der Koordination und des Informationsaustausches sowie (4) Probleme im Bereich der Kooperation mit Drittstaaten. Die EU-Antiterrorismusmaßnahmen bewegen sich wie die nationalen Maßnahmen im Spannungsfeld zwischen dem Bestreben, der Gefahr des Terrorismus durch effizientere Maßnahmen zu begegnen, und der auch von der EU immer wieder betonten Notwendigkeit, dieser gesteigerten Effizienz nicht Freiheiten und Grundrechte der Bürger im Sinne der EMRK zu opfern. Nach Einschätzung des Autors würde eine erfolgreiche Ratifizierung des europäischen Verfassungsentwurfs durchaus erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Gewährleistung der Kompatibilität von EU-Antiterrorismusmaßnahmen mit der EMRK bringen. (ICG2)

[163-L] Müller, Erwin; Schneider, Patricia (Hrsg.):
Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit?, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 180), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 384 S., ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Politikwissenschaftler und Juristen, aber auch Politiker aus Deutschland und den Institutionen der Europäischen Union blicken auf die Terrorismusbekämpfung der EU. Die Beiträge in der ersten Hälfte thematisieren eher grundsätzlich das sogenannte Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit im Nachklang der Anschläge vom 11. September 2001: Die Autoren beleuchten die Bedeutung von Bürger- und Freiheitsrechten angesichts terroristischer Anschläge und der Terrorismusbekämpfung von Sicherheitsbehörden. Außerdem diskutieren sie Tendenzen einer Europäisierung der 'Staatsaufgabe' Sicherheit mit den daraus folgenden Spannungen zwischen nationaler und europäischer Politik. Die zweite Hälfte des Buches ist den konkreten Aspekten der Terrorismusbekämpfung durch die EU gewidmet: Darin geht es um den Stand, die Perspektiven und die Probleme der polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit deren legislative und operative Einzelaspekte - wie etwa den EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung, den Europäischen Haftbefehl, die Europäisierung der Polizeiarbeit und den Schutz der Außengrenzen - sowie schließlich die Einbindung der Parlamente. Eine Dokumentation der EU-Rahmenbeschlüsse zur Terrorismusbekämpfung und zum Europäischen Haftbefehl von 2002 sowie eine Bibliografie ergänzen den Band. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Erwin Müller / Patricia Schneider: Einführung (9-30); Wolfgang Hoffmann-Riem: Freiheit und Sicherheit im Angesicht terroristischer Anschläge (33-42); Burkhard Hirsch: Terrorbekämpfung und Bürgerrechte (43-58); Wolf R. Dombrowsky: Terrorismus und Freiheitsrechte (59-80); Christian Callies: Die Europäisierung der Staatsaufgabe Sicherheit unter den Rahmenbedingungen des freiheitlichen Rechtsstaats (83-109); Gert-Joachim Glaeßner: Sicherheit durch Integration? Nationale und europäische Politik im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit (110-132); Franco Frattini: Internal and External Dimension of Fighting Terrorism (135-139); Wilhelm Knelangen: Die innen- und justizpolitische Zusammenarbeit der EU und die Bekämpfung des Terrorismus (140-162); Michael Bauer / Franco Algieri: Viel erreicht, aber noch viel zu tun: Die Vielschichtigkeit europäischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (163-179); Hans J. Giessmann: Die Donquichotterie der Bekämpfung von Terror mit militärischen Mitteln (180-199); Susanne Voigt: Der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung - ein wirksames Mittel der Terrorabwehr? (201-232); Hanne C. Eis: Der Europäische Haftbefehl und seine Umsetzung in deutsches Recht (233-260); Wolfgang Wagner: Europäisierung der Polizeiarbeit ohne Europäisierung von Grundrechtsschutz

und parlamentarischer Kontrolle? (261-284); Martin Kahl: Die Anti-Terrorismus-Politik der EU und der Schutz der Außengrenzen (285-306); Sylvia-Yvonne Kaufmann: Das Europäische Parlament und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen anhand von Fallbeispielen (309-334); Siegfried Kauder / Joachim A. Jobi: Die parlamentarische Beteiligung des Bundestages bei der Terrorismusbekämpfung im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (335-348).

[164-L] Nabers, Dirk:
Allianz gegen den Terror: Deutschland, Japan und die USA, (Forschung Politik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 363 S., ISBN: 3-531-14803-6 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3105)

INHALT: "Wie wird kollektives Handeln zwischen staatlichen Akteuren möglich? Diese zentrale Frage, der sich die IB seit langem widmet, ist der Ausgangspunkt der Untersuchung. Als Antwort wird ein Theoriemodell entworfen, das versucht, konstruktivistische und diskurstheoretische Einsichten zu verbinden. Nur durch die Analyse der Kultur des internationalen Systems, so das Argument, kann die Frage nach Erfolg und Misserfolg der Zusammenarbeit von Staaten beantwortet werden. Als Fallbeispiel dient die Konstruktion der Allianz gegen den Terror nach dem 11. September 2001. Die Arbeit analysiert die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland auf der einen und den USA und Japan auf der anderen Seite. Die Arbeit beschränkt sich auf einen wichtigen Ausschnitt des internationalen Systems. Sie untersucht die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland auf der einen sowie den USA und Japan auf der anderen Seite, wobei die Analyse auf eine Positionierung der drei Saaten in der Weltpolitik und eine Bewertung der Kooperationskultur im internationalen System abzielt." (Textauszug)

[165-L] Neisser, Heinrich:
Maßnahmen der Europäischen Union zur Terrorismus-Abwehr, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 227-237, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Seit den terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in den USA hat innerhalb der EU die Terrorismusbekämpfung einen neuen Stellenwert. Sie führten zu einer erneuerten Solidarität zwischen den transatlantischen Partnern im Kampf gegen den Terrorismus und verliehen dem Counter-Terrorismus eine Priorität auf der politischen Agenda der Europäischen Union. Neben einer verstärkten Kooperation im internationalen Bereich verstärkte die Gemeinschaft der europäischen Staaten ihre Anstrengungen, im eigenen System präventiv dem Terrorismus zu begegnen. Die Bekämpfung des Terrorismus war vor 9/11 eine Aufgabe der wechselseitigen Hilfe der Staaten (legal assistance). Schritte gegen terroristische Gruppierungen oder Personen waren daher reaktiv und nicht präventiv. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Kooperation durch die dritte Säule (Zusammenarbeit in den Bereichen von Justiz und Innerem) einer gemeinsamen Rechtsetzung ersetzt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Anti-Terrorismus-Politik der EU heute ein Spezialfall zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist, sie wird der justiziellen Kooperation zugeordnet. Im Rahmen dieser Möglichkeiten hat der Rat schon vor dem 11. September 2001 eine Reihe von Beschlüssen und Aktionsplänen akzeptiert, die dem Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gegen den Terrorismus dienen sollten. Sie betrafen beispielsweise die Einrichtung eines Europäischen justiziellen Netzes mit Befugnis bei terroristischen Straftaten oder die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Finanzierung von terroristischen Gruppierungen. (ICA)

[166-F] Nölke, Andreas, Prof.Dr.; Boer, Monica den; Hillebrand, Claudia (Bearbeitung):
Transgouvernementale Netzwerke im Kampf gegen den Terrorismus

INHALT: Fokus auf der Prüfung der demokratischen Legitimität von Antiterrornetzwerken in der Europäischen Union. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union

VERÖFFENTLICHUNGEN: Nölke, Andreas; Boer, Monica den; Hillebrand, Claudia: Legitimacy under pressure: the European web of counter-terrorism networks. in: Edwards, Geoffrey; Meyer, Christoph (eds.): Sonderheft des Journal of Common Market Studies "Europe's Reponse to International Terrorism: The Contested Frontier of Integration" (in Begutachtung).

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Deutscher Akademischer Austauschdienst -DAAD-

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Nölke, Andreas (Prof.Dr. Tel. 069-798-22075, Fax: 069-798-28460, e-mail: a.noelke@soz.uni-frankfurt.de)

[167-L] Ooyen, Robert Chr. van:
Politikwissenschaftliche Studien zu Innerer Sicherheit und Polizei: Europäisierung von Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 415-420, ISBN: 978-3-86676-000-4 (Standort: UB Koblenz(KOB7)-PO/M/2007/2558-2006/07)

INHALT: Der Aufsatz befasst sich mit dem aktuellen Forschungsstand in der Politikwissenschaft zu dem Untersuchungsgegenstand 'Innere Sicherheit und Polizei in der EU'. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen zunächst auf eine Dissertation von 2006 zur Rolle Deutschlands bei der Europäisierung der Grenzpolitik: Wie viel und vor allem welcher 'Fingerabdruck' der Bundesregierung findet sich hier, angesichts der Tatsache, dass sowohl die 1984 zwischen Deutschland und Frankreich beschlossene Aufhebung von Grenzkontrollen, auf die dann ein Jahr später das Schengener Abkommen unter Einbezug der Benelux-Staaten folgte, als auch die Gründung einer europäischen Grenzschutzagentur von deutscher Seite initiiert wurde? Ferner wird ein Sammelband von 2006 vorgestellt, dessen Beiträge sich mit der Terrorismusbekämpfung in der EU beschäftigen: mit den EU-Rahmenbeschlüssen zu Terrorismusbekämpfung und Haftbefehl aus dem Jahre 2002, mit der Frage des Einsatzes militärischer Mittel und dem Schutz der Außengrenzen vor Terrorismus. Vorgeschaltet ist den Analysen ein Teil, der sich mit Grundsatzfragen von Freiheit und Sicherheit in den Zeiten des Terrors auseinandersetzt. Die besprochenen Publikationen machen deutlich, dass die Diskussion über die Europäisierung der Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung im politikwissenschaftlichen Bereich einsetzt. Allerdings auch nur hier. (ICG2)

[168-L] Pankratz, Thomas; Benczur-Juris, Tibor:
Necessity, opportunities and limits on the cooperation of intelligence agencies in the fight against international terrorism in the framework of the European Union, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): Winning the asymmetric war : political, social and military responses, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 125-140

INHALT: Der Kampf gegen Terrorismus kann nicht effektiv geführt werden, wenn er ausschließlich auf die Bereiche der Polizeiüberwachung, der Streitkräfte oder die Geheimdienste begrenzt wird. Es muss vielmehr eine umfassender Ansatz als Mischung aus Polizei, Gerichtbarkeit, Militär, Wirtschaft und Geheimdienst erreicht werden. Wenn eine verstärkte Kooperation erreicht werden soll, sind der Kooperationswille der nationalen Sicherheitskräfte und ihre Bereitschaft, nationale und europäische Barrieren der Geheimdienststrukturen außer Kraft zu setzen, entscheidend. Die Kooperation muss in einer koordinierten und synchronisierten Weise verlaufen; europäische Institutionen wie SITCEN und EUROPOL müssen ihr Berichtswesen weiterentwickeln; die europäischen Geheimdienste müssen ein Netzwerk ausbauen; die europäischen Institutionen (besonders CTG, SITCEN und EUROPOL) müssen sich untereinander vernetzen und schließlich, muss die Bedeutung der Geheimdienste und die Notwendigkeit ihrer Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus von politischer Seite und in der Öffentlichkeit anerkannt werden. Dabei ist eine asymmetrische Kooperation unter den europäischen Staaten nicht zu vermeiden, aber teilweise auch nicht wünschenswert. (ICB)

[169-L] Pankratz, Thomas; Benczur-Juris, Tibor:
Asymmetrie in der Symmetrie: Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von Nachrichtendiensten am Beispiel der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Rahmen der Europäischen Union, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.) ; Edwin Micewski (Hrsg.): Aspekte der Asymmetrie : Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 53-68, ISBN: 3-8329-1762-4 (Standort: UB Bonn(5)-2006/7036)

INHALT: Der Beitrag zum sicherheitspolitischen Phänomen der Asymmetrie untersucht die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von zivilen Nachrichtendiensten im Rahmen der EU bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In das Thema einführend werden zunächst die 'Comprehensive Security' als symmetrischer Ansatz zur Bekämpfung einer asymmetrischen Bedrohung sowie die Kernaufgaben der Nachrichtendienste im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beschrieben. Im Anschluss werden die Aspekte der Kooperation von Nachrichtendiensten dargestellt, unterteilt in (1) mögliche Formen und Dimensionen der nachrichtendienstlichen Kooperation und (2) die Inhalte der Kooperation. Daran knüpfen die Grenzen und Probleme der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung an, und zwar: (1) politische Dimensionen sowie institutionelle Aspekte auf (2) intrastaatlicher Ebene und (3) europäischer Ebene bzw. (4) die Besonderheiten der Nachrichtendienste ('Intelligence Culture'). Ferner werden multilaterale (EUROPOL, PWGT, SEEIC u.a.) und bilaterale nachrichtendienstliche Kooperationsformen vorgestellt. Grundsätzlich überwiegt die horizontale bi- und multinationale Kooperation insbesondere im informellen Rahmen, das heißt, es gibt nicht 'die' Kooperation der Nachrichtendienste. Eine internationale Kooperation der Nachrichtendienste vor allem auf europäischer Ebene, um zu einer gemeinsamen Lagebeurteilung zu kommen und um Gegenmaßnahmen rechtzeitig setzen zu können, ist in Ansätzen vorhanden, und es zeigt sich, dass heute die Nachrichtendienste besser zusammenarbeiten als jemals zuvor und sich von ihren Abschottungstendenzen lösen. (ICG2)

[170-L] Petretto, Kerstin:
Afrika und der "Global War on Terror", in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 85-96 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Die Auswirkungen der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 waren nicht nur auf die westliche Welt beschränkt. Für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus wurden in allen Teilen der Welt und auf verschiedenen Ebenen Akteure sensibilisiert und mobilisiert. Der afrikanische Kontinent ist hier keine Ausnahme. Afrika rückte durch den von den USA angestoßenen Kampf gegen den Terrorismus erstmals wieder näher an das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Die afrikanischen Regierungen verurteilten die Anschläge vom 11. September in ihren ersten offiziellen Stellungnahmen vorbehaltlos. Auch wenn insbesondere die muslimisch geprägten Länder die Militärschläge gegen Afghanistan mit Argwohn und Vorbehalten betrachteten, haben sich die afrikanischen Staaten deklaratorisch mehrheitlich dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus angeschlossen. Dabei wurde anerkannt, dass der Kontinent einen möglichen Rückzugsort für transnational operierende Terroristen bietet. Die Staaten und Regionen Afrikas sind von terroristischen Bedrohungen unterschiedlich betroffen. Im Fokus des internationalen Interesses stehen bislang Nordafrika und die Region am erweiterten Horn mit dem auf die umliegenden Länder ausstrahlenden Krisenherd Somalia. Darüber hinaus gelten auch die Staaten der Sahelzone als höchst gefährdet. Alle drei Regionen verfügen über einen vergleichsweise hohen Anteil an muslimischer Bevölkerung, wenngleich diese bisher nicht so stark von radikalen Strömungen geprägt ist wie in vielen arabischen Staaten. Die Afrikanische Union (AU), die sämtliche afrikanische Staaten (mit Ausnahme Marokkos) umfasst, ist auf kontinentaler Ebene die federführende Organisation im Kampf gegen den Terrorismus. Sie ist die 2002 etablierte Nachfolgeorganisation der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU). Darüber hinaus haben auf subregionaler Ebene die verschiedenen Regionalorganisationen multilaterale Projekte zur Terrorismusbekämpfung Initiiert. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit der Terrorismusdefinition und der Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung

vorgestellt. Abschließend geht der Autor auf die Schwierigkeiten bei Beschlussfassung und Umsetzung ein. (ICD2)

[171-L] Reckmann, Jan:
Die EU als kollektiver Akteur?: Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, in: Mathias Jopp (Hrsg.) ; Peter Schlotter (Hrsg.): Kollektive Außenpolitik - Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 149-178

INHALT: Die Akteurqualität der EU wird entlang der einzelnen Phasen des Politikzyklus von der Problemerfassung über die Problemformulierung bis zur Umsetzung untersucht. Hierfür werden zunächst die unmittelbaren Reaktionen der betroffenen europäischen Akteure auf die Terroranschläge vom 11. September betrachtet. Übereinstimmungen bei der Problemwahrnehmung und eine gemeinsame Positionsbestimmung sind dabei entscheidend für das zustande kommen einer kollektiven Handlungsfähigkeit. Anschließend wird die Umsetzung gemeinsamer Zielvorstellungen in konkrete, interne wie externe Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus untersucht und nach empirischen Belegen für Säulen und Ebenen übergreifende Handlungsansätze gefragt. Die europäische Krisenbewältigungsfähigkeit während des Afghanistankonflikts wird daraufhin überprüft, welche charakteristischen Beschränkungen und Stärken der EU als kollektiver Akteur bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beobachtet werden können. (ICE2)

[172-L] Rosand, Eric:
Den Terrorismus weltweit bekämpfen: die Rolle der Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 57/2009, H. 3, S. 99-103

INHALT: "Die von der UN-Generalversammlung im September 2006 angenommene Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus spiegelt den Konsens aller UN-Mitgliedstaaten und nicht nur des UN-Sicherheitsrats wider. Um die Führungsrolle der Vereinten Nationen langfristig zu stärken, sollten jedoch einige der bestehenden Mechanismen angepasst werden. Dazu gehört die Einrichtung eines Büros für Terrorismusbekämpfung, die Entsendung von Experten in wichtige Mitgliedstaaten sowie die Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars für die Terrorismusbekämpfung." (Autorenreferat)

[173-L] Schaller, Christian:
Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 13-28 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Die Aktivitäten der Vereinten Nationen (UN) zur Bekämpfung von Terrorismus reichen bis in die siebziger Jahre zurück. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben diese Anstrengungen jedoch erheblich an Fahrt und Qualität gewonnen. Innerhalb des UN-Systems, dem zahlreiche Sonderorganisationen, Fonds und Programme angeschlossen sind, ist die Bekämpfung von Terrorismus mittlerweile zur Querschnittsaufgabe geworden. Darüber hinaus wurde auch die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen, nichtstaatlichen Organisationen und dem privaten Sektor intensiviert. Aufgrund ihres soliden normativen Fundaments, ihrer universellen Mitgliedschaft und globalen Reichweite sowie ihrer politischthematischen Bandbreite sind die Vereinten Nationen prädestiniert dafür, eine führende Rolle bei der multilateralen Terrorismusbekämpfung zu spielen. Allerdings stoßen die Vereinten Nationen als internationale Organisation mit 192 Mitgliedstaaten gerade in einem derart sensiblen Bereich wie der Terrorismusbekämpfung immer wieder an ihre Grenzen. Dies geschieht meist dann, wenn Staaten ihre Souveränität oder andere vitale Interessen durch einzelne Maßnahmen berührt oder verletzt sehen. Mitunter führen politische Meinungsverschiedenheiten und das Misstrauen zwischen den Regierungen zu unüberwindbaren Blockaden. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der universellen völkerrechtlichen Konvention zur Bekämpfung von Terrorismus, die die UNO verabschieden möchte. Zunächst geht der Autor auf die völkerrechtlichen Grundlagen ein. Im Anschluss wird der andauernde Streit um die Definition von Terrorismus skizziert. Im Anschluss

daran wird auf die Rolle der UN-Organe bei der Terrorismusbekämpfung eingegangen. Abschließend befasst sich der Autor mit den neuen Initiativen, nämlich der Anti-Terrorismus-Strategie und dem Aktionsplan. (ICD2)

[174-F] Scharpenack, Inga (Bearbeitung); Blumenwitz, Dieter, Prof.Dr. (Betreuung):
Grenzüberschreitender Terrorismus und seine internationale Bekämpfung

INHALT: Phänomen des grenzüberschreitenden Terrorismus; allgemeine und historische Grundlagen; rechtliche Grundlagen der Terrorismusbekämpfung; Terrorismusbekämpfung im hoheitsfreien Räumen; Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus; individuelle und kollektive Selbstverteidigung; Recht der Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta; Selbstverteidigung und Gewohnheitsrecht; Selbstverteidigung vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 11. September; kollektive Sicherheit; grenzüberschreitende Maßnahmen. *ZEITRAUM:* 1945-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* ganze Staatengemeinschaft
METHODE: deskriptiv; analytisch
ART: *BEGINN:* 2001-12 *ENDE:* 2002-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler
INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)
KONTAKT: Herr Grün (Tel. 089-285018)

[175-L] Schneckener, Ulrich (Hrsg.):
Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, (SWP-Studie, S 14), Berlin 2007, 120 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: "Seit dem 11. September 2001 wurden in zahlreichen internationalen Organisationen und multilateralen Foren umfassende Beschlüsse, Initiativen oder Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Die Studie leistet eine Bestandsaufnahme und erste Bewertung dieser Aktivitäten; sie fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen multilateraler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Analysiert werden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO, der G 8, des Golfkooperationsrates, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie der Afrikanischen Union. Dabei stehen folgende Aspekte im Zentrum: Was wird unter Terrorismus verstanden? Welche Bedrohungsanalysen liegen vor? Welche operativen und strukturellen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung wurden beschlossen und umgesetzt? Gibt es eine Diskrepanz zwischen faktischer und deklaratorischer Politik? Welche Staaten können als Vorreiter gelten, welche treten eher als 'Bremser' auf? Im Ergebnis wird deutlich, dass es - ungeachtet gravierender Differenzen zwischen den Organisationen - einige allgemeine Trends bei der internationalen Terrorismusbekämpfung gibt und dass der formalisierte multilaterale Rahmen nur begrenzt genutzt wird. Er dient zumeist dazu, Standards und Normen zu setzen oder weiterzuentwickeln sowie Programme zu verabschieden, deren Umsetzung aber selten überprüft wird. Zudem ist die Zusammenarbeit - selbst innerhalb der EU - in erster Linie am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert und nicht an einer gemeinsam definierten Zielvorstellung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Schneckener: Internationale Terrorismusbekämpfung - im Spannungsfeld zwischen USA und Vereinten Nationen (7-12); Christian Schaller: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Terrorismusbekämpfung (13-30); Annegret Bendiek: Europäische Union: Netzwerke bilden, um Netzwerke zu bekämpfen (31-42); Markus Kaim: Nato: Möglichkeiten und Grenzen militärischer Terrorismusbekämpfung (43-52); Ulrich Schneckener: G 8: Terrorismusbekämpfung in Form von "Club Governance" (53-64); Guido Steinberg: Golfkooperationsrat: Deklaratorische Terrorismusbekämpfung (65-74); Gudrun Wacker: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: wider die "drei üblen Kräfte" von Terrorismus, Separatismus und Extremismus (75-84); Kerstin Petretto: Afrika und der "Global War on Terror" (85-98); Ulrich Schneckener: Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung (99-104).

[176-L] Schneckener, Ulrich:
G 8: Terrorismusbekämpfung in Form von "Club Governance", in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 53-62 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Bei der G 8 handelt es sich nicht um eine internationale Organisation, sondern um ein multilaterales Forum, das den Anspruch erhebt, Weltordnungspolitik im Sinne von Global Governance mitzugestalten. Die G 7/G 8 - begründet 1975 - ist dabei längst nicht mehr nur ein Forum für globale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aktuell dürfte über die Hälfte aller Gipfelthemen - und die damit verbundenen Initiativen und Expertengruppen - aus sicherheitspolitischen Fragen im engeren Sinne bestehen. Die Palette reicht von Krisenmanagement und Konfliktprävention über die Bekämpfung organisierter Kriminalität bis zu Abrüstung, Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Infrastruktursicherheit. Die G 8 ist insofern zu einem wichtigen Baustein von Global Security Governance geworden. Aus Sicht der beteiligten Regierungen bietet die G 8 gegenüber stärker formalisierten Organisationen den Vorteil, relativ flexibel auf aktuelle Herausforderungen reagieren und neue Themen auf die Tagesordnung bringen zu können. Dabei kann sich insbesondere die jährlich rotierende Präsidentschaft als "Agenda-Setter" profilieren, eigene Anliegen zu G-8-Schwerpunkten machen und diesen somit weltpolitische Aufmerksamkeit verschaffen. Gerade für die USA oder Japan bietet die G 8 eine Möglichkeit, sich mit europäischen Partnern auszutauschen und Initiativen abzustimmen, ohne sogleich mit allen 27 Mitgliedstaaten der EU konfrontiert zu sein. Umgekehrt betrachten die europäischen G-8-Staaten das Forum als willkommene Gelegenheit, außerhalb des formalisierten EU- oder Nato-Rahmens mit den USA und anderen Ländern weltpolitische Themen beraten zu können. Dies gilt in besonderer Weise für Deutschland und Italien, die nicht als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat vertreten sind. Diese Struktur macht die G 8 auch zu einem wichtigen - oder zumindest potentiell wichtigen - Akteur auf dem Feld der multilateralen Terrorismusbekämpfung, nicht zuletzt als Impulsgeber und als Förderer der Aktivitäten anderer. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit der Terrorismusdefinition und der Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Abschließend geht der Autor der Frage nach, wie und ob die Maßnahmen umgesetzt werden. (ICD2)

[177-L] Schneckener, Ulrich:
Internationale Terrorismusbekämpfung - im Spannungsfeld zwischen USA und Vereinten Nationen, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 7-12 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Seit dem 11. September 2001 wurden in zahlreichen internationalen Organisationen und multilateralen Foren umfassende Beschlüsse, Initiativen oder Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über das Thema unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnis der UNO und der USA. Besonders berücksichtigt werden dabei zwei Dokumente, die im Herbst 2006 erschienen sind und auf exemplarische Weise die Spannungsfelder und Problemzonen der internationalen Terrorismusbekämpfung deutlich machen. Die Rede ist von der National Strategy for Combating Terrorism (September 2006) der amerikanischen Regierung und der United Nations Global Counter-Terrorism Strategy (September 2006), die die UN-Generalversammlung beschlossen hat. Beiden Dokumenten liegen unterschiedliche Bedrohungsanalysen zugrunde, was entsprechende Konsequenzen sowohl für die Inhalte als auch für die Art und Weise der Bekämpfung von Terrorismus hat. Zum einen heben beide Strategiepapiere jeweils andere Aspekte der Terrorismusbekämpfung hervor; zum anderen räumen sie der multilateralen Zusammenarbeit einen sehr unterschiedlichen Stellenwert ein. Es wird deutlich, dass sich die beiden Ansätze in bestimmten Teilbereichen der Terrorismusbekämpfung durchaus ergänzen, insbesondere dann, wenn es um die Etablierung eines langfristig angelegten Regimes geht, etwa zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Im Prinzip vertreten beide Ansätze aber gegensätzliche Positionen: Befürworter der amerikanischen Vorgehensweise argumentieren, dass der selektive Ansatz effektiver sei, da er eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Gleichgesinnten ermögliche und rascher Ergebnisse produziere. Man könne problembezogener agieren und müsse sich nicht auf Kompromisse und im Zweifel auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken. (ICD2)

[178-L] Stoll, Peter-Tobias:
Die zwei Seiten der Sicherheit: Internationale Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus und die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, in: Die Zukunft des Völkerrechts in einer globalisierten Welt, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 114-130, ISBN: 3-8329-1812-4 (Standort: UB Siegen(467)-33QWB1805)

INHALT: Es wird gezeigt, dass der internationale Terrorismus im Kern eine Bedrohung des Individuums darstellt und dass es die erste Aufgabe des Gemeinwesens ist, den Einzelnen vor solchen Übergriffen zu schützen. Die Freiheit vor Furcht sollte als individuelles Recht auf Sicherheit verstanden werden, das einen Anspruch auf Schutz gegen das Gemeinwesen verbrieft. Die vielfältigen Formen der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zeigen, dass die internationale Ordnung ihre Aufgabe, Frieden zu schaffen, längst nicht mehr allein in der Verhütung zwischenstaatlicher militärischer Gewalt sehen kann. Die Bekämpfung von Gewalt, die von nichtstaatlichen Gruppen ausgeht, kann nicht mehr allein den einzelnen souveränen Staaten überlassen bleiben, sondern setzt wegen ihrer transnational angelegten organisatorischen Verflechtung und weltweiten Aktivitäten voraus, dass die Staaten zu einer gemeinsamen Verurteilung solcher Taten kommen und auf dieser Basis gemeinsam handeln. Diese Notwendigkeit zur Zusammenarbeit hat bereits einen Wandel der Grundlagen der internationalen Ordnung bewirkt. (GB)

[179-L] Voigt, Susanne:
Der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung - ein wirksames Mittel der Terrorabwehr?, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 201-232, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Ziel des Beitrags ist eine politikwissenschaftliche Bewertung des "Rechtsakts zur Bekämpfung des Terrorismus". Er folgt hierzu einem Ansatz der Politikfeldanalyse, dem Policy-Zyklus-Modell. Analysiert werden die Reaktion der EU auf den 11. September 2001und der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung (RBTerr) hinsichtlich institutionellem Kontext, der Verhandlungen im Ministerrat, Inhalt sowie Umsetzung in nationales Recht. Die Wirksamkeit des Rahmenbeschlusses im Kampf gegen den Terrorismus wird hinsichtlich kontroverser Debatten um Formulierungen und der Implementation in den Mitgliedstaaten diskutiert. Die Verfasserin zeigt, dass der RBTerr der Bevölkerung der EU Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit demonstrieren sollte und ein großer Teil der diesbezüglichen Aktivitäten daher symbolisch-rituellen Charakters war. Die effektive Wirkung des Rahmenbeschlusses wird vor allem von Umsetzungsdefiziten gehemmt, sodass eine Harmonisierung auf diesem Gebiet nicht zu Stande kam. (ICE2)

[180-L] Weber, Sebastian:
Europäische Terrorismusbekämpfung: das Strafrecht als Integrationsdimension der Europäischen Union, (Hamburger Studien zum Europäischen und Internationalen Recht, Bd. 50), Berlin: Duncker & Humblot 2008, 197 S., ISBN: 978-3-428-12888-4

INHALT: Vor der Hintergrund völkerrechtlicher Strategien zur Terrorismusbekämpfung und ihrer Grenzen wird in der vorliegenden Studie die Frage untersucht, ob einer Union souveräner Staaten weitere Wege eröffnet sind, um der Herausforderung des internationalen Terrorismus zu begegnen. Es wird danach gefragt, ob ein europäischer Strafrechts- und Strafverfolgungsraum eine Antwort auf die Bedrohung der zivilen Sicherheit durch Terrorismus sein kann. Bei der Erörterung der Strategien und Handlungsinstrumente europäischer Zusammenarbeit in Strafsachen gewinnt die Vereinbarkeit der getroffenen Maßnahmen mit den Bürgerrechten und die Frage eine besondere Beachtung, inwieweit die Rechtsschutzmöglichkeiten des Einzelnen der erreichten Integrationstiefe entsprechen. Das Funktionieren des Unionsrechts sowie das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der überstaatlichen Ebene werden hierzu anhand konkreter Mechanismen der Europäischen Integration erläutert. Es werden ferner die Voraussetzungen und Bedingungen analysiert, die das Unionsverfassungsrecht erfüllen muss, um eine unionsweite Kooperation bei der Strafverfolgung und damit auch eine europäi-

sche Terrorismusbekämpfung demokratisch und rechtsstaatlich legitimieren zu können. Dabei rücken vor allem die Zuständigkeit und Funktion des Europäischen Parlaments wie auch die Rechtsschutzmöglichkeiten des Einzelnen, insbesondere die Zugangsmöglichkeiten zum Europäischen Gerichtshof wie zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. (ICI2)

[181-L] Witschel, Georg; Brandes, Marius:
Die Vereinten Nationen und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, Sonderband, 2006, Bd. 1, S. 22-50

INHALT: "Der Beitrag zeigt auf, dass die Institutionen der Vereinten Nationen auch weiterhin die rechtmäßigsten Möglichkeiten bieten, um die Plage des internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Die Generalversammlung entwickelt gegenwärtig neue internationale Rechtsinstrumente, zusätzlich zu den bereits bestehenden 12 Anti-Terrorismus-Abkommen, und der Sicherheitsrat weitet seine bisherigen pragmatischen Bemühungen aus, um alle Formen des Terrorismus zu kriminalisieren. Dieser Beitrag stellt die These auf, dass in der Hauptsache der Sicherheitsrat dasjenige Organ ist, welches messbare Erfolge zu verzeichnen hat, insbesondere aufbauend auf der bahnbrechenden Resolution 1373. Es wird außerdem dargelegt, dass vor allem die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, den langwierigen Disput über die Definition des Terrorismus zu beenden, eine effektive Reaktion auf den Terrorismus behindert. Im Wesentlichen sollte jedoch die Wichtigkeit der Vereinten Nationen als Leitorganisation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht unterschätzt werden, und ihre Leistung bei der Entwicklung normativer Konzeptionen des Problems, bei gleichzeitiger Verfolgung mehr pragmatischer Ansätze, kann nur bewundert werden. Dementsprechend ist die Grundlage dieses Beitrags die Auffassung, dass das UN-Netzwerk für internationalen Frieden und internationale Sicherheit zwar nicht vollkommen ist, aber unterstützt und als Basis für weitere Verbesserungen in der Zukunft angesehen werden muss." (Autorenreferat)

[182-L] Wolny, Kerstin:
Die völkerrechtliche Kriminalisierung von modernen Akten des internationalen Terrorismus: unter besonderer Berücksichtigung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, (Schriften zum Völkerrecht, 175), Berlin: Duncker & Humblot 2008, 316 S., ISBN: 978-3-428-12501-2

INHALT: Die technische, strukturelle und logistische Weiterentwicklung des internationalen Terrorismus stellt eine besondere Herausforderung für das internationale Strafrecht dar. Zwar existiert eine Reihe von völkerrechtlichen Anti-Terrorismus-Abkommen, diese beziehen sich aber auf die klassischen Formen terroristischer Gewaltakte und sind auf eine nationale Strafverfolgung ausgerichtet. Damit seien sie der neuen Dimension des internationalen Terrorismus kaum gewachsen, schreibt die Autorin. Da der moderne Terrorismus eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als höchste völkerrechtliche Schutzgüter darstelle, sei eine internationale Strafgerichtsbarkeit erforderlich, 'die die nationalen Kompetenzen zur Strafverfolgung terroristischer Verbrechen zwar nicht ersetzen soll, aber doch zu ergänzen hat.' (22) Vor diesem Hintergrund untersucht Wolny, ob das Völkerstrafrecht ein Instrumentarium zur Erfassung und strafrechtlichen Verfolgung von schweren Akten des internationalen Terrorismus bereithält. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob diese unter die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes fallen und - da der internationale Terrorismus ausdrücklich nicht in den sachlichen Zuständigkeitsbereich einbezogen wurde - 'als eines der im IStGH-Statut normierten Völkerrechtsverbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression) qualifiziert werden können' (23). Wolny gelangt zu dem Ergebnis, dass Aggression und Völkermord hierfür ausscheiden, aber - unter bestimmten Voraussetzungen - die Tatbestände Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschlägig sind. Aufgrund der Defizite im nationalen Recht und 'in Ermangelung kriminalisierender Regelungen sowohl im Völkervertrags- als auch im Völkergewohnheitsrecht' spricht sich die Autorin dafür aus, 'die Zuständigkeit des IStGH auf Akte des internationalen Terrorismus zu erstrecken'. (276) Die Arbeit befindet sich auf dem Stand vom November 2006. (ZPol, NOMOS)

5 Militärische Terrorismusbekämpfung - Ultima Ratio in der Außen- und Sicherheitspolitik?

[183-L] Corn, Tony:
Vergeßt Clausewitz!: Überlegungen zum globalen Krieg gegen den Terrorismus, in: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 61/2007, H. 1 = H. 693, S. 15-25 (Standort: USB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Essay macht deutlich, dass im Irak wie in Afghanistan die Experten haben Lehrgeld für die Einsicht zahlen müssen, dass das Gebot "Kenne deinen Feind, und kenne dich selbst" wichtiger ist als alle "Clausewitzologie", wie sie an amerikanischen Militärakademien nach dem Motto "Laien reden von Strategie, Experten reden von Logistik" gelehrt wird. Kenne deinen Feind: Auf der taktischen und der operativen Ebene zumindest lässt Ethnologie, nicht die "Clausewitzologie", die Grammatik und Logik der Stammeskriege erkennen und bietet das notwendige begriffliche Arsenal, "um das Feuer erwidern zu können". Kenne dich selbst: Einzig durch die ethnologische Selbstdistanzierung wird sich das Militär der USA (mit seinen verschiedenen 'Stämmen': Armee, Marine etc.) seiner eigenen kulturellen Befangenheiten bewusst werden und seine militärische Kultur neuen Feinden anpassen. Der entscheidende Fehler in der militärischen Kultur der USA besteht damit in ihrem "Technologismus". Der zweite strukturelle Fehler besteht in einer Doktrin des Verhältnisses zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich aus der Zeit des Kalten Krieges. Den dritten Fehler sieht der Autor im "strategischen Realismus", der heute immer mehr zu einem Synonym für Mangel an Erinnerungsvermögen, Wille und Phantasie wird. (ICA2)

[184-L] Denninger, Erhard:
Fünf Thesen zur "Sicherheitsarchitektur": insbesondere nach dem 11. September 2001, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen: Politischer Extremismus : Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 113-125, ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: Die NATO hat, und zwar lange vor 11. Sept. 2001, in ihrer Aufgabenumschreibung ihr Selbstverständnis als rein militärisches Verteidigungsbündnis verlassen zugunsten der Wahrnehmung transnationaler, grenzüberschreitender "wirksamer Krisenreaktionseinsätze". Dieser Ausweitung der Verteidigungsaufgabe entspricht der offizielle US-amerikanische Sprachgebrauch, der konsequent vom "Krieg gegen den internationalen Terrorismus" ausgeht. In diesem Sinne meint auch der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Terrorismus nicht mehr als eine Form organisierter Kriminalität, sondern als politisch-militärische Strategie zu betrachten, die sich in der Folge "asymmetrischer Konflikte" einstellt. Der Autor fragt vor diesem Hintergrund nach den Folgen für das Verständnis der BRD für den Bereich der "äußeren Sicherheit". Der Beitrag sieht und diskutiert hier dreierlei: (1) Der Begriff der "Verteidigung", der nach Art. 87 a Abs.2 GG für den Einsatz der Streitkräfte maßgebend ist, verliert seinen bisher in Art. 115 a Abs. l GG verankerten territorialen Bezug. (Ein Angriff mit Waffengewalt gegen das Bundesgebiet wird dort als 'Verteidigungsfall' legal definiert). (2) Der in Art. 51 der UN-Charta wie in Art. 5 des NATO-Vertrages maßgebliche, auch auf das deutsche Verfassungsrecht überwirkende völkerrechtliche Begriff des "bewaffneten Angriffs" verliert, kurz gesagt, seinen bisher notwendigen Staatsbezug. Denn nach dem neuen Nato-Konzept ist nicht mehr der "Kriegsfall" oder "Verteidigungsfall", also ein "militärischer bewaffneter Konflikt" zwischen Staaten Voraussetzung für den Streitkräfteeinsatz. (3) Der Begriff der Verteidigung verliert seinen rechtfertigenden Bezug zum universellen System der durch den Sicherheitsrat der UN repräsentierten Völkergemeinschaft, wenn die präventive Krisenreaktion der NATO oder eines NATO-Mitgliedes sich von dem in der UN-Charta vorgesehenen Verfahren zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit löst. (ICA2)

[185-CSA] Duyvesteyn, Isabelle:
Great expectations: the use of armed force to combat terrorism, , in: Small Wars and Insurgencies 2008, 19, 3, Sept., 328-351., 2008, ISSN: 0959-2318

INHALT: This article looks at the use of armed force in order to stop terrorist activity. There is little agreement among experts about the importance of the use of force in past counter-terrorism campaigns. Based on limited empirical investigation, it is indicated that police and judiciary measures have been much more frequently used than the military. Concerning the effectiveness of the use of force; there are few indications that it contributes to lessening terrorism. Rather the opposite is the case; the use of force makes things worse. It complies with the aim of terrorist organizations to provoke the state into overreacting. More research is warranted into the specific conditions under which force is used. It remains possible that in very specific circumstances, military force can make a difference.

[186-L] Gatliff, Jason:
Terrorism and just war tradition: issues of compatability, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 230 S., ISBN: 978-3-8364-1582-8 (Standort: SLUB Dresden(14)-MK/3100/G261)

INHALT: "Jason Ratliff argues that some types of terrorism are permissible within a Just War framework. When evaluating any use of force, two questions need to be addressed: (1) was it appropriate to use force, and (2) was force used appropriately. lt is within the scope of these two questions that most of the objections to terrorism arise. Ratliff argues that a terrorist act can meet the standards of a Just War. Ratliff shows how these standards can be met in response to two objections to terrorism, that terrorists lack the authority to make war, and that the random targeting of civilians renders terrorism unjustifiable. Ratliff approaches the first question from the perspective of a Locke an theory of individual sovereignty. Ratliff shows that the authority to use force rests with governments because that authority has been granted them by those individuals they govern. When governments fail to use their delegated authority appropriately, then individuals can once again exercise their rights. Ratliff deals with the second question, the appropriateness of intentionally targeting civilians, by arguing that many more members of the civilian population are combatants than most people realize. Ratliff argues that anyone who is dangerous in the martial sense, where the martial sense of dangerousness is understood as having one's behaviour purposely directed in support of military activities, is a combatant." (author's abstract)|

[187-L] Gießmann, Hans J.:
Die Donquichotterie der Bekämpfung von Terror mit militärischen Mitteln, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 180-199, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, welcher Art die Bedrohung durch den Terrorismus ist, welche militärischen Konsequenzen hieraus erwachsen können und welche militärischen Mittel wegen dieser Konsequenzen geeignet erscheinen, einen Beitrag zur Minderung der Gefahren zu leisten. Er wendet sich gegen den Trend, die Bedrohung durch den Terrorismus zu Aufrüstung und militärischen Machtprojektionen zu missbrauchen. Desgleichen wendet er sich aber auch gegen eine Fundamentalkritik, die dem Militär eine Rolle in der Bekämpfung von Terrorgefahren absprechen will. Unter bestimmten Umständen kann der Einsatz militärischer Mittel gegen Terrorakteure sehr wohl erforderlich sein, wenn sie in ein plausibles integratives Gesamtkonzept eingebettet sind. Der Verzicht auf militärische Gewalt kann demgegenüber den Glauben an die Zweckdienlichkeit des Terrors fördern. Aktive Terrorabwehr muss mit struktureller Vorsorge kombiniert werden. (ICE2)

[188-L] Gießmann, Hans-Joachim:
Mit Schwertern gegen Windmühlen?: über militärische Mittel gegen Terrorismus, in: Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.): Friedensbedrohung Terrorismus : Ursachen, Folgen und Gegenstrategien, Münster: Lit Verl., 2005, S. 243-263, ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: Der Beitrag zu den Möglichkeiten der Bekämpfung des Terrorismus geht der Frage nach, welcher Art die Bedrohung durch den Terrorismus ist, welche militärischen Konsequenzen daraus erwachsen können, und ob und welche militärischen Mittel wegen dieser Konsequenzen geeignet erscheinen, die Terrorgefahr zu mindern. Nach einer Bedrohungsanalyse werden Legitimität und Effizienz der bisher eingesetzten militärischen Mittel zur Terrorbekämpfung beschrieben sowie die zu beobachtenden Asymmetrien des Antiterrorkrieges beleuchtet. Die Bedrohungslage gestaltet sich nach Einschätzung des Autors diffus und die bisher angewandten Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus sind nicht sehr erfolgreich. Es drängt sich ein Vergleich mit Don Quichotte auf, der in seinem Kampf gegen die Windmühlen scheitert, da er nicht nur Art und Ausmaß der Gefahr völlig falsch einschätzt, sondern auch ungeeignete Mittel gegen die vermeintliche Bedrohung einsetzt. Dem gemäß fordert der Verfasser eine stärkere 'integrative Sicht aller tauglichen Gegenmittel' und kollektive Politikansätze gegen eine existente Terrorgefahr. (ICG2)

[189-L] Hetzer, Wolfgang:
Sicherheit durch Angriffskriege?: Terrorabwehr: militärische Herausforderung oder rechtsstaatliche Bewährungsprobe?, (Rechtspolitisches Forum, Nr. 38), Trier 2006, 60 S. (Graue Literatur; www.irp.uni-trier.de/pdf/38_Hetzer.pdf)

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass die Durchbrechung der Grenzen des rechtlichen Denkens für die Terrorbekämpfung seit geraumer Zeit typisch ist. Denn die Geschichte des Kampfes gegen den Terrorismus in Deutschland hat gezeigt, wie schnell Verantwortliche von Anfang an bereit waren, rechtsstaatliches Denken über den Haufen zu werfen. Diese Denkverbotsrhetorik beruht nach Meinung des Autors auf der Unterstellung, dass die Befürworter des Rechtsstaatsdenkens zu unfreiwilligen, aber sehr wirkungsvollen Verbündeten des Terrorismus mutieren. Tatsächlich stellt das Polemisieren gegen Denkverbote die Legitimationsfrage auf den Kopf und es kommt zu einer Art Beweislastumkehr, die den Rechtsstaat zu einer Antwort auf die Frage zwingt, ob seine Regeln dem Terrorkampf im Wege stehen. Jenseits von Hysterie und Angst ist aber dem Autor zufolge die Frage zu stellen, ob das jeweilige Antiterrorgesetz mit den in Deutschland immer noch geltenden rechtsstaatlichen und verfassungsmäßigen Maximen zu vereinbaren ist. Es zeichnet sich eine Gefahr ab, die vielleicht noch größer werden kann als diejenige, die von den zu erwartenden terroristischen Anschlägen ausgeht. Ein Rechtsstaat, der sich angesichts von ernsthaften Bedrohungen selbst zur Disposition stellt und seinen Feinden die elementaren Grundrechte abspricht, verliert seine Würde und die Achtung vor dem eigenen zivilisatorischen Wert. (ICI2)

[190-L] Höntzsch, Tillmann:
Das Konzept der Zivil-Militärischen Kooperation (CIMIC) - der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, (AIPA - Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 3/2007), Köln 2007, 53 S. (Graue Literatur; www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/aipa0307.pdf)

INHALT: "Seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und dessen stabilisierender Wirkung auf alle internationalen Beziehungen sieht sich die westliche Welt mit einer zunehmenden Zahl von Konflikten mit regionalen bzw. globalen Auswirkungen konfrontiert, die sich auf ihre eigene sicherheitspolitische Lage auswirken und sie somit zum Handeln zwingen. Im Gegensatz zum klassischen zwischenstaatlichen Krieg bedarf es zur Lösung dieser Konflikte neuer Instrumentarien bzw. Strategien. Man gelangte zu der Überzeugung, dass den sicherheitspolitischen Herausforderungen nur mit einem komplementären Vorgehen beim Krisenmanagement, d.h. der Verknüpfung militärischer und ziviler Instrumente und Fähigkeiten, begegnet werden kann. Im Laufe der 1990er Jahre wurden die internationalen Kriseninterventionen immer komplexer und die Berührungspunkte zwischen militärischen und zivilen Akteuren nahmen zu. Folgerichtig wurden Überlegungen angestellt, wie diese zivil-militärischen Beziehungen geregelt werden können. Im Rahmen der NATO wurde Ende der 1990er Jahre

die militärische Antwort in Form des Konzepts der 'Civil-Military-Co-operation' (CIMIC) geliefert, die auch zur Grundlage des deutschen Konzepts der 'Zivil-Militärischen Zusammenarbeit der Bundeswehr im Ausland' (ZMZ/A) wurde. In dieser Arbeit soll zunächst das theoretische CIMIC-Konzept anhand der maßgeblichen Dokumente der NATO und der Bundeswehr erläutert werden. Ergänzend soll dabei auch auf die Vorstellungen der zivilen Seite zur Gestaltung zivil-militärischer Beziehungen bzw. auf andere Formen der Kooperation (PRT) verwiesen werden. Anschließend wird die praktische CIMIC-Arbeit am Beispiel des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan dargestellt." (Autorenreferat)

[191-L] Hubel, Helmut:
Deutsche Außenpolitik vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik : Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 71-86, ISBN: 978-3-531-14982-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3693)

INHALT: Im Anschluss an den US-Politikwissenschaftler Roland Paris wird eine Erweiterung des traditionellen Konzepts der nationalen Sicherheit um weitere Dimensionen vorgeschlagen. Dabei werden Objekte der Sicherheit (Staaten, Gesellschaftliche Gruppen und Individuen) und Ursachen der Sicherheitsbedrohung (militärisch, indirekt oder nichtmilitärisch) unterschieden. In einer Vier-Felder-Matrix werden (1) traditionelle bzw. nationale Sicherheit, (2) umfassende bzw. erweiterte Sicherheit, (3) innerstaatliche Sicherheit und (4) menschliche Sicherheit ausgewiesen und analysiert. (GB)

[192-L] Kaim, Markus:
Nato: Möglichkeiten und Grenzen militärischer Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 43-51 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Bereits seit dem Jahr 1999 steht Terrorismus auf der Agenda der Nato. Im April 1999 hatte die Allianz ein strategisches Konzept verabschiedet, in dem darauf verwiesen wurde, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Sicherheitsinteressen der Allianz auch durch andere Risiken bedroht sein könnten als die Aggression staatlicher Akteure - etwa durch terroristische Angriffe. In dem Dokument wurde formuliert, die Streitkräfte und die Infrastruktur der Nato müssten diesen veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Während es bei den europäischen Nato-Mitgliedern zu diesem Zeitpunkt noch vergleichsweise wenig Erfahrung mit islamistisch inspiriertem Terrorismus gab, hatten die Vereinigten Staaten bereits Berührung damit gehabt (World Trade Center 1993, Angriffe auf US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salam 1998). Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 erfuhr diese sicherheitspolitische Herausforderung eine vollständige Neubewertung - auch weil erstmals der Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrags ausgerufen wurde - und genießt seitdem in den entsprechenden Bedrohungsanalysen der Allianz höchste Priorität. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit Terrorismusdefinition und Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Abschließend geht der Autor auf die Probleme bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen ein. (ICD2)

[193-L] Kohlhoff, Jörg:
Vom Krieg gegen Terrorismus: im Spiegel der Lehre des Generals Carl von Clausewitz, Neckenmarkt: ed. nove 2007, 386 S., ISBN: 978-3-85251-169-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MZ8050K79)

INHALT: Der Verfasser schlägt einen weiten Bogen vom Widerstandskampf gegen die nationalsozialistische Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg zu aktuellen Konflikten mit islamischem Fundamentalismus und Terrorismus. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Region des Nahen und Mittleren Ostens und des Persischen Golfs. Der Verfasser analysiert die Bedeutung des Terrorismus in "begrenzten Kriegen" und Bürgerkriegen in Vergangenheit und Gegenwart. Vor dem Hintergrund des

Vietnamkrieges und gestützt auf Clausewitz macht er auf die Konsequenzen aufmerksam, die eine Interventionsarmee wie die Bundeswehr im Kampf mit dem islamisch-fundamentalistischen Widerstand ziehen muss. Terrorismus begreift er als Form des Krieges, der Guerilla verwandt und oft in sie übergehend. Als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele wird er nicht nur von strukturell unterlegenen Gruppierungen angewandt, sondern auch von hoch gerüsteten Gesellschaften. Terrorismusbekämpfung erfordert eine enge Verzahnung von Diplomatie und Politik, Geheimdiensten, regulärem Militär und irregulären Söldnern. (ICE2)

[194-L] Kovalev, Aleksandr A.:
Das Recht auf Selbstverteidigung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 313-320, ISBN: 3-7639-3309-3
(Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: In der UN-Charta (Art 2, Abs. 4) wird eines der Grundprinzipien des internationalen Rechts wie folgt formuliert: "Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet ist, da dies mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist." Das internationale Recht kennt drei Ausnahmen von diesem Prinzip: (1) Wenn der Sicherheitsrat feststellt, dass der Frieden bedroht ist oder gebrochen wurde oder dass es zu einem Angriff gekommen ist, legt er die Maßnahmen fest, die zu ergreifen sind. Dies kann bis hin zu einem militärischen Einsatz gehen (Art. 42 der UN-Charta). (2) Die Selbstverteidigung mit militärischen Mitteln (sowohl als Maßnahme eines Einzelnen als auch als gemeinsames Vorgehen) sowie das Recht eines Staates, sich gegen den Aggressor zu verteidigen (Art. 51 der UN-Charta), sind legitim und garantiert. (3) Den Fall des Krieges zum Zwecke der Befreiung einer Nation kann im Grunde genommen als militärisches Mittel angesehen werden, um das Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker zu sichern. Der vorliegende Beitrag geht auf die Frage ein, was unter Selbstverteidigung zu verstehen ist. Dazu wird Art. 51 der UN-Charta interpretierthinsichtlich seiner Relevanz für den Terrorismus: "Bei einem bewaffneten Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen schränkt diese Charta in keiner Weise das naturgegebene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung ein, bis der Sicherheitsrat die Maßnahmen getroffen hat, die erforderlich sind, um den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit zu gewährleisten. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Rechts auf Selbstverteidigung trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen". (ICA2)

[195-L] Löfflmann, Georg:
Verteidigung am Hindukusch?: die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan,
Hamburg: Diplomica Verl. 2008, 88 S., ISBN: 978-3-8366-5772-3

INHALT: Die zentrale Forschungsfrage der Studie lautet: Worin liegen die Beschränkungen des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr begründet, die einen Kampfeinsatz deutscher Soldaten effektiv ausschließen? Nach der Hypothese des Autors sind die operativen Beschränkungen der Bundeswehr, die von den politischen Eliten in Deutschland erlassen wurden, vor allem eine Folge der strategischen Kultur des Landes. Denn angesichts der historischen Erfahrung und der sicherheitspolitischen Entwicklung der letzten 50 Jahre berührt ein Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte noch immer tief verwurzelte Tabus in Politik und Gesellschaft, die einen offensiven Einsatz militärischer Mittel erheblich einschränken. Daher ist die Bundeswehr operativen Restriktionen unterworfen, die eine entsprechende militärische Verwendung effektiv ausschließen. Die politische Grundlage für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bildet dabei das Leitbild der Multilateralismus, d. h. das militärische Engagement ist sichtbarer Ausdruck der internationalen Verantwortung und der aktiven Bündnissolidarität Deutschlands. Gleichzeitig wird versucht, das Einsatzprofil der deutschen Soldaten am Leitbild der militärischen Zurückhaltung zu orientieren, das für die Sicherheitspolitik Deutschlands auch weiterhin von großer Bedeutung ist. Da zu Beginn des 21. Jahrhunderts beide Leitbilder der strategischen Kultur Deutschlands nicht mehr kongruent zueinander stehen, aber weiterhin für die Formulie-

rung sicherheitspolitischer Entscheidungen relevant sind, kommt es zu Inkonsistenzen und Widersprüchen, wie sie an den Einsatzbeschränkungen der Bundeswehr deutlich werden. (ICI2)

[196-L] Lüdtke, Ralph-Maria; Strutynski, Peter (Hrsg.):
Von der Verteidigung zur Intervention: Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen, (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 14), Kassel: Jenior 2007, 240 S., ISBN: 978-3-934377-21-9 (Standort: UB Siegen(467)-31PDL1377)

INHALT: "Vier Jahre nach dem Beginn des Irakkriegs und sechs Jahre nach dem Beginn des Afghanistankriegs sind beide Länder nicht zur Ruhe gekommen. Im Gegenteil: Die alten Probleme bestehen fort, Krieg und Besatzung aber haben neue Probleme geschaffen. Längst spricht man von der 'Vietnamisierung' des Irak und der 'Irakisierung' Afghanistans, um das Ausmaß der verursachten Katastrophe auch nur annähernd zu beschreiben. Beide Kriege sind aber nur die Spitze eines Eisbergs an Gewaltkonflikten und militärischen Auseinandersetzungen, die im Nahen und Mittleren Osten, in Zentral- und Südasien und in Afrika an der Tagesordnung sind. Die Bundesrepublik Deutschland hat begonnen, ihre Streitkräfte zu einer 'Armee im Einsatz' umzubauen, die EU schafft sich mit den berüchtigten Battle Groups ein militärisches Instrument zur weltweiten Intervention - beide werden somit anschlussfähig an die USA, die seit den Anschlägen vom 11.9.2001 ohnehin das Recht zum permanenten 'Krieg gegen den Terror' für sich reklamieren. Das vorliegende Buch enthält Texte, die zum Friedenspolitischen Ratschlag 2006 sowie zur Friedensvorlesungsreihe 2006/2007 an der Uni Kassel entstanden sind und zum Teil für den Druck aktualisiert wurden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Strutynski: Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand (7-16); Wolfgang Schreiber: Kriege, Konfliktherde und Kriegsursachen im 21. Jahrhundert (17-23); Ulrike Borchart: Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU im Spannungsfeld von Sicherhheit, ökonomischer Notwendgkeit und Menschenrechten (24-39); Thomas Roithner: Konfliktfeld EU versus Völkerrecht (40-45); Norman Paech: UNO und Völkerrecht stehen auf dem Spiel (46-55); Ernst Woit: Die Legitimation imperialistischer Kriege verhindern! (56-63); Detlef Bald: Von der Verteidigung zur Intervention. Die Bundeswehr - das staatliche Mittel der Macht (64-74); Lühr Henken: Das neue Strategiebuch für die Bundeswehr (75-86); Heiko Humburg: PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und "Harz IV" (87-101); Joachim Guilliard: Irak: Wie weiter nach dem gescheiterten Krieg (102-121); Werner Ruf: Islamische Bedrohung? (122-139); Arne C. Seifert: Antiiranische Offensive: Mehr als ein Atomstreit (140-150); Lühr Henken: Nächster Interventionskandidat Sudan? (151-174); Rolf Verleger: Ist Nächstenliebe antisemitisch? (175-196); Im Wortlaut. Shalom 5767 (197-200); Bernd Hahnfeld: Wege zu einem Atomwaffenfreien Deutschland (201-213); Tanja Ernst: Die Neugründung Boliviens? (214-226); Erhard Crome: Globalisierung - von oben oder von unten? (227-238); Alois Reisenbichler: Denken - diskutieren - beten - handeln für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (239-240).

[197-L] Meiser, Christian; Buttlar, Christian von:
Militärische Terrorismusbekämpfung unter dem Regime der UN-Charta, (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht, Bd. 30), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 104 S., ISBN: 3-8329-1650-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005/9411)

INHALT: Die Arbeit leistet vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA einen Beitrag zur völkerrechtlichen Diskussion des Terrorismus und seiner Bekämpfung unter dem Regime der UN-Charta. Dabei wird die These erörtert, wonach sich in der völkerrechtlichen Literatur nach dem 11. September in mehrfacher Hinsicht eine deutlich veränderte Akzentuierung erkennen lässt. Hieraus mag man ersehen, dass sich auch das Völkerrecht dem neuartigen Gefährdungspotential des Terrorismus, wie es sich in den Attacken der al-Quaida realisiert hat, nicht verschließen kann. In das Thema einführend werden zunächst die Charakteristika des Neuen Internationalen Terrorismus und der Wandel der Sicherheitsstrukturen in ihren Grundzügen beschrieben. Sodann werden im ersten Teil die völkerrechtlichen Grundlagen der militärischen Terrorismusbekämpfung dargestellt. Der zweite Teil widmet sich im Anschluss dem staatlichen Selbstverteidigungsrecht gegen Terrorismus nach Artikel 51 der UN-Charta. Der dritte Teil veranschaulicht schließlich die völkerrechtliche Zulässigkeit von militärischen Präventivschlägen gegen den Internationalen Terro-

rismus. Die Untersuchung verdeutlicht nicht zuletzt, dass wichtige Aspekte der militärischen Terrorismusbekämpfung zwingend der Entscheidung durch den Sicherheitsrat bedürfen (Regimewechsel, Verhältnismäßigkeit, Beurteilung der latenten zukünftigen Gefahr usw.). Die von Terrorakten betroffenen Staaten sind gut beraten, diese Hauptverantwortung des UN-Sicherheitsrates weniger als Einschränkung des eigenen Handlungsspielraumes, sondern vielmehr als Chance zu begreifen: Denn die militärische Terrorismusbekämpfung wird auch in Zukunft mit Unsicherheiten sowohl im Tatsächlichen wie auch im Normativen zu kämpfen haben. Damit aber besteht immer die Gefahr, dass sich die Glaubwürdigkeit und Legitimierbarkeit unilateraler militärischer Maßnahmen verflüchtigt. (ICG2)

[198-L] Overhaus, Marco:
Zwischen kooperativer Sicherheit und militärischer Interventionsfähigkeit: die deutsche Sicherheitspolitik im Transformationsprozess der NATO vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus, Trier 2008, 464 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:385-5068)

INHALT: "Der Handlungsspielraum der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat sich mit dem Wegfall der systemischen Zwänge des Kalten Krieges und der letzten formalen Souveränitätsbeschränkungen nach 1990 erhöht. Zugleich bewahrheitete sich die von einigen neorealistischen Beobachtern vertretene Befürchtung nicht, Deutschland könne nun seine Bindungen im Rahmen der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen aufgeben und fortan einen unilateraleren sicherheitspolitischen Kurs einschlagen. Stattdessen unterstrichen alle Bundesregierungen die weiterhin zentrale Bedeutung der NATO für die deutsche Sicherheitspolitik. Auf der Grundlage dieser beiden Beobachtungen - dem erweiterten Handlungsspielraum und dem fortdauernden deutschen Bekenntnis zur NATO - kann die Erwartung formuliert werden, dass Deutschland den zu Beginn der 1990er Jahre neu einsetzenden Transformationsprozess der Allianz aktiv und mit eigenen Impulsen begleitet hat und entsprechende Initiativen unternahm. Ein erster Blick auf die sicherheitspolitische Praxis enttäuscht diese Erwartungen jedoch. Lediglich im Zusammenhang mit der ersten Osterweiterung wurde der deutschen Bundesregierung (und insbesondere dem früheren Verteidigungsminister Volker Rühe) eine gestaltende Funktion zuerkannt, während sie im Bereich des militärischen Krisenmanagements in der Regel als Bremser qualifiziert wurde. Auch im Zusammenhang mit der globaleren Ausrichtung der NATO nach dem 11. September 2001 scheint die Bundesrepublik Deutschland sich über weite Strecken eher den Vorgaben des amerikanischen Bündnispartners angepasst zu haben, als dass sie den Prozess aktiv mitgestaltete. Die vorliegende Arbeit untersucht vor diesem Hintergrund den Gestaltungswillen der deutschen NATO-Politik von 1991 bis 2005 in den zentralen Bereichen der NATO-Osterweiterungen, des militärischen Krisenmanagements und der Antiterrorpolitik nach dem 11. September 2001. Trifft das Urteil weitreichender deutscher Passivität zu oder lassen sich differenziertere Handlungsmuster identifizieren? Wie lassen sich diese Handlungsmuster erklären? Zur Bearbeitung der Fragestellung wird ein Analyserahmen entwickelt, dem das spezifische deutsche Funktionsverständnis gegenüber der NATO als Institution zugrunde liegt. Die institutionalistische Theorie in den Internationalen Beziehungen hat ein Spektrum allgemeiner und spezifischer Funktionen entwickelt, welche die europäischen Sicherheitsinstitutionen aus Sicht ihrer Mitgliedstaaten erfüllen sollen. An dem einen Ende dieses Spektrums steht die allgemeine und primär nach innen gerichtete Funktion. Sie zielt auf die kooperative Sicherheit im Sinne der gegenseitigen Beeinflussung und Einbindung der Mitgliedstaaten ab. Dagegen handelt es sich bei der militärischen Interventionsfähigkeit um eine in erster Linie nach außen gerichtete, die militärische Handlungsfähigkeit der NATO betreffende spezifische Funktion. Zwar umfasst dieses Spektrum nicht ausschließlich Entweder-Oder-Kategorien. Allerdings stehen allgemeine und spezifische Funktionen vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Ressourcen sowie unterschiedlicher Anforderungen an die NATO-Strukturen (beispielsweise im Sinne der Exklusivität vs. Inklusivität) in einem Spannungsverhältnis. Somit werden die Mitgliedstaaten der Allianz die verschiedenen Funktionen der NATO unterschiedlich gewichten. Auch der deutschen Politik liegt ein spezifisches Funktionsverständnis zugrunde, welches durch innenpolitische, z.T. kulturell und historisch geprägte, Faktoren bestimmt wird. Das Ziel der Arbeit ist es, den Gestaltungswillen der deutschen Politik im NATO-Transformationsprozess nach dem Ende des Kalten Krieges nachzuzeichnen und das dieser Politik zugrunde liegende Funktionsverständnis von institutioneller Kooperation zu analysieren. Dem erkennbaren Bestreben der Bundesregierungen auch nach 1990, die Institution NATO zu erhalten, zu stärken und schließlich auch um neue Mitglieder zu erweitern

steht dabei eine zögerliche Haltung gegenüber dem militärischen Krisenmanagement und der Schaffung der militärischen Voraussetzungen zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele gegenüber (Verteidigungshaushalt, Bundeswehrreform). Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass sich dieser scheinbare Widerspruch mit dem deutschen Funktionsverständnis erklären lässt, welches der kooperativen Sicherheit einen deutlich höheren Stellenwert einräumt als der militärischen Interventionsfähigkeit." (Autorenreferat)

[199-L] Paech, Norman; Seifer, Kerstin:
Die Bundeswehr im Krieg: Kampfeinsätze in Afghanistan und die Erosion des Völkerrechts, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 53, S. 47-55 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Krieg gegen Jugoslawien von 1999 und die 2001 erfolgte Kriegserklärung der USA an alle Welt im Zeichen des Antiterrorkampfes haben nach Einschätzung der Autoren die Grundfesten des alten Weltordnungssystems erschüttert. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihre Beteiligung an der NATO-Intervention in Jugoslawien unter der rot-grünen Regierung und gegenwärtig durch verstärkte militärische Kampfeinsätze in Afghanistan an der Schwächung des UNO-Friedenssystems unmittelbar mitgewirkt. Spätestens nach dem 11. September 2001, als der weltweite Antiterrorkampf auch in Deutschland als zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik definiert wurde, ist der Krieg nun wieder eine Option in der Politik geworden. Die Autoren problematisieren in ihrem Beitrag die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und weisen darauf hin, dass die "Operation Enduring Freedom"(OEF) in Afghanistan ohne Mandat der UNO erfolgte. Sie thematisieren ferner die mangelnde faktische Trennung der Militäreinsätze OEF und ISAF ("International Security Assistance Force") und skizzieren abschließend Perspektiven einer grundlegenden Neuausrichtung der Afghanistanpolitik. (ICI2)

[200-L] Rose, Jürgen:
Mission Impossible: die Bundeswehr am Hindukusch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 10, S. 1237-1244 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nachdem der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan anfänglich von der Mehrheit der Deutschen durchaus erwartungsvoll mitgetragen wurde, ist mittlerweile Ernüchterung eingekehrt. Denn sowohl im fernen Einsatzland als auch an der "Heimatfront" ist die Lage zunehmend prekär geworden: Mit dem Einsatz von Tornado-Waffensystemen beteiligt sich die Bundeswehr in Afghanistan nun erstmals direkt an der Kriegsführung, und zwar nicht nur im ihr zugewiesenen Operationsgebiet Nordafghanistan, sondern flächendeckend auch auf dem gesamten Staatsgebiet. Als besonders problematisch stellt sich dies nach Ansicht des Autors im Hinblick auf die massiv geführten militärischen Einsätze der US-Streitkräfte im Süden und Osten Afghanistans dar. Der Autor erläutert das Bundeswehrmandat und den Kampfeinsatz am Hindukusch, der seines Erachtens zu einem asymmetrischen und dauerhaften Abnutzungskrieg geführt hat. Dies belegen auch das Konstrukt der "illegalen Kämpfer" und der gescheiterte Wiederaufbau in Afghanistan. Angesichts dieser Lage stellt sich immer drängender die Frage nach dem Sinn der deutschen Militärpräsenz in Afghanistan, wobei ein Rückzug aus dem aussichtslosen Guerillakrieg offenbar ein Tabubruch darstellt. (ICI2)

[201-L] Schaller, Christian:
Humanitäres Völkerrecht und nichtstaatliche Gewaltakteure: neue Regeln für asymmetrische bewaffnete Konflikte?, (SWP-Studie, S 34), Berlin 2007, 31 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4581)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob das humanitäre Völkerrecht in seiner gegenwärtigen Fassung noch einen geeigneten rechtlichen Rahmen für aktuelle Konflikte bietet, an denen nichtstaatliche Gewaltakteure beteiligt sind. Auf diesem Hintergrund untersucht die Studie einzelne Aspekte asymmetrischer Auseinandersetzungen, die aus Sicht des humanitären Völkerrechts besondere dog-

matische und anwendungsbezogene Probleme aufwerfen. Dabei geht es unter anderem darum, den humanitär-völkerrechtlichen Charakter verschiedener Konfliktsituationen, den kollektiven Status der beteiligten nichtstaatlichen Akteure und die individuelle Rechtsstellung der in die Feindseligkeiten involvierten Personen zu bestimmen. Im Mittelpunkt stehen grenzüberschreitende Einsätze staatlicher Streitkräfte gegen militärisch organisierte bewaffnete Gruppen. Der Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF und die Operation Enduring Freedom in Afghanistan verdeutlichen, vor welch schwierigen Herausforderungen Streitkräfte stehen, wenn sie die Aufgabe haben, nichtstaatliche Gewaltakteur unter Beachtung der Pflichten des humanitären Völkerrechts effektiv zu bekämpfen. Der Fokus der Studie richtet sich ebenfalls auf den Irak. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das humanitäre Völkerrecht in seiner aktuellen Gestalt trotz einiger Regelungsdefizite und offener Auslegungsfragen insgesamt in der Lage ist, bewaffnete Konflikte unabhängig davon zu erfassen, ob sie eine besondere Asymmetrie aufweisen. Gleichwohl kann die extreme Asymmetrie zwischen Konfliktparteien zur Folge haben, dass das Völkerrecht faktisch seine Bindungskraft verliert. Die Herausforderung besteht mithin eher in der effektiven Anwendung und Durchsetzung des geltenden Rechts als in der Suche nach neuen Regelungen. (ICH2)

[202-L] Schmidt-Radefeldt, Roman:
Terrorismusbekämpfung zwischen Krieg und Frieden - ein Beitrag zum ius post bellum in Afghanistan, in: August Pradetto (Hrsg.): Human security und Auslandseinsätze der Bundeswehr : Dokumentation des 1. Symposiums an der Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg, Münster: Lit Verl., 2005, S. 165-182, ISBN: 3-8258-9083-X (Standort: LB Schwerin(33)-89.83/42A1136)

INHALT: Nach dem Sturz des Taliban-Regimes setzen alliierte Spezialkommandos, darunter auch Einheiten des deutschen Kommandos Spezialkräfte, ihre Antiterroreinsätze mit Zustimmung der Zentralregierungen in Kabul und Islamabad fort. Es handelt sich hierbei um eine völkerrechtlich zulässige "Intervention auf Einladung". Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Rechtsgrundlagen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der Operation Enduring Freedom (Selbstverteidigungsrecht, Bündnisfall, humanitäres Völkerrecht) auch post bellum gelten. Der Verfasser zeigt, dass die Voraussetzungen eines internen bewaffneten Konflikt in Afghanistan nicht mehr vorliegen. Die Terrorismusbekämpfung ist eine vom UN-Sicherheitsrat mit getragene friedenssichernde Ordnungsmaßnahme, an der sich die Bundeswehr beteiligen darf. Die Rahmenbedingungen dieser Maßnahme müssen sich vom humanitären Völkerrecht in Richtung Menschenrechte verschieben, um einen rechtsfreien Raum zu vermeiden. So ist eine "Zivilisierung" des Krieges gegen den internationalen Terrorismus möglich. (ICE2)

[203-L] Scholz, Michael:
Staatliches Selbstverteidigungsrecht gegen terroristische Gewalt, (Schriften zum Völkerrecht, 165), Berlin: Duncker & Humblot 2006, 206 S., ISBN: 978-3-428-12180-9

INHALT: Nach herkömmlicher völkerrechtlicher Auslegung stehen Staaten nur dann Selbstverteidigungsbefugnisse gegen Bedrohungen durch nicht-staatliche Akteure zur Verfügung, wenn diese einem anderen Staat zurechenbar sind. Der Autor fragt, ob das Völkerrecht offen ist für eine Auslegung, wonach den durch terroristische Aktivitäten betroffenen Staaten dieselben Rechte eingeräumt werden wie bei staatlichen Angriffen - und zwar sowohl auf fremden Hoheitsgebiet als auch auf hoheitsfreiem Territorium und auf eigenem Staatsgebiet. Scholz setzt sich zunächst allgemein mit der Zurechnungsdogmatik und den völkerrechtlichen Grundsatzfragen zum Selbstverteidigungsrecht auseinander. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet dann die Textauslegung von Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen. Hieraus und aus der Betrachtung der jüngeren Staatenpraxis folgert Scholz, 'dass auf das Erfordernis der staatlichen Zurechenbarkeit für die Aktivierung des Selbstverteidigungsrechts gegen Private verzichtet werden kann.' (184) Darüber hinaus gelangt der Autor zu differenzierten Voraussetzungen und Einschränkungen des Selbstverteidigungsrechts gegen den internationalen Terrorismus. (ZPol, NOMOS)

[204-L] Schwehm, Johannes:
Präventive Selbstverteidigung: eine vergleichende Analyse der völkerrechtlichen Debatte, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 46/2008, H. 3, S. 368-406 (Standort: USB Köln(38)-FHM Ga 00252; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Speerspitze des außenpolitischen Kurswechsels der Vereinigten Staaten nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon bildete der Anspruch auf ein unilateral zu exekutierendes, präventives Selbstverteidigungsrecht. Dieser von Seiten der Bush-Administration im Krieg gegen den Irak dann auch tatsächlich exekutierte Anspruch ist sowohl inner- als auch außerhalb der USA heftig umstritten. Auffällig ist, dass sich in der akademischen Debatte über diese Problematik zwei Auslegungen des völkerrechtlich verankerten Selbstverteidigungsrechts in unvermittelbarer Art und Weise gegenüberstehen. Zwar existieren eine Vielzahl von Positionsbestimmungen und Rechtsgutachten, die für die eine oder andere Positionen votieren; an systematisch vergleichenden Arbeiten herrscht dagegen ein offensichtlicher Mangel. Diesen zumindest ein Stück weit zu beheben, setzt sich der vorliegende Aufsatz zum Ziel. Der Autor widmet sich zunächst der terminologischen Verwirrung, welche in der Debatte über präventive Selbstverteidigung noch immer vorherrscht. Es folgt die vergleichende Analyse des völkerrechtlichen Teils der Debatte über präventive Selbstverteidigung. So soll zunächst der Begründungszusammenhang der Gegner und im Anschluss derjenige der Befürworter erschlossen werden. Als Kristallisationspunkt der Kontroverse erweist sich die Frage, welche Kriterien angesichts der zu beobachtenden Parallelität von alten und neuen Bedrohungsszenarien für eine Definition des Anwendungsbereichs des staatlichen Rechts auf Selbstverteidigung normative Geltung beanspruchen können. Offensichtlich lässt sich diese Frage nicht völkerrechtsimmanent beantworten, sondern verlangt nach einer über den genuin juristischen Horizont hinausgehenden Einbeziehung moralischer und politischer Diskurse. (LO2)

[205-CSA] Tonnies, Sibylle:
What Becomes Of The War Against Terrorism?, , in: WeltTrends 2008, 58, Jan-Feb, 17-20., 2008, ISSN: 0944-8101

INHALT: When is a war against terrorism legitimate. Ambivalent discussions surrounding 'humanitarian intervention' have hit international law in the heart, in which the Kosovo war excels as an example of extremely thin ice. When once again today, international law is claimed as legitimizing foreign policies and actions, the author of the present article demands at the same time a prohibition of wars against terror.

[206-L] Weck, Jan Christian:
Diskussion über die angemessene Antwort auf die terroristische Bedrohung von außen - präventive und präemptive Gewalt gegen islamistische Terroristen im Ausland, (Selected Term Paper, No. 13), Aachen 2006, 44 S. (Graue Literatur; www.ipw.rwth-aachen.de/for/select/select_13.html)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich der Autor mit dem Phänomen des islamistischen Terrorismus und den Abwehrmaßnahmen, die potenzielle Opfer in Zukunft vor Anschlägen der Art vom 11. September 2001 oder schlimmeren schützen sollen. Die Motivation und das Ziel beim Verfassen der Arbeit war es, den islamistischen Terrorismus soweit zu verstehen, dass deutlich wird, welches Ausmaß die Bedrohung tatsächlich hat und welche Strategie der Terrorismusbekämpfung ihr angemessen ist. Dabei widmet sich der Autor ausschließlich der terroristischen Bedrohung von außerhalb. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die Diskussion, inwiefern militärische Interventionen auf dem Territorium anderer Staaten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung legitim und zweckmäßig sind. Grundlage aller Überlegungen ist die Überzeugung, dass eine Bekämpfung der islamistischen Terroristen neben Prävention nur durch den Einsatz von Gewalt erfolgreich sein kann. Wenn also versucht wird abzuwägen, welche Maßnahmen angebracht sind, dann stellt sich nicht die Frage ob, sondern in welchem Rahmen militärische Gewalt legitim ist. (ICD2)

[207-L] Weiss, Dieter:
Deutschland am Hindukusch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 43, S. 6-14 (www.bpb.de/files/JWO9MR.pdf)

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Da die Taliban der Anordnung der Vereinten Nationen nicht Folge leisteten, Osama bin Laden auszuliefern, wurde ein UN- Sicherheitsratsbeschluss erlassen, aufgrund dessen auch die Bundeswehr in Afghanistan aktiv ist. Afghanistan soll nicht noch einmal zum Rückzugsraum für Terroristen werden, das Land soll beim Aufbau eines modernen Staates unterstützt werden. Der Beitrag schildert die überaus komplexe gesellschaftspolitische Situation in dem bergigen Land am Hindukusch: Es ist von archaischen Clan-Strukturen und Wertvorstellungen durchdrungen und wird von "Warlords" beherrscht. Es gibt quasi keine funktionierende Zentralgewalt. Der Beitrag erwähnt die immensen finanziellen Mittel, die die internationale Gemeinschaft mittlerweile für Afghanistan aufgewendet hat. Der Artikel hebt dann hervor, dass die "Sicherheitslage" das vorherrschende Problem darstellt. Das Anwachsen des Terrorismus ist zum einen auf die Enttäuschung der Bevölkerung zurückzuführen, da der Aufbau nur in Schritten vorankommt und zudem immer wieder von Extremisten behindert und zerstört wird. Es gibt aber auch "zivile Opfer" bei Angriffen des Militärs auf Terroristen, was zu Verbitterung und Hass bei manchen Afghanen führt und den Extremisten Unterstützung bringt. Der Beitrag schildert dann die "Sprachlosigkeit" der deutschen Politik und wendet sich schließlich den Zielen und avisierten "Zeithorizonten" sowie der "politischen Akzeptanz" des Einsatzes in der deutschen Bevölkerung zu. Aus militärischer Sicht leidet der Afghanistan-Einsatz unter Kapazitätsgrenzen, das heißt, zu geringer Truppenbereitstellung. Während gegenwärtig rund 48.000 Soldaten in Afghanistan stationiert sind, wäre eine Militärpräsenz zwischen 200.000 und 800.000 Soldaten erforderlich, je nach Ansatz. Andere Zahlen sprechen von 365.000 Soldaten. Die Personalknappheit hängt mit der Widerständigkeit der NATO-Partner und internationalen Verbündeten zusammen, mehr Truppen zu schicken, sowie mit der Bindung großer amerikanischer Kontingente im Irak. Ein weiteres Problem sind Anzahl, Motivation und Ausbildung der afghanischen Polizei. Es gibt landesweit nur rund 16.000 Polizisten, die zudem oft nur rudimentär ausgebildet sind. Hinzu kommt ein "Loyalitätsproblem" in der multiethnischen afghanischen Gesellschaft, da die Polizisten dem sozialen Gefüge unterworfen sind, in dem sie und ihre Familien leben. Die Polizisten passen sich daher oft den Machtverhältnissen und Bedingungen ihrer Heimatregion an, sind extrem korrupt und gehen nicht gegen die lokalen "Warlords" vor. Auf der Ausrüstungsebene der Bundeswehr schließlich gibt es das Problem, dass zu wenige Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Die Stützpunkte im Norden Afghanistans (wo es noch relativ ruhig ist), sind ebenfalls verbesserungswürdig, was den militärischen Schutz gegen Terroristenüberfälle angeht. Der Afghanistan-Einsatz kann aber noch gut 10-15 Jahre weitergehen. Der Artikel fordert daher eine öffentliche Debatte ein, um zu klären, was erreicht werden kann und was erreicht werden soll. Dies umso mehr, als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung dem Einsatz kritisch gegenüber stehen. (ICB)

6 Exkurs: "War on Terrorism" - Aspekte nationaler und internationaler Sicherheitspolitik der USA

[208-L] Aubrey, Stefan M.:
Combating Al-Qaeda and the jihadist ideology: an in-progress review of the US national counter-terrorism strategy, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): Winning the asymmetric war : political, social and military responses, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 261-294

INHALT: Eine effektive Anti-Terrorismus-Strategie gegen Al-Quaida basiert auf drei Elementen: einer militärischen Stärke, Rechtsmitteln und dem Verbots der Finanzierung von Terroristen; der Notwendigkeit, die USA von weiteren katastrophalen Terrorattacken zu beschützen und der Kampf gegen die Ideologie, die den Jihad-Terrorismus antreibt sowie der Einbindung muslimischer Staaten in Demokratisierungs- und Transformationsprozesse. Diese Elemente sind weder neu noch revolutionär. Bisher sind in den ersten beiden Elementen beträchtliche Fortschritte gemacht worden, jedoch in Bezug auf das dritte Element gibt es noch Unzulänglichkeiten. Der Beitrag untersucht die bisherigen Erfolge dieser drei Elemente und gibt Empfehlungen zur Koordination einer geschlosseneren nationalen Anti-Terror-Strategie. Generell gilt, dass der Kampf gegen das Al-Quaida-Netzwerk, seine Nachfolgeorganisationen und andere Unterstützungsgruppen des Jihad gerichtet werden muss. Der "globale Krieg gegen den Terror" richtet sich nicht gegen einen Feind, sondern gegen eine Taktik. Um dies zu berücksichtigen, muss zunächst die Natur der Bedrohung, die von Al-Quaida ausgeht, verstanden und von dem klassischen Euro-Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre unterschieden werden. (ICB)

[209-CSA] Barker, Brig:
Criminal Justice and the Prevention of Terrorism., , in: Journal of Counterterrorism & Homeland Security International 14 no 1 22-27, 2008, ISSN: 1552-5155

INHALT: In 1974 Yasser Arafat said, 'I come bearing an olive branch in one hand, and the freedom fighter's gun in the other. Do not let the olive branch fall from my hand.' Whether one agrees with Arafat, the Co founder of the Palestinian Liberation Organization, or not, his words go to the dichotomy of defending a nation. In his case he was ostensibly defending a territory, while the U.S. faces the continuing challenge of proactively protecting citizens from further terrorist attacks such as that of 9/11. The 'prevention of terrorism' echoes in most media channels on a daily basis, but is it just a popular psychological buzz word? Is the U.S. truly preventing terrorist acts domestically with the current criminal justice system, or are there other more effective methods. In considering the alternatives, the options appear to be clear. The nation can rely on the current prosecutorial system or integrate the use of military tribunals as part of the ongoing war on terror. Preemptive prosecution is not without precedent in this nation. Even Al Capone was prosecuted for tax fraud because the government couldn't arrest him for any more serious crimes. This paper will dissect, review, and make recommendations regarding the above options. This will include a historical review of various international terrorism cases prosecuted in the U.S., what part if any military tribunals could have, and whether their utilization would enhance the prevention efforts. Due to the complexity of the matter and nuances therein, this paper will primarily focus on international terrorists, and more specifically Islamic militants.

[210-L] Berger, Lars:
Die USA und der islamistische Terrorismus: Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten, Paderborn: Schöningh 2007, 481 S., ISBN: 978-3-506-76369-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6410)

INHALT: Der Verfasser legt eine umfassende Darstellung über das Wechselspiel zwischen der Außenpolitik der USA, der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten und den Strategien des islamistischen Terrorismus vor. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich vom ersten Anschlag auf das World Tra-

de Center 1993 über die Attentate vom 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und im Irak bis zum offenkundigen Scheitern der Irak-Politik von Präsident Bush. Im Mittelpunkt steht die Analyse des Zusammenhangs zwischen den Aktionen des islamistischen Terroristen gegen die USA und die Regime in Saudi-Arabien und Ägypten, den Gegenstrategien der Präsidenten Clinton und Bush sowie den Reaktionen der arabischen Öffentlichkeiten und Regierungen. Zunächst wird der transnationale islamistische Terrorismus als neue Form der terroristischen Bedrohung bestimmt. Dann werden die innenpolitischen Grundlagen der Anti-Terrorismus-Politik der USA auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene sowie im Zusammenhang mit der außenpolitischen "Grand Strategy" der USA behandelt. Im Folgenden wird die Politik der USA gegenüber der terroristischen Herausforderung vor und nach dem 11. September 2001 analysiert. Hierbei geht es sowohl um die direkte terroristischen Bedrohung, also die Anschläge in den USA von 1993 und 2001, in Somalia, Saudi-Arabien, Kenia und Tansania sowie den Anschlag auf die USS Cole und den Irak-Krieg als auch um indirekte Bedrohungen in Gestalt der Bedrohung Saudi-Arabiens und Ägyptens durch den Islamismus. (ICE2)

[211-L] Beyer, Cornelia:
Anmerkungen zur Terrorismusbekämpfung, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 59-83, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Die von den USA verfolgte Strategie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist nach Ansicht der Autorin zum Scheitern verurteilt, da sie nicht die Ursachen des Phänomens berücksichtigt, das sie zu bekämpfen sucht. Die Konsequenz ist ein Anstieg terroristischer Aktionen im Rahmen des von den Vereinigten Staaten geführten "Global War on Terrorism" (GWOT). Die Autorin beleuchtet die Ursachen für den neuen Terrorismus, die nach ihrer Einschätzung vor allem in der amerikanischen Hegemonie bzw. "failed globalisation", der Rolle der Vereinigten Staaten im Israel-Palästinenser-Konflikt sowie in kulturellen Divergenzen bestehen. Sie skizziert darüber hinaus ökonomische und psychologische Ursachen des Terrorismus und setzt sich mit der gegenwärtigen Strategie der Vereinigten Staaten im GWOT kritisch auseinander. Die beschriebenen Motive der USA im Kampf gegen den Terrorismus verzerren ihrer These zufolge die Strategie zu einer Machtpolitik, die das Ziel der Sicherheit nicht erreicht. Vielmehr nimmt der internationale Terrorismus in Reaktion auf die angewandten Maßnahmen zu. Nicht militärische Einsätze in "haven states", sondern eine multilaterale Kooperation im "soft policies"-Bereich könnten den internationalen Terrorismus direkt in seiner Organisation schwächen und weniger konkrete Angriffsflächen für weitergehende Aggressionen bieten. (ICI2)

[212-L] Beyer, Cornelia:
Zur US-Strategie gegen den Terrorismus, in: Wissenschaft und Frieden : W&F, Jg. 25/2007, H. 1, S. 29-32

INHALT: "Dieser Artikel fokussiert auf die Strategie der Vereinigten Staaten gegen den internationalen Terrorismus. Internationaler Terrorismus gilt als die Geißel des neuen Jahrtausends, doch sind die US-Strategien gegen dieses Phänomen der politischen Gewalt ausreichend und adäquat? Um diese Frage zu beantworten, untersucht die Autorin zuerst die Strategiepapiere der Administration um dann zu diskutieren, ob die Ansätze der Natur des Problems gerecht werden." (Autorenreferat)

[213-L] Beyer, Cornelia:
Die Strategie der Vereinigten Staaten im "War of Terror", (Politikwissenschaft), Münster: Lit Verl. 2006, 144 S., ISBN: 3-8258-9495-9 (Standort: ULB Göttingen(7)-2006A21824)

INHALT: Die Verfasserin referiert zunächst die Grundzüge einer wissenschaftlichen Analyse des internationalen Terrorismus. Vor diesem Hintergrund stehen zwei Fragestellungen im Mittelpunkt. Es geht zum Einen um die öffentliche Darstellung dieses Phänomens durch die amerikanische Regierung unter Präsident Bush, zum Anderen um die konkreten politischen Strategien, die die amerikani-

sche Regierung nach dem 11. September zur Terrorismusbekämpfung einsetzte. Die Analyse zeigt, dass sowohl Rhetorik als auch Strategien der Erscheinung des Terrorismus nicht optimal angepasst sind. Ursachen, Transnationalität und Netzwerkstruktur des Terrorismus werden vernachlässigt - mit der Folge, dass der internationale Terrorismus zunimmt. Abschließend werden alternative Strategien zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus thematisiert. (ICE2)

[214-L] Beyer, Cornelia:
Die "War on Terror"-Rhetorik auf dem Prüfstand, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 35/2006, H. 1, S. 93-107 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-63585)

INHALT: "Die Vereinigten Staaten führen einen Krieg der Worte. Ihre Rhetorik dient als Grundlage für die Strategien im Kampf gegen den Terrorismus. Aus den Beschreibungen des Phänomens leiten sich die tatsächlichen politischen Aktionen ab. Laut den Ergebnissen aus der neuen Kriegs- und Terrorismusforschung sind dabei drei Möglichkeiten der Beschreibung oder Deutung denkbar: a) Der internationale Terrorismus wird in fremden Nationen verortet, b) er kann as primär transnationales Netzwerk beschrieben werden oder c) als Phänomen, das hauptsächlich in den jeweils angegriffenen Staaten selbst verortet wird. Entsprechend der Deutungen und Wahrnehmungen bezüglich des internationalen Terrorismus ergeben sich logisch verschiedene Strategien zu seiner Bekämpfung. Die Strategie der Vereinigten Staaten leitet sich aus der Verortung des Terrorismus in fremden Nationen, den so genannten 'haven states', ab. Aus diesem Verständnis ist sie zumindest logisch nachvollziehbar. Die Kriegs- und Terrorismusforschung kommt jedoch zu abweichenden Beschreibungen und damit auch Empfehlungen zu der Bekämpfung von Terrorismus. Dies lässt die Einschätzung zu, dass die Strategien der Vereinigten Staaten nicht auf eine rasche Verminderung des internationalen Terrorismus angelegt sind, sondern auf einen langfristigen Konflikt speziell mit Staaten des Mittleren und Nahen Ostens." (Autorenreferat)

[215-CSA] Boyle, Michael J:
The war on terror in American grand strategy, , in: International Affairs 2008, 84, 2, Mar., 191-209., 2008, ISSN: 0020-5850

INHALT: The 9/11 attacks made the war on terror the central plank of American grand strategy. Yet despite its importance in shaping US policy choices, there has been considerable confusion over how the war on terror relates to foreign policy goals. This article attempts to locate the war on terror within American grand strategy and makes three claims. First, it argues that the Bush administration's approach to the war on terror rests on a false analogy between terrorism and fascism or communism. This has led to misinterpretations of the goals of the war on terror and to a persistent misuse of American power. Second, it suggests that the central purpose of the war on terror should be to de-legitimize terror as a tactic and to induce states to assume responsibility for controlling terrorists within their borders. American grand strategy should be focused on creating a normative anti-terror regime with costly commitments by linchpin states-defined as great powers and crucial but endangered allies such as Pakistan and Saudi Arabia-rather than on conducting regime change against rogue states on the margins of the international system. Success in the war on terror should be measured not by the perceived legitimacy of discrete US policy choices, but by the number of these crucial states who accept the de-legitimation of terrorism as a core foreign policy principle and act accordingly. Third, it argues that bilateral enforcement of an anti-terror regime imposes high costs for US power and puts other elements of American grand strategy- including the promotion of democracy and the promotion of human rights-at risk. To reduce these costs and to preserve American power over the long-term, the US should attempt to institutionalize cooperation in the war on terror and to scale back ambitious policy choices (such as achieving a democratic revolution in the Middle East) which increase the risks of state defection from the anti-terror regime.

[216-L] Braml, Josef:
Tyranny of the Majority?: die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte nach den Terroranschlägen von New York und Washington, in: Jochen Hils (Hrsg.) ; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie - crusader state? : die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier: Wissenschaftl. Verl. Trier, 2006, S. 189-233, ISBN: 978-3-88476-851-8 (Standort: LB Koblenz(929)-2007 3372)

INHALT: Der Autor untersucht die veränderten politischen Rahmenbedingungen in den Vereinigten Staaten aus der Perspektive der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen. Die Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die Gesellschaft und das politische System der USA bewertet er anhand eines konzeptionellen Referenzrahmens aus der empirischen Demokratietheorie, der "Embedded Democracy", welches Indizien dafür liefert, dass sich auf amerikanischer Seite ein problematisches nationales und internationales Rechtsverständnis artikuliert. Der Autor thematisiert ferner das Spannungsverhältnis zwischen persönlichen Freiheitsrechten und Sicherheit sowie die von der Exekutive geschaffene "Zweiklassengesellschaft". Er beleuchtet das Handeln jener Akteure, welche die in der liberalen Perspektive als autonom angenommenen gesellschaftlichen Präferenzen beeinflussen oder sogar manipulieren können. Dies sind vor allem der Präsident mit seiner Deutungshoheit als "Interpreter-in-Chief" und die Sicherheitsexperten aus den "Think Tanks". Der Autor diskutiert abschließend die Grenzen liberaler Demokratien und weist auf Gefahren für die Vorbilddemokratie Amerika durch die Entstehung einer "Mehrheitstyrannei" hin. (ICI)

[217-L] Braml, Josef:
Innere (Un)Sicherheit der USA seit dem 11. September, in: Beate Rosenzweig (Hrsg.) ; Ulrich Eith (Hrsg.): Islamistischer Terrorismus : Hintergründe und Gegenstrategien, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2006, S. 96-118, ISBN: 3-89974301-6

INHALT: Anders als in Europa wurden in den Vereinigten Staaten die Anschläge des 11.September nicht als terroristische, sondern als kriegerische Akte interpretiert. Diese kollektive amerikanische Wahrnehmung hat nicht nur fundamentale Auswirkungen auf die Verfassung der einzelnen Bürger, sondern auch auf die Gesellschaft der Vereinigten Staaten. Im "Krieg für eine gerechte Sache" ist die Bevölkerung eher bereit, materielle und ideelle Opfer zu bringen. Darüber hinaus eröffnet ein derartiges Szenario dem Präsidenten als Oberstem Befehlshaber und der in seinem Namen handelnden Exekutive einen umfangreichen Gestaltungsspielraum. Die entscheidende Frage ist, ob gesellschaftlicher Druck einen Gegenimpuls auslöst, der das Pendel wieder stärker in Richtung persönliche Freiheitsrechte ausschlagen lässt. Bis auf weiteres besteht die Gefahr, dass der amerikanische Rechtsstaat sich weiterhin zum Sicherheitsstaat entwickelt. (GB)

[218-L] Busch, Heiner:
Vom Feindstrafrecht zur Rechtlosigkeit: das antiterroristische Netzwerk von Militär, Polizei und Geheimdienst, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 53, S. 113-123 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Autor setzt sich zu Beginn mit den Positionen des Strafrechtslehrers Günther Jakobs kritisch auseinander, welcher im Jahr 2004 den Begriff des "Feindstrafrechts" in die rechtswissenschaftliche Diskussion in Deutschland eingeführt hat. Ziel dieses Strafrechts ist nicht die Verfolgung einzelner strafbarer Handlungen, die bereits begangen worden sind, sondern die Abwehr zukünftiger Gefahren, die von dem "Feind" ausgehen. Der Staat dürfe den "Feind" auch nicht mehr als Person behandeln, "weil er ansonsten das Recht auf Sicherheit der anderen Personen verletzen würde". Der Autor problematisiert vor diesem Hintergrund die US-Praktiken der "außerordentlichen Zuführung" (extraordinary renditions) im Kontext des Irak-Krieges und der weltweiten Terrorismusbekämpfung sowie die mangelnden Rechtsgrundlagen für Befragungen in den Gefangenenlagern von Guantanamo. Er weist darauf hin, dass die USA die Unterscheidung zwischen Bürgern und Feinden durch den sogenannten "Military Commissions Act" im Jahr 2006 formell rechtlich verankert haben und dass der antiterroristische Krieg durch ein Netzwerk transnationaler Kooperation von Militär, Geheimdiensten, Staatsschutz und polizeilichen Spezialkräften eine neue Qualität erreicht hat. (ICI)

[219-L] Feuerstein, Andreas:
Human rights and the war on terrorism: the Bush administration's treatment of alleged enemy combatants and the United States judiciary's reaction thereupon, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2005, 159 S., ISBN: 3-89821-463-X

INHALT: Was bedeutet der Anti-Terror-Krieg der Bush-Administration für die US-amerikanische Demokratie und wie reagiert die amerikanische Justiz auf damit verbundene Menschenrechtsverletzungen? Welche Haltung nimmt der US-Supreme-Court hinsichtlich des exterritorialen Gefangenenlagers Guantanomo Bay ein? Am Beispiel von drei Rechtsfällen (Rumsfeld gegen Padilla, Hamdi gegen Rumsfeld, Rasul gegen Bush) untersucht Feuerstein die Praxis des Obersten Gerichtshofes. Er versteht die Judikative als politischen Akteur und bettet seine Untersuchung in den Gesamtkontext des politischen Systems ein. Außerdem berücksichtigt er vergleichbare Fälle des nationalen Notstands in der Geschichte der USA. Was die Auslegung der Verfassungsmäßigkeit betrifft, kommt er zu folgendem Fazit: 'So far, in times of national crisis, the Judiciary in the Unitetd States has repeatedly proven that when the going gets tough it sticks with Executive, routinely affirming the constitutionality of its actions, no matter how troubling they were' (19). (ZPol, NOMOS)

[220-CSA] Freeman, Michael:
Democracy, Al Qaeda, and the Causes of Terrorism: A Strategic Analysis of U.S. Policy., , in: Studies in Conflict & Terrorism 31 no 1 40-59, 2008, ISSN: 1057-610X

INHALT: How will the strategy of spreading democracy affect the threat of terrorism from Al Qaeda and likeminded Islamic extremist groups? This article analyzes how spreading democracy would impact four different sets of underlying motivations that lead to this kind of terrorism. It will show that the widespread belief in the power of democracy is likely misplaced because democracy will be unlikely to change perceptions of occupation, will itself threaten Islamic identity and culture, will be unlikely to mitigate economic grievances, and will be unlikely to provide a more legitimate government than one based on religious law.

[221-L] Johnson, Thomas H.; Russell, James A.:
A hard day's night?: the United States and the global war on terrorism, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 239-271, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Das internationale politische System des 20. Jahrhunderts war durch Blockbildungen oder ein "System dominanter Systeme" gekennzeichnet. Die Bipolarität der Supermächte des Kalten Krieges etablierte einen Satz von "Spielregeln" im internationalen Verkehr, die entlang der bekannten Konfliktlinien auch einen relativ klaren Orientierungsrahmen boten. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert aus der Perspektive der USA, dass und wie sich mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der UdSSR eine neue Dynamik in den internationalen Beziehungen etabliert hat, die wieder stärker von relativ autonomen Subsystemen und -regionen geprägt ist. Neue Akteure tauchten auf der politischen Bühne auf, die sich durch das "Gleichgewicht des Schreckens" oder "mutual destruction" nicht mehr beeindrucken oder kontrollieren ließen. So ist das gegenwärtige System internationaler Beziehungen durch eine Vielzahl von "asymmetrischen Konflikten" und Akteuren jenseits und unterhalb des traditionellen Nationalstaats gekennzeichnet. Das Ende der "westfälischen Ordnung" wird damit der Zeit der Religionskriege vergleichbar. Das neokonservative Amerika favorisiert daher eine hobbessche Lösung des Problems einer neuen Weltordnung, d. h. es wird mit "harter Hand" gegen "Schurkenstaaten" und politische Kriminelle (Terroristen) mit dem (angemaßten) Anspruch eines "Weltpolizisten" vorgegangen. (ICA)

[222-CSA] Kerlikowske, R Gil:
Safe at home? Policing the U.S. hometown in a post 9/11 environment, , in: Crime, Law and Social Change 2008, 50, 1-2, Sept., 47-58., 2008, ISSN: 0925-4994

INHALT: Despite the prominence of terrorism concerns on the national agenda, three areas of public policy pose more significant challenges for local law enforcement in the United States: illegal gun proliferation and distribution; offender incarceration and re-entry paths; and investments in the lives of children. This paper argues that the current direction of public policy in these latter areas should be a primary concern, because these policies not only impact law enforcement in a negative way, but also threaten the strength and vitality of the communities law enforcement is trying to serve. Moreover, the dangers posed by these policies are far more calculable, more likely and more destructive over the long run than those posited for more extreme, though less-likely threats, to which the U.S., as a nation, is committing enormous sums of money, for seemingly incremental, public safety benefits. The role of law enforcement executives is critical to how these issues will be addressed.

[223-L] Khal, Martin; Wolf, Reinhard:
National security state?: Terror, Sicherheitsfixierung und die Entwicklung der amerikanischen Demokratie, in: Jochen Hils (Hrsg.) ; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie - crusader state? : die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier: Wissenschaftl. Verl. Trier, 2006, S. 141-187, ISBN: 978-3-88476-851-8 (Standort: LB Koblenz(929)-2007 3372)

INHALT: Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrages sind folgende Fragen: Belegen die militärischen Interventionen nach dem 11. September 2001, dass die Vereinigten Staaten - zumindest im Bereich des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses - noch nicht (oder nicht mehr) wirklich demokratisch organisiert sind? Wenn sich die USA tatsächlich zu einem "Crusader State" entwickelt haben, wird dann der missionarische Einsatz für die weltweite Verbreitung der Demokratie mit einer dauerhaften Beeinträchtigung demokratischer Partizipation im eigenen Land erkauft? Schlägt das liberale Empire gleichsam im Inneren gegen die demokratische Selbstbestimmung zurück? Die Autoren untersuchen in drei Dimensionen - in der Gesellschaft insgesamt, im Verhältnis zwischen Administration und Kongress sowie innerhalb des Regierungsapparats - mögliche Degenerationsformen der US-Demokratie, die mit den Konzepten des Garnisonsstaates, des Sicherheitsstaates und dem Begriff der imperialen Präsidentschaft umschrieben werden können. Nach ihren Ergebnissen kann gegenwärtig kein klarer Trend in Richtung Militarismus und autoritärer Präsidentschaft festgestellt werden. Dass die Bush-Regierung den Präventivkrieg gegen den Irak nach innen durchsetzen konnte, lag weniger an einer Degeneration der amerikanischen Demokratie, sondern eher an anderen Faktoren, wie der hohen militärtechnologischen Überlegenheit der USA und der Verunsicherung der Bevölkerung nach den Terroranschlägen von New York und Washington. (ICI2)

[224-L] Kögler, Konrad:
Rechtlos in Guantanamo?: Folgen des US-Supreme-Court-Urteils vom 28. Juni 2004, Marburg: Tectum Verl. 2007, 94 S., ISBN: 978-3-8288-9212-5

INHALT: Berichte über Folterungen und menschenunwürdige Haftbedingungen mutmaßlicher Terrorverdächtiger auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo haben weltweit politisches Aufsehen erregt und Debatten über den Rechtsstatus dieses Militärgefängnisses ausgelöst. Die Eckpfeiler des Systems Guantanamo waren zum einen die Verweigerung der Anerkennung völkerrechtlicher Regelungen und zum anderen die Aushebelung der US-Justiz. Letzteres wurde in einem Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofs der USA im Juni 2004 für verfassungswidrig erklärt. Der Autor rekonstruiert das rechtliche und politische Ringen um den Rechtstatus der inhaftierten Terrorverdächtigten und fragt nach den Folgen des Grundsatzurteils. Zwar seien neue Tribunale und Institutionen geschaffen und der alleinige Kontrollanspruch der Exekutive aufgehoben worden, dennoch, so Kögler, seien auch nach dem Urteil nachhaltige Verbesserungen für die Gefangenen nicht erkennbar. 'Diese Entscheidung bewirkte vorerst nur, dass ihnen der Weg für weitere Verfahren offen steht, deren Verlauf andauert und deren Ausgang trotz aller positiven Signale der untersten Instanz ungewiss ist'(82). (ZPol, NOMOS)

[225-L] König, Hans-Dieter:
George W. Bush und der fanatische Krieg gegen den Terrorismus: eine psychoanalytische Studie zum Autoritarismus in Amerika, (Psyche und Gesellschaft), Gießen: Psychosozial-Verl. 2008, 314 S., ISBN: 978-3-89806-789-8

INHALT: Der Autor untersucht zwei Reden George W. Bushs und eine Ansprache Osama bin Ladens sowohl in ihrer Wirkung auf das Publikum als auch daraufhin, was sie über die Redner verraten. Zudem schildert König den Umgang von Patienten mit den Erlebnissen um den 11. September 2001 aus seiner psychoanalytischen Praxis. Dabei strebt er die Perspektive einer politischen Psychologie in der Tradition von Max Horkheimers kritischer Gesellschaftstheorie an, die ebenfalls die Psychoanalyse als Forschungsinstrument nutzt. Konstanter Bezugspunkt sind die irrationalen Affekte infolge des 11. September, die an Vorurteile und aggressive Impulse appelliert hätten. Die Reden Bushs zeigten dessen Inszenierung als Feldherr und Prediger, der zum Krieg gegen ein Abstraktum, das Böse, aufrufe. Dabei lägen die Folterpraktiken im Guantanamo Bay und in Abu Ghureib in der Logik eines Denkens des Autoritarismus, der die Welt durch Zerstörung neu schaffen wolle. Der Autor betont, dass die Bilder des 11. September nicht nur bei Amerikanern, sondern auch bei Europäern massive Ängste und aggressive Impulse auslösten, die irrationale Fantasien und autoritäre Verhaltensbereitschaften freisetzten, und nimmt dabei Bezug auf Theodor W. Adornos Autoritarismusstudie. Zu Beginn des Buches wird detailliert die Methode erläutert, was den Nachvollzug dieses für manchen Leser womöglich exotischen Ansatzes erleichtert. Außerdem wird Bezug auf Alfred Lorenzers Tiefenhermeneutik genommen, die sehr fruchtbar zur Analyse von Gruppenerleben ist. Im dritten Kapitel findet sich zudem eine kritische Untersuchung der ebenfalls psychoanalytischen Studie 'Bush auf der Couch' von Justin Frank von 2004. Den Abschluss bildet eine Auseinandersetzung mit Richard Sennetts These vom sanften Faschismus in den USA, die von König verworfen wird. Seiner Ansicht nach handelt es sich um einen Autoritarismus, der die Möglichkeiten der Demokratie in zahlreichen Bereichen blockiere. Der Text weist eine gewisse Redundanz auf, da das Buch Ergebnis zweier zusammengeführter Forschungsprojekte ist. (ZPol, NOMOS)

[226-L] Müller, Harald:
George W. Bushs "Krieg gegen den Terror": eine Bilanz, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 57/2006, H. 406, S. 41-50 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.hss.de/downloads/PolitischeStudien406.pdf)

INHALT: Der Beitrag zu der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik der USA erörtert die fünf Schwerpunkte der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Dazu gehören die folgenden Aktivitäten: (1) Der Heimatschutz, (2) die Operationen der CIA, (3) die Demokratisierung in den moslemischen Staaten, (4) Vorbeugungen gegen den Terror mit Massenvernichtungswaffen sowie (5) Präventivschläge gegen sogenannte 'Schurkenstaaten'. Neben grundlegenden Bedenken gegen die Kriegsstrategie der USA bilanziert der Autor die fünf 'Kriegsfronten' wie folgt: Der Heimatschutz weist bei freundlicher Bewertung ein leichtes Plus auf. Die Operationen der CIA stehen deutlich im Minus. Die Bilanz der Demokratisierungsanstrengungen ist schwach ausgeglichen. Die Bemühungen um die Prävention von Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen sind deutlich positiv. Die Präventionsstrategie gegen die 'Schurkenstaaten' steht deutlich im Minus und bewegt auch die Gesamtbilanz dorthin. Amerikas 'Krieg gegen den Terror' stiftet mehr Kosten als Nutzen. Die amerikanischen WählerInnen werden darauf früher oder später reagieren. (ICG2)

[227-L] Nabers, Dirk:
Amerikanische Konstruktionen des Krieges und der Selbstverteidigung nach dem 11. September 2001, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 17/2007, H. 2, S. 357-378 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z3338; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In vielen politikwissenschaftlichen und völkerrechtlichen Analysen wird der amerikanische 'Krieg gegen den Terror' als eine neue Art von Krieg angesehen, der sowohl das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen als auch das Recht auf Selbstverteidigung nach einem Angriff von außen berührt. Eine Diskursanalyse der Konstruktionen des Kriegsbegriffs und der Selbstverteidigung seit dem 11. September 2001 durch die US-Regierung zeigt, dass die amerikanische Kritik an der gängigen Auslegung des Selbstverteidigungsrechts nicht in eine positive Rechtsbehauptung umgesetzt wurde. Stattdessen wurde der in der Tradition der philosophischen Lehre vom Krieg zentrale Begriff 'Gerechtigkeit' in unterschiedlicher Weise moralisch, evangelikal oder juristisch gebraucht und damit eine große Unsicherheit in der völkerrechtlichen Diskussion erzeugt. Auf keinen Fall eignete sich der Diskurs jedoch zur Schaffung neuen Gewohnheitsrechts nach dem 11. September oder zur Reinterpretation des völkerrechtlichen Gewaltverbots." (Autorenreferat)

[228-L] Nowak, Manfred:
Das System Guantanamo, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 36, S. 23-30 (www.bpb.de/files/IOG81A.pdf)

INHALT: "Im 'Krieg gegen den Terror' hat die Regierung der USA ein ganzes System von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus entwickelt, das außerhalb des Rechtsstaats angesiedelt ist und mögliche demokratische oder rechtsstaatliche Kontrollen durch amerikanische oder internationale Instanzen bewusst einschränkt oder gar ausschaltet." (Autorenreferat)

[229-CSA] Roth, Kenneth:
After Guantanamo: The Case Against Preventive Detention., , in: Foreign Affairs 87 no 3 9-16, 2008, ISSN: 0015-7120

INHALT: The U.S. detention facility at Guantanamo Bay has become a stain on the United States' reputation. Shutting it down will cause new problems. Rather than hold terrorism suspects in preventive detention, the United States should turn them over to its criminal justice system.

[230-L] Schmittchen, Dirk:
"Rogue States" - "Schurkenstaaten": ein stringentes US-Konzept im Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von ABC-Waffen?, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2818)

INHALT: Der Beitrag zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA befasst sich mit folgenden Fragen: (1) Woher stammt die Bezeichnung Rogue State (Schurkenstaat)? (2) Ist der Begriff adäquat, um das Verhalten der als Rogue States bezeichneten Staaten zu beschreiben? (3) Ergeben sich aus der Verwendung des Begriffs Rogue State eine konsequente und schlüssige Politik sowie eine zielorientierte einheitliche Strategie, die es rechtfertigen, eine geografisch uneinheitliche Gruppe von Staaten mit einem einheitlichen Begriff zu belegen? (4) War die Strategie erfolgreich, d.h. hat die Rogue State-Rhetorik zu signifikanten Verhaltensänderungen in den betroffenen Staaten geführt? Die Beantwortung beginnt im ersten Schritt mit einer Chronologie des Schlüsselbegriffs Rogue State in den USA. Im zweiten Schritt werden sodann einige generelle Überlegungen zu dem Terminus formuliert, um so die Bedeutung des Begriffs für die Außen- und Sicherheitspolitik darzulegen. Im dritten Schritt richtet sich im Rahmen kurzer Fallbeispiele der Fokus auf die konkrete Politik der USA gegenüber einigen Rogue States (Nordkorea, Iran, Kuba, Libyen), um die Stringenz der US-Politik zur Eindämmung der von diesen Staaten ausgehenden Bedrohungen zu überprüfen. Für die Verständigung auf eine gemeinsame Strategie kann der auf US-Interessen bezogene und durch eine, wie die Fallbeispiele aufzeigen, inkonsequente, keineswegs kohärente Politik gegenüber den einzelnen Rogue States gekennzeichnete Begriff kaum hilfreich sein. (ICG2)

[231-L] Schwanitz, Wolfgang G.:
Amerikas ungeschriebene Islampolitik I: das Weiße Haus und die Beziehung zwischen Terror und Islam ; Tl. 1: wie Amerikas Anti-Terror-Politik entstand, in: KAS-Auslands-Informationen, 2006, Nr. 9, S. 4-29 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_9280_1.pdf)

INHALT: "Die Anschläge vom 11. September 2001 stellten nicht nur den in jüngerer Zeit wohl schwersten Schlag gegen die amerikanische Nation dar, sie waren auch der Beginn einer radikalen Neuorientierung des sicherheitspolitischen Konzepts der mächtigsten Nation der Welt. Für Washington hatte der Kampf gegen den Terror fortan Priorität, wenngleich er auch keine Neuerfindung der Administration des George W. Bush war. Bereits in den frühen achtziger Jahren waren die Anfänge einer US-Anti-Terror-Politik artikuliert worden, doch war diese durch Inkohärenz, Ineffizienz und fehlendes Verständnis für die Kausalzusammenhänge in den Ursprungsregionen des Terrors selbst geprägt. Tief in den Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern des Kalten Krieges verwurzelt, waren die Sicherheitsstrategen der Regierungen Carter, Reagan, Bush sen., Clinton und selbst Bush jun. für den möglichen Zusammenhang zwischen Islamismus und Terror lange Zeit unempfänglich. Arabisch-islamische Länder wurden als Nebenschauplätze des Ost-West-Konflikts begriffen, ihre Regierungen zur Erreichung kurz- und mittelfristiger Ziele instrumentalisiert und gegeneinander ausgespielt. Erst die wachsenden Erkenntnisse über die Strukturen des Terror-Netzwerks al-Qa'ida führten zum Bild eines neuen Feindes der USA, dessen Züge erkennbar islamistisch sind und dessen Ziel der Kampf gegen die Amerikaner und ihre Werte auf weltweiter Bühne ist." (Autorenreferat)

[232-L] Sheikhzadeh, Shahram:
Das außen- und sicherheitspolitische Verhalten der USA nach dem 11. September 2001, Aachen 2008, 363 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=992567599&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=992567599.pdf)

INHALT: "Der 11. September 2001 brachte vielen unschuldigen Menschen den Tod. Dieses Ereignis beeinflusste das politische, militärische und kulturelle Verhalten und die Sicherheit vieler Länder insbesondere der USA so sehr, dass viele Sicherheitsmaßnahmen von diesen Ländern getroffen wurden. Auch die Beziehung zwischen den USA, ihren Freunden und ihren Feinden geriet unter den Einfluss dieses Ereignisses. In diesem Zusammenhang geriet auch die Beziehung zwischen den USA und der Europäischen Union unter ein anderes Licht. Im Laufe des kalten Krieges sahen die USA eine Bedrohung in den Mitgliedern des Warschauer Paktes, die von Fulda Gap zum Westen kam. Heute gibt es eine andere Bedrohung in Form von islamischem Fundamentalismus (islamischem Terrorismus), die mit und nach dem Ereignis des 11. Septembers 2001 die USA erneut zu Aktionen und Reaktionen veranlasst. Die USA stellen diese neue Situation als sehr bedrohlich und kritisch dar und versuchen andere Staaten in Richtung ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen, in die Innenpolitik anderer Länder einzugreifen und militärische Gemeinschaften zu bilden, mit der Absicht die wirtschaftliche, militärische und politische Sanktionen gegen 'manche' Länder als natürlich darstellen zu lassen. 'Diese neue Welt ist voller Zeichen des ehemaligen kalten Krieges. Man muss wiederholen, dass die Gefährdung der Sicherheit jeden Tag zunimmt'. 'Solche zunehmende Bedrohungen machen sich in Form von atomaren Waffen und Massenvernichtungsmitteln bis zum Terrorismus, sichtbar'. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der neuen Komplexität der internationalen Beziehungen und dem Scheitern einer 'neuen (friedlichen) Weltordnung' spätestens nach dem 11. September 2001 haben die Fragen wie z.B., unter welchen Bedingungen die Anwendung militärischer Gewalt im internationalen System und insbesondere durch die westlichen Demokratien angesichts der Menschenrechtsverletzungen, und neuen Bedrohungslagen zu akzeptieren ist, deutlich an Bedeutung gewonnen. War die völkerrechlichte Lage in den internationalen Beziehungen nach der militärischen Interventionen der NATO und der USA mit ihren Verbündeten in der 'Koalition der Willigen' im Kosovo 1999 schwierig, brachte der Irakkrieg mit sich neue Schwierigkeiten. Die Rolle der UN wurde auch dadurch unter Fragezeichen gesetzt. Die Bedeutung vieler Begriffe wie 'demokratischer Interventionismus', 'Selbstverteidigungsrecht', 'Präventivkrieg' und 'Verbreitung der Demokratie' usw. müsste aktiv diskutiert und neu definiert werden. Diese Begriffe sind natürlich keineswegs neu, wurden jedoch während der Zeit der Bipolaren Weltordnung anderes betrachtet und diskutiert. In der neuen anscheinend Unipolaren Weltordnung sind die humanitäre Intervention des 'Westens' im Kosovo und der US-amerikani-

sche nach der Ablehnung vieler Staaten u.a. einiger EU-Mächte allmählich statt Krieg gegen den Terror 'war for democracy' genannte Irakkrieg die Eckpunkte der grundsätzlichen Problematik, inwieweit es legal oder zumindest legitim sein kann, auch ohne das Vorliegen eindeutiger formaler Rechtfertigungsgründe eines Krieges seit wenigsten 1945 wie der Selbstverteidigung oder der Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat Gewalt gegen andere Staaten anzuwenden. Obwohl die Antworten auf diese Fragen vielschichtig und bekanntlich oftmals emotional-ideologisch diskutiert worden sind, wie die öffentlichen und akademischen Debatten um die Selbstermächtigung der NATO im Jahre 1999 zeigen jedoch, dass eine akademische Diskussion über das Verhalten der USA gegenüber ihren Verbündeten in der Europäischen Union nachdem 11. September 2001 immer noch notwendig ist. Um den Einfluss des Ereignisses vom 11. September auf das Verhalten zwischen den USA und der Europäischen Union besser zu verstehen, muss zuerst die politische Strategie in den Vereinigten Staaten von Amerika nach diesem Ereignis untersucht und analysiert werden." (Autorenreferat)

[233-L] Spillmann, Kurt R.:
Amerika im Kampf gegen das "Böse": 9/11 und die Folgen, in: Dieter Ruloff (Hrsg.): China und Indien: Supermächte des 21. Jahrhunderts? : mit Beiträgen zum Thema Nachhaltigkeit und Amerikas Selbstbild, Diessenhofen: Rüegger, 2006, S. 157-187, ISBN: 978-3-7253-0827-9 (Standort: LB Koblenz(929)-2007/2643)

INHALT: Der Verfasser behandelt aus historischer Perspektive die Frage nach dem Selbstbild der Supermacht USA. Er beginnt mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und dem Bürgerkrieg und schlägt einen breiten Bogen über den Ersten Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit, den Völkerbund, den Kalten Krieg, die Attentate vom 11. September, die Kriege in Afghanistan und im Irak und die Familie Bush. Vor diesem Hintergrund werden die Neokonservativen und das Netzwerk der christlichen Rechten als die beiden heute einflussreichsten politischen Strömungen in den USA behandelt. Nach Einschätzung des Verfassers werden die Republikaner mit ihrem problematischen Menschenbild noch auf längere Zeit die amerikanische Politik dominieren. (ICE2)

7 Terrorismus und Inszenierung - Medien zwischen Aufklärung und symbiotischer Beziehung

[234-F] Al-Jabiri, Ishtar, Dipl.-Soz.; Glück, Antje, Dipl.-Journ. (Bearbeitung); Gerhards, Jürgen, Prof.Dr.; Schäfer, Mike S., Dr. (Leitung):
Zur massenmedialen Konstruktion der Terrorismusgefahr im interkulturellen Vergleich

INHALT: Individuen und Gruppen reagieren auf Ereignisse, die sie als Bedrohung interpretieren, mit Angst und Furcht. In der westlichen Welt wird gegenwärtig v.a. das Handeln islamistischer Terrorgruppen als zentrale Bedrohung interpretiert; in der islamischen Welt werden hingegen die völkerrechtlich teils unzureichend legitimierten Interventionen v.a. westlicher Länder als Staatsterrorismus interpretiert. Diese empfundenen Bedrohungen können zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen sowie zur (De)Legitimierung global wirksamer Politiken führen. Die entsprechenden Wahrnehmungen und Interpretationen von Bedrohungen speisen sich dabei meist nicht aus der unmittelbaren Erfahrung, sondern sind über Massenmedien vermittelt, die zentrale Institutionen der Konstruktion von Bedrohung und Angst darstellen. Vor diesem Hintergrund wird das beantragte Projekt eine Analyse der Medienberichterstattung über terroristische Bedrohungen im Vergleich westlicher und islamischer Länder vorlegen. Dabei sollen die massenmedial - konkreter: im Fernsehen - dargestellten Bedrohungen und damit verbundenen massenmedialen Emotionalisierungsstrategien in einer kulturvergleichenden Perspektive herausgearbeitet werden.
METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert (TV-Sendungen ARD, BBC, CNN, Al-Jazeera, Al-Arabia). Qualitatives Interview (TV-Journalisten).
ART: *BEGINN:* 2008-09 *ENDE:* 2010-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* im Rahmen des Exzellenzclusters "Languages of Emotions"
INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie (Garystr. 55, 14195 Berlin)
KONTAKT: Schäfer, Mike S. (Dr. e-mail: mike.schaefer@fu-berlin.de, Tel. 030-838-57642)

[235-CSA] de Nelson, Sonia Ambrosio:
Understanding the Press Imaging of 'Terrorist': A Pragmatic Visit to the Frankfurt School, , in: The International Communication Gazette 2008, 70, 5, Oct, 325-337., 2008, ISSN: 1748-0485

INHALT: Media is at the heart of many public debates in the same way as terrorism and Islam are part of a global discourse since the events of 9/11 in the United States. This article attempts to use the social construction of social problems approach to understand the media's imaging of 'terrorists' in the context of Singapore. Combining media research with social critical reflection provides the tools to identify the social rationale dimension. The application of such a procedure reveals the complex relationships between the media and their role in the process of 'nation building'. The city-state fits the order model of society, where social integration, order and stability are fundamental. The Singaporean population is predominantly non-Islamic Chinese; however, geographically Singapore is located between Malaysia, a Muslim country, and Indonesia, where 89 percent of the population are Muslims. The article looks at Singapore's mainstream English-language newspaper, The Straits Times, and its representation of terrorists following the events of 9/11. The data cover three periods: (1) immediately after 9/11; (2) between January and February 2002, when a group of men accused of 'terrorism-related activities' were arrested in Singapore; and (3) September 2002, when Singapore's authorities announced the arrest of a second group of 'suspect terrorists'.

[236-L] Elsbergen, Gisbert van:
Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und 7. Juli 2005 im Spiegel der Presse, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 125-146, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: Der Beitrag analysiert die Berichterstattung über Terrorismus in der Presse. Dabei stehen die beiden Terroranschläge vom 11.September 2001 in den USA und vom 7.Juli 2005 in London im Vordergrund der Betrachtung. Insgesamt werden sechs Tageszeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland für einen Vergleich herangezogen. Neben dem Gesamteindruck der Titelseiten werden die Leitartikel, die Schlagzeilen und die Bilder einer genaueren Inhaltsanalyse unterzogen. Abschließend wird ein Ausblick auf weitere Forschungen in diesem Bereich gegeben. (GB)

[237-L] Elter, Andreas:
Propaganda der Tat: die RAF und die Medien, (Edition Suhrkamp, 2514), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 287 S., ISBN: 978-3-518-12514-4

INHALT: Terrorismus ist immer auch eine Kommunikationsstrategie, lautet die zentrale These dieser Analyse. Der Autor verknüpft deshalb die Aspekte Terrorismus, Kommunikation und Medien miteinander und befasst sich mit dem 'Theater des Schreckens' im 20. Jahrhundert, bei dem die Öffentlichkeit der eigentliche Adressat der terroristischen Kommunikationsstrategie war (und ist). Im Mittelpunkt steht die RAF, weil sie die erste Gruppe war, die sich der elektronischen Massenmedien bediente - eingebunden in das Dilemma, zur Sicherung der eigenen Existenz geheim bleiben zu müssen, gleichzeitig aber spektakuläre oder grausame Taten zu verüben, um in der Öffentlichkeit den Effekt des Schreckens zu erzielen. Der Autor beginnt mit einem ideengeschichtlichen Überblick vom politischen Mord in der Antike bis zu den Nationalisten, Sozialisten und Anarchisten des Vormärz. Im Anschluss identifiziert er den Begriff der Propaganda der Tat als in der anarchistischen Tradition stehend, ausgehend von Bakunin und Kropotkin - für die Entstehung dieses Konzepts waren 'die Erfindung des Dynamits und die Verbreitung der Massenpresse entscheidend'. Propaganda der Tat meint das Zusammenwirken von Gewalt und Kommunikation, verbunden mit einer Eskalationsstrategie. Er beschreibt dann detailliert die Geschichte der RAF aus dem Blickwinkel ihrer kommunikativen Strategie: das von ihr erzeugte Klima der Angst, auch durch das Zusammenwirken von Eigen- und Fremdwahrnehmung, die 'Symbiose' vor allem mit der Bild-Zeitung, die mit RAF-Themen ihre Auflage steigerte, die programmatischen Schriften, in denen Elter die klassische marxistische Gesellschaftsanalyse wiederfindet. Das Gesamtbild der verschiedenen Kommunikationselemente (u. a. Bekennerschreiben, das Video vom Entführungsopfer Schleyer) offenbart eine sinnlose und unmenschliche Strategie der Terroristen - deren Motive von einem großen Teil der Bevölkerung nie nachvollzogen wurden - und den Stammheim-Mythos als vor allem der Selbstlegitimierung der Gruppe dienend. (ZPol, NOMOS)

[238-L] Frey, Bruno S.; Rohner, Dominik:
Blood and Ink! The common-interest-game between terrorists and the media, (Working Paper Series / University of Zurich, Institute for Empirical Research in Economics, No. 285), Zürich 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.iew.unizh.ch/wp/iewwp285.pdf)

INHALT: "It has often been pointed out in the literature that a symbiotic relationship exists between terrorist groups and the media. As yet, however, no formal model has been built based on this issue and only very little empirical research has been done in this field. The present contribution builds a simple game theoretic model, focussing on the social interactions between terrorists and the media. The model has features of a common-interest-game and results in multiple equilibria. After a discussion of the policy implications of the model, an empirical analysis is performed. Using newspaper coverage, terror incidents and terror fatalities data, it is shown that media attention and terrorism do mutually Granger cause each other, as predicted by the model. Moreover, it is explained why terror attacks tend to be 'bloodier' in developing countries than in Europe and the United States." (author's abstract)|

[239-CSA] Ghetti, Michelle Ward:
The Terrorist Is a Star!: Regulating Media Coverage of Publicity-Seeking Crimes., , in: Federal Communications Law Journal 60 no 3 481-534, 2008, ISSN: 0163-7606

INHALT: Publicity-seeking crimes, including terrorism, almost by definition depend on the media for their effectiveness. Twenty-five years ago, when the bulk of this article was written, critics both within and outside the news industry had begun to voice an awareness, if not a concern, for the ease with which such criminals obtained publicity on both a national and international platform and it looked as if something might be done within the media establishments to thwart this manipulation of the press. Today, it is possible to look back and see that, in fact, nothing has been done and, so, individuals such as Osama Bin Laden and Seung-Hui Cho now use media establishments directly to spread their messages of hate, violence, and intimidation. This article explores the psychology of terrorism and why it can hardly exist without the media, then turns to the American mass media, and discusses why it needs titillating crimes for its existence. It then identifies and discusses the four main effects or harms of media coverage of publicity-seeking crimes and the media's answers to these harms. Finally, it suggests solutions and the effect the First Amendment to the United States' Constitution has on those solutions.

[240-L] Glaab, Sonja (Hrsg.):
Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, (Wissenschaft & Sicherheit, Bd. 3), Berlin 2007, 206 S., ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: "Welche Kommunikationsstrategie wenden islamistische Terroristen an? Welche Rolle spielt dabei das neue Medium Internet? Versuchten schon andere terroristische Gruppierungen, wie RAF oder ETA, die Massenmedien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren? Wie berichte(te)n die Medien über terroristische Anschläge und wie sollten sie berichten? Welche Wirkung hat die mediale Darstellung des Terrorismus auf die öffentliche Meinung? Diesen und anderen Fragen zur häufig postulierten symbiotischen Beziehung zwischen Massenmedien und Terroristen geht der vorliegende Sammelband nach. Zu Wort kommen Wissenschaftler aus der Kommunikations-, Geschichts- und Rechtswissenschaft, sicherheitspolitische Praktiker sowie Journalisten. Die Fragestellungen der Beiträge sind dementsprechend vielfältig und beinhalten historische, empirische und normative Problemstellungen der Terrorismus- und Kommunikationsforschung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ernst-Reinhard Beck: Geleitwort (7-8); Björn Peter Kilian: Vorwort (9-10); Sonja Glaab: Medien und Terrorismus - eine Einführung (11-16); Cornelia Glück: ETA und die Medien (17-30); Sonja Glaab: Die RAF und die Medien in den 1970er Jahren (31-50); Gabriel Weinrann: Online Terrorism - Modern Terrorists and the Internet (51-58); Elmar Theveßen: Die Nutzung der Medien durch Terroristen (59-74); Carola Richter: Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen (75-82); Stephan Alexander Weichen: Die Propaganda der Tat - Zur Kommunikationsstrategie des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus(83-98); David Th. Schiller: 'When it bleeds, it leads the headlines...' Ein Essay zum Thema 'Medien und Terrorismus' aus journalistischer und sicherheitspolitischer Perspektive (99-114); Christine Seehaus: Terrorismus in Bildern - Die Grenzen des rechtlich Zulässigen (115-126); Michaela Maier & Karin Stengel: 'Wir werden diese Bilder nie vergessen!' Die Bedeutung des Faktors 'Visualität' in der Nachrichtenberichterstattung über internationale Krisen (127-138); Nicole Haußecker: Zur Berichterstattung über Terrorismus in TV-Nachrichtensendungen am Beispiel der Terroranschläge in Kenia (139-154); Nikolaus Jackob: Die Diffusion von Terrormeldungen, die Wirkung von Anschlägen auf die öffentliche Meinung und die Folgen für das Vertrauen in der Demokratie (155-174); Christian Schicha: Der 11. September 2001 - Symbolische Politikvermittlung in den Medien (175-186); Liza Franke: Suicide Bombers in the Israeli/Palestinian Conflict: Martyrs or Terrorists? (187-203).

[241-L] Haußecker, Nicole:
Nachrichtenberichterstattung über Terrorismus: eine Analyse der TV-Nachrichten über die Terroranschläge in Kenia 2002, in: conflict & communication online, Vol. 6/2007, No. 1, 18 S. (www.cco.regener-online.de/2007_1/pdf/haussecker.pdf)

INHALT: "Nach der starken Kritik der Medienberichterstattung über Terrorismus, besonders nach dem 11.09.2001, werden die theoretischen Hintergründe ausgewählter Kritikpunkte betrachtet und ein weiteres terroristisches Ereignis, die Anschläge in Kenia am 28.11.2002, inhaltsanalytisch untersucht. Ziel dabei ist es, Aussagen bezüglich inhaltlicher und formaler Merkmale der Fernsehbericht-

erstattung über ein terroristisches Ereignis zu treffen. Deshalb liegt der Fokus auf den folgenden drei Forschungsfragen: 1. Welche Nachrichtenfaktoren spielen für die Selektion und Intensität der Berichterstattung über das terroristische Ereignis eine Rolle? 2. Wird mit Emotionalisierung gearbeitet? 3. Liegen negative Stereotype und/ oder Feindbilder bezüglich der islamischen und arabischen Welt vor? Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen erwartete Tendenzen sowohl die Merkmale der Terrorismusberichterstattung als auch die Senderkonvergenzen und -divergenzen im dualen System betreffend. Der Nachrichtenwert eines terroristischen Ereignisses ist anfänglich sehr hoch, jedoch verliert das Ereignis ab dem dritten Tag aufgrund diverser Nachrichtenfaktoren deutlich an Beachtung in der Berichterstattung. Das Vorkommen emotionalisierender Mittel wird empirisch bestätigt. Nicht nur emotionale Sprache und Sprechweise, sondern vor allem Formen der expliziten Emotionalisierung sind vertreten. Damit wird die Vermutung bekräftigt, dass die Medien die mit den terroristischen Ereignissen verbundene beängstigende Stimmung senderabhängig unterschiedlich stark aufgreifen. Ein direkter islamischer Feindbildaufbau ist in der Berichterstattung nicht zu verzeichnen. Allerdings liegen latente negative Bewertungstendenzen sowie negative Stereotype bezüglich der arabischen und islamischen Welt vor, die das seit dem 11.09.2001 negativ geprägte Bild festigen. Die meist narrativ inszenierte Fixierung auf Bin Laden und al Qaida erfolgt oberflächlich und vernachlässigt mögliche Hintergründe sowie kontextuelle Einordnungen. Trotz der kritischen Stimmen nach dem 11.09.2001 findet der geforderte Wandel in der Terrorismus-Berichterstattung nicht in gewünschtem Ausmaß statt. Damals bemängelte Aspekte sind weiterhin vorzufinden, variieren jedoch senderspezifisch." (Autorenreferat)

[242-L] Münkler, Herfried:
Prime-Time-Terrorismus: immer mehr Terroristen setzen Fernsehbilder als Waffen ein, in: Jahrbuch Fernsehen 2008, 2008, S. 56-64, ISBN: 978-3-9807428-7-0 (Standort: UB Trier(385)-21/z13551; Graue Literatur)

INHALT: Das Fernsehen steht inzwischen weltweit vor dem Dilemma, einerseits seine Einschaltquoten erhöhen zu wollen und seiner Informationspflicht nachkommen zu müssen, andererseits aber mit seiner ausführlichen Berichterstattung über terroristische Gewaltverbrecher diesen eine globale Plattform für ihre Botschaften zu bieten. Eine geeignete Gegenstrategie ist bis heute nicht gefunden. (KB)

[243-L] Nossek, Hillel:
"News media"-media events: terrorist acts as media events, in: Communications : the European Journal of Communication Research, Vol. 33/2008, Nr. 3, S. 313-330 (Standort: USB Köln(38)-MXA00767; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.reference-global.com/toc/comm/33/3)

INHALT: Auf der Basis von Längsschnittuntersuchungen zur Medienberichterstattung über terroristische Angriffe legt der Beitrag ein Modell vor, wie die Berichterstattung über derartige Angriffe als ein Medienevent verstanden werden kann und untersucht die gesellschaftliche Funktion einer solchen Berichterstattung. Die wichtigste Annahme des Modells ist, dass Journalisten ihr Ritual der Berichterstattung verändern, wenn sie sich mit außergewöhnlichen terroristischen Anschlägen befassen. Sie geben ihren normalen normativen Bezugsrahmen, der derartige Aktivitäten nach kritischer Überprüfung des Regierungshandelns einordnen würde, auf und nehmen bei der Berichterstattung eine national-patriotische Haltung ein, die das Ziel hat, Normalität und Ordnung wiederherzustellen. Dieses Modell kann nützlich dabei sein, die Rolle der Medien nach einem Terroranschlag zu klären. Während die Medien auf der einen Seite das Risiko eingehen, das terroristische Ereignis noch zu verstärken, indem sie ihm die öffentliche Bühne bereiten, nach der die Täter suchen, untergraben auf der anderen Seite Journalisten, die als Patrioten und nicht als Profis handeln, die Botschaft der Terroristen. Anstatt dass eine Botschaft von Terror, Furcht und Alarm verbreitet wird, senden die Medien an das angegriffene Land und seine Gesellschaft eine Botschaft von Solidarität, Partnerschaft und unbeugsamem Widerstand gegen die terroristische Bedrohung. Das Modell kann auch dazu dienen, die Medienberichterstattung über andere krisenhafte Situationen und nicht nur die über massive Terrorattacken besser zu verstehen. (UNübers.)

[244-L] Petersen, Christer:
"Informationsbomben": mediale Eskalations- und Deeskalationsstrategien von Krieg und Terror im Kontext von 9/11, in: Barbara Korte (Hrsg.) ; Horst Tonn (Hrsg.): Kriegskorrespondenten : Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 137-153, ISBN: 978-3-531-15091-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/7728)

INHALT: Bilder gehören zu den Ressourcen im Informationskrieg. Der Beitrag bezeichnet sie im Kontext der Anschläge des 11. Septembers mit einem Begriff von Paul Virilio als 'Informationsbomben'. Sie sind Mittel der Kriegsführung, die sowohl zu Zwecken der Eskalation als auch der Deeskalation eingesetzt werden können. Die symbolische Botschaft des Terrors, die Omnipotenz der terroristischen Bedrohung wurde durch die Massenmedien nicht nur verbreitet, sondern letztlich erst generiert, indem das Fernsehen, vor allen anderen Medien, die Ereignisse in einem Maße eskalierte, "das wohl selbst noch die kühnsten Erwartungen der Attentäter übertraf". Der Beitrag untersucht, wie die US-Regierung auf die Bilder des Terrors reagierte, und kommt zu dem Schluss, dass sie sich um eine mediale Deeskalation bemühte. "Der Eskalation der terroristischen Bedrohung wird mit einer Strategie der Informationsreduktion begegnet." Eine solche Strategie scheint zwar geeignet, die virtuelle Bedrohung durch "den Terror" medial einzudämmen, sie vertuscht aber gleichzeitig die Eskalation der faktischen Gewalt des "Krieges gegen den Terror". "Genau in dem Moment also, wo der Terror medial verbreitet und eskaliert wird, wird er zugleich auch schon wieder deeskaliert, da die Anschläge im Medialisierungsprozess ihres Bedrohungs- oder Beunruhigungspotentials und damit ihrer eigentlichen Botschaft beraubt werden." (RG)

[245-L] Richter, Carola:
Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 75-81, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag widmet sich der Frage, wie die heute agierenden, fundamental-islamistischen Terroristen die Massenmedien für ihre Zwecke nutzen. Dabei wird herausgearbeitet, wie islamistische Terroristen neben der eigentlichen 'Propaganda der Tat' durch ihre spezifische Medienproduktion und der Konstruktion eines ideologischen Überbaus zu globaler massenmedialer Präsenz gelangen. In diesem Zusammenhang werden drei maßgebliche Faktoren erläutert: Erstens sind die Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen aus dem spezifischen Mediengebrauch repressierter Gruppen in den autoritären System des Nahen Ostens entstanden. Dieser Mediengebrauch ist gekennzeichnet von einer cross-medialen Nutzung kleiner Medien und Massenmedien und ist sowohl auf nationale als auch auf globale Zielpublika gerichtet. Zweitens präsentieren islamistische Terroristen in den von ihnen produzierten Images ein dichotomes Weltbild, das als Realisierung der westlichen Konstruktion des Orients zu verstehen, also Folge der Zuschreibung kultureller Andersartigkeit durch den Westen ist. Drittens wird dieses Weltbild dankbar von den Massenmedien sowohl in den arabischen als auch in der westlichen Welt aufgenommen, da diese Konstruktionen von beiden Seiten verstanden und von den Medien als bekannte Frames übernommen werden können. (ICG2)

[246-F] Scheufele, Bertram, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Terrorismus - mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland
ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft Professur für Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft (Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03641-9-44939, Fax: 03641-9-44932, e-mail: bertram.scheufele@uni-jena.de)

[247-L] Schicha, Christian:
Der 11. September 2001 - Symbolische Politikvermittlung in den Medien, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 175-185, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag zu terroristischen Kommunikationsstrategien beschäftigt sich mit der Wahrnehmung, Wirkung und der Symbolik des Terrorismus bzw. der Berichterstattung über Terrorismus. Nach einleitenden Bemerkungen zur symbolischen Politikinszenierung diskutiert der Aufsatz die Bedeutung und Relevanz von Symbolen in den US-amerikanischen Medien am Beispiel der Terroranschläge vom 11. September 2001. Der Versuch, die Katastrophe zu verarbeiten, mündete sowohl in Trauerarbeit als auch in Formen symbolischer Politikinszenierungen, um das Gemeinschaftsgefühl der Amerikaner zu festigen. Der Ort des Verbrechens wurde zu einer Gedenkstätte. Nach dem ersten Schock hat sich das Leben in den USA inzwischen wieder weitestgehend normalisiert. Nach wie vor spielt der Patriotismus dort eine wichtige Rolle und beherrscht unter anderem durch das Symbol der amerikanischen Flagge an zahlreichen öffentlichen Plätzen das Straßenbild. Der inhaltliche Gehalt symbolischer Politikinszenierung, die im Rahmen zahlreicher offizieller Politikerauftritte im Anschluss an die Attentate zu beobachten waren, müssen jedoch kritisch hinterfragt werden. So ist zu untersuchen, ob es bei derartigen Aktionen um Rituale der glaubwürdigen Verarbeitung des Geschehens geht oder um Aspekte der politischen Machtsicherung aus strategischen Motiven heraus. Beim Blick auf die Medienberichterstattung im Anschluss an die Attentate ist ebenfalls Kritik angebracht. Es ist problematisch, mit einfachen Erklärungen durch Teile der Medienberichterstattung und die offizielle amerikanische Regierungspolitik komplexe Sachverhalte nach dem eindimensionalen Schema von 'Gut und Böse' zu simplifizieren. (ICG2)

[248-L] Soeffner, Hans-Georg:
Die eilige Allianz: Terrorismus und Medien, in: Antje Gunsenheimer (Hrsg.): Grenzen, Differenzen, Übergänge : Spannungsfelder inter- und transkultureller Kommunikation, Bielefeld: transcript Verl., 2007, S. 77-92, ISBN: 978-3-89942-794-7

INHALT: Den Terrorismus zeichnet immer schon Folgendes aus: Täter, Opfer und unmittelbare Augenzeugen, diejenigen, die den terroristischen Akt selbst erfahren, bilden die kleinste Gruppe. Die eigentliche Zielgruppe besteht aus den narrativ und medial versorgten "Second hand"-Erlebenden. Je größer der Verbreitungsgrad und je höher die Verbreitungsgeschwindigkeit des medial erzeugten kollektiven Entsetzens ausfallen, umso besser geht das terroristische Kalkül auf. Auf dieses wirkungsorientierte "Grundgesetz" setzt der moderne Terrorismus. Der vorliegende Beitrag beschreibt dieses Zusammenspiel von moderner technischer Infrastruktur, globalisierten Mediensystemen und terroristischem Kalkül hinsichtlich einiger Strukturmerkmale: (1) Die technische Infrastruktur hochentwickelter Länder wird zur Schwächung eben dieser Technik genutzt. Komplexität auf der einen und dichte, elektronisch gesteuerte Vernetzung der unterschiedlichen technischen Systeme auf der anderen Seite machen diese Infrastruktur hochgradig anfällig. (2) Omnipräsenz und Verfügbarkeit sowohl der Medien als auch des Medienpublikums ermöglichen es, dass jedes "größere" Ereignis in kürzester Zeit - beliebig oft wiederholt - "zugestellt" werden kann. (3) Diese "präsentische Ordnung" führt zu einer durch Kommunikation synchronisierten Erlebnisintensität und dementsprechend zu einer Steigerung des kollektiven Affektes und des darauf folgenden Ressentiments. (4) Diese medial erzeugte und gestützte Kollektivierung der Emotionen bei einem - tendenziell - entterritorialisierten Publikum bildet die strukturelle Basis für den Versuch einzelner Personen oder Gruppen, die "unerhörte" Tat zum Ausgangspunkt und als Anlass für eine Charismatisierung der Täter, ihres (An-)Führers oder einer Gruppe bzw. "sozialen Bewegung" zu wählen. (ICA2)

[249-CSA] Soriano, Manuel R. Torres:
Terrorism and the Mass Media after Al Qaeda: A Change of Course?, , in: Athena Intelligence Journal http://www.athenaintelligence.org/athenajournale.htm 2008, 3, 2, Apr-June, 1-19., 2008, ISSN: 1988-5237

INHALT: This article analyzes the possible relationship between terrorist groups & the media. As an example, a case study on the Al Qaeda organization will be used. Our methodology will involve analyzing the content of its public statements & examining the developments that have taken place during its history as an organization. Both perspectives suggest that terrorism's view of the media, far from being composed of rigorous ideological or political principles, is shaped by their calculations of estimated opportunities. Its perception of the mass media, has depended on its perception of estimated media impact. This has determined three stages during its history: (1) Hostility toward media that it has held responsible for hiding or distorting its message; (2) Adaptation to a new environment where there are networks that are willing to interpret reality from a perspective similar to the jihadist point of view (3) Exploitation of the Internet as an indirect means of obtaining the mass media's attention.

[250-F] Strüver, Anke, Dr. (Bearbeitung); Reuber, Paul, Prof.Dr.; Wolkersdorfer, Günter, Dr. (Leitung):
Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien - eine Analyse der geopolitischen Diskurse

INHALT: Das Forschungsprojekt analysiert die Medienberichterstattung über die Terroranschläge in New York und Washington sowie den daraus resultierenden Militärschlag gegen Afghanistan und die Diskussionen um einen Krieg gegen den Irak aus einer politisch-geographischen Perspektive. Im Zentrum des diskursanalytischen Vorgehens steht die Dekonstruktion der geopolitischen Rhetoriken, Leitbilder und Metaphern, die in den Medien über den Anschlag und dessen Implikationen aus der Perspektive unterschiedlicher Akteure verfasst und verbreitet wurden. - Welche geopolitischen Argumentationen verwenden sie? Wie werden die Terroristen bzw. die amerikanische Regierung und ihre Verbündeten dargestellt? Welche territorialen Semantiken einer neuen geopolitischen Gegnerschaft dienen zur argumentativen Legitimation der politischen und kriegerischen Gegenmaßnahmen? Mit welchen kartographischen und fotographischen Repräsentationen werden in den Medien die Argumentationen unterstützt? Kaum ein Ereignis der letzten Jahrzehnte machte die Macht geopolitischer Diskurse und die suggestive Kraft ihrer Abgrenzungs- und Begründungsrhetoriken deutlicher als der Anschlag vom 11. September sowie die in der Folge eingeleitete geopolitische Doktrin vom 'Kampf gegen den Terrorismus'. Das Beispiel eignet sich daher fast lehrbuchhaft, um die Rolle territorialisierender Codes sowie die Abhängigkeit des Krisenverlaufs von solchen Diskursen nachzuzeichnen. Die Dekonstruktion dieser vermeintlichen 'geopolitischen Wahrheiten' leistet einen konzeptionellen Beitrag zu einer zeitgemäßen Form der Friedensforschung. Nur die Offenlegung der Macht solcher Diskurse kann deren subtil-manipulativen Charakter enttarnen und damit mehr partizipative Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Zivilgesellschaft bei der kritischen Bewertung solch einschneidender Ereignisse schaffen. (S. www.uni-muenster.de/Geographie/institut/arbeitsgruppen/AG_Reuber/Wolkersdorfer/Wolkersdorfer_Seite.htm). *ZEITRAUM:* 2001-2003
METHODE: Diskurstheorie und -analyse *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert (Stichprobe: 10.000; Artikel in deutschen Printmedien; Auswahlverfahren: total). Inhaltsanalyse, offen (Stichprobe: 40; Auswahl deutscher Printmedien). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.
ART: *BEGINN:* 2004-02 *ENDE:* 2006-01 *AUFTRAGGEBER:* Deutsche Stiftung Friedensforschung -DSF- *FINANZIERER:* Auftraggeber
INSTITUTION: Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Politische Geographie, Sozialgeographie (Robert-Koch-Str. 26, 48149 Münster)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-8331957, e-mail: struever@uni-muenster.de)

[251-L] Theveßen, Elmar:
Die Nutzung der Medien durch Terroristen, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 59-73, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag widmet sich der Frage, wie die heute agierenden, fundamental-islamistischen Terroristen die Massenmedien für ihre Zwecke nutzen. Auf der Basis von Interviews und Recherchen in verschiedenen Ländern zeichnet der Autor ein detailliertes Bild von der Rolle des Internets als 'Universität des Dschihad'. So dient das Internet vor allem als Propagandamedium und als Kommunikationsinstrument bei der Koordination von Anschlägen, bei der Schaffung von Öffentlichkeit und bei

der Informationsgewinnung, beispielsweise für den Bau von Bomben. In diesem Zusammenhang werden ferner die daraus resultierenden Probleme für die Ermittler (Einschränkung der Meinungsfreiheit usw.) und die Gesellschaft erörtert. Durch die Nutzung modernster Medien seitens der Terroristen erlangt der Selbstmordattentäter Kultstatus unter den Anhängern einer neuen Subkultur des islamischen Terrorismus auch in westlichen Ländern - und die stehen dem Phänomen recht hilflos gegenüber. (ICG2)

[252-L] Trautmann, Sebastian:
"Terrorismus und Islamismus" als Medienthema: neue Bedeutungslinien im öffentlichen Diskurs zur Politik der Inneren Sicherheit, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.) ; Gudrun Hentges (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration : Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 139-149, ISBN: 3-531-15047-2

INHALT: Der Beitrag zur Berichterstattung der Massenmedien in Deutschland beleuchtet an drei Themenkomplexen, auf welche Weise das öffentliche Bild des Islamismus und islamischen Terrorismus geprägt wird: (1) den Sicherheitsgesetzen der Jahre 2001 bis 2003, (2) dem radikale Islamismus am Fall Kaplans, des 'Kalifen von Köln', 2002/2004 sowie (3) der Al Quaida-Terroristenprozesse in Hamburg 2003 bis 2005. In diesem öffentlichen Diskurs in den Printmedien lassen sich neue Bedeutungslinien im allgemeinen Verständnis von Freiheit, Sicherheit und Recht ausmachen, die möglicherweise die nachhaltigsten innenpolitischen Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA darstellen. Dies betrifft insbesondere die Aspekte der Zuwanderung und Migration. (ICG2)

[253-L] Weichert, Stephan A.:
Die Propaganda der Tat - Zur Kommunikationsstrategie des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 83-98, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag vergleicht die mediale Strategie der heutigen Terroristen mit der Strategie der früheren Terroristengenerationen in einer Zeit ohne Internet, Satelliten- und Privatfernsehen. Anliegen des Essays ist es also, die Symbiose von Medien und Terroristen zu hinterfragen und die aktuellen Entwicklungen zu beleuchten, die durch den gewaltigen Aufmerksamkeitsschub via Medien einen Terrorismus neuer Art begünstigen. So wird zunächst die Berichterstattung über den Terrorismus in den Fernsehnachrichtensendungen betrachtet. In einem historischen Rückblick werden sodann die ideologischen Wurzeln des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1970er Jahren beschrieben. Anschließend gilt das Augenmerk der Nutzung moderner Kommunikationsmittel wie dem Internet seitens der Terroristen zu Propagandazwecken sowie zur Planung, Koordination und Ausführung von Attentaten. Als Voraussetzung für ein medienpolitisches Verständnis des Terrorismus werden abschließend einige eng miteinander verknüpfte Aspekte, die maßgeblich zur Verschärfung der asymmetrischen Kommunikationsstrategie des Aufmerksamkeitsterrorismus beigetragen haben, thesenartig zusammengefasst. (ICG2)

[254-L] Weichert, Stephan A.:
Die Krise als Medienereignis: über den 11. September im deutschen Fernsehen, Köln: Halem 2006, 474 S., ISBN: 978-3-938258-21-7 (Standort: UB Bonn(5)-2006/8839)

INHALT: Einleitend wird das Fernsehen als Ritualisierungsmaschine dargestellt. Anhand des Beispiels des 11. Septembers 2001 wird die Verarbeitung des Ausnahmezustandes in den Medien geschildert, um die Relevanz des Ritualansatzes zur Analyse medialisierter Krisenereignisse zu begründen. Neben dem Forschungsstand zum Thema Medien- und Kommunikationsgesellschaft werden kulturtheoretische Themen zur Ritualisierung der Medienkommunikation erläutert. Die Funktionslogik des Fernsehens und die Ritualisierung der Medienereignisse stellen eigene Akzente der Untersuchung dar. Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung der Ritualisierung des 11. September im

deutschen Fernsehen werden Schlussfolgerungen bezüglich der rituellen Bedeutung der Krisenereignisse für Gesellschaft, Kultur und Journalismus abgeleitet. (ICG)

[255-CSA] Weimann, Gabriel:
The Psychology of Mass-Mediated Terrorism, , in: American Behavioral Scientist 2008, 52, 1, Sept., 69-86., 2008, ISSN: 0002-7642

INHALT: The growing use and manipulation of modern communications by terrorist organizations have led communication and terrorism scholars to reconceptualize modern terrorism within the framework of symbolic communication theory. Some applied the theater-of-terror metaphor to examine modern terrorism as an attempt to communicate messages through the use of orchestrated violence. This article examines the psychological importance of the mass media for modern terrorism, the media tactics of terrorists, and the challenges they present to media organizations and governments. Special attention is given to the use of the Internet by modern terrorists and the rhetoric of terrorist Web sites based on 8-year-long monitoring of terrorist presence on the Internet and the analysis of more than 5,000 terrorist Web sites. Finally, the article concludes with various responses of modern democratic societies to the challenge poised by media-oriented and media-savvy terrorists.

8 Sicherheit vs. Freiheit - Erosion von Bürger- und Menschenrechten im Kampf gegen den Terror?

[256-L] Andreopoulos, George:
The human rights/ humanitarian framework in the age of terror, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 19-36

INHALT: Viele Analytiker und Kommentatoren betrachten die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 als eine Umkehrung des Fortschritts hinsichtlich der Menschenrechte. Deshalb steht diese Problematik aktuell auch auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft. Es wäre falsch, so der Verfasser, den 'Krieg gegen den Terror' und die humanitären Interventionen als Gegensätze zu betrachten. Im Gegenteil, zwischen ihnen bestehen mehrere Überlappungen. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Bestätigung der Aktivitäten des UN-Sicherheitsrates im Hinblick auf relevante Organisationen und Gruppen zur Gewährleistung von Menschenrechten. Die Eröffnung des Sicherheitsdiskurses verstärkte die Fähigkeit und die Bereitschaft der Akteure im internationalen System, militärische Gewalt mit einem wachsenden Aufgebot an Möglichkeiten zu planen sowie die Legitimation der relevanten Initiativen durch den UN-Sicherheitsrat zu sichern. Ein zweiter Aspekt bezieht sich auf die Veränderung der Wahrnehmung der Terrorismusbedrohung. In der Zeit vor dem 11. September standen Gruppen mit antiwestlicher Orientierung im Mittelpunkt, die fähig sind, transnationale Gewalt auszuüben. Der heutige Blickwinkel setzt den Schwerpunkt auf Regionen, wo die vorherrschenden Bedingungen Terrorismus fördern oder erleichtern können. Ein dritter Aspekt bezieht sich auf die Veränderung der Orientierung der Aktivitäten: Während in der Vergangenheit die Durchführung von Interventionsmaßnahmen betont wurde, werden heutzutage Präventionsmaßnahmen vorgezogen. Hier bestehen interessante Parallelitäten zwischen den Diskussionen über die Möglichkeiten, dem Aufkommen des Terrorismus durch humanitäre Maßnahmen entgegen zu wirken, die innerhalb des humanitären Eingriffsdiskurses geführt werden, und den Diskussionen über die Verhinderung des Terrorismus innerhalb des Diskurses im Rahmen des "Kriegs gegen den Terrorismus ". In diesem Kontext werden die Herausforderungen 'von oben' und die damit verbundenen Aktivitäten des UN-Sicherheitsrats sowie die Herausforderungen von unten, die die Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen betreffen, zur Diskussion gestellt. (ICG)

[257-CSA] Aradau, Claudia:
Forget Equality? Security and Liberty in the War on Terror, , in: Alternatives 2008, 33, 3, July-Sept, 293-314., 2008, ISSN: 0304-3754

INHALT: The war on terror has triggered intense debates about the role of security and liberty, the trade-off between security and liberty, the meaning of security and the power of civil liberties. Nonetheless, while security has been closely dissected either as a governmental or exceptional practice, liberty has been largely shrouded in silence. Rather than contesting practices of security, liberty appeared degraded, a fetish, justifying restrictions and regulating conduct. This article unpacks the conditions of possibility for the degradation of freedom in the war on terror, and argues that freedom degenerates when its relation with equality is severed and it is instead tied up with security. Rather than the dichotomy liberty/security, I consider the triadic relationship with equality and the implications of the double demise of equality: On the one hand, the demise of equality from theories of security (starting with Hobbes); and on the other, the demise of equality in contemporary social and political thought.

[258-F] Beestermöller, Gerhard, Prof.Dr. (Bearbeitung):
Zum Spannungsverhältnis zwischen dem unbedingten Verbot der Tötung unschuldiger Menschen und der unabweisbaren Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Im Kampf gegen den Terrorismus ist das Grundrecht auf Leben neu in die Debatte geraten, insbesondere das unschuldiger Menschen, die weder durch ihr deliberatives Handeln irgendein Recht brechen, noch durch ihnen nicht vorwerfbares Verhalten anderen Schaden zufügen. Paradigma dieser

Frage ist das Luftsicherheitsgesetz, das erlaubte, Flugzeuge mit ihren Passagieren und Besatzungen abzuschießen, die nach Lage der Dinge zur Tatwaffe eines Terroranschlages instrumentalisiert werden sollen, wenn dies nur so verhindert werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Erlaubnis und damit das Gesetz als verfassungswidrig außer Kraft gesetzt. Dabei hat es sein Urteil expressis verbis auf die Frage beschränkt, welche Eingriffe in Grundrechte im Rahmen der innerstaatlichen Rechtswahrung erlaubt sind, und damit die Frage offengelassen, ob ein derartiger Abschuss mit seinem Eingriff in das Lebensrecht Unschuldiger im Rahmen des Landesverteidigung erlaubt ist. Damit ist die Rechtsethik herausgefordert. Darf in der Verteidigung der Rechtsordnung als ganzer das Lebensrecht Einzelner missachtet werden? Fällt der Kampf gegen den Terrorismus überhaupt noch unter die innerstaatliche Rechtswahrung oder doch nicht eher unter das Regelwerk der Landesverteidigung? Lässt sich diese Unterscheidung überhaupt noch aufrechterhalten? Welche ethischen Grenzen muss der Kampf gegen den Terrorismus anerkennen? Fragen dieser Art stehen im Zentrum dieses Projektes.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Beestermöller, Gerhard: Das Luftsicherheitsgesetz als Krisenindikator. in: die Neue Ordnung, Jg. 60, 2006, S. 296-317.+++Ders.: Ist im Krieg gegen Terrorismus alles erlaubt? in: S+F: Sicherheit und Frieden, Jg. 23, 2005, S. 32-34.

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Theologie und Frieden (Herrengraben 4, 20459 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: beestermoeller@ithf.de)

[259-CSA] Beestermoller, Gerhard:
Must the Country Sacrifice Innocence?, , in: Sicherheit und Frieden/Security and Peace 2008, 26, 1, 38-43., 2008, ISSN: 0175-274X

INHALT: Could shooting down a plane, killing its innocent passengers & potentially also people on the ground, ever be warranted if this were the only way to prevent a terrorist attack? This article considers an argument that compares these killings with the compulsory conscription of soldiers. If the state is permitted to send its citizens to war knowing that many will be killed in action, then it cannot be absolutely illegitimate to shoot down a plane. However, a state is only authorized to conscript its own citizens. On the basis of this comparison, it is therefore only legitimate for a state to shoot down a plane in such a situation if it can be certain that no foreigners will be killed in the plane or on the ground, which is highly unlikely. Furthermore, while conscription is only permitted if the state does not select citizens on the basis of their personal preferences, the likelihood of one's sitting on a plane very much does depend on personal preferences. Above all, sending soldiers to war is only justifiable if the war is legitimate. If a soldier fighting for a just cause is killed, he has suffered an act of injustice; a violation of his human rights has been committed by the unjust attacker. Thus, while a state might be permitted to expose its soldiers to deadly unjust violence, a state is never allowed to commit an abuse of human rights itself.

[260-L] Bielefeldt, Heiner:
Gefahrenabwehr im demokratischen Rechtsstaat: zur Debatte um ein "Feindrecht", (Essay / Deutsches Institut für Menschenrechte, No. 9), Berlin 2008, 23 S., ISBN: 978-3-937714-71-4 (Graue Literatur;
files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d83_v1_file_48c505395089f_essay_gefahrenabwehr_im_demokratischen_rechtsstaat.pdf)

INHALT: Die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit gehört zu den elementaren Aufgaben des demokratischen Rechtsstaates. Dies geschieht vermittels der Androhung und notfalls Anwendung von Gewalt, deren legitimes Monopol der Staat innehat. Als Rechtsstaat unterwirft er sich bei der Ausübung des Gewaltmonopols zugleich rechtlichen Bindungen, insbesondere den Menschenrechten, deren Einhaltung über Mechanismen der Gewaltenteilung sowie durch Rückbindung politischen Handelns an die demokratische Öffentlichkeit kontrolliert wird. Der vorliegende Text zielt darauf ab, die normativen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats in Erinnerung zu bringen, die auch in Zeiten terroristischer Bedrohung und bei veränderter Sicherheitslage gewahrt werden müssen. An die Überlegungen zu Menschenwürde, Menschenrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen schließt sich

eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept eines von rechtsstaatlichen Bindungen abgelösten "Feindrechts" an. (ICD2)

[261-L] Blaschke, Ulrich; Förster, Achim; Lumpp, Stephanie; Schmidt, Judith (Hrsg.):
Sicherheit statt Freiheit?: staatliche Handlungsspielräume in extremen Gefährdungslagen, (Schriften zum öffentlichen Recht, 1002), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 190 S., ISBN: 3-428-11872-3

INHALT: Dass Freiheit und Sicherheit in einem prekären Spannungsverhältnis zueinander stehen, gehört seit jeher zu den klassischen Topoi der Staats- und Verfassungsdiskussion. Die politischen Reaktionen (nicht nur) der westlichen Staaten auf die Anschläge des 11. Septembers 2001 haben dieser Debatte jedoch neue Nahrung gegeben. Allerorten wurden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausgeweitet und bestehende Freiheitsräume eingegrenzt. Welche Handlungsspielräume dem Staat in extremen Gefährdungslagen legitimerweise zukommen, welche ihm aber auch verschlossen bleiben sollten, wird in dem Band von Rechtswissenschaftlern aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Die Beiträge gehen zurück auf eine Tagung der Fachschaft Jura des Bischöflichen Cusanuswerkes aus dem Herbst 2004. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Dirk Heckmann: Sicherheitsarchitektur im bedrohten Rechtsstaat. Neue Polizeibefugnisse zwischen gestalterischer Freiheit und grundrechtlicher Statik (9-28); Kyrill-A. Schwarz: Die Dogmatik der Grundrechte - Schutz und Abwehr im freiheitssichernden Staat (29-49); Fredrik Roggan: Unerhörte Intimsphäre. Zur Erfordernis kernbereichsschützender Regelungen im Sicherheitsrecht (51-75); Peter Dreist: Einsatz der Bundeswehr im Innern - Das Luftsicherheitsgesetz als Anlass zum verfassungsrechtlichen Nachdenken (77-106); Eric Hilgendorf: Tragische Fälle: Extremsituationen und strafrechtlicher Notstand (107-1321); Ralph Christensen: Wahrheit, Recht und Folter - Eine methodische Betrachtung (133-160); Fabian Wittreck: Achtungs- gegen Schutzpflicht? Zur Diskussion um Menschenwürde und Folterverbot (161-189).

[262-L] Brecher, Bob:
Torture and the 'ticking bomb': fantasy and the so-called war on terror, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 2/2008, Nr. 1, S. 110-124

INHALT: Nicht nur aus symbolischen Gründen hat die Regierung der Vereinigten Staaten nach der Erklärung des 'Kriegs gegen den Terror' das Verbot der Folter massiv attackiert. Da diese Handlungen der Regierung die Empfindlichkeiten der Öffentlichkeit verletzen, geht die US-Regierung davon aus, dass diese ernsthaft "umerzogen" werden müsse. Also: Wenn die US-Regierung erreichen kann, dass die Öffentlichkeit Folter als ein legales Instrument akzeptiert, dann bestehen für ihre Anwendung keine Einschränkungen mehr. Der Autor zeigt, dass das Szenario der angeblichen Notwendigkeit der Folter im sogenannten 'Krieg gegen den Terror' eine Phantasie ist. Die gesellschaftliche Akzeptanz - so die These - ist mit der Institutionalisierung der Folter gleichzusetzen. Dieses Szenario ignoriert mithin die wichtigste Konsequenz, nämlich die moralische Wirkung dieser institutionalisierten Praxis auf die Gesellschaften selbst, die die Folter zum eigenen Schutz übernimmt. Die Institutionalisierung des Berufs des Folterers ist eine notwendige Bedingung für die Aufwertung der Folter. Diese Instrumentalisierung des 'Krieges gegen den Terror' mittels Verbreitung von Phantasien ist, so der Autor, der letzte Ausweg derjenigen, die die Macht zutiefst korrumpiert hat, um ihre Machtposition zu sichern. Dieser Umgang mit Folter ist dem Verfasser zufolge unehrlich und unaufrichtig. Er dient dem Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die Überschreitung der moralischen und rechtlichen Einschränkungen durch den sogenannten 'Krieg gegen den Terror' zu legitimieren. (ICG)

[263-L] Bull, Hans Peter:
Freiheitspathos und Sicherheitspolitik, in: Recht und Politik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 44/2008, H. 1, S. 16-24 (Standort: USB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag erörtert die Frage, ob in der Bundesrepublik Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlust noch in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. So formuliert ein früherer Bundesverfassungsrichter: "Im Kampf gegen den Terrorismus läuft der Staat Gefahr, die Freiheit der Sicherheit zu opfern" und das Fernmeldegeheimnis könne man "getrost als Totalverlust abschreiben". Auch die Debatten um ein "Feindstrafrecht" oder den Einsatz der Streitkräfte im Innern lassen liberale Politiker, Kritiker und Juristen nicht kalt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass bei diesen Fragen viel zu pauschal, teilweise überzogen und in gewissem Sinne irreführend argumentiert wird. Um die freiheitliche Ordnung gegen die Tendenz übertriebener Sicherheitsvorkehrungen zu schützen, wird die Lage schwarz in schwarz gemalt. Selbst wenn man bedenkt, dass Übertreibungen nötig sind, um Aufmerksamkeit für politische Themen zu erreichen - dieses Bild ist so weit von der bundesdeutschen Realität entfernt, dass nur sehr voreingenommene Betrachter Ähnlichkeiten erkennen können. Der Autor moniert hier insgesamt, dass an die Stelle der Problemuntersuchung und Tatsachenermittlung allzu oft allgemeine Annahmen treten, die nicht begründet werden, im schlimmsten Fall "Verschwörungstheorien". Auch die rechtliche Argumentation bleibt meistens auf einer abstrakten Ebene, stößt also nicht zu den jeweiligen Sachproblemen und alternativen Lösungswegen und -instrumenten vor. (ICA2)

[264-L] Dombrowsky, Wolf R.:
Terrorismus und Freiheitsrechte, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 59-80, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Verfasser beschäftigt zunächst mit der Problematik des Generalverdachts, der den Grundsatz der Demokratie in den Vorsatz totaler Herrschaft umkehre. Zwar stimmt er dem Präventionsgedanken zu, er plädiert jedoch gegen eine Abkehr von der Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Tat. Er weist im Folgenden darauf hin, dass entgegen den üblichen Annahmen zum Karriereverlauf von Terroristen die meisten Anschlägen von "Assimilanten" durchgeführt werden, deren Inklusion nicht im erhofften Maße gelang. Hier eröffnen sich Perspektiven einer Terrorismusbekämpfung jenseits konventioneller strafrechtlicher Maßnahmen. Der Verfasser behandelt die Problematik abschließend aus dem Blickwinkel europäischer Identität und fordert einen Verzicht auf Abschottung zwischen der westlichen und der arabisch-islamischen Welt. (ICE2)

[265-L] Frankenberg, Günter:
Kritik des Bekämpfungsrechts, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 38/2005, H. 4, S. 370-386 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Zeichen von Terrorismus und Antiterrorismus hat sich eine 'neue Sicherheitsarchitektur' herausgebildet. Diese äußert sich auf nationaler Ebene zum einen in einem Spurwechsel von Freiheit zu Sicherheit, zum anderen in dem der legislativen Aktivität zu entnehmenden Konzept eines 'Bekämpfungsrechts'. Am Beispiel der bekämpfungsrechtlichen Phänomene: Sonderpolizeirecht, Feindstrafrecht und Rettungsfolter werden Gefährdungen der Normalität und Mentalität von Freiheit kritisiert." (Autorenreferat)

[266-CSA] Gearty, Conor:
Terrorism and Human Rights, , in: Government and Opposition 2007, 42, 3, 340-362., 2007, ISSN: 0017-257X

INHALT: Since the formal invocation of the Universal Declaration of Human Rights in 1948, much global discourse has been shaped by those principles, to the extent that one could without exaggeration describe the period as an 'age of human rights'. But will and indeed can that survive the perceived danger arising from violent acts of terrorism? Is this now an 'age of terrorism'- or at least, an 'age of counter-terrorism'- in which human rights are being accorded a secondary status? This article considers those contentions and also advocates particular roles for those who work in the human rights field.

[267-L] Göller, Thomas:
Normativität der Menschenrechte im Zeichen terroristischer Gewalt?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Globale Handlungsfelder : Medien - Politik - Bildung, Karlsruhe: Univ.-Verl. Karlsruhe, 2006, S. 149-170, ISBN: 978-3-86644-067-8 (Standort: UB Trier(385)-sn48315; digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/documents/2910)

INHALT: In Anbetracht der Entwicklungen nach den Terrorattentaten in den USA vom 11. September 2001 geht der Verfasser der Frage nach, ob die Menschenrechte heute tatsächlich normative Funktionen erfüllen können. Es wird in diesem Kontext die These vom 'Kampf der Kulturen' analysiert und gezeigt, dass die der Ansicht von einem 'Kampf' zugrunde liegende kulturessentialistische Auffassung sich als Fiktion oder gar als ein inszeniertes Täuschungsmanöver erweist. Ihr liegt implizit oder explizit die Vorstellung zugrunde, dass Kulturen und die ihnen inhärenten kulturellen Werte gleichsam homogene und invariante Gebilde sind, die gegenüber historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen resistent sind. Es wird argumentiert, dass der Begriff der Kultur die menschliche Fähigkeit zu individueller und kollektiver Selbstgestaltung impliziert. Als eine zentrale rechtsphilosophische Konsequenz wird postuliert, dass die Menschenwürde in ihren vielfältigen Ausdrucksformen gewahrt und geschützt werden soll. Daraus werden grundlegende allgemeine Rechte abgeleitet, die auf einzelstaatlicher Ebene konkretisiert werden und Gültigkeit in Bezug auf die Regelung der Beziehungen zwischen souveränen Staaten gewinnen. Es wird argumentiert, dass die Menschenrechtsidee für ein Minimum an Bedingungen steht, die für ein menschenwürdiges und friedliches Leben und Zusammenleben unverzichtbar sind. (ICG)

[268-L] Gössner, Rolf:
Menschenrechte in Zeiten des Terrors: Kollateralschäden an der 'Heimatfront', Hamburg: Konkret Literatur Verl. 2007, 288 S., ISBN: 978-3-89458-252-4

INHALT: Nicht vom Terrorismus gehe gegenwärtig die wirkliche Gefahr für freiheitlich-demokratisch verfasste Gesellschaften aus, sondern von der Aushöhlung liberaler Grundrechte im Zuge der staatlichen Terrorbekämpfung, argumentiert der Autor, der Jurist ist und unter anderem Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. In den ersten beiden Teilen befasst er sich mit den Veränderungen des Rechtsstaats und beschreibt kritisch verschiedene Maßnahmen des Antiterrorkampfes. In den darauf folgenden drei Teilen werden deren Auswirkungen auf das Leben von Migranten sowie auf den Zustand der Bürger- und Menschenrechte und des Völkerrechts behandelt. Seine anfangs noch als Frage formulierte These belegt Gössner insgesamt mit einer Vielzahl von Beispielen. (ZPol, NOMOS)

[269-L] Gramckow, Heike:
Der USA Patriot Act und seine (Un)-Vereinbarkeit mit der amerikanischen Idee von Bürgerfreiheiten und Bürgerrechten, in: Klaus Sessar (Hrsg.): Herrschaft und Verbrechen : Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion, Münster: Lit Verl., 2008, S. 193-212, ISBN: 978-3-8258-1028-3

INHALT: "Der USA Patriot Act war kurz nach den Ereignissen des 11. September 2001 innerhalb von wenigen Wochen von der Bush-Regierung vorgelegt und ohne ausreichende Debatte vom Kongress verabschiedet worden. Die Bestimmungen dieses Gesetzes erleichtern den staatlichen Ermittlungsbehörden die Überwachung und den Zugriff auf Beweismaterial in einer Weise, dass die verfassungsrechtlich geschützten Freiheitsrechte erheblich beeinträchtigt werden können. Weitere Versuche der Regierung, diese Vorschriften weiter zu verschärfen, wurden jedoch abgelehnt, was insbesondere auf intensive Informationskampagnen einer Reihe einflussreicher privater Organisationen, die die Bewahrung von Bürgerrechten und des Rechtsstaates zum Ziel haben, zurückzuführen ist. Ende 2005 sollte die Gültigkeit einiger besonders umstrittener und zeitlich begrenzter Regelungen des Patriot Act auslaufen. Nach intensiven Debatten im Kongress und zum Teil auch in der Öffentlichkeit wurden diese Bestimmungen mit dreimonatiger Verspätung und einigen Einschränkungen auf weitere vier Jahre verlängert. Damit bleibt der Patriot Act eine verfassungsrechtlich bedenkliche Regelung,

die die Freiheitsrechte von US-Bürgern und insbesondere von Ausländern erheblich beeinträchtigen könnte - einer der Gründe, weshalb die Debatte weiter anhält. Gleichzeitig sind die Reaktionen auf den Patriot Act ein Beispiel für den Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit kontroverser Gesetzgebung - auch wenn die Ergebnisse bisher wenig zufrieden stellend sein mögen." (Autorenreferat)

[270-L] Haubrich, Dirk:
Anti-Terrorismusgesetze und Freiheitsrechte nach dem 11. September: Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 287-304, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden weltweit in demokratischen Staaten Anti-Terrorismusgesetze mit dem Ziel erlassen, sich gegen ähnliche Ereignisse auf eigenem Territorium zu schützen. Beschränkungen der individuellen Versammlungs-, Religions-, und Redefreiheit sowie des Schutzes der Privatsphäre ließen in der Öffentlichkeit schon bald den Verdacht aufkommen, dass Regierungen die angsterfüllte Stimmung unter den Bürgern ausnutzten, um übermäßig autoritäre Gesetze einzuführen. Während Regierungen die Maßnahmen als notwendiges Mittel rechtfertigten, um staatliche Fähigkeiten im Bereich Anti-Terrorismus und Sicherheit auszubauen, sahen Menschenrechtsorganisationen in den Gesetzen eine gefährliche Einschränkung des Schutzes der Menschenrechte. Untersuchungen zu diesen zwei entgegengesetzten Gesichtspunkten wurden bislang nur sehr begrenzt vorgenommen, so dass sich weiterhin die Frage stellt, welches Gleichgewicht zwischen Sicherheit und demokratischer Freiheit mit diesen Gesetzen tatsächlich erreicht worden ist. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, durch eine vergleichende Analyse der Gesetzgebung in Frankreich, Großbritannien und Deutschland diese Frage näher zu untersuchen. Die Anti-Terrorismusgesetze der drei Länder werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf acht Kategorien von Freiheitsrechten miteinander verglichen und es werden einige Hypothesen entwickelt, um die bestehenden Unterschiede zwischen den Ländern zu erklären. (ICI2)

[271-L] Heinz, Wolfgang S.:
Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz, in: Siegfried Frech (Hrsg.) ; Michael Haspel (Hrsg.): Menschenrechte, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2005, S. 165-187

INHALT: "Nach dem 11. September 2001 stellt sich für die internationale Staatengemeinschaft die Frage, welche Strategien und Regeln für die Bekämpfung des Terrorismus gelten sollen und wer ihre Einhaltung überprüft. Unter dem Bedrohungspotenzial entgrenzter terroristischer Gewalt wächst die Bereitschaft, im Zuge von Gegenmaßnahmen die moralischen und rechtlichen Grenzen zu verschieben. Die Vorfälle in Abu Ghraib sind nur ein Beleg für Verletzungen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts im Gefolge des Irakkrieges. Wolfgang S. Heinz schildert exemplarisch vier Typen von Menschenrechtsverletzungen im Irak und in Afghanistan. Opfer dieser militärischen Überreaktionen, legitimiert durch die Kriegsmetapher 'Global War an Terrorism', sind Gefangene und auch die Zivilbevölkerung. Bedenklich sind vor allem die damit einhergehenden rechtsstaatlichen Kontrollverluste und die Entwicklung "rechtsfreier Inseln" in Gefängnissen und Lagern. Von entscheidender Bedeutung - auch und gerade für die in Misskredit geratene westliche Menschenrechtspolitik-wird es sein, bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus Menschenrechtsnormen einzuhalten. Schlussfolgerungen und Empfehlungen am Ende des Beitrags mahnen eine umfassende und unabhängige Menschenrechtsbeobachtung des Kampfes gegen den Terrorismus an." (Autorenreferat)

[272-L] Heinz, Wolfgang S.:
Menschenrechte und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Kultur und Gerechtigkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 93-101, ISBN: 978-3-8329-2604-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5007)

INHALT: Der vorliegende Beitrag zeigt, dass es heute an einer "systematischen Beobachtung" mangelt, inwieweit Menschenrechte während der internationalen Terrorismusbekämpfung eingehalten werden. Die Geheimhaltung verbirgt nicht nur das strategische und operative Vorgehen, sie deckt offensichtlich auch zahlreiche illegale Maßnahmen. Fehler bei der Terrorismusbekämpfung, besonders die Misshandlung von Gefangenen, fügen einer glaubwürdigen Terrorismusbekämpfung neben den Verletzungen der Opfer selbst einen erheblichen Schaden zu, weil sie Sympathie und Solidarisierungseffekte fördern. Eine Reihe von Sicherheitspolitikern hat das inzwischen offen eingeräumt. Der entscheidende Punkt ist, dass bei einer effektiven Bekämpfung des Terrorismus eine Demokratie um so schärfer hinschauen muss, wie ihre Sicherheitsorgane handeln, um Fehler zu ermitteln und gegebenenfalls zu bestrafen, aber auch um strukturelle Kontrollverluste zu verhindern. Bestimmte Ansätze der bisherigen Terrorismusbekämpfung haben dieser schweren Schaden zugefügt. Die Bilder von Abu Ghraib, aber auch die im Westen meist unbeachteten Opfer der Koalitionskriegsführung unter der Zivilbevölkerung im Irak, Afghanistan und Palästina werden in anderen Ländern sehr wohl zur Kenntnis genommen. (ICA2)

[273-L] Heinz, Wolfgang S.:
Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz in Europa: exemplarische Fragestellungen 2005/2006, (Studie / Deutsches Institut für Menschenrechte), Berlin 2007, 67 S., ISBN: 978-3-937714-37-0 (Graue Literatur;
files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d63_v1_file_4641e705b1a84_IUS-032_S_Terror3_ND1_RZ_WEB.pdf)

INHALT: "Im Zentrum der Studie stehen drei Themen der Terrorismusbekämpfung und des Menschenrechtsschutzes in Europa: die Abschiebung von Terrorverdächtigen in ihre Heimatländer trotz Foltergefahr, die Mängel bei der Aufklärungsarbeit zu den CIA-Flügen in Europa und die Entsendung von Sicherheitsbeamten in Drittländer zur Befragung von Verdächtigen, die sich dort in einer unklaren Rechtssituation befinden. Bei all diesen Themen geht es immer auch um den Anspruch einer rechtsstaatlichen Demokratie, staatliches Handeln nach Prinzipien von Transparenz und Zurechenbarkeit auszuweisen, damit es von Dritten (Parlament, Medien, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren) beobachtet und bewertet werden kann." (Autorenreferat)

[274-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung); Gießmann, Hans J., Prof.Dr.Dr.sc. (Leitung):
Untersuchung von Argumenten exekutiver Akteure in den USA, der EU und Russland für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente exekutiver Akteure in den USA, der EU und in Russland, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen. Geprüft wird, ob die Argumente ähnlich sind, sich gleichen bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Europäische Union, Russland
ART: *ENDE:* 2008-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Leiter (Tel. 040-866077-0, Fax: 040-8663615, e-mail: giessmann@ifsh.de)

[275-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung):
Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland

INHALT: Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene in den USA, der EU und in Russland. Geprüft wird, ob sich die Argumente, die von gouvernementalen Akteuren für eine Durchführung "außerordentlicher" (exzeptioneller) Maßnahmen ins Feld geführt werden, ähnlich sind, sich gleichen bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. Ziel ist es herauszufinden, ob in Bezug auf Begründungen außerordentlicher Maßnahmen bei der Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus eine Koalition gouvernementaler "norm challengers" entstanden ist. Die Existenz einer solchen Koalition könnte eine erodierende Wirkung auf die weltweite Geltung von Menschen- und Bürgerrechten haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Europäische Union und Russland
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)
KONTAKT: Heller, Regina (Dr. Tel. 040-866077-66, e-mail: heller@ifsh.de); Kahl, Martin (Dr. Tel. 040-866077-22, e-mail: kahl@ifsh.de)

[276-L] Ignatieff, Michael:
Das kleinere Übel: politische Moral in einem Zeitalter des Terrors, Hamburg: Philo 2005, 277 S., ISBN: 3-86572-524-4

INHALT: Der Autor bemüht sich, moralische Antworten auf die Bedrohung zu geben, die der Terrorismus auf den demokratischen Verfassungsstaat ausübt. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Frage, wie Demokratien sich gegen diese neue Sicherheitsbedrohung zur Wehr setzen können, ohne die Werte zu zerstören, für die sie stehen. Der Autor rückt dabei von einer Position ab, die Menschenrechte für schlechthin unverletzlich erklärt. Voraussetzung für eine Aufhebung von Rechten sei allerdings, dass Ausnahmen die Regel nicht zerstören, sondern sie bewahren. Aus diesem Grund dürfen sie nur vorübergehend sein, müssen öffentlich gerechtfertigt werden können und dürfen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Von dieser Position aus unterzieht der Autor die Antworten der westlichen Demokratien auf die Bedrohung des Terrorismus, allen voran die Politik der USA nach dem 11. September, einer weit reichenden Kritik. Erstens sei eine nicht-öffentliche Form des Regierungshandelns auf Kosten legislativer Befugnisse unzulässig gestärkt worden und zweitens würden auch die politischen Rahmenbedingungen, die für das Aufkommen des Terrorismus von Bedeutung seien, sträflich vernachlässigt: 'Also wird eine Strategie der Terrorbekämpfung, die es nicht schafft gegen Ungerechtigkeit vorzugehen, die es nicht schafft, politische Kanäle zur Beseitigung von Groll aufrecht zu erhalten, mit rein militärischen Mitteln keinen Erfolg haben' (11). (ZPol, NOMOS)

[277-L] Krasmann, Susanne:
Folter im Ausnahmezustand?, in: Susanne Krasmann (Hrsg.) ; Jürgen Martschukat (Hrsg.): Rationalitäten der Gewalt : staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Bielefeld: transcript Verl., 2007, S. 75-96, ISBN: 978-3-89942-680-9

INHALT: Die gegenwärtige Sicherheitspolitik ist nach der These der Autorin von einem spezifischen Realismus geprägt, der es ermöglicht, eine eminente Bedrohungslage als selbstevident wahrzunehmen und ins Spiel zu bringen, um außergewöhnliche Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben diesen Realismus sichtbar werden lassen. Im Unterschied zu den Konzeptionen der politischen Philosophie, z.B. von Carl Schmitt und Giorgio Agamben, werden dabei Recht und Rechtsstaatlichkeit nicht suspendiert, sondern im Namen der Sicherheit systematisch ausgehöhlt. Dieser Mechanismus beruht auf einer bestimmten liberalen Konzeption von Gesellschaft, wie die Autorin am Beispiel der jüngsten Debatte zur Rechtfertigung der Folter zeigt. Der Realismus, der Recht und Gesetz einer Macht des Faktischen unterstellt, ist nach ihrer Einschätzung kein singuläres Phänomen unilateraler US-amerikanischer Sicherheitspolitik, sondern ebenso auch in Deutschland zu beobachten. Sie erörtert einige zentrale Argumente aus der Debatte zur Rechtfertigung der Folter und zeigt, dass diese nicht ein Ausnahmediskurs, sondern ein Extrempol im Kontinuum eines

allgemeinen Sicherheitsdiskurses darstellt, der im Verweis auf Gefahren außergewöhnliche politische Maßnahmen rechtfertigt und den Ausnahmezustand ins Recht "einschreibt". (ICI)

[278-L] Lepsius, Oliver:
Die Terrorismusgesetzgebung und das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Deutschland, in: Beate Rosenzweig (Hrsg.) ; Ulrich Eith (Hrsg.): Islamistischer Terrorismus : Hintergründe und Gegenstrategien, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2006, S. 119-149, ISBN: 3-89974301-6

INHALT: "Am Beispiel der Terrorismusgesetzgebung in Deutschland diskutiert der Autor das grundlegende Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Die seit 2002 für fünf Jahre geltenden weitreichenden Regelungen des zweiten Sicherheitspakets umfassen insbesondere gravierende Einschränkungen der grundgesetzlich geschützten Privatsphäre, beschränken die öffentliche rechtsstaatliche Kontrolle und somit den individuellen Rechtsschutz und vergrößern die generellen Zuständigkeiten des Bundesamts für Verfassungsschutz zu Lasten bisheriger gewaltenteiliger und somit freiheitssichernder Behördenkompetenzen. Der zentrale rechtsstaatliche Mangel dieser Akzentverschiebung zu Gunsten der Sicherheit liegt vor allem in dem bisherigen Verzicht des Gesetzgebers auf eine nähere Bestimmung von Sicherheit und Gefahr. Eine rationale Abwägung rechtlicher Normen - etwa Sicherheit versus Freiheit - wird somit nahezu unmöglich." (Autorenreferat)

[279-L] Loewe, Marie-Noelle:
Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde: die neuen Bedrohungen der Offenen Gesellschaft-Terrorismus und Terrorismusbekämpfung als Feinde der Freiheit, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 92 S., ISBN: 978-3-8364-2253-6

INHALT: "Nicht erst seit 9/11 hat es sich seitens der jeweiligen Regierungen als beliebte Maßnahme erwiesen, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Bürger - und Freiheitsrechte einzuschränken. In den USA ist der so genannte 'Patriot Act' zu zweifelhafter Berühmtheit gekommen, in Deutschland sorgten die Sicherheitspakete I und II des damaligen Innenministers Otto Schily für Wirbel. Die Sinnhaftigkeit der jeweiligen Gesetze und neuen Regelungen gilt in Hinsicht auf eine langfristige Anti-Terror-Politik als umstritten. Besonders paradox erscheint das Grundaxiom vieler der neuen Sicherheitsmaßnahmen, Freiheit lasse sich durch Freiheitseinschränkung gewinnen. Dieses Buch beschäftigt sich mit eben dieser Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit. Mit Blick auf Karl Poppers Idee der Offenen Gesellschaft wird dargestellt, inwiefern sowohl der Terrorismus als auch die Terrorismusbekämpfung ein Gefühl der Angst und der Bedrohung schüren, das zu Ressentiments gegen das Unbekannte und zu einem verstärkten Bedürfnis nach Sicherheit führen." (Autorenreferat)

[280-L] Müller, Markus M.:
Bürgerrechte und Innere Sicherheit: kollektive Sicherheit auf Kosten individueller Freiheit?, in: Roland Sturm (Hrsg.) ; Heinrich Pehle (Hrsg.): Wege aus der Krise? : die Agenda der zweiten Großen Koalition, Opladen: B. Budrich, 2006, S. 133-148, ISBN: 3-86649-002-X (Standort: UB Bonn(5)-2006-4413)

INHALT: Ausgehend von der Analyse der Problemlage, insbesondere ihrer Neuartigkeit im Zuge der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, wird ein Überblick über den Bestand an Maßnahmen im Bereich der Politik innerer Sicherheit gegeben. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen nicht nur auf die Reaktionen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, sondern berücksichtigen auch den weiteren Kontext der Sicherheitspolitik, wie er sich im Wesentlichen seit der Notstandsgesetzgebung der 1960er Jahre darstellt. Abschließend werden die selbst gesetzten, sicherheitspolitischen Projekte der Großen Koalition betrachtet, und damit die aus der Eigendefinition sich ergebende Agenda sowie der weitere Handlungsbedarf. Dieser ergibt sich vor allem aus der aktuellen Rechtssprechung der vergangenen Jahre, aber auch aus den laufenden Entwicklungen, etwa im Zusammenhang mit dem seit Januar 2006 sich ausbreitenden Karikaturen-Streit. So umfassen die sicherheitspolitischen Überlegungen (1) die Installierung eines Sicherheitsföderalismus, (2) die Stärkung präventiver Maßnahmen zur Verhinderung vor allem terroristischer Anschläge und (3) die Be-

rücksichtigung einer bürgerrechtsfreundlichen Rechtssprechung. Der Autor merkt an, dass der deutsche Verflechtungsföderalismus eine komplexe Sicherheitsarchitektur generiert, die das Handlungsprofil einer jeden Bundesregierung substanziell begrenzt. Dass die Große Koalition in der Lage ist, hier fundamentale Änderungen zu initiieren, ist somit nicht zu erwarten. (ICG2)

[281-L] Nowak, Manfred:
Die Aushöhlung des Folterverbots im Kampf gegen den Terrorismus, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, s. 55-70

INHALT: Bis zum 11. September 2001 galt das Folterverbot als Tabu. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington hat die Bush-Regierung dem global agierenden Terrornetzwerk der Al-Qaida ausdrücklich den "Krieg" erklärt und den Geheimdienst CIA ermächtigt, bei Verhören verdächtiger Terroristen die "Samthandschuhe auszuziehen". Der Autor analysiert unterschiedliche Methoden, mit denen die USA und ihre Verbündeten das absolute Folterverbot im Kampf gegen den Terrorismus ausgehöhlt haben. Dabei werden die völkerrechtswidrige Einengung der Folterdefinition, die Relativierung des Verbots grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, das Szenario der 'tickenden Bombe', Guantanamo Bay als Symbol für die territoriale Auslagerung der Folter in ein rechtliches Niemandsland, die 'extraordinary renditions' als Symbol für die Missachtung völkerrechtlicher Mindeststandards für Ausweisung und Auslieferung, die Umgehung des 'Refoulement-Verbots' durch 'diplomatische Zusicherungen', die Praxis des Verschwindenlassens verdächtiger Terroristen in geheimen CIA-Lagern, die Aushöhlung des Beweisverwertungsverbots in Artikel 15 der UN-Konvention gegen die Folter und die Verweigerung des Rechts von Folteropfern auf Entschädigung durch US-amerikanische Gerichte angesprochen. Zum Schluss wird die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Aushöhlung des Folterverbots straflos bleibt. (ICG2)

[282-L] Nuscheler, Franz:
Das Ende des 'Zeitalters der Menschenrechte': wie der 'Krieg gegen den Terror' die Freiheitsrechte bedroht, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Kultur und Gerechtigkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 79-91, ISBN: 978-3-8329-2604-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5007)

INHALT: Die Sache der Menschenrechte hat für den Autor am 11. September 2001 einen schweren und nachhaltigen Rückschlag erlitten. Der Terrorismus verletzt Menschenrechte und seine Bekämpfung erzeugt einen "Terrorrabatt" in der Menschenrechtspolitik. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Weltpolitik lassen nicht den Schluss zu, dass sich die Vision einer auf universellen und unteilbaren Menschenrechten beruhenden Weltethik schnell von diesem Schock erholen wird, zumal auch "reife Demokratien" bereit sind, dem "Grundrecht auf Sicherheit" Priorität vor Freiheitsrechten einzuräumen. Dabei geht es um nicht weniger als um die Bewahrung von zivilisatorischen Errungenschaften, zu denen die universellen Menschenrechte zählen; es geht auch um die Zukunft des Rechtsstaates, die Bereitschaft, nicht aus Angst Freiheitsrechte dem trügerischen Sicherheitsversprechen einem "Leviathan" zu opfern. Es wäre ein fataler Sieg des internationalen Terrorismus, wenn die Menschenrechte auf dem Altar der inneren Sicherheit geopfert würden. Benjamin Franklin gab die Antwort, was dann geschehen würde - und für den Autor geschieht es schon: "Der Verlust von Freiheit und Sicherheit". (ICA2)

[283-L] Prantl, Heribert:
Der Terrorist als Gesetzgeber: wie man mit Angst Politik macht, München: Droemer Knaur 2008, 219 S., ISBN: 978-3-426-27464-4 (Standort: Neubiberg UniBundeswehr(706)-08/448)

INHALT: Die Attentate der islamischen Fundamentalisten führen dazu, dass in der westlichen Welt dem freiheitlichen Rechtsstaat und der Liberalität der Garaus gemacht wird. Die Erfassungsnetze werden dichter, die beobachtungsfreien Zonen kleiner. "Zur Sicherheit" wird belauscht und ausgespäht, werden Computer durchsucht, Menschen gefangen gehalten oder sogar gefoltert. Das Recht wird ausge-

dünnt, um so besser mit den globalen Gefahren fertig zu werden. Vom normalen Strafrecht wird ein Feindstrafrecht abgespalten und das verbleibende normale Strafrecht verwandelt sich in ein Gefahrenvorbeugungsrecht. Das neue Vorbeugungsrecht ist in Wahrheit der Rückfall in ein mittelalterliches Recht - es ist kein Recht für Menschen und gegen Straftaten, sondern ein Instrument gegen das Böse. Menschenwürde wird antastbar, der Mensch zum Objekt staatlichen Sicherheitsdenkens. Demgegenüber plädiert der Verfasser für eine Politik, die innere Sicherheit findet in dem Satz: "Recht sichert Freiheit". (ICE2)

[284-L] Reese-Schäfer, Walter:
Sicherheit, Freiheit und Terrorismus, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 37-51

INHALT: Für die Entstehungsgeschichte der liberalen Demokratie ist, so der Verfasser, die Verknüpfung von Freiheitsrechten mit Abwehrrechten gegen die Staatsgewalt charakteristisch. Der Staat, auch der demokratische Staat, kann aus dieser Perspektive nur mit äußerstem Misstrauen betrachtet werden. Die vielen Sicherungsinstanzen der rechtsstaatlichen Überprüfung, d.h. insbesondere die Kontrolle durch parlamentarische, später auch öffentliche Diskussion sowie durch unabhängige Gerichte sind Ausdruck dieses Grundmisstrauens. Es wird die These vertreten, dass die deutlich werdende anti-administrative Mentalität politisch durchaus als vorteilhaft und funktional angesehen werden kann. Die Verteidigung individueller Freiheitsrechte, nicht aber die der ihnen zugrunde liegenden Institutionen steht im Vordergrund anwaltlichen Denkens. D.h.: Wenn den Terroristen mit individualistisch-rechtsstaatlichen Mitteln nicht beizukommen ist, dann muss man sie eben gewähren lassen. Eine solche Denkweise wird eher Verluste an Menschenleben der eigenen Bürger in Kauf nehmen als Datenschutzbestimmungen einschränken. Die These wird anhand der Diskussion, ob Videoüberwachungen nicht einen Eingriff in Grundrechte darstellen, verdeutlicht. Die Lehren aus Weimar und das Konzept der 'Militant Democracy' werden in die Argumentation einbezogen. In diesem Kontext wird die gegenwärtig unter amerikanischen Intellektuellen ausgetragene Debatte analysiert, die den Vorwurf, die westlichen Demokratien würden im Kampf gegen den Terror die Grundlagen ihrer Freiheit gefährden, betrifft. Der Autor fasst das Ergebnis seiner Untersuchung wie folgt zusammen: Die politische Gesellschaft selbst steht auf dem Spiel und ist das Gegenbild zu einer Welt des Terrors. Sie ist auf wirkungsvolle Abwehrreaktionen gegen das Eindringen terroristischer Gewalt angewiesen und darf dies keineswegs allein den Spezialisten und Sondereinheiten von Polizei und Militär überlassen, während die verschüchterten Bürger am Spielfeldrand als Zuschauer verharren und selbst das Jubeln und lautstarke Demonstrieren eher den Freunden und Komplizen des Terrors überlassen. (ICG2)

[285-L] Roth, Roland:
Jenseits der Menschenrechte?: der "Krieg gegen den Terror" als Herausforderung für Menschenrechts-NGOs, in: Ansgar Klein (Hrsg.) ; Silke Roth (Hrsg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 47-68, ISBN: 978-3-531-15516-6

INHALT: "Sowohl der seit 2001 andauernde 'Krieg gegen den Terrorismus' der USA (und ihrer Verbündeten) - mit Afghanistan und dem Irak als den ersten Schauplätzen und dem Iran in der Warteschleife - als auch die Einschränkungen von Bürger- und Freiheitsrechten, die viele Länder in zahlreichen 'Anti-Terror-Gesetzen' und administrativen Maßnahmen nach dem 11. September 2001 vorgenommen haben, künden von einer drohenden Obsoleszenz der Menschenrechte. Nicht wenige Beobachter halten den Abbau von Freiheitsrechten zugunsten staatlicher Sicherheits- und Militärbefugnisse für notwendig oder zumindest für temporär hinnehmbar. Menschenrechte werden dabei unter Opportunitätsvorbehalt gestellt. Damit haben sich die politischen Gelegenheitsstrukturen für Menschenrechtsorganisationen und -bewegungen radikal verändert. Dieser Beitrag unternimmt den Versuch, die Wirkungen von '9-11' auf Menschenrechts-NGOs zu beleuchten und deren Reaktionen auf die neue Situation sowie die Folgen für das transnationale Menschenrechtsregime insgesamt zu diskutieren." (Autorenreferat)

[286-L] Scheinin, Martin:
Terrorism and human rights, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 11-18

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die Aktualität der sogenannten Turku-Erklärung über die humanitären Standards im internationalen Recht. In der Ära des globalen Terrorismus und insbesondere seit den massiven Terroristenangriffen vom 11. September 2001, so der Verfasser, haben viele Regierungen das kompromisslose Prinzip, dass es Grundrechte der Person gibt, die unter allen Umständen respektiert werden müssen, gefährdet und Maßnahmen ergriffen, die mit der Menschenwürde nicht kompatibel sind. Die Grundrechte der Person müssen von jedem respektiert werden. Dieses Prinzip ist in der Tradition des internationalen humanitären Rechts bekannt, wo alle Parteien in einem bewaffneten Konflikt zur Einhaltung derselben Normen verpflichtet werden. In den Dokumenten der internationalen Organisationen lassen sich hinsichtlich der terroristischen Bedrohung unterschiedliche Ansätze erkennen. Die Differenzen in der Formulierung von solchen Resolutionen spiegeln verschiedene wissenschaftliche und politische Positionen bezüglich der Frage wider, ob nur Staaten Menschenrechtsverletzungen begehen können und ob für solche Verletzungen auch nicht-staatliche Akteure zur Verantwortung gezogen werden können. Gegenwärtig stellt der gesetzlich bindende normative Rahmen einen Bestandteil internationaler Verträge dar. Diese Verträge werden eindeutig auf Menschen als ihre Nutznießer und auf die Staaten als Träger von entsprechenden Verpflichtungen ausgerichtet. Darüber hinaus sind internationale Überwachungsmechanismen institutionalisiert worden, die Staaten für Menschenrechtsverletzungen sanktionieren können. Vergleichbare Regelungen bezüglich nicht-staatlicher Akteure existieren jedoch nicht. Es wird argumentiert, dass die Menschenrechtsproblematik für den Kampf gegen den Terrorismus in mehrfacher Hinsicht bedeutsam ist. Menschenrechte dürfen nicht lediglich als eine Einschränkung für Terrorismusbekämpfungsmaßen betrachtet werden. Einen spezifischen Aspekt der internationalen Zusammenarbeit stellt die Untersuchung, Popularisierung und Förderung von 'best practices' auf diesem Gebiet dar. (ICG)

[287-L] Schild, Georg:
Terrorbekämpfung und Bürgerrechte in den USA nach dem 11. September 2001, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 267-285, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington erklärte die Bush-Administration den Terrorismus als die mit Abstand größte Bedrohung für Amerika und nannte als Ziel ihrer Regierung, dieser Gefahr mit äußerster Entschlossenheit entgegen zu treten. Nach Ansicht des Rechtswissenschaftlers und Terrorismusexperten Philip B. Heymann verhielt sich die Administration so, als ob das Land den gleichen Bedrohungen von Unabhängigkeit und Sicherheit ausgesetzt sei wie während des Zweiten Weltkrieges. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst der asymmetrische Konflikt in den USA nach den Terroranschlägen und das Kriegsverständnis der Bush-Administration beschrieben. Um die Verschärfungen im Bereich der inneren Sicherheit und die Einschränkungen der Bürgerrechte zu verdeutlichen, werden anschließend einige Auszüge aus dem umfassenden neuen Gesetzeswerk "USA Patriot Act" vorgestellt und kritisch bewertet. Ferner werden die Aufgaben und die Arbeitweise des "Homeland Security Act" zur intensiveren Überwachung von verdächtigen Ausländern und Immigranten, die Inhaftierung amerikanischer Staatsbürger ohne Gerichtsverfahren sowie die politische Auseinandersetzung um den Kampf gegen den Terrorismus beschrieben. Der abschließende Ausblick kommentiert die Situation der amerikanischen Politik im Zielkonflikt zwischen Terrorismusbekämpfung und bürgerlichen Freiheiten. (ICI)

[288-L] Wiegand, Irina:
The protection of human rights and fundamental freedoms in the fight against terrorism: the case of the European Union after September 11, 2001, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2008, VIII, 151 S., ISBN: 978-3-89821-894-8

INHALT: "With the terrorist attacks of 9/11, the threat of international terrorism - a threat to peace and stability - became evident to the world. Even though this event was not directed against European Union member states, it triggered the expansion of common anti-terrorist laws and policies. This co-operation aimed at fighting terrorism has led to the introduction of legal Instruments that do not comply with international and European human rights law. Despite this drastic shift, the question in how far the European Union abides by human rights law in its fight against terrorism has rarely been discussed so far. Irina Wiegand looks exactly at this question. Her book gives extensive background information and yet has high scholarly value. It offers a general introduction an terrorism and an overview of today's legal framework with regard to terrorism and looks at the European Union's responses to terrorism. The main focus of the book is then an the analysis of these responses in the light of human rights law. This scrutiny provides the background of international and regional human rights legislation and continues with the analysis of the current legal practice of the European Union and the European Courts." (author's abstract)|

[289-L] Wieser, Marion:
Freiheit sieht anders aus - Sicherheit auch!: über den "Kampf gegen den Terrorismus", die Auswirkungen auf die Bürgerrechte und die Debatte um Freiheit und Sicherheit in den USA, in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2009, S. 73-96, ISBN: 978-3-86676-053-0

INHALT: Vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA und der anschließenden Terrorismusbekämpfung zeigt der Beitrag den hohen Preis auf, den die amerikanische Gesellschaft für vermeintlich mehr Sicherheit auf Kosten der Freiheit bezahlt hat. So werden im ersten Schritt zunächst die sicherheitspolitischen Maßnahmen gegen den Terrorismus und die Bürgerrechte in den USA betrachtet, wobei sich die Ausführungen in folgende Punkte gliedern: (1) Die Überwachungsbestimmungen im USA PATRIOT Act, (2) die NSA-Affäre, (3) die Politik der 'National Security Letters' und die Aufweichung des Datenschutzes, (4) der 'Protect America Act of 2007', (5) der 'FISA Amendments Act of 2008', (6) das Gefangenenlager Guantanamo, (7) die Einrichtung von Militärgerichten im Zuge des 'Kampfes gegen den Terrorismus sowie (8) die Folterungen im Namen der nationalen Sicherheit. Der zweite Schritt wirft anschließend einen Blick auf die innenpolitischen Auswirkungen in den USA. Dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus verschärfte Sicherheitsmaßnahmen erforderlich macht, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Doch darf dabei nach Ansicht des Autors nie die Verhältnismäßigkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel außer Acht gelassen werden. Um die Waage im Gleichgewicht zu halten, bedarf es deshalb einer ausgewogenen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. (ICG2)

[290-L] Wieser, Marion:
Land of the free ...?: der Kampf gegen den Terrorismus als Herausforderung für die Bürgerrechte in den USA, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 536), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 222 S., ISBN: 3-631-55519-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-2006.51108)

INHALT: "Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben zu einer massiven Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen und zu enormen Einschränkungen der Freiheit in den USA geführt. Die Bush-Administration rüstete im Namen der Nationalen Sicherheit zum Kampf gegen den Terrorismus, verabschiedete zahlreiche Antiterrorgesetze - darunter den äußerst umstrittenen USA Patriot Act - richtete Militärtribunale ein, erklärte terrorverdächtige Personen zu enemy combatants und übertrug dem FBI und den Geheimdiensten weitreichende Befugnisse zur Einschränkung der Bürgerrechte. Die Administration leitet das Recht dafür direkt aus der Verfassung und den Kompetenzen ab, die dem Präsidenten in Krisenzeiten zustehen würden. Nur sehr zögerlich äußert sich Kritik an der Vorgehensweise der Administration. Eine breite Diskussion um demokratische Werte in Krisenzeiten und um das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit scheint kaum stattzufinden. Diese folgenreichen Entwicklungen, ihre historischen Zusammenhänge, ihre Auswirkungen auf das politische System der USA sowie eine Analyse der aktuellen Situation in den USA und in Europa stehen im Mittelpunkt der Arbeit." (Autorenreferat)

[291-L] Zimmermann, Andreas; Geiß, Robin:
Die Tötung unbeteiligter Zivilisten: menschenunwürdig im Frieden - menschenwürdig im Krieg?, in: Der Staat : Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, Bd. 46/2007, H. 3, S. 377-393 (Standort: USB Köln(38)-FHM XF7; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz ausdrücklich hervorgehoben, dass die Tötung unbeteiligter Zivilisten im Kriegsfall keinen verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt, soweit sie sich gegen diejenigen richtet, denen ein solcher Angriff zuzurechnen ist. Gleichwohl hat es mit dem GG unvereinbar angesehen, soweit vom Abschuss des Luftfahrzeugs Personen betroffen werden, die als dessen Besatzung und Passagiere auf die Herbeiführung eines nichtkriegerischen Luftzwischenfalls keinen Einfluss genommen haben. Auffällig ist dabei insbesondere die zweimalige ausdrückliche Bezugnahme des Senats auf "nichtkriegerische Luftzwischenfälle" beziehungsweise auf "Streitkräfteeinsätze nichtkriegerischer Art". Diese Differenzierung wirft jedoch mehr Fragen auf als sie beantwortet. Der Autor fragt: Wie lässt sich, wenn überhaupt, im Anwendungsbereich der Menschenwürdegarantie des Art. l Abs. l GG zwischen kriegerischen und nichtkriegerischen Maßnahmen unterscheiden? Kann, was in Friedenszeiten als menschenunwürdig anzusehen ist, im bewaffneten Konflikt mit der Menschenwürde in Einklang stehen? Im Hinblick auf diese Fragestellung wird zunächst analysiert, ob und wenn ja in welchem Umfang die Tötung unbeteiligter Zivilisten in bewaffneten Konflikten völkerrechtlich überhaupt zulässig ist, bevor sodann untersucht wird, ob die vom Ersten Senat vorgenommene Differenzierung zwischen dem Einsatz militärischer Mittel im bewaffneten Konflikt und außerhalb eines bewaffneten Konflikts verfassungsrechtlich haltbar erscheint. (ICA2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind
- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister

A
Aaron, David L. 140
Albrecht, Hans-Jörg 111
Algieri, Franco 141
Al-Jabiri, Ishtar 234
Andreopoulos, George 256
Aradau, Claudia 257
Asmus, Hans-Joachim 1
Aubrey, Stefan M. 208

B
Bader, Erwin 2, 3
Baecker, Dirk 4
Bangert, Dennis 5
Barker, Brig 209
Bauer, Michael 6, 112, 141
Beauchesne, Ann M. 140
Beckenbach, Niels 82
Beestermoller, Gerhard 259
Beestermöller, Gerhard 7, 258
Benczur-Juris, Tibor 168, 169
Bendiek, Annegret 142
Berger, Lars 210
Bergesen, Albert J. 8
Beyer, Anna Cornelia 143
Beyer, Cornelia 211, 212, 213, 214
Bielefeldt, Heiner 260
Billen, Christophe 144
Blaschke, Ulrich 261
Blumentrath, Hendrik 9
Blumenwitz, Dieter 174
Boer, Monica den 166
Boff, Leonardo 10
Bott, Klaus 115
Boyle, Michael J 215
Braml, Josef 216, 217
Brandes, Marius 181
Brecher, Bob 262
Brown, David 145
Bruchmüller, Silke 113
Buckow, Sebastian 114
Bude, Heinz 83
Bull, Hans Peter 263
burwell, Frances G. 140
Busch, Heiner 218
Buttlar, Christian von 146, 197

C
Coester, Marc 115
Colin, Nicole 84
Corn, Tony 183
Creveld, Martin van 158

D
Daase, Christopher 85
Dahlke, Matthias 86
Deiß, Marina 87
Deiß, Tanja Kristin 116
de Nelson, Sonia Ambrosio 235
Denkowski, Charles A. von 117
Denninger, Erhard 184
Dombrowsky, Wolf R. 264
Duyvesteyn, Isabelle 185

E
Eberhardt, Kim 88
Eder, Franz 147
Eith, Ulrich 56
Elsbergen, Gisbert van 236
Elter, Andreas 237

F
Feuerstein, Andreas 219
Fischer, Susanne 148
Forsberg, Ole J. 11
Förster, Achim 261
Frankenberg, Günter 265
Freeman, Michael 220
Frey, Bruno S. 12, 238

G
Gatliff, Jason 186
Gearty, Conor 266
Gehl, Günter 13
Gehrig, Sebastian 89
Geiß, Robin 291
Gerhards, Jürgen 234
Ghetti, Michelle Ward 239
Giesen, Bernhard 14
Gießmann, Hans J. 187, 274
Gießmann, Hans-Joachim 188
Glaab, Sonja 240
Glaeßner, Gert-Joachim 149
Glück, Antje 234
Göller, Thomas 267
Görgen, Thomas 15
Gössner, Rolf 268
Graaf, Beatrice de 84
Gramckow, Heike 269

H
Hamilton, Daniel S. 150
Hansen, Stefan 118
Hanus, Vera 119

Hassan, Riaz 16
Haubrich, Dirk 270
Hauninger, Anthony 17
Haupt, Heinz-Gerhard 106
Haußecker, Nicole 241
Hegemann, Hendrik 151
Heinz, Wolfgang S. 271, 272, 273
Heller, Daniel 18
Heller, Regina 152, 153, 274, 275
Hess, Henner 19
Hetzer, Wolfgang 189
Heym, Franziska 20
Hilker, Thomas 21
Hillebrand, Claudia 166
Hillebrandt, Frank 22
Hofer, Bernhard 60
Hoffman, Bruce 23
Höntzsch, Tillmann 190
Hoogensen, Gunhild 24
Hubel, Helmut 191
Hürter, Johannes 90

I
Ignatieff, Michael 276

J
Jäggle, Martin 26
Japp, Klaus P. 27, 28
Jesse, Eckhard 91
Johnson, Thomas H. 221
Junge, Matthias 29

K
Kahl, Martin 152, 153, 154, 155, 274, 275
Kaim, Markus 156, 192
Kaschner, Holger 30
Kemmesies, Uwe E. 31, 32
Kerlikowske, R Gil 222
Kerner, Hans-Jürgen 115
Kernic, Franz 33
Khal, Martin 223
Kircher, Astrid 34
Knelangen, Wilhelm 120, 157
Knop, Katharina von 158
Kögler, Konrad 224
Kohlhoff, Jörg 193
Kolnberger, Thomas 35, 36
König, Hans-Dieter 225
Korndörfer, Lutz 92
Kovalev, Aleksandr A. 194
Krasmann, Susanne 277
Kraushaar, Wolfgang 93, 94, 95, 96, 97
Kron, Thomas 37, 38
Kronfeld-Goharani, Ulrike 39
Krumweide, Heinrich-W. 40

L
Lange, Hans-Jürgen 121
Lepsius, Oliver 278
Lizardo, Omar 8, 41
Loewe, Marie-Noelle 279
Löfflmann, Georg 195
Lorenz, Astrid 149
Lorz, Ralph Alexander 159
Lübbe, Hermann 42
Lüdtke, Ralph-Maria 196
Lumpp, Stephanie 261

M
Mammen, Lars 159
Mangott, Gerhard 147
Martinez, Luis Miguel Hinojosa 160
März, Michael 98
Masters, Daniel 43
McAdams, A. James 122
McCauley, Clark 46
Meggle, Georg 44
Meiser, Christian 197
Mertes, Joachim 123
Mészáros, Tarquin 161
Meyer, Hendrik 124
Middel, Stefan 125, 126
Möllers, Martin H.W. 45
Monar, Jörg 162
Moskalenko, Sophia 46
Müller, Erwin 163
Müller, Harald 226
Müller, Markus M. 280
Münkler, Herfried 47, 99, 242

N
Nabers, Dirk 164, 227
Neidhardt, Friedhelm 48
Neisser, Heinrich 158, 165
Nelson, C. Richard 140
Niklaus, René 127
Nischler, Christiane 49
Nitschke, Peter 50, 51
Nölke, Andreas 166
Normann, Lars 128
Nossek, Hillel 243
Nowak, Manfred 228, 281
Nuscheler, Franz 282

O
Ooyen, Robert Chr. van 52, 167
Overhaus, Marco 198

P
Paech, Norman 199
Pankratz, Thomas 168, 169
Pekelder, Jacco 84
Petersen, Christer 244

Petretto, Kerstin 170
Petri, Mario 100
Pfahl-Traughber, Armin 53
Pohlmann, Friedrich 101
Prantl, Heribert 283
Prützel-Thomas, Monika 54

R
Reckmann, Jan 171
Reddig, Melanie 37
Reemtsma, Jan Philipp 102
Reese-Schäfer, Walter 284
Requate, Jörg 106
Reuber, Paul 250
Richter, Carola 245
Riley, K. Jack 140
Rittberger, Volker 143
Robbers, Gerhard 123
Robinson, Laura 55
Rohner, Dominik 238
Rosand, Eric 172
Rose, Jürgen 200
Rosenzweig, Beate 56
Rost, Sophia 57
Roth, Kenneth 229
Roth, Roland 285
Russell, James A. 221

S
Sageman, Marc 58
Schäfer, Mike S. 234
Schaller, Christian 173, 201
Scharpenack, Inga 174
Scheinin, Martin 286
Scheufele, Bertram 246
Schicha, Christian 247
Schild, Georg 287
Schlachetzki, Constantin 129
Schlögel, Martina 130
Schmidt, Judith 261
Schmidt-Radefeldt, Roman 202
Schmittchen, Dirk 230
Schneckener, Ulrich 59, 175, 176, 177
Schneider, Friedrich 60
Schneider, Patricia 163
Schneider, Wolfgang Ludwig 61
Scholz, Michael 203
Schraut, Sylvia 62
Schröder, Detlef 15
Schubert, Samuel R. 63, 64
Schulte, Philipp H. 131
Schulze, Reinhard 65
Schwanitz, Wolfgang G. 231
Schwehm, Johannes 204
Schweitzer, Yoram 66
Seifer, Kerstin 199
Senn, Martin 147
Shay, Shaul 66
Sheikhzadeh, Shahram 232
Sinai, Joshua 132
Six, Clemens 35
Soeffner, Hans-Georg 248
Soriano, Manuel R. Torres 249
Spillmann, Kurt R. 233
Steinberg, Guido 67
Stern, Klaus 133
Stock, Jürgen 134
Stoll, Peter-Tobias 178
Stolle, Peer 135
Storck, Sascha B. 68
Straßner, Alexander 69, 70, 103, 104, 105
Strutynski, Peter 196
Strüver, Anke 250
Sturm, Roland 129, 137

T
Theveßen, Elmar 251
Tonnies, Sibylle 205
Trautmann, Sebastian 252

U
Umlauf, Joachim 84
Urban, Johannes 73, 136

V
Voigt, Susanne 179
Vollmer, Thomas 74

W
Waldmann, Peter 75, 76, 77, 78
Walthelm, Britta 137
Weber, Sebastian 180
Weck, Jan Christian 206
Weichert, Stephan A. 253, 254
Weigel, Andreas 138
Weimann, Gabriel 255
Weinhauer, Klaus 106, 107
Weiss, Dieter 207
Wiefelsputz, Dieter 139
Wiegand, Irina 288
Wieser, Marion 289, 290
Wieviorka, Michel 79
Witschel, Georg 181
Witte, Daniel 80
Wolf, Reinhard 223
Wolkersdorfer, Günter 250
Wolny, Kerstin 182
Wörle, Johannes 108
Wunschik, Tobias 109, 110

Z
Zimmer, Brian 140
Zimmermann, Andreas 291
Zimmermann, Ekkart 81

Sachregister

A
Abschiebung 273
Abschreckung 12
Abwehrmechanismus 129, 137
Afghanistan 25, 56, 66, 67, 123, 171, 181, 190, 195, 199, 200, 201, 202, 207, 227, 233, 250
Afrika 23, 67, 170, 181, 210, 230, 240, 241
Afrika südlich der Sahara 181, 210, 240, 241
Agency and Structure 41
Aggression 194
Ägypten 67, 210
Akteur 15, 19, 22, 30, 48, 49, 65, 71, 79, 80, 85, 87, 94, 95, 151, 256, 286
Aktivität 95
Algerien 23
Aliens 259
allgemeine Soziologie 12
Alltag 99, 254
Al Qaeda 220
Amnesty International 272
Amt 172
Anarchismus 237, 248
Angeklagter 224
anglophones Afrika 210, 240, 241
Angriffskrieg 203, 206
Angst 3, 47, 234, 236
Anthropologie 2
Antiimperialismus 18, 85
Antikapitalismus 18
Antike 237
Antikolonialismus 18, 36
Antisemitismus 196
Araber 241
arabische Länder 23, 25, 40, 61, 67, 145, 181, 183, 196, 201, 204, 210, 218, 223, 226, 227, 230, 233, 245, 271
Argentinien 69
Armed Forces 139, 185
Armut 26, 77
ASEAN 143
Assimilation 264
Ästhetik 254
Attentat 2, 3, 5, 6, 21, 22, 29, 34, 42, 57, 78, 79, 80, 101, 127, 171, 210, 233, 244, 250, 270, 287
Attitudes 46
Attribution 4
Aufmerksamkeit 5
Ausländerpolitik 287
Auslandseinsatz 190, 195, 197, 199, 201, 202
Auslieferung 165
Ausnahmezustand 96, 99, 277
Außenpolitik 39, 120, 171, 191, 196, 198, 199, 204, 210, 213, 217, 226, 230
außerparlamentarische Opposition 82, 110
autoritäres System 245
Autoritarismus 225
Autorität 186
Avantgarde 94

B
Bangladesch 35
Befreiung 99
Begriffsbildung 44
Behavior 46
Behörde 118
Berichterstattung 87, 97, 234, 236, 241, 243, 244, 247, 248, 250, 252, 253
berufliches Selbstverständnis 243
Bestandsaufnahme 135, 224
Beteiligung 143
Bevölkerung 47
bilaterale Beziehungen 169
Bildmaterial 244
Bildung 39
Bin Laden, Osama 239
biologische Waffe 39, 230
Bolivien 196
Bourdieu, P. 22
Brasilien 10, 69
Bundesamt für Verfassungsschutz 118, 128
Bundesgerichtshof 135
Bundesgrenzschutz 121
Bundeskriminalamt 114, 117, 118, 125, 130
Bundesland 114, 123
Bundesnachrichtendienst 113, 121, 138
Bundespolitik 114
Bundesrat 113
Bundesregierung 113
Bundestag 113, 163
Bundesverfassungsgericht 125, 133, 291
Bundeswehr 118, 121, 123, 127, 190, 193, 195, 196, 199, 200, 202, 207, 261, 291
Bündnis 90/ Die Grünen 113
Bürger 107, 132, 216, 269
Bürgerkrieg 40, 75, 193, 201, 207
Bürgerrecht 63, 124, 155, 163, 263, 268, 269, 274, 275, 280, 282, 287, 289, 290

C
CDU 280
Charta 197
chemische Waffe 230

Christentum 233
CIA 226, 281
Coalitions 139
Codierung 9
Computer 39
computervermittelte Kommunikation 245, 251, 253
Conflict 41
Constitutional Amendments 139
Constitutions 139
Crime and criminals 239
Criminal justice 209
CSU 280

D
Datennetz 118
Datenschutz 289
DDR 109, 110
Definitions 41
Dekonstruktivismus 29
Demokratieverständnis 166, 284
demokratisches Verhalten 166
Demokratisierung 212, 226
Demonstration 45
Dezentralisation 12, 97
Dezisionismus 94
Dialog 3, 10, 100
Die Republikaner 1
Diplomatie 281
diplomatische Vertretung 98
Disaster prevention 209
Diskussion 53, 290
Drittes Reich 237
Drittländer 152
Druckmedien 236, 252
DVU 1

E
Effektivität 159, 212, 262
Emanzipation 83
Emotionalität 234, 241
empirische Forschung 15
Entfremdung 99, 102
Entgrenzung 24
Entwicklungspolitik 26
Entwicklungsstand 15, 26, 77
Erfolg-Misserfolg 70, 131
Ermittlungsverfahren 135
Eskalation 96, 237, 244
ESVP 162
Ethik 2, 3, 7, 258
ethnische Gruppe 11
ethnischer Konflikt 60, 78
Ethnizität 75
Ethnonationalism 43
EU-Beitritt 149
EU-Politik 141, 152, 154, 168, 171, 179
europäische Institution 168
europäische Integration 143, 149, 180
europäische Sicherheit 25, 114, 121, 123, 153, 162, 167, 168, 169, 273
Europäisches Recht 180, 288
europäische Zusammenarbeit 168
Europäisierung 114, 149, 163, 167
Europaparlament 163
Europapolitik 149, 167
Europarat 162
EU-Staat 179
EU-Vertrag 141
Event 243
Evolution 10, 38
Exekutive 274
Experte 15, 172
Expertenbefragung 15

F
Faktorenanalyse 40
Fanatismus 21
Faschismus 53
FDP 90
Federal Republic of Germany 122, 139
Feindbild 9, 10, 39, 61, 231, 241
Fernsehen 87, 240, 241, 242, 245, 247, 253, 254
Fernsehprogramm 242
Fernsehsendung 242
Film 106, 247
finanzielle Situation 15
Föderalismus 100, 117, 278, 280
Folter 45, 146, 228, 261, 262, 265, 273, 277, 281, 283, 289
Foreign Policy 215
Foreign relations 220
Forschungsansatz 15, 22, 30, 32, 33, 37, 48, 49, 61, 80, 134
Forschungsdefizit 48
Forschungsgegenstand 32, 48, 134, 167
Fraktion 85
Frankfurter Schule 69
Frankfurt School 235
frankophones Afrika 23
Frankreich 69, 149, 270
Französische Revolution 23
Frau 62
freiheitlich-demokratische Grundordnung 268, 278
Freiheitsrecht 56, 155, 163, 180, 216, 260, 261, 263, 264, 269, 270, 279, 280, 282, 285, 287, 288
Freund-Feind-Bild 9, 48, 99, 218
Frieden 10, 221, 291
Friedenspolitik 184
Friedenssicherung 148, 200
Friedenstruppe 201, 207

Führung 94
Fundamentalismus 1, 2, 3, 10, 14, 18, 20, 21, 29, 33, 34, 35, 36, 39, 50, 53, 56, 64, 69, 74, 193, 206, 225, 240, 245, 247, 251, 252, 253
Funktionalität 161
Funktionsfähigkeit 161
Funktionswandel 196

G
GASP 141, 142
Gefährdung 50, 51, 117, 127, 186, 236
Geheimdienst 50, 97, 116, 117, 118, 120, 138, 168, 169, 218, 228, 273
Geiselnahme 98
Geld 13, 125, 290
Geltungsstreben 267
Generation 83, 102, 104
Geopolitik 250
Gerechtigkeit 17, 186, 227
Gericht 286
Gerichtsbarkeit 165
Gerichtsverfahren 224
Geschichtsbewusstsein 83, 102
Geschichtsbild 83
Geschichtsschreibung 95
Geschlecht 62
Geschlechtsrolle 62
gesellschaftliches Bewusstsein 77
Gesellschaftskritik 102
Gesellschaftsordnung 29
Gesetz 42, 96, 111, 118, 270, 287
Gesetzgebung 56, 96, 100, 111, 113, 125, 126, 127, 130, 131, 135, 252, 258, 269, 270, 278
gesetzliche Regelung 100, 111, 131, 133, 180
Gewaltbereitschaft 1, 24, 45, 56, 63, 64, 73, 74, 75, 82, 100, 104, 206
Gewaltkriminalität 1, 45, 64, 131
Gewaltmonopol 76
Global Governance 143, 150, 161, 182
Globalisierung 8, 10, 11, 24, 32, 33, 50, 51, 54, 59, 79, 175, 190, 211, 221, 285
Governance 152, 161
Great Britain 122
Grenzkosten 12
Grenzschutz 167
grenzüberschreitende Zusammenarbeit 174
Griechenland 69
Großbritannien 79, 137, 149, 262, 270
Große Koalition 100, 280
Großstadt 76
Grundgesetz 113, 195, 260, 278, 284
Grundrecht 45, 113, 118, 121, 124, 132, 135, 162, 189, 258, 260, 261, 263, 268, 282
Gruppe 20, 49
Gruppendynamik 70, 101
Guerilla 17, 21, 40, 48, 56, 68, 69, 82, 89, 94, 97, 99, 108, 131, 158, 193, 200
GUS 144

H
Habitus 22
Haftbedingung 84, 228
Handlungsorientierung 71, 102, 104
Handlungsspielraum 30, 102, 261
Harmonisierung 102, 165
Hedonismus 106
Hegemonialpolitik 161, 183, 221
Hegemonie 211
Hermeneutik 65
Herrschaft 19, 29, 102
Hierarchie 85
Historiker 102
historische Analyse 11, 79, 87, 91, 100, 109, 131, 181, 290
historische Sozialforschung 83
Hobbes, T. 221, 267
Hoheitsrecht 203
humanitäre Intervention 184, 196, 256
Humanitarian Intervention 205
Humanität 201
Human Rights 259, 266

I
Identität 9, 75
Ideologie 19, 34, 51, 53, 97, 104, 208
Illegalität 97, 99, 106
Imperialismus 183, 223
Implementation 179
Imprisonment 229
Indien 35
Individualrecht 282
Individuum 180, 267
Indonesien 35
Informationsaustausch 162
Informationsgesellschaft 254
Informationsgewinnung 251
Informationspolitik 244
Informationssystem 154
Infrastruktur 59, 129
Inklusion 264
Innenpolitik 39, 90, 93, 107, 114, 116, 120, 121, 125, 141, 149, 217, 252, 270, 278, 289
institutionelle Faktoren 161, 169
Instrumentalisierung 262
Intellektueller 284
interdisziplinäre Forschung 31, 37
Interdisziplinarität 30
Interessengruppe 48
Interessenlage 238
Interessenorientierung 238
Interessenpolitik 238

interkultureller Vergleich 234
Internal security 58, 229
International Cooperation 215
internationale Anerkennung 162
internationale Beziehungen 8, 49, 85, 94, 97, 119, 120, 143, 147, 149, 164, 170, 173, 175, 176, 177, 184, 190, 192, 213, 214, 216, 221, 228, 267
internationale Führungsmacht 221
internationale Organisation 144, 151, 168, 170, 175, 176, 178, 182, 285
internationale Politik 120, 144, 147, 151, 153, 161, 162, 168, 170, 173, 176, 178, 189, 213, 214, 223, 228, 256, 271, 275, 287
Internationaler Gerichtshof 182
internationaler Konflikt 174
internationales Abkommen 148, 162, 178
internationale Sicherheit 25, 26, 27, 32, 39, 42, 56, 59, 123, 133, 140, 155, 162, 169, 170, 173, 174, 176, 177, 178, 180, 181, 182, 188, 189, 192, 194, 207, 211, 216, 230, 232, 251, 256, 265, 277
internationales Recht 2, 159, 174, 182, 188, 194, 197, 203, 256, 281
internationales Regime 159
internationales System 164, 221
internationale Zusammenarbeit 42, 109, 114, 140, 142, 145, 150, 151, 152, 156, 157, 159, 164, 169, 174, 178, 270
Internationalisierung 5, 13, 23, 24, 37, 38, 39, 45, 50, 51, 64, 80, 85, 104, 109, 114, 150, 158
International Law 160
Internet 51, 58, 145, 158, 240, 245, 249, 251, 253, 255
Intervention 174, 198, 256
IRA 79
Irak 25, 61, 145, 183, 196, 201, 204, 210, 218, 223, 225, 227, 233, 271
Iran 196, 230
Iraq 16
Islam 18, 33, 34, 35, 40, 49, 52, 56, 57, 67, 78, 131, 158, 206, 209, 231, 235
islamische Gesellschaft 49, 67, 234
Islamismus 1, 2, 10, 13, 14, 18, 19, 20, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 39, 42, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 56, 57, 59, 61, 62, 65, 67, 69, 73, 74, 75, 79, 113, 117, 128, 136, 147, 154, 193, 196, 206, 210, 226, 231, 232, 234, 236, 240, 245, 247, 251, 252, 253, 275
Isolationismus 102, 104
Israel 16, 25, 243
Israeli 241
Italien 11, 69, 149

J
Japan 69, 94, 164
Jemen 67
Journalism 235
Journalismus 87, 243
Judentum 23
Judikative 219
Jugend 91
Jugoslawien 40
Justiz 87, 110, 116, 141, 180, 219, 224
Justizvollzugsanstalt 219, 289

K
Kalter Krieg 40, 77, 183
Kanada 123
Karibischer Raum 230
Katastrophenschutz 121
katholische Soziallehre 2
Katholizismus 10
Kenia 210, 240, 241
Kernwaffe 39, 147, 230
Kirchen 39
Koalition 90, 113
Koalitionspolitik 280
Kommunikation 4, 30, 61, 237, 240, 245, 251, 253, 254
Kommunikationsbarriere 251
Kommunikationsmedien 240, 245, 251, 253
Kommunikationsmittel 78
Kommunikationsverhalten 237
Kompetenzverteilung 284
Komplexität 38, 158
Konfliktlösung 212
Konfliktpotential 64
Konfliktregelung 29, 148, 228
Konfliktsituation 33, 73
Konfliktstrategie 47, 64
Konfliktstruktur 33, 44, 73
Konfliktverhalten 73
Konstrukt 227
Konstruktion 9, 227, 246
Konvention 181, 281
Konvergenz 153
Kooperationsform 169
Koordination 150, 159, 162, 251, 253
Kosovo 205
Kosten-Nutzen-Analyse 12
Krankheit 77
Krieg 2, 3, 23, 48, 50, 51, 61, 64, 94, 119, 131, 145, 148, 158, 174, 183, 184, 186, 189, 193, 194, 195, 196, 197, 199, 201, 204, 208, 210, 212, 213, 217, 218, 223, 225, 227, 233, 236, 250, 254, 262, 291
Kriegsführung 6, 17, 38, 47, 146, 200, 211, 262
Kriegsgefangener 146
Kriegsrecht 146

Kriegsverbrechen 182
Kriegsvölkerrecht 204
Kriminalisierung 182
Kriminalität 15, 32, 134, 135, 174, 182
Kriminalpolitik 1, 50, 134
Kriminalsoziologie 15
Kriminaltechnik 134
Kriminologie 134, 174
Krise 96
Krisenbewältigung 96
Krisenintervention 147, 190
Krisenkommunikation 254
Krisenmanagement 147, 190
Krisenverhalten 254
Kuba 85, 230
Kultur 10, 29, 30, 267
kulturelle Identität 56
kulturelles Verhalten 232
Kulturkampf 39, 52, 267
Kulturkonflikt 13

L
Law Enforcement 222
Legislation 160
Legislative 134
Legitimacy 215
Legitimation 7, 17, 19, 20, 96, 166, 184, 256, 262, 274, 275, 277
Leitbild 195, 250
Libanon 25, 40, 181
Liberalismus 216
Libyen 181, 230
Linksradikalismus 1, 36, 54, 62, 84, 89, 91, 93, 95, 97, 98, 100, 101, 103, 106, 107, 109, 110, 116, 131, 237, 240, 253
Locke, J. 186
Logik 80, 135
Luftverkehr 42, 127, 258, 291

M
Maastrichter Vertrag 141
Macht 4, 5, 63, 78, 98, 102, 104, 114, 143, 161, 227
Machtkampf 61, 63
Machtpolitik 63, 189, 211
Machtsicherung 247
Machtverfall 63
Maoismus 89
Marktversagen 129
Marxismus 237
Marxismus-Leninismus 69
Massenkommunikation 238
Massenmedien 60, 106, 234, 237, 238, 240, 243, 244, 247, 248, 252, 253
Massenvernichtungswaffe 21, 51, 123, 147, 181, 206, 226, 232
Mass media 239
Mass Media 235, 249, 255
Meaning 55
Medien 23, 30, 48, 68, 78, 87, 88, 94, 104, 107, 237, 238, 240, 241, 245, 246, 247, 250, 254
Mediengesellschaft 254
Medienjournalismus 238
Medienkompetenz 104
Medienkritik 238, 242
Medienpolitik 238, 253
Medientechnik 244
Medienverhalten 5, 238
Mehrebenenanalyse 24
Mehrebenensystem 150
Meinungsbildung 87, 248
Meinungsfreiheit 251
Meinungsführer 248
Menschenbild 233
Menschenrechte 28, 39, 45, 144, 146, 162, 178, 181, 191, 196, 202, 219, 256, 258, 260, 267, 268, 272, 273, 274, 275, 276, 281, 282, 285, 286, 288, 291
Menschenrechtsverletzung 113, 146, 219, 228, 256, 271, 272, 286
Menschenwürde 146, 260, 261, 267, 286, 291
Metapher 250
Migrant 264, 268
Migration 50, 158, 252
Migrationspolitik 196
Militanz 74, 106
Militär 39, 42, 121, 167, 174, 183, 187, 191, 195, 201, 207, 271
militärische Intervention 127, 148, 186, 188, 189, 190, 193, 195, 197, 199, 200, 201, 202, 207, 211, 226, 232, 234
militärische Präsenz 188, 190, 192
militärischer Konflikt 197, 201, 207, 226, 250
Militarisierung 199, 217
Militarismus 183
Militärpolitik 188, 192, 198, 232, 289
Militärpotential 192
Military Effectiveness 185
Military Personnel 259
Minderheit 144
Minderheitenpolitik 144
Ministerium für Staatssicherheit 109
Misshandlung 271
Mobilisierung 284
Modellentwicklung 11
Moderne 29, 30, 33, 37, 38, 52, 54, 76
Modernisierung 30, 56, 83, 96
Moral 17, 262
moralisches Urteil 262
Morality 55
Motiv 17, 18, 34, 60, 64, 75
Motivation 2, 18, 49, 60, 99, 102, 110
Multilateralität 159, 175, 195

Muslim 56, 75
Muslims 235
Mythos 94, 254

N
Nachhaltigkeit 284
Nachkriegszeit 83
Nachrichten 88, 96, 240, 247, 253
Nachrichtensperre 96
Nachrichtenwesen 88
Nahostpolitik 2
Nation 172
nationale Politik 275
nationale Sicherheit 56, 121, 125, 137, 149, 191, 206, 217, 278, 289, 290
Nationalismus 11, 17, 34, 36, 53
Nationalsozialismus 237
Nationalstaat 24, 178, 184, 194
NATO 144, 147, 156, 181, 184, 192, 196, 198, 200, 207
Neokonservatismus 221, 233
Neoliberalismus 10
Neonazismus 31
Netzwerk 59, 61, 63, 64, 108, 166, 231
News Media 249
Newspapers 235
nichtstaatliche Organisation 63, 285, 286
Niederlande 84, 149
Nordafrika 23, 67, 181, 210, 230
Nordkorea 85, 230
Nord-Süd-Konflikt 11
Norm 275
Normbildung 286
Normsetzung 286
Norwegen 149
Notstandsgesetz 96
NPD 1

O
Oberster Gerichtshof 219, 224
offene Gesellschaft 63, 279
öffentliche Aufgaben 126, 148
öffentliche Kontrolle 289
öffentliche Meinung 84, 95, 207, 240, 252
öffentliche Ordnung 121, 289
Öffentlichkeit 3, 23, 53, 135, 237, 243, 248, 251, 252
Öffentlichkeitsarbeit 196
ökonomisches Modell 80
ökonomische Theorie 2
Opfer 17, 19, 25, 44, 48, 62, 64, 78, 207, 248
Opposition 67
Ordnungspolitik 191
Organisation 48, 49, 63, 64, 76, 85, 96, 97, 99, 102, 104, 172, 284
Organisationen 5, 6, 20, 21, 22, 38, 60, 75, 116
Organisationsentwicklung 103
Organisationsmodell 97
Organisationsstruktur 6, 37, 64, 92, 97, 103, 104, 105, 108
Organisationsziel 70
organisierte Kriminalität 13, 15, 51, 60, 125, 149, 165, 290
Ostafrika 181, 210, 240, 241
Ost-West-Konflikt 85
OSZE 144

P
Pakistan 25, 35
Palästina 23, 35
palästinensisch-israelischer Konflikt 23, 34, 35, 193, 240
paramilitärischer Verband 201
Partizipation 30, 83, 143
Partnerschaft 85
Patriotismus 247
PDS 1
permanente Revolution 69
Persischer Golf 210
Persönlichkeit 225
Peru 69
Phantasie 262
Philosophie 3
PLO 21, 85
Pluralismus 6, 267
Polen 149
Police 222
Political Philosophy 257
Political Power 215
Political Violence 46, 259
Politiker 10
Politikvermittlung 247
Politikwissenschaft 45, 167
politisch-administratives System 223
politische Agenda 207, 280
politische Aktivität 10, 101, 157, 208
politische Bewegung 6, 33, 37, 54, 61, 62, 70, 73, 95, 101, 103, 245
politische Entwicklung 37
politische Ethik 7
politische Folgen 200, 250, 270, 287
politische Führung 54
politische Geschichte 23
politische Gruppe 101, 116, 188
politische Ideologie 1, 14, 54, 64, 69, 70, 73, 89, 95, 101, 103, 208, 245, 253
politische Institution 161, 182
politische Integration 208
politische Kommunikation 214, 247
politische Kontrolle 4, 121, 272, 289
politische Kriminalität 24, 45, 110, 124, 132, 165, 174, 248
politische Krise 250

politische Kultur 83, 100, 195, 247
politische Linke 102, 106, 107
politische Macht 143, 161, 186, 277
politische Partizipation 62
politischer Akteur 29, 37, 38, 44, 63, 73, 219, 290
politische Rechte 233
politischer Konflikt 6, 14, 23, 25, 54, 60, 61, 64, 98, 188, 189, 237
politischer Wandel 6, 11, 223
politisches Bewusstsein 110
politisches Handeln 12, 29, 140, 287
politische Situation 100
politisches Programm 140, 157, 245, 287
politische Stabilität 26, 125, 289
politische Strategie 12, 38, 42, 136, 148, 161, 211, 230
politische Theorie 8, 20, 52, 57, 119, 216
politische Verfolgung 228
politische Willensbildung 223
Politisierung 49
Polizei 1, 42, 45, 50, 106, 107, 114, 116, 117, 118, 120, 121, 123, 125, 126, 157, 163, 167, 207, 218, 261, 263, 272, 280
Polizeieinsatz 163, 265
Popper, K. 279
positives Recht 267
Postmoderne 6, 10
postsozialistisches Land 149, 153, 158, 274, 275
Präsident 223, 225
Prävention 19, 32, 112, 115, 117, 125, 126, 132, 134, 142, 147, 148, 204, 226, 228, 256, 264, 282, 283
Press 239
Presse 88, 236
Prevention 16
Privatisierung 281
Professionalisierung 104, 262
Prognose 31
Proliferation 230
Propaganda 237, 240, 245, 251, 253, 255
Protestantismus 10
Protestbewegung 91, 100, 109
Psychiatrie 106
psychische Faktoren 34
Psychologie 34, 78
psychologische Kriegsführung 23, 78
Psychology 46, 255
psychosoziale Faktoren 31
Publicity 239
Publikum 48
Publizität 30

Q
Quellenanalyse 15

R
Radicalism 46
Radikalenerlass 128
Radikalismus 31, 53, 75
Rahmenrichtlinien 179
Rassismus 53
Rasterfahndung 126
Rational-Choice-Theorie 12, 80
Rationalität 30, 49, 80
Realismus 183
Recht 114, 161, 186, 204, 252, 261, 277, 283
rechtliche Faktoren 118
Rechtsanspruch 281
Rechtsanwendung 96, 125, 180, 218, 260, 281
Rechtsauslegung 260
Rechtsbewusstsein 186
Rechtsgeltung 281
Rechtsgrundlage 111, 120, 133, 144, 174, 188, 218, 260, 277, 284
Rechtslage 202
Rechtsmittel 228
Rechtsordnung 258
Rechtspolitik 45, 121, 124, 141
Rechtsprechung 110, 111, 125, 133, 219, 224, 252, 280, 289, 291
Rechtsradikalismus 1, 31, 78, 100
Rechtsschutz 180
Rechtssoziologie 131
Rechtsstaat 2, 13, 31, 47, 73, 98, 103, 124, 125, 126, 132, 133, 134, 163, 178, 189, 217, 228, 260, 261, 264, 268, 269, 272, 273, 276, 278, 283
Rechtsverletzung 189, 218
Rechtsverständnis 178, 216
Recidivism 222
reflexive Modernisierung 6
Reflexivität 30, 83
Regierung 48, 123, 186, 217, 286, 287
Regierungspolitik 90, 213, 276, 280
Regime 11
Region 143
regionale Integration 144
Rekrutierung 145, 248
Religion 2, 10, 17, 18, 21, 23, 33, 34, 49, 52, 61, 64, 65, 68, 75, 76, 78, 125
Religionszugehörigkeit 49
religiöse Bewegung 78
religiöse Faktoren 49, 78
religiöse Gruppe 23
religiöser Konflikt 23, 35, 60, 78, 221
Religiosität 33, 34, 35
Religiosity 43
Reorganisation 104
Repression 19, 134
Republikanische Partei 233
Revolution 17, 18, 40, 69, 70, 72, 97, 99
Rhetorik 214, 227

Risikokommunikation 137
Risk 215
Ritual 243, 254
Russland 69, 144, 149, 153, 158, 274, 275
Rüstungsbegrenzung 147
Rüstungskontrolle 147

S
Sanktion 181, 256, 286
Saudi-Arabien 67, 210
Schweden 98
Schweiz 11
Security 139, 257
Security Policy 139
Selbstbestimmung 126
Selbstdarstellung 102
Selbstmord 2, 3, 21, 25, 34, 57, 64, 79, 80
Selbstverständnis 254
Selbstverwirklichung 99
selektive Wahrnehmung 248
Semantik 44
Separatism 43
Separatismus 11
Sicherheit 3, 24, 33, 63, 72, 76, 112, 115, 118, 125, 126, 127, 135, 144, 154, 163, 167, 168, 174, 191, 206, 252, 282, 284, 289
Sicherheitsbewusstsein 47
Singapore 235
Sinn 99
Soldat 186
Solidarität 32, 102
Somalia 210
soziale Bewegung 94
soziale Folgen 60, 262
soziale Funktion 243
soziale Integration 76
soziale Norm 127, 161
soziale Schließung 29
soziales Milieu 106
soziales Netzwerk 24, 67, 108, 145, 158
soziales Problem 4
soziale Stabilität 26
Sozialforschung 77
Sozialismus 237
Sozialstruktur 78
soziokulturelle Entwicklung 57
soziologische Theorie 4, 12, 22, 37
SPD 90, 113, 280
Sprache 241
Sri Lanka 16, 25, 35
staatliche Einflussnahme 26, 96
Staatsapparat 19
Staatsfunktion 126
Staatsgewalt 106, 107, 218, 274
Staatsgrenze 152
Staatsrecht 50
Staatstätigkeit 188
Stadt 115
Stigmatisierung 32
Strafe 281
Strafentlassung 87
Strafgefangener 87
Strafgesetzbuch 131, 135
Straflager 228, 289
Strafprozess 154
Strafrecht 2, 117, 134, 162, 180, 182, 218, 261, 283
Straftat 1, 174, 290
Strafverfahren 110
Strafverfolgung 1, 25, 84, 103, 106, 110, 125, 133, 134, 142, 155, 157, 163, 165, 167, 180, 218, 219, 228, 277, 289
Strafvollzug 84, 219
strategische Planung 208
Studentenbewegung 82, 89, 91, 94, 95, 101, 105, 110
Subkultur 106
Sudan 181
Südasien 25, 35, 56, 67, 123, 181, 190, 195, 199, 200, 201, 202, 207, 227, 233, 250
Südostasien 35, 143
Suicide 16
Supranationalität 13, 59
Surveillance 122
Symbol 14, 247
symbolische Politik 179, 240, 247
Syrien 181
Systemtheorie 4, 37, 61
Szenario 262

T
Tageszeitung 87, 88, 236, 237
Tansania 210
Täter 17, 19, 34, 44, 62, 131, 248
Täter-Opfer-Beziehung 44, 84
Telekommunikation 132
Television 249
territoriale Integrität 207
Terrorist Organizations 185, 249
TestFD-DD-Afrikanische Union 170
Theoriebildung 147
Theories 41
Threat 43, 139
Totalitarismus 52, 53, 74
Tötungsdelikt 103, 291
transatlantische Beziehungen 140, 145, 147, 150, 162
Transformation 83
Transparenz 114
Trauer 247
Trends 16
Tschetschenien 25
Türkei 149

Typologie 19, 45, 48, 49, 72

U
Überwachung 113, 124, 132, 135, 263, 269, 272, 282, 283, 289, 290
UdSSR-Nachfolgestaat 149, 153, 158, 274, 275
Unabhängigkeitserklärung 23
Underground movements 66
Unilateralismus 2
United Nations 160
United States 220, 229
United States Constitution First amendment 239
United States of America 122, 215, 222
Universalismus 267
UNO 25, 45, 144, 146, 151, 161, 172, 173, 175, 177, 178, 181, 194, 196, 197, 199, 202, 203, 207, 232, 281
UNO-Generalversammlung 173
UNO-Sicherheitsrat 161, 172, 173, 178, 181, 194, 207, 256, 286
unterentwickelte Gesellschaft 26
Unterentwicklung 2, 26
Ursachenforschung 33, 68, 134
Urteil 224
Uruguay 69, 94
USA 10, 23, 25, 38, 56, 67, 69, 71, 94, 113, 119, 124, 129, 132, 140, 145, 147, 150, 153, 158, 161, 162, 164, 171, 177, 181, 183, 184, 188, 189, 196, 197, 204, 207, 208, 210, 211, 212, 213, 214, 216, 217, 218, 219, 221, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 230, 231, 232, 233, 240, 244, 247, 250, 262, 269, 271, 272, 274, 275, 277, 281, 284, 287, 289, 290

V
Verbrechensbekämpfung 2, 4, 26, 90, 113, 116, 119, 124, 132, 134, 136, 140, 146, 149, 150, 155, 157, 158, 159, 165, 174, 184, 218, 275, 282, 287
Verfassungsänderung 113
Verfassungsmäßigkeit 130
Verfassungsrecht 125, 133, 261, 269
Verfassungsschutz 1, 113, 121, 128, 278
Vergangenheitsbewältigung 84
Vernetzung 93, 109, 114, 118
Vernunft 2, 3
Verteidigung 204
Verteidigungspolitik 148, 184, 196, 197, 203, 204, 226, 258
Vertrag 286
Vietnam 85
Vietnamkrieg 94, 193
Violence 58
visuelle Wahrnehmung 244
Völkerrecht 39, 42, 161, 173, 175, 180, 182, 184, 196, 197, 199, 201, 202, 203, 204, 206, 217, 224, 227, 228, 268, 271

W
Waffe 64
Wahrnehmung 30, 107, 137, 152, 243
War 205, 215, 257, 259
Weapons 222
Weimarer Republik 62, 284
Weltanschauung 14, 158, 225
Weltbild 225, 245
Weltgesellschaft 4, 8, 33, 150, 183, 184
Weltordnung 11, 147, 221, 232
Weltpolitik 10, 145, 147, 150, 182, 184, 196, 221, 282
Wertorientierung 144
Westfälischer Friede 221
Widerstand 69, 95, 99, 103, 193, 221
Widerstandsbewegung 158, 193, 221
Widerstandsrecht 158
Wiederaufbau 171, 207
Wirtschaft 30, 158
wirtschaftliche Folgen 60
Wirtschaftskriminalität 13, 290
Wissen 262

Z
Zeitung 87, 240, 245
Zentralasien 144
Zentralisierung 114
Zielgruppe 19
Zielkatalog 19
Zielkonflikt 127
Zielsetzung 19, 104, 157
Zivilbevölkerung 186
Zivilgesellschaft 60, 183, 256, 284
Zuwanderung 252
Zweckrationalität 136
Zweiter Weltkrieg 193
Zypern 23

21. Jahrhundert 9, 117

Institutionenregister

Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie 7

Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie 234

Hamburger Institut für Sozialforschung 93

Hochschule für Politik München 174

Humboldt-Universität Berlin, Graduiertenkolleg "Codierung von Gewalt im medialen Wandel" 9

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- 5, 151, 152, 153, 154, 274, 275

Institut für Theologie und Frieden 7, 258

Institut für Zeitgeschichte -IfZ- 90

Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie 71

Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Makrosoziologie 81

Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politik und Gesellschaft Professur für Politische Kommunikation und Risikosoziologie 27

Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I 129, 137

Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie 166

Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Kriminologische Sozialforschung 72

Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft Professur für Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft 246

Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Politische Geographie, Sozialgeographie 250

Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" 129, 137

Universität Tübingen, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. II Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung 143

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.
Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).
Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für die Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2009 ca. 385.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 13 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

www.infoconnex.de

Der interdisziplinäre Informationsdienst infoconnex bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalen für den Zugang zur Datenbank SOLIS – singulär oder im Verbund mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik (FIS Bildung) und Psychologie (Psyndex). Im infoconnex-Bereich „Sozialwissenschaften“ kann darüber hinaus in der Forschungsdatenbank SOFIS und in der Literaturdatenbank DZI SoLit recherchiert werden; zudem stehen auch hier im Rahmen von DFG-Nationallizenzen die sechs Datenbanken des Herstellers ProQuest/CSA zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.
Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kultursoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport (hervorgegangen aus der Reihe sowiPlus bzw. den thematischen Dokumentationen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften) werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.sowiport.de/themen.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.
Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa", der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Chancengleichheit im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP, Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
Lennéstraße 30
53113 Bonn
Tel.:+49 (0)228-2281-0
E-mail:info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0
E-mail:servicestelle@gesis.org